Donnerstag, 11. September 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 211 - 37.W.- Preis 1,20 DM - H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 150 TL

Heute in der WELT

Schielen früher behandeln

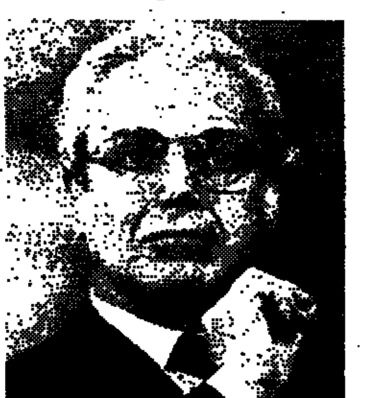
Bei der Einschulung wird bei fast jedem fünften Schulkind festgestellt, daß es schielt. Doch in diesem Alter ist es meist zu spät für eine erfolgreiche Behandlung. Eine solche Sehschwäche kann schon kurz nach der Geburt erkannt werden. Ein neues Verfahren macht dies erstmals möglich. Seite 6

Die Analyse des Generalinspekteurs

Generalinspekteur Wolfgang Altenburg warnt im zweiten Teil seiner Analyse zur Zukunft der Bundeswehr vor allem vor einer Verringerung der derzeitigen Streitkräfte. Die Bundeswehr bewege sich bereits jetzt am Rande des „operativen Minimums", das 456 000 Soldaten erfordere. Seite 6

POLITIK

UNO: Der Weltsicherheitsrat will nach Angaben von Diplomaten UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar (Foto) auffordern, sein Mandat weitere fünf Jahre fortzuführen. Es wird damit gerechnet, daß der 67 Jahre alte Peruaner einwilligt.



Manöver: Westliche Delegierte der Stockholmer Konferenz über Abrüstung und Vertrauensbildende Maßnahmen in Europa (KVAE) beobachten Militärmanöver des Warschauer Paktes in der CSSR. Erstmals seit 1979 wurden Vertreter aus NATO-Staaten vom Osten eingeladen. (S. 10)

Verhaftet: Sieben Mitglieder der Jazz-Sektion des Verbandes der tschechoslowakischen Musiker sind in Prag wegen „illegaler geschäftlicher Unternehmungen" verhaftet worden. Die Sektion wurde 1978 verboten, hat aber ihre Arbeit nicht eingestellt.

Afghanistan: Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz bemüht sich um die Einrichtung eines Rehabilitationszentrums in Kabul, um dort Opfer des Kriegs zu behandeln. Es will versuchen, seine Aktivitäten auch auf die Provinzen auszudehnen.

Abkommen: Moskau und Peking haben ein Konsularabkommen und ein Abkommen über die Zusammenarbeit ihrer Plankommissionen unterzeichnet. Die neuen Vereinbarungen seien „inhaltlich reicher" als die aus 1959.

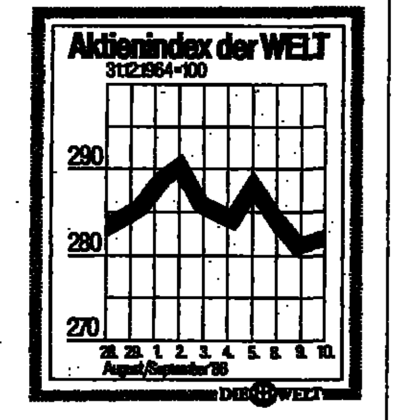
Entführung: Im vorwiegend von Moslems bewohnten Westteil Beiruts ist offenbar der örtliche Leiter des „Lions Club", Victor Kano, ein libanesischer Christ syrischer Herkunft, verschleppt worden. Er wurde von drei Unbekannten in ein Auto gezerrt. Kano betreut 34 Clubs in Libanon und Jordanien.

WIRTSCHAFT

Kritik: Enttäuscht ist der Bundesverband der Freien Berufe darüber, daß die freien Berufe im Wahlprogramm-Entwurf von CDU und CSU „nicht einmal verbal stattfinden", geschweige denn, daß zu ihren Problemen etwas gesagt werde. (S. 11)

Milch: Die EG-Kommission hat wegen der überbordenden Milchproduktion in der Gemeinschaft die Notbremse gezogen. Sie schlug dem Ministerrat vor, die staatliche Aufkaufverpflichtung für Butter und Magermilchpulver aufzulockern und die Produktionsquoten für die Milcherzeuger strikter zu handhaben. (S. 11)

Börse: Aktienmärkte und Rentenmarkt präsentierten sich gestern stabilisiert. WELT-Aktienindex 282,63 (282,00). BHF-Rentenindex 107,510 (107,441). BHF-Performance-Index 107,270 (107,172). Dollar-Mittelkurs 2,0611 (2,0647) Mark. Goldpreis je Feinunze 418,50 (409,25) Dollar.



KULTUR

Venedig: Bei den 43. Filmfestspielen ist der Film „Le rayon vert" („Der grüne Strahl") von Eric Rohmer mit dem „Goldenen Löwen" ausgezeichnet worden. Der 66 Jahre alte französische Regisseur dieser Komödie war in den 50er Jahren einer der Mitbegründer der „Neuen Welle". (S. 21)

Mäzene: Private Sponsoren spielen eine immer größere Rolle bei den sich doch eigentlich aus wohlgefüllten Subventionstöpfen nährenden Opernhäusern. Doch der Segen ergießt sich sehr ungleich über die Theaterlandschaft – und überall scheint er auch nicht willkommen zu sein. (S. 21)

SPORT

Motorsport: Nach den Engagements in der Formel 1 und der Langstrecken-Weltmeisterschaft wird das Stuttgarter Automobil-Unternehmen Porsche jetzt auch in die amerikanische Cart-Serie einsteigen. Ein entsprechender Motor ist schon in der Entwicklung. (S. 8)

Schießen: Bei den Weltmeisterschaften in Suhl („DDR") gewann der 29 Jahre alte Polizeibeamte Michael Heine aus Ronneberg die Bronzemedaille im English Match. Bei dem Wettbewerb über 60 Schuß liegend fehlte ihm nur ein Zehntelring zum zweiten Platz. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Jugend: Von der Wandervogelbewegung um die Jahrhundertwende bis zu den Punkern (Foto) erstreckt sich das Panorama: „Schock und Schöpfung" nennt sich eine Ausstellung, die im Kunstverein und im Kunsthaus Hamburg gezeigt wird. Alle dargestellten Jugendphänomene haben eines gemeinsam: die anti-bürgerliche Haltung und den Versuch, sich von der Welt der Erwachsenen absetzen zu wollen. (S. 22)



Mafia: Die „Kommission" beschloß, wann bestimmte Familienmitglieder beseitigt werden sollten, sie teilte Einfluß-Sphären und Regionen zu. Hohe Mafia-Bosse, die derzeit in New York vor Gericht stehen, bestachen auch städtische Beamte. (S. 22)

Kohl würdigt Schmidt als „große politische Gestalt"

Generaldebatte im Bundestag / Kanzler warnt vor SPD-„Horrorszenarien"

GÜNTHER BADING, Bonn

In der Generalaussprache über die Politik der Bundesregierung am zweiten Tag der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages hat Bundeskanzler Helmut Kohl eine positive Bilanz seiner vierjährigen Amtszeit gezogen und für die Bundestagswahl eine „Richtungsentscheidung" angekündigt. Die Redner von Union und FDP machten bei der SPD einen Wandel aus. Anlaß für diese Behauptung war neben dem beginnenden Bundestagswahlkampf auch der Auftritt des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt, der seine Abschiedsrede hielt.

In seiner knapp zweistündigen Ansprache ging der Altkanzler zunächst auf die Politik der Bundesregierung ein. Bei der Konsolidierung des Haushalts setze die Bundesregierung auf Einsparungen am falschen Ort und auf die Inanspruchnahme der Gewinne der Deutschen Bundesbank. Diese müsse ein Signal für eine Zinssenkung setzen. Anschließend verteidigte Schmidt die von ihm als Kanzler bis zum Oktober 1982 betriebene Politik, sei es im Bereich der äußeren Sicherheit, in der Wirtschaft oder der Sozialpolitik. Den zweiten Teil seiner Ausführungen stellte Schmidt erkennbar unter das Stichwort „Vermächtnis". Er mahnte zur Gemeinsamkeit der Demokraten und forderte, daß alle Parteien koalitionsfähig bleiben müßten.

Bundeskanzler Kohl wie auch der FDP-Vorsitzende Bangemann, der unmittelbar nach Schmidt sprach, und CSU-Landesgruppenchef Waigel

SEITE 3 und 4: Weitere Beiträge

bekundeten Schmidt ihren Respekt für diesen Teil seiner Rede wie auch für seine Lebens- und Arbeitsleistung als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland. Kohl nannte Schmidt einen der „großen Parlamentarier und der großen politischen Gestalten" der Republik.

In den Mittelpunkt seiner Bilanz stellte der Kanzler wie zuvor CDU/CSU-Fraktionschef Dregger, der die Aussprache mit der Äußerung begonnen hatte, daß die jetzt zu Ende gehende Legislaturperiode eine der „erfolgreichsten der Nachkriegszeit" gewesen sei, die positive wirtschaftliche Lage. Bei seinem Amtsantritt habe ihm die SPD-geführte Regierung „depressive Stimmung, Pessimismus und ein Untergangsszenario" hinterlassen. Die Opposition entwickle zwar „Horrorszenarien", an denen sie sich in den eigenen Zirkeln berausche. „Im Lande draußen glaubt Ihnen das aber kein Mensch." Auch der SPD werde es nicht gelingen, bei strahlendem Sonnenschein der Bevölkerung weiszumachen, es sei Nacht, Sturm und Schnee.

Der FDP-Vorsitzende Bangemann, der sich wie die Unionsredner eindeutig zur Fortsetzung der Koalition bekannte, machte im wirtschaftspolitischen Teil seiner Rede deutlich, daß die Bundesregierung ungeachtet der in der EG geführten Diskussion um Einzelmaßnahmen gegen Pretoria nicht an einen umfassenden Wirtschaftsboykott gegen dieses Land denke. Wer einen solchen Boykott fordere und dies moralisch begründe, müsse ähnliche Maßstäbe auch für andere Länder anlegen, in denen Menschenrechte verletzt würden.

DER KOMMENTAR

Wo war Rau?

GÜNTHER BADING

Es war, als sähe man die Wiederholung eines alten Films: Helmut Schmidt am Rednerpult des Parlaments. Auch die Themen ähnelten jenen aus der Zeit vor dem Regierungswechsel 1982. Schmidt plauderte, ganz Weltökonom, über internationale Wirtschaft, Zahlungsbilanzen, Ölpreise, über Ostbeziehungen, Abrüstung und Sicherheitspolitik. Der Alt-Kanzler hielt eine Rechtfertigungsrede für seine Politik bis 1982. Er verwahrte sich gegen den im Wort von der „Erblast" enthaltenen Vorwurf, nicht alles, aber doch viel falsch gemacht zu haben. Ohne dieses Wort mochten die Sprecher der Regierungskoalition, auch Bundeskanzler Kohl, jedoch nicht auskommen. Zu recht sicherlich, denn die positive Bilanz von vier Jahren emsiger Reparaturarbeit gewinnt erst vor dem Hintergrund der 1982 übernommenen Hypotheken Glanz.

Die Mahnungen waren wohlgesetzt, ihr Adressat war jedoch auch und vor allem Schmidts eigene Partei. Mit dieser SPD, wie sich nach ihrem jüngsten Parteitag darstellt, hat dieser Mann nur noch wenig gemein. Nur scheinbar wandte sich der Altkanzler an das ganze Parlament. Die Sozialdemokraten waren gemeint, wenn er die Dominanz der Ideologie beklagte; sein Appell an die Gemeinsamkeit der Demokraten, die Mahnung zum „politischen Pragmatismus in moralischer Absicht" waren an jene SPD gerichtet, die 1982 den Verlockungen eines wählerwirksam scheinenden Trends zum rot-grünem Flirt erlagen, die sich von der von der Marktwirtschaft und dem Bündnis entfremdeten.

In der letzten parlamentarischen Generalabrechnung vor der Bundestagswahl legte Kohl einen klaren Rechenschaftsbericht vor. Schmidt sprach für sich selbst, nicht für die SPD, sondern zu ihr. Und Johannes Rau? Der Kanzlerkandidat pflanzte in Düsseldorf ein Bäumchen. Man hat ihm im Bundestag – wiederum – schmerzlich vermißt. Das Risiko eines Rau-Auftritts liegt auf der Hand: Die Wandlung und Häutung der SPD in den letzten vier Jahren wäre jedermann peinlich offenbar geworden.

Katholikentag erwartet 100 000 Gäste

Bischof Hemmerle: Wir wollen in Aachen nicht weggehen von den Fragen der Zeit

HENK OHNESORGE, Aachen

Feierliches Geläut von allen Kirchtürmen der Stadt hat gestern den 89. Deutschen Katholikentag eröffnet. Auf einer Kundgebung auf dem Markt, die auf weitere vier Plätze übertragen wurde, unterstrich Staatsminister Hans Maier, Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, zur Begrüßung, das Leitwort „Dein Reich komme" sei eine „befreiende Botschaft für den Einsatz der Christen in der Welt".

Der Aachener Bischof Klaus Hemmerle, der auf die gleichzeitig mit dem Katholikentag durchgeführte Heiligtumsfahrt hinwies, forderte: „Wir wollen auf dem Aachener Katholikentag nicht weggehen von Fragen der Zeit, sondern hingehen zu den Fragen der Zeit. Wer um Gottes kommendes Reich bittet, der bittet um eine Zukunft, die sich nie in der irdischen Gegenwart ganz einlöst. Gerade das aber gibt Gelassenheit und Mut".

Für die Weltkirche sprachen der irische Oberhirte Thomas Kardinal O'Fiaicho und der slowenische Erzbischof Alois Sustar.

Mit dem heutigen Donnerstag beginnt der Katholikentag mit seiner Arbeit. Er wird am Sonntag zuende sein. Nach letzter Zählung haben sich 35 000 Dauerteilnehmer angemeldet. Beim Katholikentag 1984 in München

SEITEN 2 und 4: Weitere Berichte

waren es noch 65 000 gewesen. Insgesamt wird mit etwa 100 000 Besuchern des Katholikentages in Aachen gerechnet.

Das Programm umfaßt die Themenbereiche „Weltkirche", „Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens", „Europa", „Geistliche Gemeinschaft" und „Sozialer Katholizismus". Bei den Dauerteilnehmern ist, soweit sie Präferenzen angaben, „Weltkirche" mit 30 Prozent von größtem Interesse, gefolgt von „Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens" und „Geistliche Gemeinschaft" mit je 25 Prozent. Obgleich hier aktuelle Fragen wie Arbeitslosigkeit und das soziale Netz insgesamt erörtert werden sollen und viele Politiker sich daran beteiligen, liegt das Interesse für den Themenbereich „Sozialer Katholizismus", wie auch für „Europa", bei den Dauerteilnehmern bisher nur bei jeweils zehn Prozent.

Höhepunkte des Aachener Katholikentags werden vor allem die abendlichen Kundgebungen sein. Heute sprechen Veronica Carstens, die Frau des Altbundespräsidenten, und Rita Waschbüsch auf einer Kundgebung für das ungeborene Leben. Auf der „Europa"-Kundgebung am Freitagabend wird sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu „Europas Beitrag für eine menschliche Welt", der Krakauer Oberhirte Kardinal Macharski zu „Europas Zeugnisse einer erlösten Welt" äußern. Für die Hauptkundgebung am Samstagnachmittag haben Bundeskanzler Helmut Kohl und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau zugesagt.

DIW zeichnet ein positives Bild der Gemeindefinanzen

Städtetag verweist auf unterschiedliche Entwicklung

A.G. Berlin/Bonn

Die Finanzlage der Gemeinden hat sich in den vergangenen Jahren spürbar gebessert. Das geht aus dem neuesten Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin hervor. Danach haben die kommunalen Haushalte in den vergangenen beiden Jahren mit Überschüssen abgeschlossen, nachdem es zuvor Defizite gegeben hatte, die im Jahre 1981 auf immerhin zehn Milliarden Mark angewachsen waren.

Sowohl der Deutsche Städtetag als auch der Städte- und Gemeindebund wiesen gestern auf Anfrage darauf hin, daß die Finanzentwicklung in den Ländern und Kommunen allerdings sehr unterschiedlich verläuft. Sie sei zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland nach wie vor defizitär. Die globale Verbesserung sei nur teilweise durch Einnahmensteigerungen erzielt worden, zum Teil aber durch Ausgabenkürzungen im Investitionsbereich.

Zur Diskussion um eine Reform des kommunalen Finanzsystems bemerkt das DIW, daß eine kommunale Wertschöpfungssteuer am ehesten den Anforderungen an eine Neuordnung entsprechen würde. Diese Steuer, für die sich auch der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums ausgesprochen hatte, setzt an der Leistung (Wertschöpfung) der örtlichen Wirtschaft an und würde eine kommunale Variante der Mehrwertsteuer darstellen. Der Grund für die Forderung nach einer Reform der Gemeindesteuer liegt in der starken Abhängigkeit der Kommunen vom Aufkommen der Gewerbesteuer, die als Ertragsteuer hohen Schwankungen unterworfen ist.

Das Finanzministerium erklärte hierzu, daß es grundsätzlich einer Änderung des Gemeindesteuersystems gegenüber aufgeschlossen sei, sofern eine Neuregelung den Erfordernissen und Erwartungen der Wirtschaft und Gemeinden entspräche. Diese Voraussetzungen seien aber bisher von keinem Modell erfüllt worden. Eine Beseitigung der Gewerbesteuer, wie sie in den meisten Reformvorschlägen und auch denen der niedersächsischen Finanzministerin Breuel gefordert wird, findet keine Gegenliebe beim Bundesfinanzminister.

Bonn ermittelt gegen Militärattaché

Müller-Borchert verteidigt Regime in Chile / Geißler schickt Telegramm an Pinochet

kad/DW. Bonn/Santiago

Die deutsche Botschaft in Chile wird erneut durch einen Eklat des Militärattachés, Oberstleutnant Müller-Borchert, belastet. Der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Jungkurth, hat persönlich die Ermittlungen gegen den scheidenden Offizier übernommen, der während einer Ordensverleihung in Anwesenheit des deutschen Botschafters den „internationalen Kommmunismus" für die „terroristischen Aktionen" in Chile verantwortlich gemacht und der internationalen Presse eine verzerrende Berichterstattung über Chile vorgeworfen hatte. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Widder, betonte gegenüber der WELT, die Angelegenheit werde mit „großem Ernst und allem Nachdruck" verfolgt.

Wie das Auswärtige Amt auf Anfrage der WELT mitteilte, hatte der neue deutsche Botschafter, Horst Kullak-Ublick, den Militärattaché zuvor ausdrücklich angewiesen, sich lediglich für den Orden zu bedanken und sich politischer Äußerungen zu enthalten. Als Müller-Borchert dagegen verstieß, verließ Kullak-Ublick demonstrativ die Veranstaltung. Der Militärattaché hatte erst vor wenigen Wochen durch positive Äußerungen über das Militärregime Unmut in Bonn hervorgerufen.

Zwei Tage nach dem mißglückten Anschlag hat Präsident Pinochet auf einer Massenkundgebung eine Volksbefragung angekündigt, in der über neue Gesetze abgestimmt werden soll, die ihm Befugnisse im Kampf gegen den Terrorismus einräumen sollen. Während Oppositionskreise

SEITE 2: Undiplomatischer Attaché

die Zahl der Teilnehmer auf „höchstens 30 000" schätzte, sprach die Regierung von Hunderttausenden, die vor dem Präsidentenpalast Hochrufe auf Pinochet ausbrachten und mit Spruchbändern gegen den „roten Terrorismus" protestierten.

Zu einer Panik kam es, als 40 Meter von der Tribüne entfernt Bomben mit Reizgas explodierten. Versuche von Regimegegnern, eine Gegendemonstration zu organisieren, waren im Keim erstickt worden.

CDU-Generalsekretär Geißler hat in einem Telegramm an Pinochet das Attentat verurteilt und den General aufgefordert, den Anschlag als „Mahnmal" anzusehen. Eine Politik, die die demokratische Opposition mit den Verfechtern von Gewalt und Terrorismus in einen Topf werfe, verschütte alle Chancen eines friedlichen Übergangs zur Demokratie. „Lassen Sie es nicht zu, daß Terror mit Gegenterror beantwortet wird".

Etwa 30 Exil-Chilenen, unter ihnen ehemals führende Politiker der Allende-Regierung, haben versucht, nach Chile einzureisen. Sie wurden auf dem Flughafen gezwungen, nach Argentinien zurückzufliegen. Sie hatten ursprünglich die Witwe Allendes begleiten wollen, die ihre Heimkehr jedoch kurzfristig abgesagt hatte.

Hanau: Lecks im Kühlwassersystem

DW. Hanau

Im unterirdischen Kühlwassersystem der Hanauer Nuklearfabrik Reaktor-Brennelemente Union (RBU) gibt es offensichtlich Lecks. Die RBU teilte gestern auf Anfrage mit, daß täglich mehrere tausend Liter leicht radioaktiv verseuchten Wassers versickerten. Dabei handele es sich um maximal sechs Kubikmeter, dessen Radioaktivität 3,7 Becquerel pro Liter betrage. Das Unternehmen will nun die Radioaktivität aus dem Kühlwasser senken und ein anderes Kühlwassersystem installieren.

Rom kontrolliert auch Diplomaten

DW. Rom

Diplomatengepäck soll künftig an italienischen Flughäfen mit Metalldetektoren überprüft werden. Dies teilte Außenminister Andreotti im Anschluß an ein zweieinhalbstündiges Treffen mehrerer Minister mit den Chefs der Sicherheitskräfte mit, das Ministerpräsident Craxi angesichts der jüngsten Terroranschläge einberufen hatte. Italien ist das erste Land, das diplomatisches Gepäck kontrollieren wird. Wann diese Überprüfungen anlaufen sollen, blieb zunächst unklar.

Recht auf den „würdigen Tod"

DW. Berlin

Das Für und Wider der Sterbehilfe von Ärzten für todkranke Patienten stand gestern im Mittelpunkt der Beratungen des 56. Deutschen Juristentages in Berlin. Durch Referate und Diskussionen zog sich die Erkenntnis, daß auch noch so feinsinnige rechtliche Bestimmungen den Ärzten nicht die Entscheidung abnehmen könnten.

Am deutlichsten formulierte dies Chefarzt Professor Hans-Dieter Hiersche aus Kaiserslautern. Juristen dürften mit Regelungen „nicht bis ins Sterbezimmer vordringen". Den Ärzten gehe es in erster Linie um Hilfe gegen das Leid. Doch aus Angst vor Strafe verabreichten sie gegenwärtig viel zu wenig schmerzstillende Medikamente. Übereinstimmung bestand in dem Grundsatz, das Recht auf ein Leben in Würde gebiete auch einen würdigen Tod. Passive Sterbehilfe sollte straflos bleiben.

Seite 4: Nicht zum Recht gekommen

Rechnungshof rügt Albrecht

DW. Hannover

Harte Kritik an der zunehmenden Verschuldung des Landes Niedersachsen hat in Hannover der niedersächsische Landesrechnungshof geübt. Wie die Behörde in ihrem Bericht für das Haushaltsjahr 1984 erklärte, hat sich der Schuldenstand des Landes von 5,8 Milliarden Mark am Ende des Jahres 1970 auf 29,8 Milliarden Mitte 1985 mehr als verfünffacht. Die Lasten hätten damit einen Punkt erreicht, der nicht überschritten werden sollte: Niedersachsen müsse täglich 6,6 Millionen Mark Zinsen für seine Schulden bezahlen.

Einen Schildbürgerstreich deckte der Rechnungshof beim Bau einer Doppelgarage für Hausmeister einer Technischen Universität auf. Das Staatshochbauamt gab für den Bau mehr als 41 000 Mark aus, so daß für die Doppelgarage eine Kostenmiete von etwa 250 Mark pro Monat entstand.

„RTL plus" zieht nach Deutschland

DW. Luxemburg/Gütersloh

Mit der Gründung des privaten Fernsehsenders „RTL plus Deutschland Fernsehen GmbH und Co. KG" ist der erste Schritt für den geplanten Umzug von „RTL plus" von Luxemburg nach Deutschland getan. „RTL plus Deutschland" wird sich um die Vergabe erdgebundener Frequenzen und eines Satelliten-Kanals bewerben. Über den Firmensitz ist noch nicht entschieden; im Gespräch sind Hamburg, Berlin und München.

Die Gesellschafter mit einem Kapital von 25 Millionen Mark sind die UFA Film- und Fernseh-GmbH (Bertelsmann-Gruppe) mit 39,9 Prozent, die Zeitungsgruppe WAZ mit zehn Prozent sowie die Deutsche Bank treuhänderisch mit vier Prozent.

Größter einzelner Gesellschafter bleibt die Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion (CLT) mit 46,1 Prozent. Die vier Prozent der Deutschen Bank sollen an deutsche Interessenten veräußert werden.

Kubas Regierung verbietet Kleinanzeigen in Zeitungen

„Kapitalistisches Denken" / Doch der Privatmarkt blüht

LIONEL MARTIN, Havanna

Seit im kommunistischen Kuba Kleinanzeigen in Zeitungen verboten sind, nehmen Anbieter und Kunden auf andere Weise Kontakt miteinander auf. Sie schreiben ihre Kaufangebote oder -gesuche auf und kleben die Zettel dann auf Mauern oder Telefonmasten und überall dorthin, wo sie auffallen. Gebrauchtes vom Kinderwagen bis zum Auto ist sehr gefragt, denn das Konsum-Angebot auf Kuba ist ziemlich lückenhaft. Angesichts fehlender Neubauten läuft auch der Wohnungs- und Haustausch auf diese Weise schwunghaft.

Die Tageszeitung „Tribuna de la Habana" und die Monatszeitschrift „Opina" waren bis vor zwei Monaten die einzigen Blätter Kubas, in denen Kleinanzeigen veröffentlicht werden durften. Das plötzliche Verschwinden der Anzeigen ist nie begründet worden. Doch vermuten kubanische Journalisten, es hänge mit der von Präsident Fidel Castro gestarteten Kampagne gegen die Korruption zusammen. Die Regierung gehe offenbar davon aus, daß Kleinanzeigen das kapitalistische Denken förderten, der Hehlerei und dem Schwarzmarkt Vorschub leisteten.

Die Kleinanzeigen waren sehr beliebt. In der „Tribuna" füllten sie täglich drei bis vier Seiten, und in „Opina" ein Dutzend. Seit sie fehlen, seien die Auflagen beider Blätter beträchtlich gesunken, sagt ein Journalist. Warum sie verboten wurden, wollen oder können kubanische Funktionäre nicht sagen. Achselzucken ist die Antwort auf Fragen nach dem Grund, über den ein Pressemann sagt, hier sei das „Kind mit dem Bade ausgeschüttet" worden. Sicherlich gebe es Hehler und Schwarzhändler, die von den Anzeigen profitiert hätten, „aber warum den Leuten die einzige Möglichkeit nehmen, zu kaufen, was sie in den Geschäften nicht bekommen?". Doch auf dem privaten Markt wird so ziemlich alles gehandelt. Am häufigsten aber sind die „permutas", die Wohnungs- oder Haustauschangebote und -gesuche. Da versuchen etwa Geschiedene ihre große Wohnung für zwei kleine loszuschlagen. Das ist in Kuba wie im Westen. (rtr)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auch Japan macht mit

Von Rüdiger Moniac

Die Zustimmung der japanischen Regierung, öffentlichen und privaten Forschungslabors des Landes den Weg zur Kooperation mit der amerikanischen SDI-Forschung zu ebnen, versteht man in Bonner Regierungskreisen als Rechtfertigung für die eigene Haltung. Auch in Tokio hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß es wichtig ist, als Partner der USA die Möglichkeiten zur Neugestaltung der strategischen Balance zu untersuchen. Die Idee des Präsidenten Reagan, die Friedenssicherung allmählich auf die Verteidigung gegen Nuklearwaffen zu gründen statt auf die Drohung mit ihnen, überzeugte auch die Japaner. Sie erinnern sich an Hiroshima und Nagasaki. Umso leichter ist ihnen deshalb verständlich, warum Reagan das „Gleichgewicht des Schreckens" mit strategischen Defensivsystemen überwinden will.

Die japanische Regierung hat erkannt, daß über Südostasien der Drohschatten der sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen deutlicher wird und deshalb der Schulterschluß mit dem Verbündeten umso wichtiger ist. Wirtschaftlich gesehen schließlich weiß jeder japanische Industrielle, daß die Zukunft des Wohlstandes seines Landes auf der Fähigkeit beruht, technologische Spitzenleistungen exportieren zu können. Die SDI-Forschung verspricht technologische Durchbrüche auf vielen Gebieten. Japan möchte, indem es sich beteiligt, den Anschluß nicht verlieren.

Es ist dasselbe Interesse, das die Bundesrepublik, Großbritannien, Israel und – weniger offen – auch Frankreich dazu bewogen hat, die SDI-Kooperation zu suchen. Nun hängt es von der amerikanischen Bereitschaft ab, die Rahmenverträge so zu beleben, daß die Partner auch wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen können. Reagans Regierung wird in dieser Hinsicht noch manchen Widerstand im Kongreß überwinden müssen – wenn sie dies will. Man kann nur hoffen, daß das Wahlkreis-Interesse mancher amerikanischer Volksvertreter an Forschungsaufträgen ihnen nicht den Blick für die Notwendigkeit verstellt, den Zusammenhalt der westlichen Industrienationen auch über SDI zu sichern.

Undiplomatischer Attaché

Von Bernt Conrad

Oberstleutnant Müller-Borchert, der scheidende deutsche Militärattaché in Chile, hat sich noch einmal ins Gerede gebracht. Schon vor einigen Wochen war er mit zumindest mißverständlichen Äußerungen über das Militärregime General Pinochets und dessen politische Gegner unangenehm aufgefallen. Diesmal wiegt der Fall schwerer, weil der neue deutsche Botschafter ihn ausdrücklich gebeten hatte, bei einer Ordensverleihung auf jede politische Bemerkung zu verzichten und sich nur zu bedanken.

Statt dessen klagte der Militärattaché den „internationalen Kommunismus" als Schuldigen für das jüngste Attentat auf Pinochet an und beschuldigte die internationale Presse, die Lage in Chile „in schockierender Diskrepanz" zur Wirklichkeit darzustellen. Offensichtlich – so wird Müller-Borchert in der chilenischen Presse zitiert – hätten nicht alle „das Ziel dieser Mörderorganisationen verstanden, das nicht Freiheit, Humanität und Demokratie heißt, sondern in der totalen Macht für wenige und Unterdrückung" bestehe. „Deshalb sind wir alle potentielle Opfer dieser Mördergruppen."

Noch während der Oberstleutnant sprach, verließ sein Botschafter aus Protest gegen dessen Verhalten die Veranstaltung. Das Bundesverteidigungsministerium in Bonn hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Angesichts dieses Aufwandes mag man einwenden, Müller-Borchert habe möglicherweise gar nicht so unrecht gehabt, falls wirklich kommunistische Untergrundkämpfer für das Attentat verantwortlich sein sollten. Doch so einfach liegen die Dinge nicht.

Denn die Äußerungen des Oberstleutnants können den Eindruck erwecken, als sei die gesamte Opposition gegen das Militärregime in Chile kommunistisch oder zumindet undemokratisch. Das ist natürlich keineswegs der Fall. Und so sehr die Anwendung von Gewalt durch Oppositionelle auch bedauert werden muß – dieser Grundsatz gilt natürlich ebenso für Pinochets Diktatur, die der chilenischen Bevölkerung freie Wahlen verweigert. Ein Attaché sollte fähig sein, das richtig zu beurteilen.

So'ne und solche Bürger

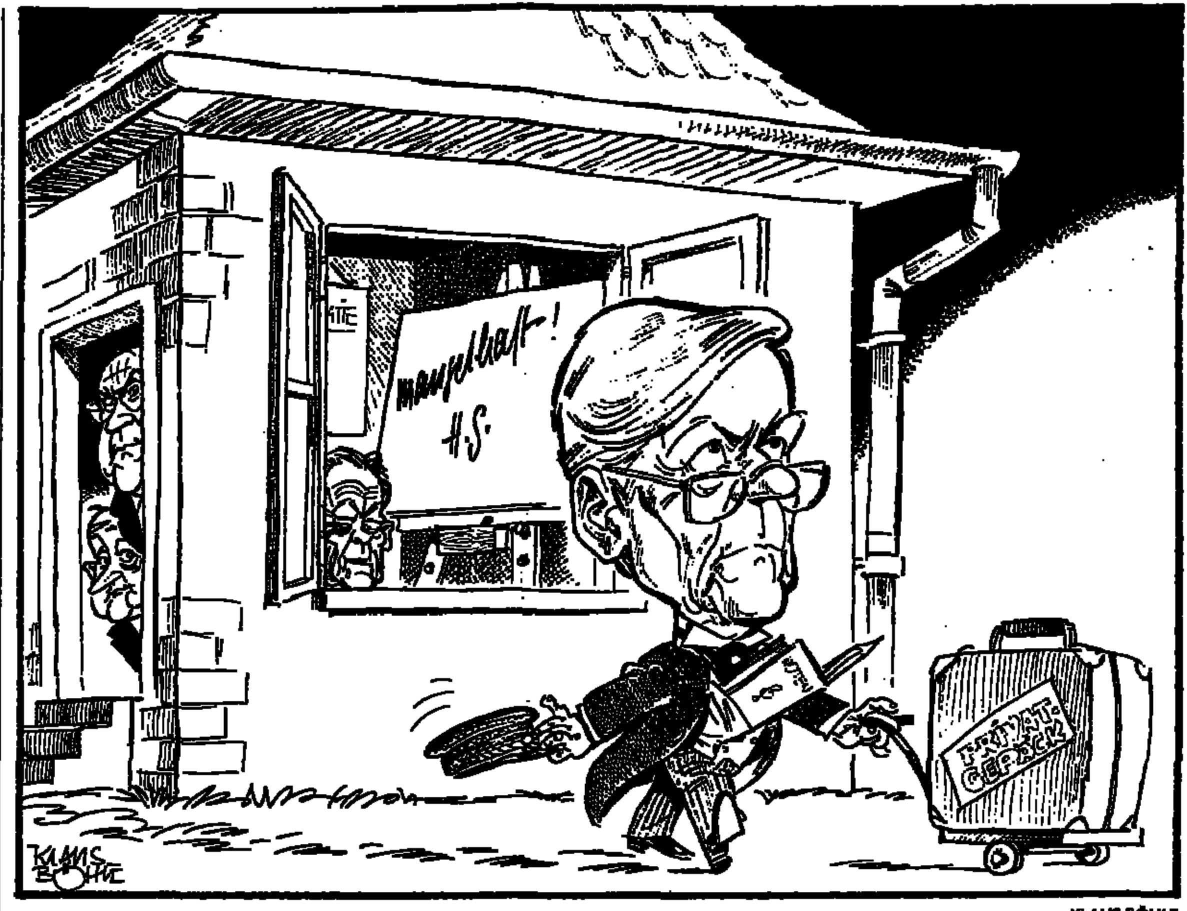
Von Uwe Bahnsen

Bürger – dieses Wort gehört zu den Vokabeln, die zu Wahlkampfzeiten ganz besonders strapaziert zu werden pflegen. Und die Aufforderung, das Gespräch mit den „Bürgerinnen und Bürgern draußen" zu suchen und offensiv zu führen, zählt zum Standard-Repertoire eines jeden Politikers, der seine Partei im Kampf um Wählerstimmen zu motivieren sucht. Das alles gilt auch für die Spitzengenossen der Hamburger SPD.

Der Landesvorsitzende der Sozialdemokraten in der Hansestadt, Ortwin Runde, hat allerdings bei der innerparteilichen Auftaktveranstaltung für den Bürgerschafts-Wahlkampf am Dienstag abend für eine interessante Differenzierung gesorgt. Im „Bürgerhaus" in der SPD-Bastion Hamburg-Wilhelmsburg erklärte er den versammelten Funktionären seiner Partei, das besagte Bürgerhaus zeige „schon allein mit seinem Namen, daß es so'ne und solche Bürger gibt. Und weil wir Politik machen für solche Bürger und nicht für so'ne Bürger – deshalb sind wir heute hier!" Runde fügte hinzu: „Und deswegen ist der Klaus von Dohnanyi auch hier in Wilhelmsburg in die Partei eingetreten!"

Auch SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau zählte zu den Rednern dieser Veranstaltung – wenngleich sein Auftritt aus Termingründen nur kurz war. Rundes Rede hat er nicht gehört. Vermutlich erfährt er also aus den Zeitungen, in welcher Weise seine Devise „Versöhnen statt spalten" von der SPD in ihr Gegenteil verkehrt wird. Rau darf sich nicht wundern, wenn die Wähler der Mitte zwar ihm persönlich Vertrauen schenken, seiner Partei aber mit Mißtrauen begegnen, wenn sie Gründe haben, sich zu „so'nen Bürgern" zu zählen.

Was im übrigen Klaus von Dohnanyi bewogen hat, seine parteiinternen Zelte im Arbeiterviertel Wilhelmsburg aufzuschlagen, fragt sich so mancher seiner dortigen Genossen. Denn von dort ist es etwa eine Dreiviertelstunde Autofahrt bis zu seiner Wohnung am vornehmen Leinpfad im Stadtteil Winterhude. Es ist eine der Nobeladressen in der Hansestadt, Domizil vornehmlich derjenigen, die Runde als „so'ne Bürger" apostrophiert hat. Der ganze Mief des Klassenkampfdenkens spricht aus den Worten des SPD-Landesvorsitzenden.



KLAUS BÖHLE

Auch von dieser Welt

Von Henk Ohnesorge

„Dein Reich komme" ist das Motto des 89. Katholikentages, der *gestern begann. Um den* Leitspruch, einer Bitte aus dem Vaterunser, war es im Vorfeld zu diesem größten Katholikentreffen – es werden zumindestens 100 000 Teilnehmer erwartet – zu Gerangel gekommen. Es erhoben sich Stimmen, denen dieses Motto zu fromm, zu weltabgewandt schien.

Katholikentage sind, wie auch Evangelische Kirchentage, mehrere Dinge in einem: Zum einen sind sie Foren, in denen Politiker und Experten über aktuelle Fragen berichten, diskutieren, sich den Fragen der Zuhörer stellen. Zum anderen sind sie gemeinsame Bekräftigungen des Glaubens, in Gottesdiensten ebenso wie in geistlichen Konzerten.

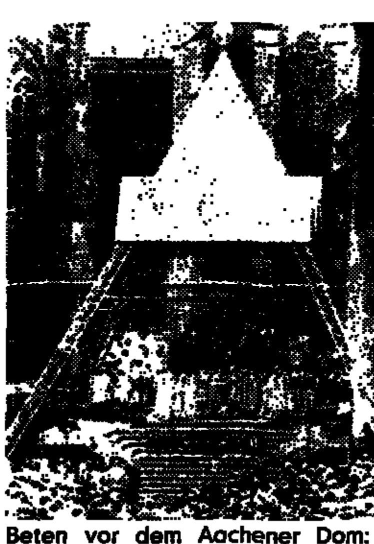
Bewußt ist man diesmal bei der Planung noch ein Stück weiter als sonst gegangen, indem man die Heiligtumsfahrt, eine alle sieben Jahre durchgeführte Wallfahrt zu den im Dom verwahrten Reliquien, in den gleichen Zeitraum legte. Vierzig Pilgergruppen sind unterwegs, zeigen damit, daß für Gläubige das Leben auch eine ewige Pilgerfahrt ist bis zu dem Reich, das nicht von dieser Welt ist.

Daß dies auch über den katholischen Raum hinaus so verstanden wird, zeigt eine Äußerung des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche, des Berliner Bischofs Martin Kruse. Er sieht in dem Motto ein Stück christlicher Gemeinsamkeit, etwas, was zum Fernziel der erstrebten Einheit beitragen kann.

Nicht, daß dies nun ein besonders „frommer" Katholikentag zu werden verspricht. Das 310 Seiten umfassende Programm ist voller aktueller Themen, von der Auseinandersetzung mit den Problemen der Kernenergie und der Gentechnik, der Arbeitslosigkeit und der Frage, ob die Leistungsgesellschaft dem Anspruch der Solidarität gerecht wird, bis zum Schutz des werdenden Lebens und der Anfrage, was Europa ist und was es sein könnte. Aber nichts ist beliebig. Man versucht auch die Diskussion der Probleme unserer Welt auf dem Hintergrund des Glaubens zu führen. Dementsprechend ist beispielsweise das Forum „Politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – Position der Katholiken" nicht Ausdruck eines *Konfessionalismus, sondern* Auseinandersetzung auch vor dem Hintergrund der katholischen Soziallehre.

Daß die Spannweite groß genug sein wird, dafür bürgt schon die Tatsache, daß auf dem Podium neben Wissenschaftlern auch Politiker mit so verschiedenen Standpunkten wie Friedhelm Farthmann und Heribert Scharrenbroich sitzen. Vielfalt der Meinungen im erstrebten Rahmen eines großen Konsens ist etwas, was seit Jahren Katholikentage ebenso wie Evangelische Kirchentage kennzeichnet. Nicht das Gesangbuch allein ist entscheidend, ob jemand zu den *600 Referenten zählt – ausschlaggebend* ist, ob er etwas zu sagen hat. In diesem Sinne wird Ökomene schon lange praktiziert, so wie es auch selbstverständlich ist, daß auf dem Katholikentag Eleonore von Rotenhan, Präsidentin des Evangelischen Kirchentags 1987, ein Grußwort sprechen wird.

Katholikentage wie Kirchentage sind Medienereignisse. Rundfunk und vor allem das Fernsehen werden kontinuierlich berichten. Gerade hier liegt eine Gefahr. Schon derjenige, der in Aachen ist, kann in der kurzen Zeit nur einen Bruchteil der rund tausend Veranstaltungen besuchen. Berichterstatter jedoch *sind zur Auswahl gezwungen,* müssen bei den optischen Medien das zeigen, was „sehenswert" ist und spektakulär. Betende Menschen, nachdenkliche Gesichter „geben *nichts her*". Dementsprechend ist das Bild, das vermittelt wird, nur andeutungsweise identisch mit der Wirklichkeit des Katholikentages, die sich in ihrer Vielfalt nicht zeigen läßt. Pittoreske Randgruppen bekommen ein Gewicht, das nicht ihrer Bedeutung entspricht.


Beten vor dem Aachener Dom: Katholikentag FOTO: AP

Sicher wäre es auch zuviel verlangt, würden Politiker – vor allem in einen anlaufenden Wahlkampf – nicht die Chance zur Profilierung nützen. Wo schon bietet sich eine solche Möglichkeit, über den Bildschirm in fast jedem Wohnzimmer mit einigen Kernsätzen präsent zu sein?

Und dennoch: Veranstaltungen dieser Art, die sich auch als Seismographen der Zeit verstehen, sind alles andere als Jahrmärkte der Eitelkeit (auch wenn sie gelegentlich dazu ausarten). Sie sind Orte, an denen laut wird, was Menschen bewegt; es sind Orte, an denen gesagt wird, was in dieser Art sonst nicht öffentlich geäußert wird. Sie sind – etwa wenn es wie jetzt in Aachen um den Schutz des ungeborenen Lebens oder darum geht, wie viel von dem in der Verfassung garantierten Schutz der Familie Realität ist, durchaus auch an die Adresse jener gerichtet, welche die Gesetze machen – und sie werden registriert.

Man mag es beklagen, daß der Anteil derjenigen, welche zur Generation der Berufstätigen zählen, verhältnismäßig gering ist. Staatsdiener bekommen eine Freistellung, Schüler Urlaub vom Unterricht, Otto Normalverbraucher dagegen muß ein Teil seines Jahresurlaubs opfern. An der Wirkung ändert sich jedoch letztendlich nichts. Veranstaltungen dieser Art wirken über den Tag hinaus, in die Gemeinden und in die Öffentlichkeit hinein.

Jede dieser Veranstaltungen hat ihr eigenes Gesicht, das nicht nur durch das Programm, sondern auch durch den Verlauf bestimmt wird. Es zeigt sich erst, wenn am Sonntag die Schlußkundgebung vorbei ist, wenn jeder der Teilnehmer ebenso wie der, der sich nur aus zweiter Hand informieren konnte, für sich selbst Bilanz gezogen hat.

IM GESPRÄCH Philippe de Gaulle

Aus der Reserve gelockt

Von Peter Ruge

Er ist Admiral, der Sohn des legendären Staatschefs Charles de Gaulle, aber niemand in Frankreich käme auf die Idee zu sagen: Er hat diese Karriere der Hilfe seines Vaters zu verdanken. Philippe de Gaulle war 1940 mit seiner Familie auf dem letzten Schiff von Frankreich nach England geflohen, wo er am 18. Juni eintraf – an dem Tag, an dem sein Vater den berühmten Aufruf zum Widerstand gegen die Deutschen über die BBC verlas: „Frankreich hat eine Schlacht verloren, aber nicht den Sieg."

Philippe trat in die freien französischen Truppen ein, landete mit den Panzereinheiten General Leclercs 1944 in der Normandie – doch für seine Tapferkeit erhielt er keine Auszeichnung. Denn de Gaulle senior war der Ansicht, er könne weder mit dem Kreuz noch mit dem Band des Ordens der „Compagnons de la Libération" seinen eigenen Sohn dekorieren. Erst der spätere Präsident Valery Giscard d'Estaing verlieh Philippe de Gaulle den Rang eines Großoffiziers der Ehrenlegion.

Philippes Heirat 1947 mit Henriette de Montalembert bestätigte die in Frankreich verbreitete Ansicht, daß alte Familien nur untereinander heiraten sollten. Henriette ist zudem ein Patenkind des damals verfemten Marschalls Philippe Pétain, der als Staatschef des Vichy-Regimes wegen Kollaboration mit den Deutschen zum Tode verurteilt wurde und den später Präsident de Gaulle, der einst *ein Zögling des Marschalls war,* zu lebenslanger Haft begnadigte.

Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor, alles Knaben. Jean, der Drittgeborene, bewarb sich im Frühjahr um ein Mandat für die Nationalversammlung. Er kandidierte auf der Liste der RPR, der Gaullisten, und gewann einen Sitz des Wahlkreises Deux Sevres im Westen Frankreichs.

Philippe de Gaulle blieb der Armee treu. Er diente in Indochina, in Marokko und Algerien, bis er sich auf Schiffsraketen spezialisierte. Schließlich wurde er Inspekteur der Marine. Der Admiral quittierte den Militärdienst 1982. Seither schien er im Gedächtnis der Öffentlichkeit so gut wie ausgelöscht.


Bewirbt sich um ein Senatsmandat: De Gaulle FOTO: FRANCIS APESTEGNY/GAMMA

Er beschäftigte sich auf dem Familiensitz Colombey-les-deux-Eglises mit der Herausgabe der Briefe seines Vaters. Versuche, ihn aus der Reserve herauszulocken, schlugen fehl, denn Philippe lehnte es ab, sich bei irgendwelchen Wahlen aufstellen zu lassen, oder eine politische Tätigkeit auszuüben. So überrascht in Paris die Ankündigung, daß er mit 64 Jahren nun doch ein Amt in der Politik anstrebe. Am Wochenende wurde seine Kandidatur für einen Senatssitz auf der Liste der gaullistischen Sammlungsbewegung RPR bestätigt. Es ist ein gu*ter Platz mit* Aussichten, am 28. September in das Palais Luxembourg für neun Jahre einzuziehen, durch eine Wahl, bei der ein Drittel der 319 Senatsmandate zur Disposition stehen.

Ein Umstand läßt aufhorchen: Alt-Gaullisten wie der ehemalige Premier Couve de Murville sollen die Betreiber dieser Kandidatur von Philippe de Gaulle sein. Will man etwa mit dem Erben des Vaters den Erneuerungsbestrebungen der Chirac-Mannschaft ein Spiegelbild vorhalten? Paris wartet gespannt auf das erste öffentliche Auftreten von Philippe de Gaulle.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Handelsblatt

Die Düsseldorfer Zeitung schaut nach Frankreich:

Hierzulande heißt es oftmals, Kernkraft sei in Frankreich kein Thema. Dies ist völlig falsch. Kernkraft ist ein Thema, und zwar ein positiv besetztes.

Lübecker Nachrichten

Sie meinen zur Etat-Debatte:

(Apels) Gegenaufrechnung mochte durchaus berechtigt sein. Sie wäre glaubwürdiger gewesen, hätte er sie sachlicher und leidenschaftsloser vorgetragen. Statt dessen verstieg sich Apel jedoch dazu, Stoltenberg persönlich zu beschuldigen: Ungerechtigkeit sei das Prinzip seiner Politik.

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung wertet das Gorbatschow-Interview in der Prager Parteizeitung „Rude Pravo" aus:

Gorbatschow verlor kein Wort über den „verhältnismäßig geringfügigen Fall" Daniloff. Statt dessen ging Gorbatschow nicht von ungefähr wie selbstverständlich davon aus, daß das Treffen der Außenminister Shultz und Schewardnadse nächste Woche stattfindet.

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung kommentiert das israelisch-ägyptische Verhältnis:

Nach dem Terrorakt mit seinen blutigen Folgen und angesichts drohender israelischer Vergeltungsschläge konnte die Frage nicht ausbleiben, ob Peres und Mubarak sich im ägyptischen Alexandria die Hand reichen könnten. Nicht nur die Bemühungen um eine israelisch-ägyptische Normalisierung sind in einer Sackgasse gelandet. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß eine weitere Eskalation des Terrors unvermeidlich ist. Schuld daran haben alle ... Dem Camp-David-Abkommen aber ist der Boden so gut wie entzogen.

die tageszeitung

Das alternative Blatt kritisiert die IG Metall:

Die Auswahlprozedur für Spitzenämter hat in der IG Metall wie in anderen Gewerkschaften etwas Vatikanisches an sich. Da wird nichts dem Zufall oder gar dem freien Streit der Meinungen und Personen überlassen. Öffentliche oder wenigstens gewerkschaftsöffentliche Auseinandersetzung findet nicht statt.

LES ECHOS

Die Pariser Zeitung bemerkt zur US-Politik gegenüber Chile:

Die Vereinigten Staaten hatten mit der Hoffnung gespielt, in Chile das wiederholen zu können, was sie mit Erfolg in Brasilien, Argentinien und Uruguay verwirklicht hatten. Vor einem Monat hatte General Pinochet eine Aufforderung aus Washington zur Beendigung der politischen Unterdrückung und Wiederherstellung der Pressefreiheit zurückgewiesen. Jetzt ist er zweifellos weniger denn je zum Nachgeben bereit, und das Weiße Haus steht vor der Frage nach wirtschaftlichen Sanktionen.

Ungarische Wirtschafts-Reformen jenseits der Romantik

Von Arbeitslosen und bankrotten Betrieben / Von Carl Gustaf Ströhm

Das kommunistisch-reformistische Ungarn, von dem man nicht weiß, ob es eine Außenseiter- oder eine Vorreiterrolle spielt, wartet mit zwei neuen Überraschungen auf: als erstes Land des Sowjetblocks führt es eine „Arbeitslosenunterstützung" ein – und zwar für Arbeitnehmer jener Betriebe, die wegen mangelhafter Wirtschaftlichkeit stillgelegt werden. Die zweite Überraschung sind die Maßnahmen zur Betriebsstillegung: damit wird in einem sozialistischen System zugegeben, daß unwirtschaftliche Betriebe – pleite gehen können.

Daß ein sozialistischer, „volkseigener" Betrieb in Konkurs geht und dabei Scharen von Arbeitslosen zurückläßt, war bisher nach den Regeln volksdemokratischer Ideologie undenkbar. Im Falle Ungarn bleibt allerdings abzuwarten, wie weit diese Konkurse durchexerziert werden. Wie steht es mit Betrieben, die in ihrer Produktion eng mit den RGW-Partnern oder der Sowjetunion verbunden sind?

Können die Ungarn in solchen Fällen vor ihre Comecon-Partner mit der Entschuldigung treten: „Der Plan kann nicht erfüllt werden – denn der Zulieferbetrieb ist pleite"? Keine Frage ist auch, daß Betriebe, die mit militärisch sensiblen Produktionen beschäftigt sind, nicht „bankrott" gehen dürften. Jedenfalls aber sieht man wieder die Absicht, soweit zu gehen, wie das System es irgend zuläßt.

Dennoch blicken Politiker der ungarischen KP nicht ohne Sorgen auf die Entwicklung der vergangenen Monate. Rezsö Nyers, einer der Väter der Budapester Wirtschaftsreform, erklärte die Situation folgendermaßen: „Wir können in die RGW-Länder exportieren, doch können wir von dort viele der für uns wichtigen Produkte nicht einführen." Im Hartwährungsbereich – also im Handel mit dem Westen – sei es genau umgekehrt. Nyers, der auf sowjetisches Drängen von Kadar aus der ersten Linie zurückgezogen wurde, sprach auf einer interessanten Veranstaltung: der „Weltbund der Ungarn" und die „ungarische ökonomische Gesellschaft" hatten aus Ungarn stammende Wirtschaftswissenschaftler, die im westlichen Ausland leben, zu einer Beratung darüber eingeladen, wie man die Position der Volksrepublik in der internationalen Wirtschaftswelt verbessern könne. Man stelle sich vor, die Tschechoslowakei, die „DDR" oder Polen würden „republikflüchtige" Experten einladen, sie zu beraten!

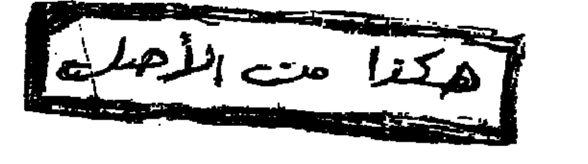
In der Abenddämmerung der Kadar-Ära und angesichts des neuen Stils unter Gorbatschow in Moskau stellt sich die Frage, wie weit die ungarische Führung gehen kann und will. Zwar versichern prominente ungarische Politiker – wie jüngst der ZK-Sekretär Matyas Szürös –, es gebe in der ungarischen KP keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, keine Machtkämpfe.

Aber die „kollektive Führung", die Szürös für die Zeit nach Kadar ankündigt, wäre wohl die erste, in der es nicht Spannungen geben sollte. In der Bevölkerung sind soziale Gegensätze zwischen relativ Reichen und Armen durchaus vorhanden.

In dieser Situation stellt sich nicht nur die Frage, ob das Budapester Wirtschaftsmodell jenen langen Atem hat, um die „Durststrekke" des Übergangs zu überwinden und ob die anderen RGW-Partner einschließlich der Sowjetunion die nötige Geduld zeigen. Auch die Geduld der eigenen Bevölkerung, die sich eine Besserung ihrer Lage erhofft, seit einigen Jahren aber eine Stagnation und sogar einen Rückgang des Lebensstandards erleben muß – was mit marktwirtschaftlichen Anpassungen in Zusammenhang gebracht wird –, muß auf eine harte Probe gestellt werden. Hinzu kommen politische Implikationen am Vorabend des 30. Jahrestages des Volksaufstandes 1956 samt anschließender sowjetischer Eroberung von Budapest.

Kadar, der bei der Niederschlagung des Aufstandes mit harter Hand mitgewirkt hatte, ließ die „Ereignisse" von 1956 teils verdrängen, teils übertünchen. Charakteristisch dafür war sein Ausspruch: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns."

Manches deutet aber darauf hin, daß die Traumatisierungen jener Jahre gerade dann wieder aufbrechen könnten, wenn Kadars Amtszeit zu Ende geht. Die neuen KP-Führer müssen ihren Weg und ihre Autorität erst finden. So liegt über der Donau-Metropole eine gewisse *Krisenstimmung. Die Jugendzeitschrift* „Magyar Ifjusag" formulierte: „Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß die Reform ihr romantisches Zeitalter verlassen hat."



Der milde Abschied eines großen Kämpfers

Helmut Schmidt nahm Abschied vom politischen Bonn: Gestern sprach er zum letzten Mal im Parlament.

Von BERNT CONRAD

Der Abgeordnete Schmidt (Hamburg) hat das Wort." Drei Jahrzehnte lang hatte dieser Aufruf zur Normalität des Parlaments gehört. Was sich dahinter verbarg, wechselte in zeitlichen Phasen: Waren es in den fünfziger Jahren meist messerscharfe Polemiken, so folgten später selbstbewußte militärstrategische Referate, wirtschafts- und finanzpolitische Kollegs, staatsmännische Ausblicke, immer wieder aber auch Rückgriffe auf persönlich verletzende Attacken und rhetorische Kunststücke und mit der Zeit zunehmende Verlegenheiten über die Entwicklung in der eigenen Partei.

Das alles lag weit hinter dem weißhaarig gewordenen Altkanzler, der – wie auch früher oft – in der zweiten Reihe der SPD-Fraktion Platz genommen hatte. Aus Pietät, zerbröckelnden Resten von Solidarität und wohl auch aus Erleichterung über sein bevorstehendes Ausscheiden hatten die ihm fremd gewordenen Fraktionskollegen Helmut Schmidt die Chance gegeben, als Hauptredner der Opposition in der Generaldebatte über den Bundeshaushalt zum letzten Mal das Wort zu ergreifen.

Sein „Schwanengesang" wurde zum politischen Ereignis. Das zeigte die überquellende Pressetribüne im alten Wasserwerk, dem neuen Exil des Bundestages. Das bewies auch die ungewohnte Aufmerksamkeit, mit der die gesamte Regierungsprominenz, angeführt von Bundeskanzler Helmut Kohl, den Auftritt des einstigen Bonner Matadors erwartete.

Äußerlich schien alles wie gewohnt, als der „Abgeordnete Schmidt (Hamburg)", von Bundestagspräsident Philipp Jenninger mit sonorer Stimme ausgerufen, um 9,58 Uhr im blauen Blazer langsamen Schrittes zum Rednerpult ging, bedächtig seine Brille aufsetzte und mit ruhiger Stimme zu sprechen begann. „Nur ganz wenige der heute anwesenden Kolleginnen und Kollegen haben schon dem zweiten oder gar dem ersten Bundestag angehört. Ihnen fühle ich mich heute in besonderer Weise verbunden", begann er.

In der Tat, nur diese Veteranen konnten sich noch persönlich an den forschen Oberleutnant a. D. erinnern, der 1953 in das Parlament eingezogen war und am 11. 2. 1954 in seiner Jungfernrede eine erste Probe seiner polemischen Schlagkraft gegeben hatte. Damals war Bundesverkehrsminister Seebohm sein Opfer. Viele andere folgten. Einer von ihnen, Richard Jäger (CSU), revanchierte sich nach Schmidts berühmt-berüchtigter „Atom-Rede" vom 22. 3. 1958 mit dem Zuruf „Schmidt-Schnauze". Dieser Spitzname blieb haften.

Gestern morgen blitzte nur gelegentlich eine Erinnerung daran auf, als Schmidt auf Zwischenrufe mit raschen, auf Lach-Effekte zielenden Antworten reagierte („Herr Dregger, ich will Ihnen ja die Kompetenz für das Überlandkraftwerk in Fulda nicht bestreiten"). Aber den schweren Säbel behielt der Altkanzler bei seiner vom Anlaß her erforderlichen Kritik an der Regierungspolitik in der Scheide. Offensichtlich ging es ihm mehr um die Rechtfertigung der eigenen Kanzlerschaft als um eine Diskriminierung seines von ihm früher so oft verspotteten Nachfolgers.

Natürlich hatte Schmidt viel zu bemängeln. Vor allem vermißte er die „Autorität", auf die er selbst immer so stolz gewesen war und die er in geradezu militärischer Perfektion als Hamburger Innensenator bei der Flutkatastrophe 1962 demonstriert hatte. Aber eine früher nur in Ansätzen erkennbare Altersweisheit drängte den immer noch kantigen Mann, die meisten Angriffe in ein verbindliches Beiwerk zu kleiden, ja sie oft sogar mit überraschend warmherzigen Sympathie-Erklärungen zu verbinden. So gegenüber dem „lieben Kollegen Stoltenberg" und vor allem gegenüber dem Grafen Lambsdorff, auf den er lange wegen seiner zentralen Rolle bei der „Wende" 1982 gar nicht gut zu sprechen war.

Abschied vom Parlament: Aus dem streitbaren Kämpfer Helmut Schmidt wurde ein weiser Staatsmann FOTO: AP

„Ich freue mich darüber, daß das Gericht den absurden Vorwurf der Bestechlichkeit gegen sie und Hans Friderichs aus der Welt genommen hat. Sie wissen, ich habe Ihnen in diesem Punkt immer geglaubt, ebenso wie ich meinem Freunde Egon Franke glaube," versicherte Schmidt mit großem Ernst.

Da breitete sich zum ersten Mal Beifall über das ganze Plenum aus, von der SPD und der FDP bis zur CDU/CSU. Das sollte sich an diesem Morgen noch oft wiederholen. Denn mehr und mehr spürten die Abgeordneten (außer den Grünen, die Teilnahmslosigkeit an den Tag legten), daß sich hier ein Politiker, der die Schlacken parteipolitischen Vorurteils abgelegt hatte, aus ehrlicher Überzeugung und historischer Erfahrung um eine ganz persönliche Bilanz am Ende einer langen parlamentarischen Laufbahn bemühte. Dazu gehörte die unumwundene Feststellung: „Ich habe in den vergangenen 33 Jahren sicherlich so manchem meiner Kollegen Wunden zugefügt. Dafür bitte ich heute um Nachsicht. Wenn gestritten wird, fällt in der Hitze des Gefechts oft ein emotionales Wort."

Dazu hatte sich der äußerlich so kühle Hamburger nur zu häufig hinreißen lassen. Doch gerade deshalb beschwor er – und es klang wie ein politisches Vermächtnis – „die Erinnerung an Gemeinsamkeiten mit parteipolitischen Gegnern jenseits und nach allem Streit, auch dem heftigsten und bisweilen verletzendsten Streit. Eine meiner schärfsten polemischen Auseinandersetzungen hatte ich mit einem damaligen Sprecher der CSU gehabt, mit Freiherrn zu Guttenberg. Wir haben einander nichts geschenkt", berichtete Schmidt.

Das war sehr milde ausgedrückt. Denn tatsächlich hatte der Hamburger als junger Abgeordneter gerade gegenüber Guttenberg seinen Ruf als „Schmidt-Schnauze" auf schlimme Weise bestätigt, als er am 5. 11. 1959 im Bundestag erregt ausrief: „Es fällt schwer, meine Damen und Herren, bei der Polemik des Herrn Baron von Guttenberg nicht zu beklagen, daß die Deutschen niemals eine Revolution zustande gebracht haben, die dieser Art von Großgrundbesitzern die materielle Grundlage entzogen hätte."

Guttenberg hat das später verziehen. „Es bleibt mir unvergeßlich, daß ich von Guttenbergs Witwe gebeten wurde, an seinem Grabe eine Rede auf diesen bedeutenden Mann zu halten, der sein schweres Leiden ebenso aufrecht und überzeugungstreu ertragen hat, wie er zu seinen politischen Grundeinsichten gehalten hatte", erklärte Schmidt gestern. Er fügte hinzu: „Ich habe auch die vertrauenswürdige, zuverlässige Zusammenarbeit mit Rainer Barzel nicht vergessen."

Seine Schlußfolgerung hatte historisches Gewicht: „Kein Parlament, keine demokratische Ordnung kann überleben ohne ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit. Das mag sich inhaltlich als Konsens ausdrücken oder formal als Respekt, als Achtung oder gar als persönliche Freundschaft zwischen Angehörigen verschiedener politischer Parteien – all dies ist jedenfalls lebensnotwendig für unser Parlament. Sonst hätte es keine Würde, keine demokratische Dignität." Das ganze Haus spendete Applaus.

„Mit Wehmut" gedachte Schmidt der „großen parlamentarischen Gestalten" aus den ersten zwei Jahrzehnten des Bundestages. Jeder weiß: Das alles gehört der Vergangenheit an – Figuren wie Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Thomas Dehler, Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier, Herbert Wehner, Fritz Erler oder Carlo Schmid (sie alle nannte der Altkanzler) und auch Helmut Schmidt selbst kommen nicht wieder.

Aber der Hamburger beließ es nicht bei der Wehmut. „Das war damals eine Ausnahmesituation, und diese Ausnahmesituation ist der Normalität gewichen", stellte er fest. „Das ist ein großer Erfolg. Der Bundestag braucht deshalb den Vergleich mit der französischen Kammer, mit dem englischen Unterhaus oder dem amerikanischen Repräsentantenhaus nicht zu scheuen."

Den jungen Abgeordneten empfahl er eine „Synthese von Fraktionsdisziplin und eigenverantwortlichem Gewissen". Schmidt: „Die ist nur herzustellen, wenn jeder von uns einerseits bereit und willens ist, zu seiner Überzeugung zu stehen – aber andererseits die übergeordnete Notwendigkeit gemeinsamen Handels nicht außer acht läßt. Unser Parlament kann ohne eigenwillige Individualisten nicht auskommen. Politiker haben Anspruch darauf, daß man ihnen nicht ihre Würde nimmt. Sie müssen aber selbst menschlich anständig miteinander umgehen."

Mancher vermißte bei alledem wenigstens einen zaghaften kritischen Hinweis auf durchaus unsolidarische Entwicklungen in der SPD, die schon bei Schmidts Sturz 1982 eine zentrale Rolle gespielt hatten. Aber das war wohl in dieser Lage und bei Schmidts Rolle als Hauptredner der Opposition zuviel erwartet.

Ein wenig elegisch – und nun überhaupt nicht mehr als „Schmidt-Schnauze" – richtete der Altkanzler am Schluß seinen Blick zurück auf den Neuanfang 1945 und stellte selbst die Frage: „Dürfen wir eigentlich zufrieden oder müssen wir unzufrieden sein?" Seine Antwort war klar und unmißverständlich: „Wenn wir ohne parteiliche Brillen den Blick auf die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1986 richten, dann dürfen wir dankbar das Erreichte anerkennen. Wir können auch auf den moralisch-geistigen Wiederaufbau unseres Landes durchaus stolz sein."

Wiederum reichte der Konsens von der Union und der FDP bis zur SPD – auch als Schmidt mit Nachdruck die Besinnung auf das „Ethos eines politischen Pragmatismus in moralischer Absicht" forderte. Sogar die gesamte Regierung (ein höchst ungewöhnlicher Vorgang) stimmte klatschend Vizepräsidentin Annemarie Renger zu, die dem „streitbaren Kämpfer, dem Diplomaten, dem Staatsmann und Menschen Helmut Schmidt" zum Abschied für seinen „Dienst an unserem Volk" dankte.



1953 wurde Helmut Schmidt zum ersten Mal in den Bundestag gewählt FOTO: ULLSTEIN

Ein Buddha aus Bronze ist Zeichen der Zuversicht

Die Aktienkurse steigen, die Immobilienpreise und die Mieten ebenfalls. Das sind deutliche Signale für die positive Stimmung in der Stadt. Der 30. Juni 1997, der Tag an dem Hongkong wieder an China fällt, schreckt die meisten Bewohner – noch – nicht.

Von JOCHEN HEHN

Was haben wohl das Raumfahrtministerium der Volksrepublik China und das buddhistische Kloster „Kostbarer Lotos" (Po Lin) auf Hongkongs größter Insel Lantao gemeinsam? Des Rätsels Lösung wurde jetzt bei einem Festakt im Hongkonger Hotel Victoria verraten: „Das Vertrauen in die Freiheit und die Lebenskraft Hongkongs."

Das Geheimnis der großen Harmonie in der ungewöhnlichen Allianz zwischen den volksrepublikanischen Konstrukteuren von Weltraumraketen und -satelliten und den Mönchen in ihren wallenden orangefarbenen Gewändern liegt in einem 60-Millionen-Hongkong-Dollar-Vertrag (etwa 16 Millionen Mark) begründet, der die Errichtung einer 34 Meter hohen bronzenen Buddha-Statue vorsieht. Das Riesenstandbild wird, nachdem es in einer Fabrikhalle in der Hauptstadt der chinesischen Provinz Jiangsu, Nanjing (Nanking), bronzene Gestalt angenommen hat, weithin sichtbar – sogar bis in die Volksrepublik hinein – auf einer steilen Anhöhe hinter dem Kloster thronen und soll nach dem Willen der ungleichen Partner Symbol für ein freies und blühendes Hongkong sein.

Der stellvertretende Raumfahrtminister Zheng Lianchang hatte sich eigens zur Vertragsunterzeichnung in die britische Kronkolonie bemüht und den Mönchen für das Vertrauen in die chinesische Technologie gedankt. In der Tat ist es kein alltäglicher Vorgang, das die quirligen, geschäftstüchtigen Hongkonger Chinesen ein Projekt dieser Größenordnung vertrauensvoll ihren Landsleuten hinter dem Bambusvorhang überlassen. Eher vertrauen sie schon auf sich selbst. Dies gilt nicht nur für geschäftliche Dinge.

Mißtrauisch wägen sich jeden Zungenschlag, jede Nuance in den politischen Stellungnahmen der chinesischen Führung in Peking, um daraus Rückschlüsse auf die eigene Zukunft ziehen zu können. Denn am 30. Juni 1997, um Mitternacht, wird diese Zukunft, wenn die britische Kronkolonie als „Sonderverwaltungsgebiet" wieder dem Reich der Mitte zufällt, Gegenwart sein.

Von einer Vertrauenskrise ist freilich derzeit in Hongkong kaum etwas spürbar. Der Aktien-Index der Hang-Seng-Bank, ein zuverlässiges Barometer der allgemeinen Stimmungslage, hat einen steilen Sprung nach oben gemacht und in diesen Tagen mit nahezu 2000 Punkten einen Höchststand erreicht. Sogar die Immobilienpreise, die vor und während der britisch-chinesischen Verhandlungen über das Schicksal Hongkongs eingebrochen waren, haben sich blendend erholt. Auch die Mieten haben sich wieder dem Preisniveau des sündhaft teuren Wohnungsmarktes von Tokio angeglichen. Auch die Investitionen, sogar die längerfristigen – das heißt die mit einer Amortationszeit von mehr als fünf Jahren – haben wieder zugenommen.

Zu dem derzeitigen wirtschaftlichen Stimmungshoch haben die Öffnung Chinas und sein Festhalten am Modernisierungskurs, an den jetzt noch ein politisches Reformprogramm gekoppelt werden soll, erheblich beigfetragen. Exporterlöse werden zwar immer noch auf Auslandskonten gehortet, doch fließen wieder mehr Gelder zurück.

Die Mehrheit der Bevölkerung scheint sich mit der Übernahme durch Peking bereits abgefunden zu haben. Das gilt für praktisch alle Einkommensschichten. Die Magnaten vom Schlage eines Sir Y. K. Pao, des Eigentümers der größten Privatreederei der Welt, oder eines Henry Fok und Li Ka-Shing haben sich längst mit der chinesischen Führung arrangiert. Sie pflegen enge persönliche Kontakte zu den Regierungsspitzen in London und Peking, verschaffen sich mit großzügigen Spenden eine günstige Ausgangsposition für 1997 und müssen sich aufgrund ihres unermeßlichen Reichtums ohnehin keine allzu großen Sorgen um die Zukunft machen.

In den dreißigstöckigen Wohnwaben der wie Pilze aus dem Boden schießenden Trabantenstädte Hongkongs bestimmt weniger das Morgen als das Heute die Vorstellung der Menschen. Eric Cheng, ein 26 Jahre alter Lehrer an einer Mittelschule in Shatin, teilt sich eine 45 Quadratmeter große Sozialwohnung mit zehn weiteren Familienmitgliedern. „Und da können wir uns noch glücklich schätzen, denn andere Familien leben unter weit beengteren Verhältnissen", sagt er.

Bis auf die Großeltern und die jüngste Schwester Erics gehen alle zur Arbeit, oftmals sieben Tage in der Woche, 70 bis 80 Stunden lang. Diskussionen über Demokratisierung, Grundgesetz oder gar die Kernenergie spielen da keine Rolle. Die Gespräche der Familie drehen sich um Lebensmittelpreise, den Arbeitsplatz, den Lohn und um den geplanten Kauf einer kleinen Eigentumswohnung, für die jeder Cent zurückgelegt wird. Denn erst dann kann Erics älterer Bruder eine Familie gründen. Die Großeltern seiner künftigen Frau sollen dann mit in die Wohnung ziehen.

Angst vor der Zukunft? – Diese Frage stellt sich für die vielen Hunderttausende, die unter ähnlichen Bedingungen leben müssen, nicht. Sie haben wenig zu verlieren, weil sie kaum etwas besitzen, schon gar nicht die Summe, die nötig wäre, um den Sprung ins Ausland zu finanzieren.

Albert Chan aber, ein Regierungsangestellter im gehobenen Dienst, macht eine klare Rechnung für seine Familie auf. Er und seine Frau, eine Lehrerin und Tochter eines früheren Kuomintang-Beamten, wollen unter keinen Umständen in Hongkong bleiben. Um aber eine neue Existenz in den USA, wo zwei ihrer Kinder bereits die Schule beziehungsweise die Universität besuchen, aufbauen zu können, benötigen sie 1,5 Millionen Hongkong-Dollar, derzeit rund 400 000 Mark. Diese Summe, so haben sie sich ausgerechnet, werden sie in der verbleibenden Zeit nicht aufbringen können. So investieren sie ihr ganzes Vermögen in die Ausbildung ihrer Kinder, in der Hoffnung, mit deren Hilfe doch noch vor 1997 den Absprung zu schaffen.

Chan gehört jener Mittelschicht von Akademikern, Ingenieuren und Managern an, die – wie sich in Umfragen herausstellte – die nachhaltigsten Zweifel an Pekings Vertragstreue haben. Ihr Mißtrauen gründet sich vor allem auf einen entschiedenen Antikommunismus und auf die Überzeugung, daß Peking niemals in der Lage sein werde, den komplizierten Mechanismus des kapitalistischen Hongkong zu handhaben.

Handelt es sich bei diesen Skeptikern um hochqualifizierte Fachleute, werden sie wenig Schwierigkeiten haben, sich eine neue Existenz in den USA, Kanada, Australien oder Singapur zu gründen. Sie sind überall willkommen. Andere versuchen es mit Tricks, indem sie zum Beispiel ihre Frauen wenige Monate vor der Niederkunft mit einem Touristenvisum in die USA schleusen und dann durch den – dank Geburt – mit der US-Staatsbürgerschaft ausgestatteten Nachwuchs einer Familienzusammenführung grundsätzlich nichts mehr im Wege steht.

Gläubigen Seelen bleibt zu guter Letzt noch die Möglichkeit, einen der „Bausteine" im Wert von 1000 HK-Dollar für die Errichtung der großen Buddha-Statue zu erwerben und darum zu bitten, daß die Bronzefigur in zehn Jahren nicht über ein zweites Shanghai blicken wird.



Straßenszene in Hongkong: Von Sorge um die Zukunft keine Spur FOTO: HARTUNG

„In Polen haben unsere Kinder keine Zukunft"

Immer mehr Menschen verlassen die Volksrepulbik Polen. Sie fliehen in die Bundesrepublik Deutschland, um hier zu leben. Viele von ihnen nehmen dabei große persönliche Probleme in Kauf.

Von M. SCHLINGMANN

Sie kommen mit Reisebussen, dem eigenen Wagen oder per Bahn. Sie haben Touristenvisa in ihren Pässen. Aber nach ihren Ferien gehen sie nicht zurück über die Grenze nach Osten. Immer mehr Bewohner Polens nutzen die offiziell erteilte Reisegenehmigung, um im Westen zu bleiben.

Allein 19 504 Deutschstämmige gingen im vergangenen Jahr diesen, nach Ansicht ihres Staates, illegalen Weg. Und die Flut dauert an: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres registrierte das Grenzdurchgangslager Friedland 15 168 Menschen aus der Volksrepublik. 6672 Polen „flohen" 1985 mit einem Touristenvisum aus ihrer Republik und beantragten in der Bundesrepublik politisches Asyl. In diesem Jahr waren es bis Ende Juni 3911.

Die Folgen dieser Auswanderungspraxis sind für die Betroffenen nicht leicht zu ertragen. In den seltensten Fällen dürfen ganze Familien ausreisen. Meistens muß einer als Faustpfand des Staates zurückbleiben.

Die Landesstelle Unna-Massen ist für viele aus dem Osten eine der ersten Stationen im Westen. In den nüchternen Betonbauten leben seit August auch drei Frauen, die mit ihren Kindern als Besucher kamen – mit dem festen Vorsatz in der Bundesrepublik Deutschland zu bleiben. Sie haben Angst, wollen über ihre Ausreise nur reden, wenn sie die Namen nicht preisgeben müssen. Denn ihre Männer sind noch drüben. „Wir haben alles genau durchgesprochen", berichtet eine Mutter von zwei Kindern. „Ich bleibe hier bei meinen Eltern. Mein Mann versucht nachzukommen." Daß er unterschreiben mußte, nie einen Ausreiseantrag zu stellen, nachdem sie das Touristenvisum bekommen hatte, beunruhigt sie nicht allzusehr.

Die Frau ist optimistisch. „Er wird es trotzdem immer wieder versuchen. Irgendwann wird er kommen – in drei oder vier Jahren vielleicht. Alles wird gut werden!"

Ihre Nachbarin im Übergangsheim ist skeptischer. Ob sie ihren Mann wiedersehen wird, sie weiß es nicht. „Er hat mir am Telefon erzählt, daß der Schwiegervater seine Stellung verloren hat. Wer weiß, wie lange mein Mann noch Arbeit hat." Eine dritte Mutter hatte versucht, die Ausreisegenehmigung für die ganze Familie zu bekommen. „Sechs Jahre haben wir gewartet. Es hatte keinen Erfolg. Da wollte ich mit meinen beiden Kindern meine Mutter besuchen. Wir waren verwundert, daß ich die Genehmigung bekommen habe. Schließlich mußten sie damit rechnen, daß ich nicht zurückkomme."

Aus Angst, sich endgültig den Weg in den Westen zu verbauen, hatten die anderen den legalen Weg gar nicht erst in Betracht gezogen. „In Polen weiß jeder, daß man nur noch über eine Reisegenehmigung rauskommt. Wer es probiert, redet nicht darüber. Er ist einfach irgendwann weg." Dabei wählen viele gar nicht einmal den direkten Weg. Häufig fahren sie nach Jugoslawien oder Griechenland, weil sie nur für diese Länder Ausreisegenehmigungen bekommen, und setzen sich von dort in die Bundesrepublik ab.

Das hatten die drei Frauen nicht nötig, aber mitnehmen konnten auch sie nur einen Koffer. Ein Landsmann, ein Kfz-Mechaniker, der das Glück hatte, seine ganze Familie mitbringen zu können, hat seine komplette Wohnungseinrichtung zurückgelassen. Warum er mit Frau und Kindern kommen durfte? Er weiß es nicht, hält es für einen „Glücksfall in einer von Willkür und Korruption geprägten Bürokratie". „Aber wenn wir mehr mitgenommen hätten, als für eine kurze Reise nötig ist, hätte man uns doch sofort an der Grenze festgehalten."

Warum diese Strapazen? Warum der Start in eine vollkommen ungewisse Zukunft? „Wegen der Kinder", lautet die einhellige Antwort, „... weil die in Polen keine Zukunft haben." Bis zu 15 Jahre müsse man auf eine Wohnung warten. „Wenn wir jetzt für unsere Kinder eine anmieten könnten, bekämen sie sie vielleicht, wenn sie einmal heiraten wollen." „Nichts läuft ohne Geld, aber ein Arbeiter verdient doch kaum etwas." Hier hoffen sie, Arbeit zu finden. Daß die Arbeitsmarktlage nicht die beste ist, wüßten sie. Dennoch: „Es wird sicher klappen".

Die Frauen kamen in das nordrhein-westfälische Heim, weil ihre Eltern bereits hier leben. Das Revier bietet Polen traditionelle Bindungen. Schon 1907 wurden mehr als 100 000 polnische Arbeiter im Kohlerevier registriert. Lange bewahrten sie hier ihre kulturelle und ethnische Eigenständigkeit. Polen wurden zu einem prägenden Faktor im „melting pot" Ruhrgebiet. Und so lockt das Land noch heute viele aus dem Osten an. In diesem Jahr wurden hier schon 4342 Deutschstämmige und 1416 Asylbewerber aus Polen registriert.

Deutschstämmige kommen nach den Worten von Manfred Blum, Leiter des Referats „Suchdienst" beim Deutschen Roten Kreuz, per Visum, seitdem Polen die Aussiedlungsfrage als erledigt, die Bedingungen des deutsch-polnischen Vertrages von 1975, wonach 125 000 Deutschstämmige in den nächsten vier Jahren ausreisen durften, als erfüllt ansieht. Das zeige auch die Zahl, daß nur noch etwa zehn Prozent der übersiedelnden Polen eine offizielle Genehmigung haben. Für viele, die keine deutschen Vorfahren haben, öffnet allein das Visum das Tor zum Westen.

Polen standen nach den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf dem fünften Platz der Asylanten-Statistik des zuständigen Bundesamtes in Zirndorf. Sie machten 9,3 Prozent der 42 268 Asylsuchenden aus.

Anerkannt als Asylanten wurden im vergangenen Jahr 797, im ersten Halbjahr 1986 378. Die übrigen werden jedoch wie alle Bürger aus Ostblock-Staaten nicht zurückgeschickt. Darauf können sie vertrauen, solange die 1966 von allen Ländern verabschiedete Regelung gilt, Ostblock-Flüchtlingen grundsätzlich politische Verfolgung zu unterstellen.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums leben derzeit rund 170 000 derartiger „De-facto-Flüchtlinge" in der Bundesrepublik Deutschland. Rund 100 000 davon kommen aus Polen.



Ankunft aus Polen auf dem Bahnhof Unna: Der erste Weg führt ins Aufnahmelager FOTO: SVEN SIMON

Trotz steigenden Angebots fehlen noch Lehrstellen

dpa, Nürnberg

Von Oktober 1985 bis August 1986 meldeten Betriebe und Verwaltungen den Arbeitsämtern 497 900 offene Berufsausbildungsstellen zur Besetzung. Das waren 33 000 oder 7,1 Prozent mehr als in den ersten elf Monaten des vorangegangenen Berufsberatungsjahres. Dennoch waren Ende August bei der Bundesanstalt für Arbeit noch 110 800 Jugendliche ohne Lehrstellen registriert. Das sind 23 500 weniger als vor einem Jahr. Das neue Berufsausbildungsjahr hat mit Ausnahme von Bayern in allen Bundesländern begonnen. Die Nürnberger Bundesanstalt verwies darauf, daß die Mehrzahl der nichtversorgten Bewerber bereits einen Vermittlungsvorschlag habe, aber noch unentschieden sei.

„Volksinitiative" warnt vor Asylanten

dpa, Saarbrücken

Im Saarland hat sich eine „Deutsche Volksinitiative" gebildet, die gegen eine „Überfremdung" des Landes mit ausländischen Asylbewerbern vorgehen will. Die aus Vertretern mehrerer örtlicher saarländischer Bürgerinitiativen entstandene Organisation kündigte eine Aktion „Schwarzer Punkt" an.

Keine Zulassung für Anwalt Mahler

dpa, Berlin

Der als „Apo-Anwalt" Ende der sechziger Jahre bekanntgewordene Horst Mahler darf nicht wieder als Rechtsanwalt arbeiten. Der Berliner Justizsenator Rupert Scholz (CDU) hat den Antrag Mahlers auf Wiederzulassung abgelehnt, teilte ein Justizsprecher gestern mit.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Rasch: „Wir werden keine Mini-Union"

WELT-Interview mit dem Chef der Berliner FDP

DW. Berlin

Berlins Landes- und Fraktionschef der Liberalen, Ex-Senator Walter Rasch, sieht vor der Sitzung des FDP-Bundeshauptausschusses am Wochenende in Augsburg für die FDP eine „sehr gute Chance", bei der Bundestagswahl ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen. Mit Rasch sprach Hans-Rüdiger Karutz.

WELT: Sie halten auch SPD/FDP-Bündnisse auf Länderebene prinzipiell für möglich. Klingt das nicht nach Wankelmütigkeit?

Rasch: Nein, überhaupt nicht. So wenig, wie wir früher einen Wurmfortsatz der SPD darstellten – im Bund wie in den Ländern – so wenig sind wir heute ein Wurmfortsatz der CDU. Wir sind und werden keine Mini-Union. Wir müssen als eigenständige Partei in der Lage sein, entsprechend den landespolitischen Notwendigkeiten auch mit der SPD vernünftige Politik mit starken liberalen Anteilen durchzusetzen.

WELT: Eine Grundsatzfrage ...

Rasch: Ja, sicher. Insofern ist weder die aktuelle Koalition in Bonn in irgendeiner Weise gefährdet noch gar das Berliner Bündnis: Die gemeinsam mit der Union verabredete Politik stellt eine derart breite Basis dar, daß ich auf viele Jahre weder in Bonn noch Berlin in einem SPD/FDP-Bündnis irgendeine Alternative sähe.

WELT: Die atmosphärischen Störungen zwischen CSU und FDP scheinen den Liberalen nicht unlieb ...

Rasch: Strauß und die CSU sind nun einmal in der Produktion von Streitigkeiten mit der FDP für die Liberalen außerordentlich hilfreich. Bangemann hat einmal zu Recht ironisch festgestellt: ‚Was wären wir ohne Strauß?' Insofern ist uns die CSU ein durchaus nützlicher Wahlhelfer. Denn für Strauß ist es in den nächsten Wochen bis zur Landtagswahl das Allerwichtigste, seine Position in Bayern bestätigt zu bekommen. Er will einen Wahlerfolg, zumindest in der Größenordnung von 1982.

WELT: Aber jeder Konflikt schadet dem Ansehen der Koalition ...

Rasch: Gewiß, aber Strauß ist die Bonner Koalition vor der Wahl im eigenen Land völlig gleichgültig. Die Hauptsache für ihn ist: Er kann seine landespolitische Position stärken und von daher seinen Einfluß auf die Bonner Koalition geltend machen. Überdies geht er wohl davon aus, daß die heutige Koalition in Bonn mit einer relativen Wahrscheinlichkeit auch die Wahl gewinnt und er sich somit dies alles auch leisten kann.

WELT: Liegt die FDP bei Bundesumfragen so gut, wie man hört?

Rasch: Ich glaube, daß die FDP aus heutiger Sicht sogar eine sehr gute Chance besitzt, ein zweistelliges Wahlergebnis zu erreichen. Die Frage ist nur – und da spielen Stimmungen eine Rolle – wieweit dieser sehr breite Plafonds an Sympathie und Zustimmung zur FDP auf hohem Niveau bis zum Wahlsonntag anhält. Wenn keine gravierenden Fehler gemacht werden und wir uns auf Strauß verlassen können, haben wir eine reale Chance auf zehn oder mehr Prozent.

WELT: Was sagen Sie zu den Anfeindungen aus der Union gegen Genscher?

Rasch: Es wird nach einer erfolgreichen Wahl überhaupt keinen Anlaß geben, über Genscher zu debattieren. Er und Bangemann stehen im Kabinett ‚festgemauert in der Erden'. Und um Lambsdorff, der sich in der FDP hoher Beliebtheit und Unterstützung erfreut, wird die FDP nicht ‚drumherum' kommen wollen. Da bin ich ganz sicher.

WELT: An der Spree hält man der FDP oft Profilmangel vor.

Rasch: Zunächst muß man ehrlicherweise sagen, daß Berlin in den letzten Monaten nicht nur mit positiven Spitzennachrichten glänzte. Wir waren durch eine Bestechungsaffäre belastet – die FDP übrigens nicht –, die ohne Zweifel auch den Senat und die Parteien, die ihn tragen, nicht eben beflügelt haben. Die FDP erwies sich dabei als stabiler Koalitionsfaktor, als es um die Senatsumbildung ging. Heute liegt die FDP bei über sechs Prozent – eine traumhafte Zahl, die es meiner Erinnerung für die FDP zwischen Wahlen noch nie gab ...



Rasch: Heute liegt die Berliner FDP über sechs Prozent

WELT: Vor der Berlin-Feier gibt es Streit, ob Diepgen Ost-Berlins Verwaltungschef, Erhard Krack (SED), einladen soll. Sie sind dafür?

Rasch: Es gibt zwischen mir und Eberhard Diepgen dabei keinen Konflikt, weil ich, wie er, der Meinung bin, dies sei kein Thema für den Marktplatz. Die klare FDP-Position in dieser Frage ist sogar in Beschlüsse der Berliner FDP und der FDP-Bundestagsfraktion eingegangen: Zur 750-Jahr-Feier sollten sich die Oberhäupter beider Stadthälften sehen. Das gilt unbeschadet aller, von den Deutschen ohnedies nicht zu lösenden Status- und Rechtsproblemen. Natürlich ist Herr Krack kein gewählter Oberbürgermeister in unserem Sinne. Dennoch, ein solcher Kontakt sollte hergestellt werden.

WELT: Sie bejahen die Einladung?

Rasch: Sie entspricht unserer Beschlußlage. Wie man das bewerkstelligt, ist eine zweite Frage.

Barzel beschwor die Gemeinsamkeit in Grundfragen deutscher Politik

DIETHART GOOS, Bonn

Einen Moment lang war die amtierende Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD) irritiert. Wem sollte sie nach der eindrucksvollen Abschiedsrede von Helmut Schmidt das Wort erteilen? Bundeskanzler Helmut Kohl und Wirtschaftsminister Martin Bangemann strebten gleichzeitig zum Podium des Plenarsaals im Wasserwerk. Artig ließ der Chef dem Koalitionspartner den Vortritt. Beide waren sich einig: Neben geziemendem Respekt für Schmidts Verdienste galt es, den Bundestag in die nüchterne Gegenwart zurückzuführen. Immerhin wird in 137 Tagen gewählt.

Geschickt verstand es der FDP-Vorsitzende, Helmut Schmidt Anerkennung zu zollen und gleichzeitig ihm gegenüber Mitleid auszudrükken. Diese Abschiedsrede habe historische Dimensionen und sei ein besonderes Dokument des Deutschen Bundestages. Aber zugleich sei auch deutlich geworden, wie sehr sich Schmidts SPD in der Sicherheitspolitik von ihrem früheren Bundeskanzler entfernt habe. Das sei Schmidts persönliche Tragik, aber auch die Tragik seiner Partei, versicherte Bangemann. Unbeweglich quittierte der Angesprochene diese Worte.

Kurs gelobt

Als wollte er seinen von der CSU immer wieder gescholtenen Amtsvorgänger als FDP-Chef während der Fernsehdirektübertragung wirkungsvoll in Schutz nehmen, stimmte Bangemann das hohe Lied des außenpolitischen Kurses der CDU/CSU-FDP-Koalition an. „Die deutsche Außenpolitik hat einen wesentlichen Beitrag für die europäische Einigung geleistet." Und angesichts des weitverbreiteten Verdrusses über die Brüsseler EG-Bürokratie fügte Bangemann hinzu: „Niemand sollte sich trotz der Schwierigkeiten beim Agrarmarkt abbringen lassen von Anstrengungen für Fortschritte in Europa."

Auf die Zwischenfrage des SPD-Parlamentariers Volker Hauff, wann die Bundesregierung denn endlich das Ratifizierungsgesetz für die überfällige Europäische Akte präsentiere, konterte Bangemann: „Die neuen Kompetenzen der EG berühren die Interessen unserer Bundesländer. Wir befinden uns im Abstimmungsprozeß. Wenn übrigens Herr Rau jetzt hier im Bundestag wäre, könnte er Ihnen über seine Gespräche mit Außenminister Genscher zu dieser Frage berichten."

Eingeleitet hatte den politischen Schlagabtausch unter deutlichen Wahlkampfvorzeichen der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger. Er sprach von einer besorgniserregenden inneren Entwicklung der SPD, deren auf dem Nürnberger Parteitag beschlossenes Programm – sollte es je verwirklicht werden – die Sicherheit der Arbeitsplätze ebenso bedrohen würde wie die Sicherheit des Landes. „Dreizehn Jahre SPD-geführter Bundesregierungen hatten genügt, um alle Pluspunkte unseres Landes in Minuspunkte zu verwandeln." Und mit der ihm üblichen Schärfe wandte Dregger sich direkt an die SPD: „Als Regierungspartei waren Sie 1982 restlos und total gescheitert."

Große Aufmerksamkeit bei Koalition *und Opposition fand Rainer* Barzel, der nach 29 Jahren den Bundestag verläßt, mit seiner Abschiedsrede. Ausdrücklich dankte er Außenminister Genscher, weil dieser ihm den Vortritt ließ. Barzel beschwor aus seiner langen parlamentarischen Erfahrung heraus die Verantwortlichen von Koalition und Opposition zur Gemeinsamkeit in den Grundfragen deutscher Politik. „Ich blicke nicht zurück im Zorn, ich bin dankbar, daß ich mitwirken durfte."

Nach der ungewöhnlich kurzen Mittagspause von nur 30 Minuten meldete sich Hannegret Hönes für die Grünen zu Wort. Die leeren Ledersessel des Plenums beklagte sie als Ausdruck „unterentwickelter Dialogbereitschaft" des Bundestages. Keine Seite des Hauses ließ die Grüne Journalistin ungeschoren. „Ich habe mich, schon bevor er heute geredet hat, gefragt, was ausgerechnet Helmut Schmidt prädestiniert, hier den SPD-Wahlkampf zu eröffnen." Vermutlich gebe es niemanden mit soviel Erfahrung wie ihn, vor der Wahl alles mögliche zu verkünden, um notfalls nach der Wahl das genaue Gegenteil davon zu machen.

Raus Abwesenheit bemängelt

Die Grüne Abgeordnete, die fernsehgerechte blaugraue Garderobe trug, vermißte bei Helmut Schmidt Aussagen zu den Beschlüssen des Nürnberger SPD-Parteitags und lieferte gleich ihre Vermutung für den Grund: „Er kennt den Wert solcher Parteitagsbeschlüsse und er kennt Rau gut genug, um zu wissen, daß der sie im Fall der Fälle rechtzeitig wieder einkassieren wird."

Immer wieder attackierte die Koalition die SPD-Fraktion wegen der Abwesenheit ihres Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Sozialdemokratische Sprecher, wie Horst Ehmke, revanchierten sich mit heftiger Kritik an der Regierung und hielten ihr Un*fähigkeit bei einer durchgreifenden* Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. CDU/CSU und FDP würden dieses Thema nur ansprechen, wenn sie vor einem vermeintlichen neuen Schub von Arbeitslosen beim Verzicht auf Kernenergie warnten. Theo Waigel, Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, hielt den Sozialdemokraten vor, sie wollten nun einen „Kernenergie-Wahlkampf" führen. Ziel dieser Kampagne sei es, die Bevölkerung in Angst und Panik zu versetzen, an die Stelle sachlicher Auseinandersetzung trete die Emotion.

Wörner: SPD sendet falsche Signale aus

rmc. Bonn

In der Haushaltsdebatte des Bundestages hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner der SPD vorgeworfen, die militärische Bedrohung der NATO durch die Sowjetunion absichtlich zu übersehen, um auf diesem Wege ihre Vorstellungen von „Sicherheitspartnerschaft" und „Gefährdungsgemeinschaft" besser propagieren zu können. So aber würden in Richtung Moskau „falsche Signale" *gesendet, die dort die Hoffnung* nährten, die Abrüstung des Westens ohne sowjetische Gegenleistungen erreichen zu können.

Ebenso deutlich stellte sich der Verteidigungsminister dagegen, daß die SPD die USA als den wichtigsten Verbündeten der Bundesrepublik mit Schärfe kritisiere. Dies habe mit selbstbewußter Partnerschaft nichts mehr zu tun, sagte Wörner und fügte hinzu, die fortlaufende und bewußte Gleichstellung der USA und der Sowjetunion verwische den entscheidenden Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur, ebne den Weg ins neutralistische Denken und müsse zum Bruch mit den USA und zum Abzug der Amerikaner aus Europa führen. Dies aber hat nach den Worten des Verteidigungsministers mit der Wahrnehmung deutscher Interessen, wie das die SPD behauptet, nichts zu tun.

Wörner fragte die Sozialdemokraten in seiner Rede, ob es im deutschen Interesse sei, der Sowjetunion ein Monopol bei den SS 20-Mittelstreckenraketen zuzugestehen, oder das WHNS-Unterstützungsabkommen für amerikanische Verstärkungskräfte kündigen zu wollen. Auch fragte er die SPD unter Bezug auf ihre Beschlüsse beim Nürnberger Parteitag, wo sie im Verteidigungshaushalt sofort zwei Milliarden Mark kürzen wolle. Jede Reduzierung gehe an die Substanz der deutschen Verteidigungsfähigkeit und untergrabe damit die Glaubwürdigkeit der Sicherheitspolitik.

Neue Heimat erzwang Abgaben an Tochterfirma

D.G. Bonn

Der Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Bundestages hat neue Erkenntnisse über die Praxis von Vermögensverschiebungen von dem gemeinnützigen in den gewerblichen Teil des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns. Wie sich beim Studium der Beweisakten ergab, hat die Neue Heimat (NH) im Jahre 1979 mit führenden Heizungs-Abrechnungsfirmen Betreuungsverträge für ihre Mietwohnungen abgeschlossen. Bedingung war allerdings, daß gleichzeitig sogenannte Geschäftsbesorgungs-Verträge mit der „Baudata", einer Tochterfirma der nicht zum gemeinnützigen NH-Bereich gehörenden Neuen Heimat Städtebau, vereinbart wurden. Die „Baudata" erstellte mit ihren EDV-Anlagen die Gesamt- und Einzelabrechnungen für die Mieter. Dafür mußten die Ablesefirmen 30 Prozent der ihnen zustehenden Gebühren für Ablesung und Heizkostenabrechnung an die „Baudata" abführen. In den Verträgen mit dreijähriger Laufzeit heißt es wörtlich: „Diese Regelung gilt auch für alle Objekte der Unternehmensgruppe Neue Heimat, die der Auftraggeber künftig mit Meßeinrichtungen für Raumheizung und Brauchwasser (Warmwasser) ausstatten sollte."

Senator Fink will das System verändern

tl. Bonn

Einen grundsätzlichen Systemfeh*ler hat Ulf Fink, Sozialsenator in* Berlin, auf dem Gesundheitspolitischen Kongreß der CDU in Bonn angeprangert: „Die Finanzierung des Gesundheitssystems privilegiert den kurativen vor dem präventiven Sektor." So falle es schwer, einen allgemein akzeptierten Grundsatz in der Realität umzusetzen: Vorbeugen ist besser als Heilen. Von den Ausgaben für Gesundheit in der Bundesrepublik – über 200 Milliarden Mark – entfielen 1984 lediglich sechs Prozent auf Gesundheitsdienste, Vorsorge und Früherkennung, aber rund 50 Prozent auf die Behandlung von Krankheiten. Der Rest würde aufgebracht für Krankheitsnebenkosten (Krankengeld, Hausgeld) mit 32 Prozent. Zwei Prozent entfielen auf Forschung und zehn Prozent auf Sonstiges.

Fink kritisierte insbesondere die Verzerrung in der Gebührenordnung bei zahnärztlichen Leistungen: „Zahnprothetische Arbeiten werden gegenüber zahnerhaltenden Maßnahmen stark überbewertet und zahnprophylaktisch wird fast nichts vergütet." Es dominiere der Zahnersatz. Symptomatisch sei, daß es bisher nur zwei Lehrstühle für präventive Zahnmedizin gäbe.

Bedienungsfehler verursachte in Hamm Störfall

dpa, Düsseldorf

Das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat jetzt den abschließenden Untersuchungsbericht zum Störfall im Hochtemperaturreaktor THTR 300 in Hamm-Uentrop vom 4. Mai dieses Jahres vorgelegt. Danach ist die erhöhte Abgabe von radioaktiven Partikeln „durch eine Fehlentscheidung bei der Bedienung der Beschickungsanlage und eine Fehlfunktion in der Einzelantriebssteuerung ausgelöst worden".

Der für Atomanlagen zuständige Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen hatte damals den Reaktor für mehrere Wochen stillegen lassen. In einer Vorbemerkung zur Größenordnung der freigesetzten Radioaktivität heißt es im Bericht, es sei „nicht eindeutig festzustellen, ob der für Abgaben radioaktiver Aerosole aus dem THTR genehmigte Tagesgrenzwert nicht geringfügig überschritten worden ist".

In der 45seitigen Darstellung des Störfalls vom 4. Mai werden detailliert die Mängel bei der Beschickung des Reaktors mit 40 Absorberelementen mittels Handsteuerung aufgezeigt. Gegen eine Wiederholung des Ereignisses sei ausreichend Vorsorge getroffen.

Gewerkschaft macht sich zum Anwalt der Verbraucher

DW. Hamburg

Unter Hinweis auf die Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) Günter Döding den „Panschern" in der Lebensmittelbranche den Kampf angesagt. Wer mit der Gesundheit der Verbraucher miese Geschäfte betreiben wolle, sei ein Krimineller, sagte Döding gestern auf dem Gewerkschaftstag seiner Organisation in Hamburg, die Lebensmittelskandale hätten das Vertrauen der Verbraucher erschüttert. Der Vorsitzende forderte daher, das Netz gesetzlicher Vorschriften und Kontrollen dichter zu knüpfen.

Sorgen bereitet der Gewerkschaft auch die zunehmende Konzentration im Lebensmittel-Einzelhandel. „Ein Ende dieses „ökonomischen Kanibalismus" sei nicht in Sicht, meinte der Gewerkschaftsvorsitzende. Deshalb seien weitere Arbeitsplätze im Lebensmittel-Einzelhandel und im Ernährungsgewerbe gefährdet und der Gesetzgeber dürfe sich in dieser Situation nicht länger drücken und müsse die Rahmenbedingungen eines leistungsfähigen und fairen Wettbewerbs garantieren. Döding forderte eine Stärkung der Stellung der Kartellbehörden.

Justizminister Engelhard kam auf Juristentag nicht zu seinem Recht

Rede über Gesetzgebungs-Vorhaben fiel der Weizsäcker-Ansprache zum Opfer

HENNING FRANK, Berlin

Am späten Abend kam Bundesjustizminister Hans A. Engelhard doch noch zu seinem Auftritt. Nachdem er wegen der Grundsatzrede des Bundespräsidenten in der Eröffnungssitzung des 56. Deutschen Juristentages in Berlin auf den traditionellen Rechenschaftsbericht seines Hauses verzichten mußte, sprach Engelhard auf einem Empfang im Reichstag zu den Teilnehmern. Er nutzte die Gunst des Ortes, um die ausländischen Juristen daran zu erinnern, daß unter den Fenstern des Ostsaales die Mauer verläuft: „Sie signalisiert in ihrer brutalen Nacktheit die hilflose Reaktion auf die Forderung nach Verwirklichung elementarer Menschenrechte im anderen Teil Deutschlands." Es grenze fast an Zynismus, daß diese Mauer ausgerechnet für Menschen aus der weiten Welt, die nicht politisch Verfolgte sind und sich nicht auf Artikel 16 des Grundgesetzes be*rufen können, durchlässig ist.*

Konsens erhalten

Auch wenn Hans A. Engelhard im Gegensatz zu allen seinen Amtsvorgängern auf dem Deutschen Juristentag die über 3203 Richter, Rechtsanwälte, Verwaltungs- und Wirtschaftsjuristen, die nach Berlin gekommen sind, nicht über die Gesetzgebungsvorhaben des Bundesjustizministeriums unterrichten konnte, so versucht sein Haus doch durch eine auffallend große Zahl von Spitzenbeamten Einfluß auf die Beschlüsse der insgesamt fünf Abteilungen des Juristen-Parlaments zu nehmen.

Auch CDU/CSU, die SPD und FDP sind nicht untätig. Auf einer Pressekonferenz zu Beginn der Beratungen des Juristentages hat der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, der baden-württembergische Justizminister Heinz Eyrich nicht nur zu den heftig umstrittenen Themen der Zulässigkeit der künstlichen Befruchtung beim Menschen und der Sterbehilfe ausführlich Stellung genommen. Der CDU-Politiker kündigte auch ein neues rechtspolitisches Programm der Union an. Daß trotz aller vordergründigen Kontroversen der Konsens zwischen den beiden großen Parteien in der Rechtspolitik noch nicht verlorengegangen ist, machte Eyrich auf Fragen nach der auf dem Juristentag intensiv diskutierten „Tötung auf Verlangen" deutlich.

Die CDU/CSU war sich mit der SPD und der FDP darin einig, daß der Gesetzgeber nicht den Weg zu einer „aktiven Sterbehilfe" ebenen dürfe. Die Juristen tun sich offensichtlich schwer, den von ihnen geforderten Beitrag zu einer Verrechtlichung „der Folgen im Sterbezimmer" zu leisten. Anders ist die Mahnung des Celler Oberlandesgerichtspräsidenten Frantzki an seine Kollegen nicht zu verstehen, zu einer Beruhi*gung der Diskussion* in diesem Bereich auf dem Juristentag beizutragen. Auch wenn an der Beratung über die Sterbehilfe neben Juristen auch Theologen und Mediziner teilnehmen, so wurden nach den einleitenden Referaten von Prof. Dieter Krebs von der Frauen-Universitätsklinik Bonn, Prof. Dieter Giesen von der Freien Universität Berlin und den Moraltheologen Franz Böckle fast nur „juristische Inzuchtgespräche" geführt. Doch das ist auf einem Juristentag gar nicht anders zu erwarten. Schließlich soll „das rechtliche Gewissen der Nation" Antworten geben.

Das gilt besonders für die Zulässigkeit und die zivilrechtlichen Folgen der künstlichen Befruchtung. So einig sich alle Teilnehmer darin von Anfang an waren, daß „wir auf diesem Gebiet nicht alles tun dürfen, was wir können" – für den vom Bundespräsidenten in seinem Grundsatzreferat geforderten rechtlichen Rahmen für die Forschung im Bereich der Gentechnologie wußte niemand ein überzeugendes Rezept zu geben. Das um so weniger, als jeder nationale Alleingang auf diesem Gebiet ohnehin von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Für den Stuttgarter Justizminister Eyrich muß hier eine europäische Regelung gefunden werden. Doch davon ist man in der Europäischen Gemeinschaft noch weit entfernt, zumal der CDU-Politiker sogar ernstliche Zweifel hat, ob in der Frage der Grenzziehung bei der Genforschung ein Kompromiß zwischen den Bonner Regierungsparteien in der SPD erzielt werden kann. Noch ratloser sind die Teilnehmer in der rundfunkrechtlichen Abteilung, welche Empfehlungen sie dem Gesetzgeber zur Neuordnung der Medienlandschaft geben sollen. Denn alles, was in Berlin vom Deutschen Juristentag zum Rundfunkrecht beschlossen wird, steht unter dem Vorbehalt des am 4. November zu erwartenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum niedersächsischen Landesrundfunkgesetz. Wie das ausfällt, darüber wird in den Beratungspausen im Berliner ICC viel spekuliert.

Haftet der Staat?

Auf weitaus festerem Boden bewegen sich da schon die Umweltrechtler. Auch von ihnen wird, wie es der Karlsruher BGH-Rechtsanwalt Karl-Heinz Brandner ausgedrückt hat, eine Art Ei des Kolumbus erwartet, wenn einerseits dem Bürger mehr Rechte bei Umweltbelastungen eingeräumt, andererseits aber die Bevölkerung der Bundesrepublik nicht zu einem Volk von „selbsternannten Umweltschützern" werden soll. Prof. Brandner hofft, daß es dennoch gelingt, hier einen gangbaren Weg zu finden – vorausgesetzt, daß der Staat bereit ist, für Umweltschäden, bei denen der Verursacher nicht gefunden werden kann, zu haften und dafür auch einige Millionen aus dem Staatssäckel zur Verfügung zu stellen.

Der Funke muß in die Gemeinde überspringen

Von RITA SÜSSMUTH

Das Bild ist schon vertraut: Fröhliche junge Menschen bestimmen die Katholikentage. Auch beim morgen beginnenden 89. Deutschen Katholikentag in Aachen wird das nicht anders sein. Ein Drittel der Dauerteilnehmer, deren Zahl sich nach Schätzungen der Veranstalter zwischen 35 000 und 65 000 einpendeln wird, sind unter 18 Jahre alt, ein weiteres Drittel zwischen 18 und 30. Wie schon in München, Düsseldorf und Freiburg werden die Gottesdienste ebenso überfüllt sein wie die fünf eigens eingerichteten geistlichen Zentren zur Besinnung und Meditation. Zur Jugendkundgebung „... denn wir sind die Zukunft der Kirche" am Freitagabend werden 10 000 Jugendliche erwartet. Hat die Kirche angesichts dieses „religiösen Aufbruchs" der Jugend ausgesorgt?

Der Kirchenalltag sieht ganz anders aus. So gehen die Mitgliederzahlen in den katholischen Jugendverbänden ständig zurück. Der Bund Deutscher Katholischer Jugend (BDKJ) als Dachverband zählte 1955 1,5 Millionen Mitglieder, heute sind es noch 500 000. 90 Prozent der 18- bis 20jährigen gehen nicht mehr regelmäßig zum Gottesdienst und als kürzlich in einer Gruppe von Erstklässlern gefragt wurde, wie man ein Kreuzzeichen schlägt, war keines der Kinder dazu in der Lage.

Was also zieht die Jugend in so großer Zahl zu den Katholikentagen? Ist es die „umherschweifende Religiosität", die, verstärkt durch das Gruppenerlebnis, einen Ort der Entfaltung sucht? Sicher ist – und daran zweifeln nicht einmal mehr kirchliche Amtsträger – daß die meisten der jugendlichen Katholikentagsbesucher nach dem Motto leben: Glauben und Religion ja, Kirche nein. Wichtig ist ihnen in erster Linie das Gemeinschaftserlebnis, das Gefühl, unter Gleichgesinnten zu sein, Erfahrungen auszutauschen, in Erinnerungen – vielleicht auch an den letzten Kirchentag – zu schwelgen. Dazu gehört aber auch der Rückzug in die meditative Stille.



Aber zugleich sind die Jugendlichen auf der Suche nach Antworten auf die für sie zentralen Fragen wie Umweltschutz, Frieden, Verhältnis zwischen arm und reich und Partnerschaftsprobleme. Die Anmeldungen zu den fünf Themensektoren zeigen, welche Fragen den Jugendlichen am meisten unter den Nägeln brennen. 30 Prozent haben sich für den Komplex „Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens" entschieden, weitere 30 Prozent für „Weltkirche", der Rest verteilt sich auf „Geistliche Gemeinschaft", „Europa" und „Sozialer Katholizismus". Nach den Erfahrungen *früherer Katholikentage, daß oft* über die Köpfe gerade der jugendlichen Teilnehmer hinweggeredet wurde, wollen die Veranstalter die Jugendlichen stärker als Mitgestalter und weniger als Konsumenten des Programmangebots ansprechen.

Aber Antworten auf ihre Fragen suchen die Jugendlichen jenseits aller Theorien und ihrer didaktischen Aufbereitung in erster Linie bei Menschen, die glaubwürdig sind. Was für sie zählt, ist das persönliche Zeugnis, das Ich-Sagen-Können; sind Referenten, die nicht nur als Experten auftreten, sondern auch für ihre Aussagen einstehen – und sie verständlich machen können. Junge Menschen sind auf der Suche nach Spuren des Christlichen in unserer Gesellschaft, auf der Suche nach Menschen, die das Christentum nicht nur geprägt hat, sondern die es überzeugend leben.

Hier liegt eine enorme Chance für die Kirche, wenn sie sie zu nutzen weiß. Die Lebendigkeit, mit der sich die Kirche auf den Katholikentagen präsentiert, darf allerdings nicht auf diese wenigen Festtage beschränkt bleiben. Wenn der Funke der Begeisterung und Engagementbereitschaft nicht in den Alltag der Gemeinde überspringt, kann er bei den Jugendlichen leicht ins Gegenteil umschlagen. Noch immer herrschen in vielen Gemeinden Konfliktscheu, Entmündigung, Kleingeist und Angst vor – alles Gegensätze zu christlicher Zuversicht und Erlö*sungsfreude. Damit* vor allem junge Menschen nicht in immer größere Distanz zur Kirche geraten, sind lebendiger Dialog, verstärkte Mitwirkungsmöglichkeiten für Laien und damit die Mit-Verantwortung für die Entwicklung in der Kirche erforderlich. Nur so läßt sich „umherschweifende Religiosität" wieder innerhalb der Kirche verankern.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Das Motto des Aachener Katholikentages „Dein Reich komme" bleibt entweder eine Jenseitsvertröstung für Jugendliche oder es gelingt, glaubwürdige Antworten auf die konkreten Fragen in Politik und Kirche zu finden und die jungen Menschen hierbei einzubinden. Jene, die als Zeugen ge- und befragt sind, tragen eine große Verantwortung.

Frau Rita Süssmuth ist Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit und seit 1980 Vizepräsidentin des Familienbundes der Deutschen Katholiken.

Der Regierung in Irland droht ein heißer Herbst

Patt im Parlament / Rücktrittsforderung / Hohe Emigration

REINER GATERMANN, **London**

Spontan hatte Irlands Premierminister Garret FitzGerald in einer öffentlichen Diskussion im Frühsommer erklärt, er werde zurücktreten, falls man ihn zu einer noch höheren Staatsverschuldung zwinge. Der Schuldendienst schlucke bereits die gesamte Einkommensteuer, stellte er aufgebracht fest. Seine Drohung zog FitzGerald schnell zurück. Dennoch würde es nicht überraschen, wenn die Fine-Gael-Labour-Koalition noch in diesem Jahr gezwungen würde, die Regierungsbank zu räumen.

Nach dem heutigen Stand der Dinge wird die oppositionelle Fianna Fail schon bald nach Abschluß der parlamentarischen Sommerpause Ende Oktober einen Mißtrauensantrag einbringen. Er hat Aussichten auf Erfolg, weil erstmals nicht nur die Oppositionsparteien eine gemeinsame Front bilden, sondern auch in der Regierungskoalition mindestens drei Abgeordnete nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen – unter anderem fordern sie mehr Geld für das Sozialwesen und die Grenzregion – bereit sind, für das FitzGerald-Kabinett zu stimmen.

Schon ein Abtrünniger reicht, um die Regierung zu stürzen. Derzeit herrscht im Parlament ein 82-zu-82-Patt. Nur die Ausschlagstimme des Parlamentspräsidenten sichert der Regierung noch das Überleben. Wegen eines Todesfalls ist jedoch ein Sitz vakant, und die Regierung zögert die Ausschreibung der Ergänzungswahl soweit wie möglich hinaus, denn der bisherige Fine-Gael-Sitz wird mit größter Wahrscheinlichkeit an die Fianna Fail fallen. Dann würde auch die Präsidentenstimme nichts mehr nützen.

Opposition liegt vorn

Ein offener Bruch der Rechts-Links-Koalition steht nicht mehr zur Debatte, nachdem sich die Labour Party zum Bleiben entschlossen hat. Gleichzeitig legte sie jedoch fest, den kommenden Wahlkampf – offiziell endet die Legislaturperiode im Herbst 1987 – ohne jegliche Bündniszusage zu führen.

Die Partei ist angesichts der restriktiven Finanz- und Wirtschaftspolitik FitzGeralds in den Ruf geraten, nur noch Handlanger ohne Eigenprofil zu sein. Meinungsumfragen bestätigen ständig einen leichten Vorsprung der Fiana Fail; der Wahlausgang dürfte jedoch weitgehend vom Abschneiden der seit knapp einem Jahr existierenden Progressiven Demokraten abhängen, die sich von der Fianna Fail lossagten und rund 17 Prozent der Wähler hinter sich haben sollen.

Verschlechtert hat sich das politische Klima für die Regierung nicht allein durch die bedrückende Lage der Landwirtschaft, in der ein Fünftel der Berufstätigen beschäftigt ist, sondern auch durch die spürbare Verlangsamung des Wirtschaftsaufschwungs.

Mangel an Fachkräften

Für 1986 wird nur noch ein Wachstum von einem Prozent, gegenüber einer früheren Prognose von 2,5 Prozent, erwartet. Daraus resultiert, daß mit einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage nicht zu rechnen ist. Die Erwerbslosenquote liegt bei 18 Prozent. Daß sie nicht noch wesentlich höher steigt, hat einen besonderen Grund: Die Emigration hat erheblich zugenommen.

Nach jüngsten offiziellen Erhebungen kletterte sie von 1984/85 auf 1985/86 um die Hälfte auf netto 30 000. Dies entspricht ungefähr dem Geburtenüberschuß. Wurde in den siebziger Jahren noch eine Nettoeinwanderung von rund 100 000 registriert, ergibt sich seit 1981 ein Emigrationsüberhang von 75 000. Irland war nur selten in der Lage, seiner gesamten Bevölkerung Arbeit und Nahrung zu geben. In der schlimmsten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg, von 1956 bis 1961 verließen 200 000 Iren ihre Heimat. Hält der Trend an, so sagen Demographen voraus, wird es in den neunziger Jahren keinen Bevölkerungszuwachs mehr geben. Derzeit leben 3,54 Millionen Menschen in der Republik.

Die Emigration ist für Irland ein Politikum, weswegen es nicht verwundert, daß nach Bekanntwerden dieser Zahlen die Opposition den Rücktritt der Regierung forderte. Besorgniserregend ist, daß nicht mehr, wie früher, die Ungelernten ihr Glück außerhalb der Insel suchen, sondern daß Fachkräfte der „jüngsten Nation" Europas den Rücken kehren.

Moskaus MiG-29 beeindruckt die Fachwelt

CvB, **Brüssel**

Der neueste sowjetische Abfangjäger Mig-29 mit dem NATO-Codenamen „Fulcrum" hat westliche Experten stark beeindruckt. Zum ersten Mal zeigten die Sowjets Maschinen dieses Typs im westlichen Ausland bei einem Besuch auf dem finnischen Luftwaffenstützpunkt Rissala.

Die MiG-29 ähnelt im Aussehen der amerikanischen F-18 „Hornet", doch besitzt sie nach vorliegenden Erkenntnissen trotz ihrer Fähigkeit, tief unter ihr fliegende Ziele wie Cruise Missiles bekämpfen zu können, keine derart fortschrittliche Elektronik wie ihr vornehmlich von der US-Marine geflogenes amerikanisches Gegenstück. Mehrere sogenannte Software-Anpassungen haben der „Hornet", die in der Bundesrepublik Deutschland nur von den Kanadiern geflogen wird, zu immer neuen Kampfwertsteigerungen verholfen.

In den reinen Flugleistungen, die allein jedoch das Leistungsspektrum eines modernen Luftkampfjägers nicht mehr bestimmen, dürfte die zweistrahlige „Fulcrum" den neuesten US-Flugzeugen gleichkommen: Ihr Schub übertrifft das Eigengewicht, sie kann raketengleich steigen. Nach Berichten aus Rissala ist die MiG-29 sowjetischer Tradition entsprechend für den Einsatz von Behelfsflugplätzen konstruiert: Auf der Oberkante des Vorderflügels befinden sich Schlitze, durch die beim Rollen des Flugzeugs auf dem Boden Luft für die Triebwerke angesaugt wird. Dadurch soll verhindert werden, daß Steine in die Triebwerke gesaugt werden. Hinter dieser technischen Auslegung verbirgt sich eine taktisch bemerkenswerte Philosophie der sowjetischen Frontluftstreitkräfte, denen die MiG-29 vorrangig zugeteilt wird. Kein westlicher Jäger hat solche Vorrichtung.

Die MiG-29 geht verstärkt in den Staffeldienst bei den sowjetischen Luftstreitkräften. In der „DDR" ist sie beim Jagdfliegerregiment Wittstock bei der 16. sowjetischen Frontluftarmee stationiert. Die veraltete MiG-21 („Fishbed"), einst der bekannteste sowjetische Jäger, der jedoch immer von seiner kurzen Reichweite geplagt wurde, ist inzwischen von der MiG-23 („Flogger"), einem Schwenkflügeljäger, abgelöst worden. (SAD)

Daniloff: US-Senat drängt zu Härte, Krisenstab für begrenzte Aktionen

Freilassung des Journalisten gefordert / Fahrplan für Gipfel bleibt / Sacharow angeklagt

FRITZ WIRTH, **Washington**

Die Eskalation des Falles Daniloff dauert an, dennoch weigert sich die Reagan-Administration, spektakuläre Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die zu einem Zusammenbruch der Vorbereitungen des Gipfels zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan führen könnten.

Im Krisen-Management dieser Affaire hat sich eindeutig die Kursrichtung des State Departments durchgesetzt, die Schadenskontrolle nicht durch emotionelle Reaktionen aus den Händen gleiten zu lassen. Man denkt deshalb im Außenministerium zunächst nur an begrenzte Gegenaktionen und hofft, mit Hilfe stiller Diplomatie Ansatzpunkte zur Befreiung Daniloffs zu finden.

In New York wurde am Dienstag der sowjetische UN-Beamte Gennadi Sacharow, durch den die Affaire Daniloff ausgelöst wurde, formell der Spionage gegen die USA angeklagt. Sacharow war am 23. August in New York verhaftet worden, als er einem Studenten 1000 Dollar für die Beschaffung von US-Militärgeheimnissen bezahlte. Der Student hatte schon vor zwei Jahren das FBI über seine Kontakte mit Sacharow informiert. Wird Sacharow in allen Anklagepunkten für schuldig befunden, muß er mit lebenslanger Haft rechnen.

Die Sowjets, die eine Woche später den amerikanischen Journalisten Daniloff in Moskau verhafteten und ihn der Spionage anklagten, nahmen die Anklage gegen Sacharow zum Anlaß, den Druck auf Daniloff zu verschärfen. Sie warfen ihm vor, schon vor Jahren mit seiner angeblichen Spionagetätigkeit in Moskau begonnen zu haben und ließen ihn wissen, daß er dafür mit dem Tode bestraft werden könne, wie seine Frau Ruth mitteilte.

Als sie - so Reuter ergänzend aus Moskau - ihren Mann zuletzt vor zwei Tagen im Gefängnis besuchte, habe er vorgeschlagen, ihn und Sacharow den diplomatischen Vertretungen ihrer Heimatländer zu überstelllen. Dann könnte über die beiden Fälle verhandelt werden. Die Überstellung könne noch vor dem Treffen der Außenminister Shultz und Schewardnadse, das für den 19. und 2o. September geplant sei, erfolgen. In Washington drückte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, die Hoffnung aus, daß der Fall Daniloff bis zu diesem Termin gelöst sei. Wenn nicht, werde die Affäre vorrangiges Thema der geplanten Gespräche sein.

Der Senat hat Reagan inzwischen unter Druck gesetzt, mit einer Politik der Härte auf die sowjetischen Vergeltungsmaßnahmen gegen Daniloff zu reagieren. In einem einstimmig verabschiedeten Antrag wird der Kreml aufgefordert, Daniloff unverzüglich freizulassen. Gleichzeitig wird gewarnt, daß diese Affaire das Gipfeltreffen bedrohe. Der demokratische Senator Moynihan forderte, daß kein Gipfel stattfinden dürfe, solange die Sowjets Daniloff im Gefängnis festhielten: „Die Russen können keine besseren Beziehungen mit uns erwarten, solange sie sich der verachtenswerten Handlungsweise eines Polizeistaates bedienen".

Der britische Außenminister Sir Geoffey Howe, der sich zur Stunde in Washington aufhält, nannte den Fall Daniloff „ein moralisches Tschernobyl für die Sowjetunion". Er ließ aber auch durchblicken, daß deshalb die Abrüstungsbemühungen nicht zerstört werden dürften.

Reagan hat wiederholt einen von den Sowjets offensichtlich angestrebten Austausch von Daniloff und Sacharow ausgeschlossen. Dagegen ist anzunehmen, daß Washington in den nächsten Tagen einige Diplomaten und Angestellte der sowjetischen UN-Delegation des Landes verweist.

Deng empfing Prinz Sihanuk

APF **Peking**

Der chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping hat gestern den Führer des kambodschanischen Widerstandes Prinz Sihanuk in Peking getroffen, während dort gleichzeitig die ranghöchsten chinesisch-sowjetischen Gespräche seit 17 Jahren geführt wurden. Nach chinesischen Angaben beglückwünschte Deng Prinz Sihanuk zu seiner „festen Haltung im Kampf gegen die Vietnamesen".

Zugleich empfing der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Yao Yilin eine sowjetische Delegation mit dem Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Nikolai Talysin an der Spitze. Sihanuk betonte, die gleichzeitige Präsenz von Talysian sei reiner „Zufall". Das chinesische Protokoll hat dafür gesorgt, daß Sihanuk und Talysin nicht zusammentreffen.

Wieder zwei Tote in Südafrika

AFP, **Pretoria**

Die Gewalt in Südafrika hat erneut zwei Tote gefordert. Nach offiziellen Angaben wurde ein 16jähriges schwarzes Mädchen in Grahamstown in der östlichen Kap-Provinz von mehreren Personen erstochen. Außerdem sei ein schwarzer Mann bei einem Angriff auf sein Haus in Durban erschossen worden. Den amtlichen Angaben zufolge wurden beide Opfer von Gewalt unter Schwarzen. Wie es heißt, kamen in Südafrika in diesem Jahr bisher mehr Menschen durch Gewalt unter Schwarzen ums Leben, als durch die Hand der Sicherheitskräfte. Mit den beiden jüngsten Todesopfern sind seit Ausrufung des Ausnahmezustandes am 12. Juni nach offiziellen Angaben mindestens 295 Menschen in Südafrika ums Leben gekommen.

Frau Bhutto strebt Blockfreiheit an

AFP, **Karatschi**

Benazir Bhutto hat nach ihrer Entlassung aus 26tägiger Haft den „Einsturz der demokratischen Fassade" des derzeitigen Regimes in Pakistan als den größten Erfolg der oppositionellen Pakistanischen Volkspartei (PPP) bezeichnet. Gleichzeitig kritisierte sie den PPP-Führer Ghulam Mustapha Zatoi. Er habe von Präsident Ziaul Haq den Auftrag erhalten, ihr Ansehen zu untergraben und eine Parteispaltung herbeizuführen. Dafür habe Zia ihm den Posten eines Regierungschefs versprochen. Ihr schwebe eine Zukunft Pakistans als blockfreies Land vor. Sie habe an ihre Anhänger appelliert, keine amerikanischen Fahnen mehr zu verbrennen, sagte sie in einem Interview der französischen Nachrichtenagentur „Agence France Press" (AFP).

Israel greift Palästinenser in Libanon an

rtr. **Tel Aviv**

Mit Kampfhubschraubern und einem Jagdflugzeug hat Israel gestern ein Palästinenser-Lager bei der südlibanesischen Hafenstadt Sidon angegriffen. Ein Militärsprecher teilte mit, es habe sich um eine Basis der von Syrien unterstützten „Volkskampf-Front" gehandelt. Bei dem Luftangriff wurden drei Menschen getötet. Außerdem beschossen israelische Schnellboote ein Flüchtlingslager in der Nähe der Stadt Tyrus. Mehrere Häuser wurden zerstört. Angaben über Opfer lagen zunächst nicht vor.

In der Nacht zuvor hatten vier Palästinenser versucht, in einem Schlauchboot zur nordisraelischen Küste zu gelangen. Das Schlauchboot war von einem israelischen Schnellboot entdeckt, unter Feuer genommen und an den Strand zurückgetrieben worden.

In derselben Nacht wurde eine Siedlung in Nordisrael aus dem Südlibanon mit sowjetischen Katjuscha-Raketen beschossen. Es war bereits der dritte derartige Angriff aus dem nördlichen Nachbarland innerhalb einer Woche.

Frau Aquino warnt USA vor Einmischung

AFP, Manila

Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino hat die USA vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes gewarnt. Die Staatschefin reagierte damit auf Verlautbarungen, wonach Regierungskreise in Washington Manila eine zu weiche Haltung gegenüber den philippinischen Kommunisten vorgeworfen haben. Frau Aquino reist am Montag zu einem einwöchigen offiziellen Besuch in die USA.

In einem AFP-Interview sagte Frau Aquino, sie sei durchaus zu einer „härteren, von den Amerikanern unterstützten" Haltung gegenüber den kommunistischen Aufständischen bereit – mit denen sie sich seit ihrem Regierungsantritt im Frühjahr auf der Ebene von Emissären um die Erreichung eines Waffenstillstands bemüht. Die Entscheidung für eine härtere Politik sei aber allein Sache ihrer Regierung, betonte die Präsidentin. Solange Washington sich nicht einmische, *bleibe das amerikanisch-philippinische* Verhältnis „okay". Sie störe es auch nicht, daß US-Präsident Ronald Reagan ein langjähriger Freund ihres gestürzten Vorgängers, des im US-Exil lebenden Diktators Marcos, sei, vorausgesetzt, daß das nicht zu einer amerikanischen Einflußnahme auf das derzeitige innenpolitische Geschehen in den Philippinen führe, betonte Frau Aquino. Sie suche vorerst „alle friedlichen Mittel" auszuschöpfen, um zu einer Einigung mit der – verbotenen – KP des Landes und deren Guerilla-Organisation „Volksarmee" (NPA) zu gelangen. Das schließe nicht aus, daß die Regierung später „Gewalt anwendet".

Wegen der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Manila und den Rebellen gibt es innerhalb der Regierung und zwischen Frau Aquino und der Militärführung sichtliche Spannungen. Ein Sprecher des Generalstabs betonte, die Militärführung müsse einen größeren Anteil an der Ausarbeitung der Sicherheitspolitik bekommen. Er bekräftigte jedoch zugleich die „volle" Loyalität der Streitkräfte zu ihrer Regierung, der die Armee untergeordnet sei.

Verteidigungsminister Enrile und Oberbefehlshaber Ramos sind dafür, daß die Regierungstruppen während der Waffenstillstandsbemühungen in ihren Aktionen gegen die Rebellen nicht nachlassen.

Nach einem Plädoyer für die Stärkung der Bundeswehr mit konventionellen Waffen befaßt sich Generalinspekteur Wolfgang Altenburg im zweiten Teil der Analyse für die WELT mit den Einzelheiten der Planung im Verteidigungsministerium. Der General warnt vor allem vor einer Verringerung der derzeitigen Streitkräfte. Die Bundeswehr bewege sich bereits jetzt am Rande des „operativen Minimums", das 456 000 Soldaten erfordere.

Wer die Bundeswehr abbaut, schwächt die Allianz

Von WOLFGANG ALTENBURG

Die Bundeswehr kann ihren Auftrag erfolgreich nur auf der Grundlage eines ausreichend starken Friedensumfanges erfüllen. Dieser muß es ihr auch ermöglichen, in Krisenzeiten – beziehungsweise im Verteidigungsfall – schnell zur vollen Verteidigungsstärke aufzuwachsen.

Mit ihrer jetzigen Kaderung bewegt sie sich bereits heute am Rande des „operativen Minimums", das 456 000 Soldaten erfordert. Diese Stärke gewährleistet die Abschreckung im Frieden und ist für den Aufwuchs der Streitkräfte in Krise und Krieg unabdingbar. Weitere Verringerungen der präsenten Kräfte sind nicht vertretbar, wenn der Auftrag erfüllbar bleiben soll. Damit steht zunächst – mit Blick auf die verschärften Bedingungen des Arbeitsmarktes der neunziger Jahre – *die Sicherung des Personalbestandes* der Bundeswehr im Vordergrund der Planungen.

Nach Maßnahmen zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit fällt die für Mitte 1989 von Bundesrat und Bundestag bereits beschlossene Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate ins Gewicht. Sie wird nicht nur eine bessere Grundausbildung ermöglichen, sondern auch eine gezielte Vorbereitung der aktiven Soldaten auf ihre künftige Verwendung als Reservisten. Ein Bestandteil der Strukturplanung ist die verstärkte Nutzung des Reservistenpotentials, das mit 39 000 Reservisten in den Friedensumfang einbezogen wird.

Im Verteidigungsumfang werden die Reservisten einen Anteil von fast zwei Dritteln stellen. Entsprechend ihrer wachsenden Rolle muß ihre Ausbildung intensiviert werden. Zusammen mit der Verlängerung des Grundwehrdienstes bedeutet die Intensivierung der Wehrübungen eine tragbare Belastung; sie ist im Interesse der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland notwendig und auch zumutbar, wenn man bedenkt, daß die Masse der Reservisten *innerhalb von zwei bis drei Jahren* nur zu jeweils einer zehntägigen Wehrübung herangezogen würde. Damit liegt die Bundeswehr weit unterhalb der Zeit anderer Nationen.

Die Planung ist darauf gerichtet, erkannte Schwächen im Verteidigungssystem vorrangig abzubauen. Hier geht es zunächst darum, die sogenannte „Peripherie" – das heißt, die „Optimierung" der Großwaffensysteme durch all das, was Voraussetzung für ihre volle Wirksamkeit ist – *in ausreichender Menge und Qualität* bereitzustellen. Dies war in der Vergangenheit zu kurz gekommen, als man sich aus guten Gründen auf die Beschaffung neuer Trägersysteme konzentrierte. Die Bezeichnung „Peripherie" wird der Bedeutung dieses Vorhabens nicht gerecht, handelt es sich doch um so wichtige Bereiche wie Führung, Aufklärung, Überlebensfähigkeit und logistische Reichweite. Eine stärkere Betonung der Ausrüstung mit Mitteln für Nachrichtengewinnung, Aufklärung und Führung werden die politische und militärische Führung besser befähigen, die Lageentwicklung zu beurteilen und ihre Führungsaufgaben wahrzunehmen, Planungen und Maßnahmen verzugslos im Bündnis abzustimmen und den wirkungsvollen Einsatz der Streitkräfte sicherzustellen. Sie wird die Reaktionsfähigkeit und Flexibilität der Streitkräfte und ihrer Waffensysteme steigern. Mit elektronischen Mitteln ausgerüstet, werden diese in die Lage versetzt, auch bei Nacht und unter Bedingungen des funkelektronischen Kampfes ihre Aufgaben wirksam zu erfüllen.

Das derzeit größte Defizit liegt in der mangelnden Durchhaltefähigkeit. Ein deutlicher Schwerpunkt wurde deshalb auf die Entwicklung und die ausreichende Bevorratung moderner endphasengelenkter Munition gesetzt. Dadurch werden die bereits vorhandenen Träger optimiert. Die sanitätsdienstliche Versorgung wird finanziell besser ausgestattet. Bei den Beschaffungsvorhaben für die Streitkräfte geht es nicht um einen bloßen Ersatz veralteter Waffensysteme – „eins zu eins" – im Sinne schematischen Nachfolgedenkens. Übrigens läßt der Schwerpunkt der Rüstungsplanung den defensiven Charakter klar erkennen.

Die Bundeswehr ist eine Friedensarmee, die seit 30 Jahren besteht. Die knappen Ressourcen gebieten es ihr, das Großgerät sparsam zu bewirtschaften. Diese Vorgabe haben die Streitkräfte konsequent beachtet. Sie verfügen teilweise über Großgerät, an dem bereits die Väter unserer heutigen Wehrpflichtigen ausgebildet wurden. Über die Beschaffung hinaus ist daher die systematische Kampfwert*steigerung eingeführter und noch* länger in Dienst zu haltender Waffensysteme ein unverzichtbarer Beitrag zur Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. Auch hier sind die modernen Technologien zu nutzen. Ihre zügige Bereitstellung und breitgefächerte Nutzung wird zum eigentlichen Schlüssel für die



Wolfgang Altenburg
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Stärkung der konventionellen Kampfkraft. Deshalb haben wir die Mittelansätze für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöht. Die Bundeswehr baut dabei auf die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der Industrieforschung.

Die Bundeswehrplanung ist ein Ergebnis der politischen Willensbildung in unserem Lande. Zielsetzung und Auftrag der Streitkräfte beruhen auf dem sicherheitspolitischen Konsens der Bevölkerung, deren große Mehrheit davon überzeugt ist, daß unsere Werteordnung verteidigungswürdig ist.

Diese Grundlage der Bundeswehrplanung war trotz unterschiedlicher Positionen in der politischen Landschaft bislang unbestritten. Dennoch gab es in der Vergangenheit wiederholt Auseinandersetzungen um Art und Umfang der finanziellen und personellen Realisierung des Auftrages an die Bundeswehr. Ein Wesensmerkmal parlamentarischer Demokratie ist die Kritik der Regierungspolitik durch die Opposition und die *Darlegung ihrer alternativen Vorstellungen*. Dies gilt auch für die Bundeswehrplanung.

Dabei sollte stets die Fähigkeit der Bundeswehr zur Erfüllung ihres politisch zugewiesenen Auftrages im Auge behalten werden. Angesichts der Probleme, vor denen die Bundeswehr steht, wird dies für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein, solange der Wille besteht, den sicherheitspolitischen Konsens zu erhalten. Wer diesen Konsens will und, daraus abgeleitet, der Bundeswehr den politischen Auftrag erteilt, als eine Armee im Bündnis den Frieden in Freiheit zu erhalten, muß auch dazu bereit sein, den Soldaten die nötigen Mittel zu geben. Dies ist ein Gebot politischer Verantwortung. Forderungen nach einer weitergehenden Verringerung der präsenten Truppenteile einer ohnehin schon weitgehend gekaderten Bundeswehr sind dagegen nicht geeignet, die Probleme der Bundeswehr zu lösen. Sie gefährden die Auftragserfüllung der Streitkräfte und verletzen bündnispolitische Vereinbarungen.

Wer die Bundeswehr abbaut, schwächt die Allianz. Gleiches gilt für die Implementierung alternativer Strategien, die dem Anspruch, jede Art von Krieg zu verhindern – auch den konventionellen –, nicht gerecht werden. Kriegsverhinderung, verbunden mit der Fähigkeit zu einem wirksamen Kriegsmanagement, ist und bleibt die grundlegende Zielsetzung deutscher Sicherheitspolitik. Dies bindet die Bundesrepublik Deutschland an das Atlantische Bündnis und verlangt, daß unsere Vorstellungen von der Sicherheit des Friedens in Freiheit auch in der NATO konsensfähig bleiben.

Die Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr ist die sicherheitspolitische Zielsetzung der neunziger Jahre. Sie deckt sich mit den Vorstellungen und nationalen Planungen unserer Bündnispartner. Die Verbesserung der konventionellen Fähigkeiten stärkt die abschreckungswirksame Funktion des nuklearen Teils unserer Triade. Je weniger die NATO von nuklearen Gefechtsfeldwaffen abhängig ist, desto mehr muß ein Aggressor im Falle einer nuklearen Eskalation damit rechnen, daß weitreichende Trägermittel auf seinem Territorium Schäden verursachen werden. Abschreckung ist dann glaubwürdig, wenn der Verursacher einer Aggression die Folgen tragen muß und nicht das Opfer. Dies erhält die Option des Bündnisses, durch die Androhung von Eskalation einen Krieg schnellstmöglich zu beenden, um Schaden zu minimieren.

Die Verbesserung der konventionellen Verteidigung verlangt, daß wir die konventionelle Komponente unserer auf Kriegsverhinderung gerichteten Strategie der Abschreckung in eine neue Dimension bringen. Dies erfordert neben hohen Kosten auch personelle Belastungen. Aber sie macht unsere Abschreckung glaubwürdiger und Krieg damit unwahrscheinlicher.

Diese Aufgaben kann die Bundeswehr allein nicht bewältigen. Frieden und Freiheit zu sichern, fordert unsere gesamte Gesellschaft heraus. Die Bürger müssen bereit sein, sich dieser Herausforderung zu stellen, wenn sie auch in Zukunft die Freiheit genießen wollen. Dies verlangt die Information des Bürgers über die heranstehenden politischen Weichenstellungen für die neunziger Jahre. Dazu gehört auch die offene Darlegung der Konsequenzen, die zu erwarten sind, wenn notwendige sicherheitspolitische Entscheidungen nur deswegen nicht fallen, weil dies bequemer erscheint. Die Probleme, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, den Umfang und die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten, dürfen nicht dazu führen, daß wir unsere sicherheitspolitischen Zielsetzungen opfern, weil andere Wege vielleicht einen kurzfristigen politischen Erfolg versprechen.

Hier ist nicht die Bundeswehr, sondern die politische Führung durch die Parteien gefordert, die sich unserer Werteordnung verpflichtet fühlen.

Akademie der Künste in Paris und Berlin?

PAUL F. REITZE, Bonn

Vor dem deutsch-französischen Kultur-Gipfel am 27./28. Oktober in Frankfurt zeichnet sich eine engere Zusammenarbeit ab. So gibt es Gesprächskontakte über eine gemeinsame Akademie der Künste Paris/Berlin. Auf deutscher Seite zeigen sich neben Berlin vor allem Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland an einem Ausbau der Beziehungen interessiert.

Die Verärgerung mehrerer Bundesländer über den derzeitigen Bevollmächtigten für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags, den Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier (SPD), hat unterdessen neue Nahrung erhalten. Wedemeier hatte im Sommer an einem den Gipfel vorbereitenden ersten Forum nicht teilgenommen. An einem zweiten Forum, am 22./23. September in Paris, wird er sich, obwohl er im Programm genannt war, ebenfalls nicht beteiligen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth wird ihn vertreten.

Wedemeier wird turnusgemäß Anfang 1987 als Bevollmächtigter vom Regierungschef eines unionsregierten Landes abgelöst. Bisher haben als einzige CDU-Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen noch nicht den Bevollmächtigten gestellt. Ministerpräsident Albrecht hat mittlerweile intern Bereitschaft bekundet.

Nach Informationen der WELT scheint indessen Lothar Späth entschlossen, ihm die Kandidatur streitig zu machen, obwohl mit Kiesinger und Filbinger Baden-Württemberg bereits zweimal den Bevollmächtigten gestellt hat. Die Entscheidung wird am 1. Oktober getroffen, nach Vorbesprechungen der Chefs der Staatskanzleien in dieser Woche.

Späths Erscheinen in Paris gilt als Indiz dafür, daß er das Amt des Bevollmächtigten mit Nachdruck anstrebt. Sollten sich die Ministerpräsidenten auf ihn verständigen, erwartet die französische Seite vor allem Kooperationsimpulse im Hochschulbereich.

Das Forum in Paris wird sich vor allem mit Fragen der Künste und der Medien beschäftigen. Zu den deutschen Teilnehmern gehören unter anderen Münchens Generalintendant Everding, die Filmregisseure Schlöndorff, Syberberg und Margarethe von Trotta, der Showmaster Biolek sowie die Choreographin Pina Bausch.



Einst verachtet, heute gepriesen

Die Chirurgie ist mit Sicherheit der älteste Teil der gesamten Medizin. Schon bei den frühen Naturvölkern wurden Schädeleröffnungen geübt, obwohl die Gründe dafür oft mystischer Natur waren. Die Wundnaht und die Amputation von Gliedmaßen wird bereits im Talmud erwähnt. Schon sehr früh erkannten die Inder die Nasenplastik, und Hippokrates erstellte das noch heute gültige Prinzip, „wo Eiter ist, da muß eröffnet werden".

All dieses Wissen ging aus unerklärlichen Gründen im Mittelalter wieder verloren, wobei die Kirche dabei wohl nicht ganz unschuldig war. So verbot Papst Innozenz III. den Klerikern, in deren Händen ein großer Teil der medizinischen Tätigkeit lag, jeden chirurgischen Eingriff, ja sie durften nicht einmal anwesend sein.

So war die Chirurgie über lange Zeit ein wenig angesehenes Handwerk und wurde meist von Henkern, Gauklern, Zahnbrechern *und Starstechern ausgeübt. Daß* die Chirurgie zum Schreckgespenst wurde, lag sicherlich daran, daß die Schreie der Betroffenen, die Blutungen und der üble Geruch von Eiter den Chirurgen grausam und unmenschlich erscheinen ließ. Erst die Narkose und später die Infektionslehre lenkte sie in humane Bahnen und brachten ihr Anerkennung. Danach aber setzte der Erfolg mit unglaublichem Tempo ein. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurde aus einem nicht sehr geachteten Handwerk „die Perle der Medizin".

Dem Autor Hans Schwabe, selbst ein erfahrener Chirurg, ist es gelungen, den Leser durch lebhafte Erzählweise an sein Buch zu fesseln. Es ist nicht nur für Mediziner geeignet, sondern dürfte von ganz besonderem Interesse für den medizinischen Laien sein. Er wird sicherlich überrascht sein, auf welchen verworrenen Wegen die Chirurgie gegangen ist, bis sie ihren heutigen Standard erreicht hatte. Zahlreiche Abbildungen *verdeutlichen die Ereignisse* der vergangenen Zeiten und runden das Buch ab. zyl.

„Der lange Weg der Chirurgie", von Hans Schwabe, 188 Seiten mit 43 Abbildungen, Strom-Verlag, Zürich 1986, 34,80 DM.



Der Große Pandabär *(Ailuropoda melanoleuca)* wurde auf der ganzen Welt zum Symbol für die bedrohte Tierwelt. Die Bären, die von den Chinesen an verschiedene Zoos verschenkt wurden, haben Millionen von Besuchern durch ihr verspieltes Verhalten begeistert. Das Foto entstand im Zoo von Chengdu, der Hauptstadt der chinesischen Provinz Sichuan, wo geschwächte und kranke Tiere aus dem Wolong-Reservat „aufgepäppelt" werden. FOTO: L. KÜRTEN

Ein Wappentier geht um die Welt

Vor 25 Jahren wurde die Naturschutzorganisation World Wildlife Fund gegründet

Von LUDWIG KÜRTEN

Über 4000 Naturschutzprojekte in 130 Ländern hat der World Wildlife Fund (WWF) ins Leben gerufen und mit mehr als 300 Millionen Mark unterstützt. 260 Naturparks und Schutzgebiete auf fünf Kontinenten wurden eingerichtet. Ihr Areal von 1,5 Millionen Quadratkilometern bedeckt rund 1 Prozent der gesamten Landfläche auf der Erde. Berühmte Nationalparks in Afrika, Indien, in Malaysia und Indonesien, in Peru und Ecuador, bis hin zu den Galapagos-Inseln im Pazifik, wären ohne seine Hilfe undenkbar. 33 Arten sind vor dem sicheren Aussterben gerettet worden. Diese Erfolgsbilanz dürfte das schönste Geburtstagsgeschenk für den WWF sein, der heute vor 25 Jahren im Schweizer Morges gegründet wurde.

Anfang der 60er Jahre hatte ein Londoner Geschäftsmann, betroffen durch Berichte über die Bedrohung der Tiere in Afrika, vorgeschlagen, eine Spendensammlung unter vermögenden Persönlichkeiten auf der ganzen Welt zu starten. Die Idee zog Kreise und führte schließlich zur Gründung einer weltweiten Naturschutzorganisation.

Prinz Bernhard der Niederlande wurde der erste Präsident des in Gland (Schweiz) ansässigen WWF. Er bat 1000 Wohlhabende, je 10 000 Dollar für den Naturschutz zu spenden. Durch das Geld, das so zusammenkam, gewann der WWF eine solide Kapitalbasis für seine ersten Unternehmungen.

Seit 1981 steht Prinz Philip, der Herzog von Edinburgh, dem WWF als Präsident vor. Trotz dieser „königlichen" Tradition ist dies beileibe keine Organisation der „Reichen". Inzwischen entstanden in 23 Ländern nationale Ableger. Schon 1963 wurde eine deutsche Sektion gegründet, die heute etwa 50 000 Mitglieder und Förderer hat. Ihr Präsident ist Professor Kurt Lotz, ehemals Chef des Volkswagen-Konzerns. Der WWF-Deutschland betreut heute zahlreiche Projekte in eigener Verantwortung, so unterhält er zum Beispiel Institute zum Schutz des Wattenmeeres in Bremen und Husum und zur Erhaltung der Auenwälder in Rastatt.

Bekannt selbst im letzten Winkel der Erde wurde der WWF durch die Kampagne zur Rettung der Großen Pandabären in China. Von den Pandas, heute „Wappentier" der Organisation, leben nur noch etwa 1000 Exemplare in Gebirgsregionen der chinesischen Provinzen Sichuan, Gansu und Shaanxi. Das ständige Vordringen des Menschen in die Lebensräume dieses pflanzenfressenden Bären bedeutet eine große Ge*fahr für den* Bestand der Tiere. Die Blüte des Bambus, ihrer Lieblingsnahrung, in den Jahren 1974 und 1982 bedrohte zusätzlich die letzten Exemplare dieser Art.

Der WWF initiierte zusammen mit chinesischen Behörden Forschungsarbeiten und Schutzbemühungen und richtete im Wolong-Reservat in Sichuan eine wissenschaftliche Station ein. Durch mehrere weltweite Spendenaktionen wurden die notwendigen Mittel gesammelt.

Dies ist aber nur eines von vielen Projekten. Sei es die Rettung der arabischen Oryxantilope vor zwanzig Jahren oder – eine der jüngsten Aktionen – die Kampagne gegen die Abschlachtung der Kaimane in den Sumpfgebieten des Pantanal an der Grenze zwischen Brasilien und Paraguay : Schon lange bevor das Wort „Naturschutz" zu einem Alltags-Begriff wurde, hatte der WWF praktische Hilfe geleistet.

Während in den Anfangsjahren vor allem die Rettung einzelner Arten im Vordergrund stand, widmet sich die Organisation in den letzten Jahren verstärkt dem Schutz bedrohter Lebensräume. Dazu gehören Feuchtgebiete in Mitteleuropa ebenso wie die Regenwälder in Südamerika. Artenschutz wird heute als Bestandteil einer umfassenden Erhaltung natürlicher Lebensräume verstanden.

Zusammen mit seiner wissenschaftlichen Schwesterorganisation, der Internationalen Naturschutzunion (IUCN), sowie der UNO entwickelte der WWF eine *„Weltstrategie zur* Erhaltung der Natur". Ziel ist es, grundlegende ökologische Abläufe auf der Erde – Fruchtbarkeit der Böden, Erhaltung der Wälder, Schutz von Meeren und Binnengewässern – vor den zerstörenden Eingriffen der Menschen zu retten.

Wie man dem Schielen auf die Spur kommt

Sehfehler können bereits bei Säuglingen erkannt werden

Von VERA ZYLKA

Die Einschulungsuntersuchungen in diesen Tagen offenbaren, daß circa 17 Prozent der I-Dötzchen an einer ein- oder beidseitigen Sehschwäche leiden, die durch eine Fehlstellung der Augen hervorgerufen wird. Die statistischen Zahlen bezogen auf den Bundesdurchschnitt sprechen eine noch deutlichere Sprache: Rund zwei Millionen Personen schielen. In den meisten Fällen wurde versäumt, die Sehschwäche bereits im Kindesalter zu erkennen. Der Grund dafür ist, daß bisher keine einfache und klinisch anwendbare Methode zur Sehprüfung in den ersten Lebenstagen zur Verfügung stand. Mit dem Verfahren des „preferential looking" (PL) ist es jetzt möglich, dem Sehfehler bereits bei Säuglingen auf die Spur zu kommen.

Die Behandlung der Sehbehinderung ist um so aussichtsreicher, je früher sie einsetzt. Wenn die Kinder erst einmal im Schulalter sind, verringern sich die Chancen einer Therapie ohne Operation erheblich. Denn die Fähigkeit des Gehirns, optische Signale zu verarbeiten, entwickelt sich nach den Untersuchungsergebnisse mit Hilfe der PL-Methode viel früher und rascher als bisher angenommen.

Das Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Frankfurt hat zusammen mit Prof. K.-P. Boergen eine Untersuchungsreihe an der Augenklinik der Universität München vorgenommen. Ihre Ergebnisse zeigen, daß die volle Funktionstüchtigkeit des Systems offenbar schon am Ende des ersten Lebensjahres erreicht ist. Diese sogenannte Entwicklungsphase wird von der Reifungsphase abgelöst, denn bis zum fünften Lebensjahr scheint sich die „Feineinstellung" dieser Funktionen zu vollziehen.

Sehbilder werden im Gehirn verschmolzen

Die Umgebung kann nur räumlich (plastisch) wahrgenommen werden, wenn beide Augen in die gleiche Richtung schauen. Die in jedem Auge entstehenden Bilder werden im Gehirn zu einem einzigen Seheindruck verschmolzen. Bei Fehlstellung der Augen, also beim Schielen, sind die von jedem Auge übermittelten Eindrücke so verschieden, daß störende Doppelbilder entstehen. Das kindliche Gehirn wehrt sich nun dagegen, indem es das Bild des schielenden Auges einfach unterdrückt. Die Folge davon ist, daß das nicht benutzte Auge lebenslang schwachsichtig bleibt.

Dieser unwiederbringliche Verlust der Sehschärfe ist mit Veränderungen an bestimmten Strukturen des Gehirns verbunden. Versuche an jungen Katzen und Affen am MPI für Hirnforschung haben gezeigt, daß sich die Zahl der für das räumliche Sehen notwendigen Zellen in der Sehrinde des Gehirns nach operativer Erzeugung eines Schielwinkels erheblich verringert.

Das fehlsichtige Auge verliert seine Sehkraft

Verschließt man bei jungen Katzen oder Affen ein Auge, so verschlechtert sich bereits nach einer Woche die Funktion dieses Auges und die Fähigkeit, räumlich zu sehen. Die Zahl der Zellen in der Sehrinde, die Informationen aus beiden Augen verarbeiten, geht auch in diesem Fall deutlich zurück. Nach Verschließen des offenen Auges und Öffnen des vorher verschlossenen kann sich bis zu einem gewissen Alter die Funktion des zuerst verschlossenen Auges wieder erholen.

Auf den Menschen übertragen bedeutet das: Durch die Korrektur eines Sehfehlers bis spätestens zum fünften Lebensjahr kann verhindert werden, daß die ständige Unterdrückung des sehschwachen Auges eine andauernde Schädigung der Sehkraft verursacht.

Ein erfolgreiches Verfahren, die Sehschärfe im Säuglingsalter zu prüfen, ist die „preferential looking"-Methode. Sie beruht auf der Beobachtung, daß Säuglinge, denen man ein Gittermuster auf einem grauen Hintergrund zeigt, das Gittermuster fixieren. Durch Anbieten von immer feineren Mustern ist es möglich, die Wahrnehmungsschwelle (Sehschärfe) des Säuglings zu bestimmen.

Das frühzeitige Erkennen von Sehschwächen mit Hilfe der „preferential-looking" Methode gibt die Möglichkeit zur frühzeitigen Behandlung des Schielens. Dabei bevorzugt man heute das zeitweilige Verschließen des schielenden Auges (Okklusion). Es scheint auszureichen, das Auge im ersten Lebenshalbjahr für ein bis zwei Stunden pro Tag zu verschließen, im 2. Lebenshalbjahr geht man dann zu drei bis vier Stunden über. Damit ist es möglich, die Sehschärfe innerhalb von einigen Monaten zu korrigieren.

NOTIZEN

Weniger Tierversuche

Heidelberg (dpa) – Zum Ersatz von Tierversuchen stehen viele alternative Methoden zur Verfügung oder können in naher Zukunft eingesetzt werden. Experimente mit Tieren sind aber nicht in allen Fällen zu ersetzen. Nach einem Symposium der Universität Heidelberg und des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie machten Teilnehmer deutlich, daß es vor allem für die in Gesetzen (z. B. Chemikalien-, Bundesseuchengesetz) vorgeschriebenen Sicherheitsüberprüfungen neuer Substanzen noch keine Alternativen zum Tierversuch gebe. Die Zahl der bei der Arzneimittelentwicklung eingesetzten Versuchstiere ist von 1977 bis 1984 um rund 40 Prozent auf 2,4 Millionen zurückgegangen.

Meeresforschung

Bremerhaven (dpa) – Das europäische Meeresforschungsprojekt EUROMAR ist am Dienstag im Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung gegründet worden. Das Projekt ist mit 350 Millionen Mark auf neun Jahre veranschlagt. EUROMAR bietet eine Chance, neue grenzüberschreitende Maßstäbe bei der Erforschung und Erhaltung der marinen Umwelt zu setzen.

Samstag auf der Wissenschaftsseite

„Jedes Jahr ein neuer Hit" – Über die verblüffenden Fähigkeiten der Buckelwale beim Komponieren berichtet Matthias Glaubrecht.

*

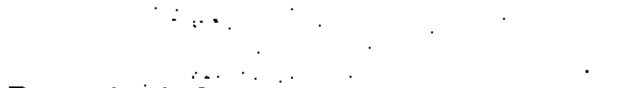
Neue magnetische Werkstoffe für Elektroantriebe stellt Arno Nöldechen vor.

*

Wie man empfindliche Chips vor Blitzschlag und Überspannung schützen kann. Von Rudolf Weber.

Anti-Lärm-Asphalt

Köln (DW.) – Lärmschluckende Straßenbeläge werden auch in der Bundesrepublik getestet (siehe unser Beitrag vom 26.8.86). Auf der Bundesstraße 9 im Bereich Dormagen hat die Firma Deutag Mischwerke bereits im Mai zu Testzwecken einen schallabsorbierenden Belag eingebaut, der den Geräuschpegel um drei Dezibel (etwa ein Viertel) verringert.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Bindung ist stärker

Sie berichten über Schwierigkeiten des Kanzlers im Umgang mit den rivalisierenden Partnern der „Cohabitation", Präsident Mitterrand und Premierminister Chirac.

Doch sollte man diese Komplikationen nicht übermäßig dramatisieren. Der deutsch-französische Vertrag sieht ausdrücklich enge Konsultationen auf beiden Ebenen vor. Vor allem aber zeigt ein Rückblick auf die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen, daß diese zwar nicht immer einfach, von parteipolitischen Konstellationen aber erstaunlich unberührt sind. Von 1969 bis 1981 arbeiteten SPD-Kanzler meist gut mit Präsidenten und Regierungen der französischen „Rechten" zusammen. Die Spannungen bezogen sich auf Rivalitäten um den außenpolitischen Rang und das wirtschaftliche Gewicht beider Staaten als Ganzes.

Seit 1981 erleben wir auf beiden Seiten des Rheins tiefgreifende innenpolitische „Wenden". Die Kommentare waren jeweils sorgenvoll: Wie sollte sich der erklärte Sozialist Mitterrand mit dem Marktwirtschaftler Schmidt und – schwieriger noch – mit Helmut Kohl verstehen? Das Paradox, daß heute ähnliche Sorgen der scheinbar größeren Nähe Kohls zu Mitterrand und seinem Verhältnis zum „Wende"-Premier Chirac gelten, bestätigt das Übergewicht der Kontinuität.

Die jeweils nächste Regierung schreibt genau dort weiter, wo die Vorgänger abgetreten waren. Sie hat beim heutigen Ausmaß internationaler Verflechtung und gemeinsamer Abhängigkeit vom Verhältnis der Supermächte – der eigentlichen deutsch-französischen „Schicksalsgemeinschaft" – kaum eine andere Wahl.

Die Erfahrung zeigt auch, daß die vielbeschworene Freundschaft oder Aversion zwischen Spitzenpolitikern wichtig, aber nicht das Entscheidende ist. Die wirklichen und vermeintlichen Sachzwänge, die zur Zusammenarbeit drängen, bleiben ebenso bestehen wie die Hindernisse.

Hier allerdings spielt Innenpolitik eine entscheidende Rolle. Demokratisch gewählte Politiker gehen nur in Ausnahmefällen weiter als sie glauben, es der Wählerschaft und mächtigen, oft noch in engen nationalen Kategorien denkenden Expertengruppen oder Lobbys zumuten zu können (die Durchsetzung des von Schmidt und Giscard gemeinsam entwickelten Europäischen Währungssystem war eine zukunftweisende Ausnahme).

Wichtiger als das persönliche Verhältnis zwischen Politikern und als Rituale der Völkerfreundschaft ist deshalb Verständigung zwischen den meinungsbildenden Kräften beider Länder.

Dr. Robert Picht,
Hauptgeschäftsführer
Deutsch-Französisches Institut,
Ludwigsburg

Andere Zahlen

„EKD – Recht auf Asyl nicht ändern"; WELT vom 3. September

In der Grundsatzerklärung der EKD zur Änderung des Asylrechts operiert die Kirche leider mit falschen Zahlen. Sie schreibt, die Bundesrepublik habe 126 000 Flüchtlinge aufgenommen. In Wahrheit sind es aber bereits 670 000. Und die Kirche weiß das auch.

Mit freundlichen Grüßen
Elisabeth Risse,
Lübeck 1

Wort des Tages

„Ein schwerer Beutel macht leicht eitel."

Abraham a Santa Clara, deutscher Prediger und Autor (1644–1709)

Kranker Wald

„Forscher: Der Wald stirbt, aber er stirbt langsamer"; WELT vom 4. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Wald stirbt nicht, er krankt oder ist geschädigt. Forscher sagen eben nicht, daß der Wald stirbt. Das war nur die erste Schreckensbotschaft, die den deutschen Michel aufgeweckt hat.

Die Koalitionsregierung hat im Gegensatz zur Vorläuferin schon viel für den deutschen Wald getan und in der EG die Vorreiterrolle gespielt. Jetzt wird der schutzbedürftige deutsche Wald von der SPD und den Grünen zugunsten einer nuklearen Hysterie wie eine heiße Kartoffel ausgespuckt und fallengelassen. Darum ist die sensationelle Überschrift und Aufmachung in der WELT verständlich.

Es gibt keinen Grund, zur Entwarnung zu blasen. Aber die Regierung und ihre Sachverständigen schreiben nirgends etwas vom Waldsterben, sondern nur von Waldkrankheiten oder Waldschäden. Die Krankheit ist ein Bündel von Schäden und Symptomen, ein Syndrom.

Die amerikanische Präsidentendokumentation „Global 2000" und das internationale Standardwerk „Die Wälder der Welt" sagen übereinstimmend aus, daß nicht die Forsten der Industrieländer, sondern die Naturwälder der Entwicklungsländer lebensgefährlich bedroht sind.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Strech,
Wissen (Sieg)

Personen

GEBURTSTAGE

Seine Porträts von Konrad Witz, Rodin, Michelangelo, Leonardo da Vinci, Rembrandt und Goya, gehören zu den eindrucksvollsten literarischen Zeugnissen moderner Kunstgeschichte: Der Schweizer Kunsthistoriker Professor **Joseph Gantner** vollendet heute sein 90. Lebensjahr. Gantner ist ein Schüler von Heinrich Wölfflin. Er redigierte die Zeitschrift „Werk" (Zürich), zugleich war er von 1926 bis 1928 Privatdozent für Kunstgeschichte an der Universität Zürich. 1938 wurde er auf den Lehrstuhl für Kunstgeschichte an der Universität Basel berufen, den er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1967 begleitete. Das außerordentlich weite Œuvre Gantners umfaßt unter anderem zahlreiche Bücher zu den Problemen des schweizerischen und europäischen Städtebaus und die beiden ersten Bände der „Kunstgeschichte der Schweiz". Gantners Werke wurden in zahlreiche Sprachen, auch ins Japanische übersetzt.

*

Seinen 80. Geburtstag feierte in Moskau der Komponist und Musiktheoretiker **Philipp M. Herşcovici**, ein Schüler Alban Bergs und Anton von Weberns, der beim „Anschluß" Österreichs aus Wien flüchten mußte. In den sechziger Jahren waren die wichtigsten Vertreter der sowjetischen Avantgarde wie Alfred Schnitke, Andrej Volkonsky oder Viktor Suslin seine Privatschüler. Als Unperson in der Sowjetunion totgeschwiegen, kämpft er seit Jahren um seine Ausreise nach Israel.

EHRUNG

Die Fritz-Schumacher-Medaille 1986 in Gold der Hamburger Stiftung F.V.S., die dem niedersächsischen Museumsdorf Cloppenburg verliehen wurde, ist vom Vorsitzenden des Stiftungsrates der F.V.S. Stiftung, Dr. **Alfred Toepfer** in der Münchhausenscheune des Museumsdorfes dem Museumsdirektor Dr. **Helmut Ottenjann** überreicht worden. Das Museumsdorf erhielt diese Auszeichnung für die Sicherung wesentlicher Zeugnisse bäuerlicher Architektur und Sachkultur sowie deren wissenschaftliche und didaktisch hervorragende museale Vermittlung.

VERANSTALTUNG

Franz Burda Junior, in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Wirtschaftsrates der CDU, will Politiker und Journalisten bei einer „Offenburger Spätlese" vereinen. Der Verleger und Sohn von Dr. **Franz Burda** hat sich für ein „Treffen außerhalb der üblichen Tapeten entschieden" und bittet unter anderem im Hotel Ritter in Durbach/Ortenaukreis zu Tisch. Spätlese soll an zwei Tagen, am Freitag und Samstag, gehalten werden: Am ersten Tag sind eingeladene Journalisten unter sich, am zweiten Abend werden Baden-Württembergs Ministerpräsident **Lothar Späth** und Kanzleramtsminister **Wolfgang Schäuble** hinzukommen. Zu den Angeboten an die Gäste gehören unter anderem eine Weinprobe und eine romantische Rebwanderung.

KIRCHE

Monsignore **Wolfgang Römer**, Leiter der Arbeitsstelle Behindertenseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, ist in der englischen Universitätsstadt Oxford zum Präsidenten des internationalen ökumenischen Arbeitskreises für Taubstummenseelsorge gewählt worden. Er ist Nachfolger von Pfarrer **Rudolf Wollrab** aus Mitteldeutschland, der nach 12jähriger Amtzeit aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. Mit Römer steht dieser Internationalen Ökumenischen Organisation zum erstenmal ein katholischer Priester vor. Zum Internationalen Ökumenischen Arbeitskreis gehören die leitenden Gehörlosenseelsorger von sechs Konfessionen.

LEICHTATHLETIK

„Mit eigener Initiative neue Geldquellen erschließen“

JÖRG STRATMANN, Frankfurt

Die Parole wurde schon in Stuttgart ausgegeben. „Wir müssen", sagte Eberhard Munzert, Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), „den Rückenwind ausnutzen." Gesagt, getan.

Wenn sich also in diesen Tagen die Experten für Leistungssport im DLV regelmäßig zu Sitzungen treffen, so ergehen sie sich nicht in seligen Erinnerungen an die prächtig gelungenen Europameisterschaften im eigenen Lande. „Wir werden uns von der schönen Woche in Stuttgart nicht blenden lassen", sagt Munzert, „denn da wurden unsere Probleme für die Zukunft nicht gelöst."

Der Blick ist aus guten Gründen nach vorn gerichtet. Zum einen gelte es, so heißt es unter den Verantwortlichen, die gerade erworbene „Rolle der Leichtathletik als Sympathieträger" auszunutzen und frischen Wind in „die leicht verkrusteten Strukturen des Verbandes" pusten zu lassen. Um die Frage der Nachwuchsförderung geht es da ebenso wie um die der Ehren- und Hauptamtlichkeit oder auch der sozialen Betreuung der Athleten.

Zum anderen sollen ganz konkrete Maßnahmen zur Sprache kommen: Wie werden die Talente gefunden? Kann die Leichtathletik durch geänderte Wettkampfformen für Kinder und Jugendliche interessanter werden? Und vor allem: Welche neuen Wege gibt es, um Mittel für mehr Trainer und weitergehende Betreuung der Sportler aufzubringen? Kann der Kontakt des DLV zu verschiedenen Zweigen der Wirtschaft intensiviert werden?

Pilot-Projekt

Da trifft es sich gut, daß der DLV schon dieser Tage ein bereits seit längerem laufendes Pilot-Projekt vorstellen konnte, das beim dringlichsten DLV-Problem so schnell wie möglich Abhilfe schaffen soll. Unterstützt von der Firma Puma, von der Deutschen Bundesbahn und zu etwa 50 Prozent von den Vereinigten Papierwerken Schickedanz in Nürnberg kann der DLV vier Jahre lang neue Formen „der Talentsichtung, -förderung und -pflege" ausprobieren. Schon im vorigen Jahr hat Schickedanz in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) ein Nachwuchs-Förderungs-Programm mit dem Deutschen Ski-Verband (DSV) ins Leben gerufen. Nun stellt die Firma beiden Verbänden insgesamt eine Million Mark zur Verfügung.

Eine Initiative des DLV, so heißt es dort, bei deren Verwirklichung die Kontakte des NOK und der Stiftung Deutsche Sporthilfe als Katalysator gewirkt hätten. Und diese Art der Eigeninitiative versuche man nun zu verstärken.

Der DLV konzentriert die ihm zur Verfügung stehenden Mittel des Pilot-Projektes auf einen besonders gefährdeten Bereich, die Frauen-Leichtathletik. „Da sehen wir Lükken, große Lücken", sagt Ilse Bechthold, Vizepräsidentin im DLV. Gerade im Hürdenlauf und Weitsprung.

Blick nach England

Folgerichtig wurden beide Disziplinen zur besonderen Förderung ausgewählt. Gut 100 talentierte Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren werden durch spezielle Stützpunkt-Trainer gefördert und beraten und nehmen an zentralen Trainingscamps teil. „Ich erwarte", sagt der verantwortliche DLV-Trainer Bernd Veldmann, „daß sich schon in diesem Jahr zehn Mädchen für den C-Kader des DLV qualifizieren."

Das soll erst der Anfang sein. Der DLV will von nun an verstärkt in eigener Initiative neue Geldquellen erschließen, eigene Kontakte zur Wirtschaft herstellen. Der Nachwuchs und die Vereinsarbeit, das hat man erkannt, sollen so intensiver gefördert werden. Bereiche also, die von der Sporthilfe und den Mitteln des Bundes, die sich in erster Linie auf den Spitzensport konzentrieren, nicht abgedeckt sind. „Wir müssen schließlich irgendwie von unten nachliefern können", heißt es im DLV, „sonst kommt der große Bruch."

Klingt da Besorgnis durch, daß sich die Position der Institutionen Sporthilfe, NOK und deren gemeinsamer Marketing-Gesellschaft oder des Bundesausschusses für Leistungssport zu sehr auf Kosten eines Verbandes gestärkt werden?

Auf jeden Fall, so sagen DLV-Verantwortliche, werde man in der nächsten Zeit eine Einladung des Britischen Leichtathletikverbandes annehmen und sich das dortige System erläutern lassen. Die Briten, die keine staatliche Förderung erhalten, können ungehindert über sämtliche Mittel verfügen, die ihnen die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft einbringen.

FUSSBALL / Nach dem ersten Lehrgang ist Franz Beckenbauer wieder zuversichtlich, auch wenn er mit Rückschlägen rechnet



Bei allem Ernst: Der Spaß darf aber auch nicht zu kurz kommen. Beim Lehrgang der Nationalmannschaft alberten Wolfram Wuttke, Andreas Brehme und Michael Rummenigge (von links nach rechts) herum. FOTO: AP

Das Nationalteam ist auf der Suche nach neuer Hackordnung

W. NIERSBACH, Frankfurt

Toni Schumacher erzielte Echowirkung im leeren Frankfurter Waldstadion. „Olaf, spiel mit, Thomas komm, Herbert setz nach." So die Kommandos des Torhüters, neuen Mannschaftsführers und neuen Seniors beim selbstverständlich bedeutungslosen 3:1 (2:0)-Testspiel-Erfolg (gespielt wurde zweimal 35 Minuten) der Nationalelf über die zweite Garde der Frankfurter Eintracht. Niemand muckte auf, ließ Unwillen erkennen, denn das Wort des 32jährigen besitzt – Krise hin, Krise her – nun einmal Gewicht.

Doch es liegt in der Natur der Sache, daß ein Torwart nie Dirigent einer Mannschaft sein kann. Auch nicht ein Schlußmann mit starken Stimmbändern, wie Schumacher sie besitzt. Rummenigge, Briegel, Magath, Förster: Das waren über Jahre die Fix- und Orientierungspunkte, die gemeinsam mit Schumacher den Ton angaben. Nun ist der Torwart allein übrig geblieben. Das bedeutet: Es muß sich eine neue Hackordnung in der Nationalmannschaft bilden, auf dem Spielfeld, aber auch im Umfeld.

So gesehen war der Kurzlehrgang im sonnigen Taunus von einiger Bedeutung. Schon beim Lauftraining fiel auf: Leute wie Matthäus, Brehme oder Berthold ließen sich ans Ende des Feldes fallen und flachsten bei gymnastischen Übungen, die Neulinge wie Wohlfarth oder Eckstein ernst und konzentriert absolvierten. Keine Frage: Der zweite Platz von Mexiko hat einigen ein breites Kreuz gegeben, wobei bei einem Typ wie Thomas Berthold gar keine Rolle spielt, daß er erst 21 ist. Der Frankfurter und auch Lothar Matthäus haben noch nie an mangelndem Selbstbewußtsein gelitten, sie müssen eher gebremst werden.

Als weitere Korsettstangen seines neuen Teams nennt Franz Beckenbauer die Stürmer Rudi Völler und Klaus Allofs, die freilich mit eher ruhigen und zurückhaltenden Naturell ausgestattet sind. Der Teamchef weiß außerdem: „Im besten Fußball-Alter ist man erst mit etwa 28 Jahren." Nun bewies gerade Beckenbauer in aktiver Zeit, daß auch ein junger Spieler Verantwortung übernehmen kann.

Doch im Grundsatz verdeutlicht er seine These an der Auskunft, warum er Berthold nicht zum Libero der DFB-Elite mache: „Da hinten brauchen wir einen erfahrenen Mann, der den Laden zusammenhält. Wer geht denn schon auf das Kommando eines 21jährigen ein?"

Demnach wird einer wie Berthold in der mannschaftsinternen Hierarchie zwar eine starke, aber noch keine führende Rolle spielen können. Wer sich letztlich durchsetzt, ist nach dem ersten gegenseitigen Beschnuppern im Lehrgang noch nicht klar erkennbar, wird auch immer von gezeigten Leistungen beeinflußt werden. Für Klaus Allofs erfüllte der Ausflug in den Taunus aber auch noch einen anderen Zweck: „Man muß doch mal miteinander reden können. Vor den Länderspielen ist der Druck immer zu groß, da herrscht meist ziemlicher Trubel."

Der wiederum ist auch am 24. September beim Prestige-Duell mit Dänemark im bereits ausverkauften Idraetspark von Kopenhagen garantiert. Schon am nächsten Dienstag wird Beckenbauer sein Aufgebot benennen und bis dahin versuchen, ein sichtbar gewordenes Manko auszumerzen. „Uns fehlen derzeit gute Abwehrspieler", klagt der Teamchef. Der Nürnberger Stefan Reuter („Ein schneller und aggressiver Mann") könnte von dieser Vakanz profitieren, aber auch Thomas Hörster. Über den 29jährigen Libero aus Leverkusen urteilte Beckenbauer: „Ein guter und zuverlässiger Mann." Eine echte Konkurrenz also für die diesmal fehlenden Mexiko-Fahrer Augenthaler und Herget.

Insgesamt war der Teamchef mit dem ersten Lehrgang nach der Weltmeisterschaft im Sporthotel „Erbismühle" im Taunus sehr zufrieden. Er sagte: „Ich bin jetzt viel zuversichtlicher als vor einigen Monaten." Hatte die Mannschaft in Mexiko noch eine Mischung zugunsten der älteren Spieler, so wird künftig in der Nationalelf die Mischung eher zugunsten der jüngeren Spieler ausfallen. Franz Beckenbauer sagt: „Es könnte am Anfang schmerzliche Rückschläge geben. Wir müssen deshalb sehen, wie lange die Öffentlichkeit Geduld hat." (sid)

Junge Spieler sammelten internationale Erfahrung, Vogts bekam wichtige Hinweise

sid/dpa, Glasgow

Berti Vogts war zufrieden. Zur mitternächtlichen Stunde stellte der Sportlehrer des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) im Hotel „Stakis Grosvenor" in Glasgow nach den Testspielen der „U 19"- und „U 21"-Junioren fest: „Die Begegnungen haben sich gelohnt. Für die Spieler war es wichtig, daß sie international Erfahrung sammeln. Ich habe wertvolle Fingerzeige bekommen." Wenige Stunden zuvor hatte die „U 19"-Auswahl 3:2 und die „U 21"-Vertretung 0:1 gegen Schottlands Nachwuchs gespielt. Vogts Fazit für die Zukunft: „Alle müssen noch lernen und an sich arbeiten, wenn sie den Sprung in die Nationalmannschaft schaffen wollen." Vogts weiter: „Bei der älteren Mannschaft war die fünfmonatige Pause und die neue Zusammensetzung spürbar."

Voll des Lobes war Berti Vogts über die jüngeren Spieler: „Sie haben zeitweise wie eine Klubmannschaft aufgetrumpft. Die Generalprobe für die Europameisterschaft im Oktober in Jugoslawien ist geglückt." Dabei stach ein Akteur ganz besonders heraus: Andreas Möller von Eintracht Frankfurt dirigierte und schoß das Team mit seinem Tor zum Erfolg. „Er war der beste Spieler von allen vier Mannschaften, die ich an diesem Abend gesehen habe", lobte der 96malige Nationalspieler, „erfreulich, daß er sich auch international so gut durchsetzen kann." Vogts will ihn weiter fördern. „Es ist noch zu früh, ihn ganz oben einzusetzen. Pierre Littbarski, Wolfgang Rolff und Rudi Völler sind auch erst durch diese Mannschaft in die A-Vertretung gekommen", meinte Berti Vogts zu der Entwicklung des 19jährigen Frankfurters, der im Augenblick als größtes Talent in Deutschland gehandelt wird. Neben Möller zeichneten sich auch die beiden anderen Torschützen Oliver Bierhoff (Bayer Uerdingen) und Michael Prus (Schalke 04) aus.

Die „U 21"-Junioren hatten ihre Schwächen im Zusammenspiel. „Da klappte es zwischen Mittelfeld und Angriff nicht", beklagte sich der DFB-Trainer, der in drei Wochen das Team in Kopenhagen gegen Dänemark einem Leistungstest unterziehen wird. Der Trainer hob lediglich die Leistungen von Kohler (Mannheim) und Kutowski (Dortmund) hervor. „Ich glaube, es ist eine Steigerung möglich, wenn die Mannschaft einmal in der gleichen Besetzung wieder spielen kann", gab sich Berti Vogts zuversichtlich. Für die Entwicklung dieser Mannschaft war das 0:1 gegen Schottland sehr lehrreich.

Die für Teamchef Franz Beckenbauer interessanten Spieler Stefan Reuter (1. FC Nürnberg), Ludwig Kögl (Bayern München) und Günter Drews (Bayer Leverkusen) spielten mit Licht und Schatten. Gegen Dänemark will Berti Vogts zwei ältere Akteure in die Mannschaft einbauen. Dann soll mehr Ruhe und Ordnung in diesem Team herrschen, das noch immer als Sprungbrett zur A-Auswahl angesehen wird.

Saisonstart in Italien: Weniger Zuschauer, aber stets Skandale

KLAUS RÜHLE, Rom

Silvio Berlusconi überlegt nicht lange. Wenn er sich etwas vorgenommen hat, handelt er. Sofort und um jeden Preis. Geld spielt keine Rolle. Davon hat er im Überfluß. Er hat so viel davon, daß er es sich leisten konnte, vor einigen Monaten den bankrotten Fußballklub AC Mailand aufzukaufen. Berlusconi investierte 50 Millionen Mark, dann hatte er den maroden Verein wieder auf Vordermann gebracht. Jetzt fliegt die Mannschaft sogar mit einem eigenen Flugzeug in den Clubfarben zu den Auswärtsspielen. Ein Geschenk. Selbstverständlich von Berlusconi.

Jetzt hat er sich in den Kopf gesetzt, seinem Verein einen neuen Star zu kaufen. Einen Ausländer natürlich. Denn die Spieler im eigenen Land haben abgewirtschaftet. Als Weltmeister waren sie bei der WM in Mexiko angekommen. Doch dann haben sie den italienischen Fußball gründlich blamiert.

Also sieht sich Berlusconi im Ausland um. In der Bundesliga beispielsweise. Immerhin stand die Auswahl des DFB im WM-Finale und das Beste ist gerade gut genug für Berlusconi und seinen AC Mailand. Wie gesagt: Geld spielt keine Rolle.

Deshalb hat Berlusconi bei Lothar Matthäus in München nachgefragt. Der hat bisher zwar weder in der Nationalmannschaft noch bei seinem Klub Bayern München jene überragende Rolle gespielt, die ihm zugetraut wird, doch in diesem Jahr wird sein großer Durchbruch erwartet. Und im nächsten Jahr werden in Italien wahrscheinlich die Zulassungsbeschränkungen für ausländische Spieler aufgehoben. Dann will Berlusconi den Mailänder Fans Matthäus als neuen Star präsentieren.

Lothar Matthäus ist nicht abgeneigt: „Mich reizt es, eine neue Sprache und ein neues Land kennenzulernen. Außerdem traue ich mir zu, mich auch dort durchzusetzen." Sollten die Grenzen in der nächsten Saison tatsächlich geöffnet werden, scheint ein Wechsel von Matthäus nach Italien unvermeidlich zu sein. Sein Vertrag mit Bayern München läuft aus, und drei italienische Vereine umwerben ihn schon jetzt mit Millionen-Angeboten. Neben dem AC Mailand sind das auch dessen Lokalrivale Inter Mailand und Sampdoria Genua. Einer der Klubs wollte sogar schon 200 000 Mark nur für die Unterzeichnung eines Vorvertrages bieten.

Wie gesagt, es geht um ein Engagement für die Saison 87/88. Dabei hat in Italien noch nicht einmal die Saison 86/87 begonnen. Erst am Sonntag steht der erste Spieltag auf dem Plan. Dabei ist auch der FC Udinese, der in der ersten Instanz im Prozeß um den Bestechungsskandal zum Zwangsabstieg verurteilt worden war. In der vergangenen Woche, nach dem letzten Urteil der italienischen Sportjustiz, wurde die Strafe aufgehoben.

Udinese bleibt in der ersten Liga, ist aber bereits vor dem ersten Spieltag mit neun Strafpunkten belastet. An seiner Stelle muß der FC Pisa, der zwischenzeitlich den Klassenerhalt ausgiebig gefeiert hatte, doch noch absteigen. Pisa hat bereits angekündigt, daß es als Entschädigung vom Fußballverband 12,6 Millionen Mark verlangen wird.

Der nächste Skandal wird schon herbeigeredet. Hartnäckig werden neue Bestechungsvorwürfe lanciert. So soll sogar die Meistermannschaft von Juventus Turin in den Skandal um das illegale Fußballtoto verwikkelt sein. Der Vorwurf: Das Meisterschaftsspiel Turin – Atlanta, das 0:0 endete, soll manipuliert gewesen sein. In Bedrängnis geriet auch der FC Genua, und zwar wegen Steuerhinterziehung. Belastet sind alle 27 Spieler und die Vereinsführung.

Italiens Profi-Fußball kommt also nicht zu Ruhe. Die Verantwortlichen machen zwar noch in Optimismus, doch die rückläufigen Zuschauerzahlen sind ein ernst zu nehmendes Alarmsignal. Schon in der vergangenen Saison wurde ein Zuschauerverlust von 650 000 Besuchern verzeichnet. Und es gibt Anzeichen für eine Fortsetzung des Negativ-Trends: Zu den Spielen der ersten Pokalrunde am vergangenen Sonntag kamen 200 000 Zuschauer weniger als im Vorjahr. Verluste in den Bilanzen konnten nur durch erhöhte Eintrittspreise ausgeglichen werden.

Es gibt allerdings auch eine positive Ausnahme: der SSC Neapel mit seinem Superstar Diego Maradona. Wo immer er auftritt, stimmt die Kasse. Erneut verkaufte der Klub schon vor Saisonbeginn 60 000 Dauerkarten. Das brachte einen Gewinn von zwölf Millionen Mark.

In der Zuschauergunst ist Neapel von den Konkurrenten aus dem Norden unerreicht. Doch in puncto Geschäftstüchtigkeit ist Mailands Chef Berlusconi überlegen. Er spielte mit nur 51 000 verkauften Dauerkarten einen Gewinn von 13,5 Millionen Mark ein. Dazu vermarktet er seinen Verein geschickt über seine drei großen Privat-Fernsehgesellschaften, deren Chef er ist. Langfristiges Ziel des Geschäftsmannes ist, das Fußball-Monopol der staatlichen Fernsehgesellschaft RAI aufzubrechen.

Dazu braucht Berlusconi die Hilfe eines erfolgreichen und populären Klubs. Der AC Mailand ist sein Hoffnungsträger. Doch bis jetzt blieben Erfolge aus. Die Freundschaftsspiele gegen Barcelona und Tottenham gingen verloren, in den Vorrunden-Pokalspielen spielte die Mannschaft erbärmlich und verlor vor eigenem Publikum gegen die zur 3. Liga gehörende Mannschaft von Parma.

STANDPUNKT

Return von Westphal

Haben denn alle vergessen, was Michael Westphal für das deutsche Tennis getan hat? Wo sind sie geblieben, all die Schulterklopfer, die früher nach seinen Siegen jubelnd die Arme in die Höhe rissen und sich in seinem Glanz sonnten? Jetzt heben sie die Arme höchstens noch, um mit den Fingern auf ihn zu zeigen.

Eine Weile hat Michael Westphal das ausgehalten. Cool und herablassend ist er den Vorhaltungen seiner Kritiker begegnet. Mit lässiger Ignoranz versuchte er zu verbergen, was niemanden etwas anging: Seine eigene Verunsicherung, die unruhige Suche nach Stabilität.

Doch jetzt hat seine Fassade der Gleichgültigkeit Risse bekommen. Nach seinem Scheitern beim Grand-Prix-Turnier in Stuttgart richtete sich sein Zorn gegen Nikola Pilic, den Coach der Daviscup-Mannschaft: „Ich bin es leid, daß Pilic immer auf mir herumhackt. Der soll seinen Mist künftig alleine machen." Und weiter: „Als ich gut war, war dies selbstverständlich das Verdienst des Herrn Pilic. Jetzt, wo ich schlecht spiele, ist das ganz allein meine Schuld."

Da wehrt sich einer, wie sich nur ein Verwundeter wehrt. Mit pauschalen Rundumschlägen. Und trifft doch den Nagel auf den Kopf. Denn in der Stunde der Not wurde Westphal im Stich gelassen.

Nach dem Daviscup-Finale waren die Herren vom DTB noch mächtig stolz darauf, daß sie mit ihm in einer Extra-Suite frühstücken durften. Schließlich war Westphal damals ein gefragter Mann. Er hatte geholfen, den Kingscup zu gewinnen, und den Aufstieg im Daviscup ermöglicht. Er hatte im Daviscup das meistumjubelte Tennisspiel in Deutschland gewonnen und später den Abstieg im Kingscup verhindert. Ein vorbildlicher Mannschaftsspieler. Aber auch ein eigenwilliger Mensch, der sich nie dem Diktat der Funktionäre beugen konnte und wollte.

Das lassen sie ihn jetzt spüren. Dabei wäre Hilfe viel eher angebracht. Warum setzte sich der DTB-Vorstand nicht mit dem angeschlagenen Westphal zusammen, um gemeinsam einen Weg aus der Krise zu finden? Wie wäre es mit einem Coach vom DTB, der sich für einige Monate nur um Westphal kümmert? Oder ist er etwa mit 21 Jahren schon zu alt?

HANS-JÜRGEN POHMANN

MOTORSPORT

Porsche geht nach Indianapolis

sid, Düsseldorf

In Deutschland wird seit langem spekuliert, in Frankreich bekamen die Mutmaßungen am Dienstag bei einer Präsentation neue Nahrung, und gestern bestätigte Porsche-Pressechef Manfred Jantke: „In der Formel 1 und der Langstrecken-Weltmeisterschaft hat Porsche alles erreicht. Uns reizen die US-Cart-Serie und vor allem die 500 Meilen von Indianapolis. Der Indy-Motor ist schon in der Entwicklung. Unsere Absicht ist konkret, nur der Zeitpunkt steht noch nicht fest."

Gerade der Motor ist es, der die Porsche-Ingenieure bei einem Engagement in der Cart-Serie, die ihren Höhepunkt in den 500 Meilen von Indianapolis hat, vor eine völlig neue Aufgabe stellt. Derzeit gibt es in Stuttgart allerdings noch kein Fahrzeug, das dem Indy-Reglement entspricht. Die in der Formel-1-ähnlichen Cart-Serie eingesetzten Wagen werden von 2,6-Liter-Turbomotoren angetrieben, die zwischen 700 und 800 PS entwickeln. Der Treibstoff ist Methanol.

Der alte Porsche-Traum Indianapolis stand schon einmal kurz vor seiner Erfüllung. 1980 hatte man bereits ein komplettes Indy-Fahrzeug auf die Räder gestellt, ehe die kurzfristige Änderung des Reglements den Wagen über Nacht zur Konkurrenzunfähigkeit verdammte. Die Amerikaner, so hieß es damals, fürchteten die hochkarätigen Autos aus Stuttgart als unschlagbare Gegner. Trotz der großen Empörung stand das klassische und traditionsreiche Rennen auf dem 4,5 km langen Indy-Oval stets als noch nicht angenommene Herausforderung im Raum.

Ein wesentliches Argument für ein Porsche-Engagement in den USA ist auch der hohe Exportanteil der Produktionen nach Übersee. Mehr als 50 Prozent der Autos werden in die USA geliefert. Cart- und IMSA-Spezialist Al Holbert ist Porsche-Vertragshändler in Nordamerika. In der IMSA-Serie gewannen die auch in der Prototypen-WM eingesetzten 962er im letzten Jahr 15 von 16 Rennen. Die Cart-Serie und Indianapolis genießen allerdings ungleich mehr Popularität.

Auf seinen bisherigen und derzeitigen Betätigungsfeldern hat Porsche alles erreicht. Formel-1-Entwicklunsgspartner McLaren wurde 1984 und 1985 mit Niki Lauda und Alain Prost jeweils Fahrer- und Marken-Weltmeister.

SPORT-NACHRICHTEN

München holt Dänen

München (dpa) – Der deutsche Fußballmeister FC Bayern München hat den dänischen Torjäger Lars Lunde (21) von Young Boys Bern verpflichtet. Der Torschützenkönig der Schweizer Nationalliga kostet eine Ablösesumme von einer Million Mark und ist ab Mitte Oktober für München spielberechtigt.

Haftbefehle erlassen

London (dpa) – Die britische Staatsanwaltschaft hat gegen 26 Fußball-Rowdies im Zusammenhang mit der Katastrophe (38 Tote) im Brüsseler Heyselstadion am 29. Mai 1985 Haftbefehle erlassen. Sie werden der fahrlässigen Tötung beschuldigt. Damit beginnt auch das juristische Verfahren um die von den belgischen Behörden geforderte Auslieferung.

Vollrath gewann Trophy

Hamburg (GAB) – Der Deutsche Golflehrer-Meister Siegfried Vollrath (Recklinghausen) gewann als deutscher Ranglistenerster mit 2750 Punkten auch die Dr.-Heinrich-Trophy. Dicht auf folgen Carlo Knauß (Olching) mit 2700 und Torsten Gideon (Much) 2430 Punkten. Der 18jährige Oliver Eckstein (Monte Carlo/Florida) plazierte sich nach seiner ersten Profi-Saison mit 2410 Punkten bereits als Vierter vor Karl-Heinz Gögele (Augsburg/2380).

Kasparow nahm Auszeit

Leningrad (dpa) – Die für gestern vorgesehene 15. Partie um die Schach-Weltmeisterschaft zwischen Anatoli Karpow und Titelverteidiger Garri Kasparow (beide UdSSR) ist auf morgen vertagt worden. Kasparow, der 8:6 führt, nahm eine Auszeit.

Motorradfahrer gestorben

Heidelberg (sid) – Der 42 Jahre alte Motorradfahrer Erwin Loichinger ist in der Universitätsklinik Heidelberg an den Folgen seines Trainingssturzes beim 1000-km-Rennen auf dem Hockenheimring am 30. August gestorben. Loichinger hatte einen Schädelbasisbruch erlitten.

Audi vertagt Entscheidung

Ingolstadt (sid) – Auf Oktober vertagt haben die Ingolstädter Audi-Werke die Entscheidung über den Verbleib im internationalen Motorsport. Erst soll die Sitzung des Automobilsport-Weltverbandes FISA am 3. Oktober in Paris abgewartet werden. Audi hatte sich im Mai nach den Zuschauer-Unfällen aus der Rallye-WM zurückgezogen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Trainingsspiel in Frankfurt: A-Nationalmannschaft – Eintr. Frankfurt (Nachwuchs) 3:1 (2:0). – **Länderspiel** „U 19" in Paisley: Schottland – Bundesrepublik Deutschland 2:3 (1:1). – **Länderspiel** „U 21" in Glasgow: Schottland – Bundesrepublik Deutschland 1:0 (0:0). – **Länderspiel**: Norwegen – Ungarn 0:0.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier der Herren in Stuttgart-Weißenhof, 1. Runde: Elter (Bundesrepublik Deutschland) – Carlsson (Schweden) 6:3, 7:6, Moir (USA) – Theine (Bundesrepublik Deutschland) 6:1, 3:6, 6:3, Tideman (Schweden) – Westphal (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 2:6, 6:3, Acuna – Gildemeister (beide Chile) 6:2, 6:4, Schwaier – Riglewski (beide Bundesrepublik Deutschland) 6:7, 7:6, 6:2, de Miguel (Spanien) – Steeb (Bundesrepublik Deutschland) 6:4, 6:3. – 2. Runde: Keretic (Bundesrepublik Deutschland) – Sundstroem (Schweden) 6:2, 7:6. – **Herren-Turnier** in Genf, 1. Runde: Maurer (Bundesrepublik Deutschland) – de la Pena (Argentinien) 6:3, 7:5, Leconte (Frankreich) – Arguello (Argentinien) 6:4, 6:1. – **Damen-Turnier** in Tokio, 1. Runde: Bunge (Bundesrepublik Deutschland) – Monteiro (Brasilien) 7:6, 6:3.

VOLLEYBALL

WM der Damen in der CSSR, Zwischenrunde, Gruppe E: Peru – Bulgarien 3:0, Südkorea – Brasilien 0:3, CSSR – Kuba 0:3. – Gruppe F: China – Japan 3:0, „DDR" – Italien 3:0, UdSSR – USA 3:0. – Trostrunde: Bundesrepublik Deutschland – Kanada 3:1, Nordkorea – Tunesien 3:0.

SCHIESS-SPORT / Bronzemedaille bei der WM

Michael Heine hat knapp an Silber vorbeigeschossen

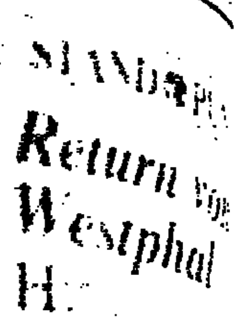
dpa, Suhl

Ein Zehntelring fehlte Michael Heine aus Ronneberg gestern bei den 44. Weltmeisterschaften der Sportschützen in Suhl („DDR") im English Match, 60 Schuß liegend, am Gewinn der Silbermedaille. Der 29 Jahre alte Polizeibeamte mußte sich hinter dem Ungarn Sandor Bereczky (600/104,2) und dem Kanadier Gale Stewart (600/102,5) bei der Ringzahl von 600 und 102,4 Ringe im Finale mit Bronze begnügen. Neben den drei Erstplazierten stellten auch noch Robby Franker (USA) und Zbigniew Haber (Polen) den Weltrekord von 600 Ringen ein.

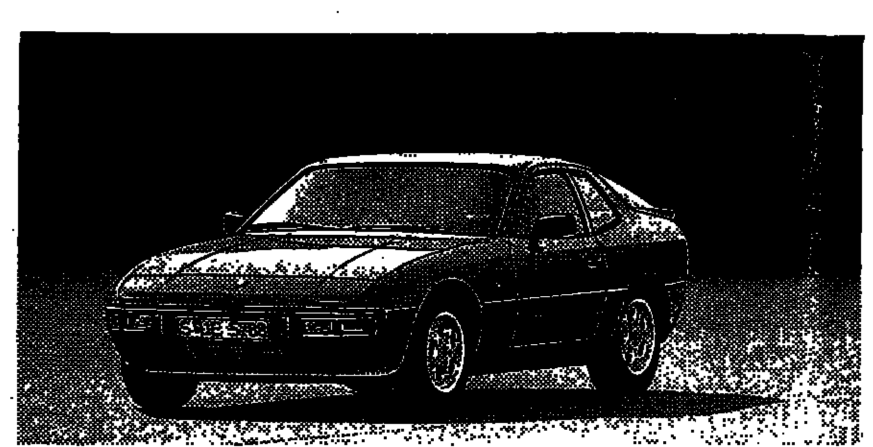
In dem spannenden Finale, in dem Heine lange Zeit auf Platz zwei lag, entschied wieder einmal der letzte, der zehnte Schuß. Während Heine nur eine 9,7 erhielt, freute sich der Kanadier über eine 11,0. Nur Bronze für den Ronneberger. Dennoch standen dem 29jährigen Heine nach dem Finale Freudentränen in den Augen. „Nachdem beim Mannschaftskampf am Montag nicht alles mit rechten Dingen zuging, war ich heute hochmotiviert", meinte Heine. Peter Heinz aus Espenau hatte das Finale als Neunter um einen Ring (598) verpaßt. Hubert Bichler (Valley) wurde mit 597 Ringen 13. Hätten diese Ringzahlen am Montag im Team-Kampf gezählt, wären die Sportschützen aus der Bundesrepublik Deutschland Weltmeister geworden.

Heine war voller Selbstbewußtsein in den Wettkampf gegangen. „Im Liegend-Schießen bin ich zur Zeit sehr sicher. Ich wußte, daß ich ein gutes Ergebnis erzielen würde, daß es jedoch so gut wurde, daran habe ich nicht geglaubt." Das Finale beschrieb der Polizeibeamte als eine nervliche Anspannung, die „man keinem erzählen kann". Heine: „Man kommt einfach aus dem Rhythmus, wenn man nicht Trockenanschläge in den zu langen Pausen macht. Und dabei soll der Schütze auch noch konzentriert sein. So etwas kann man nicht trainieren."

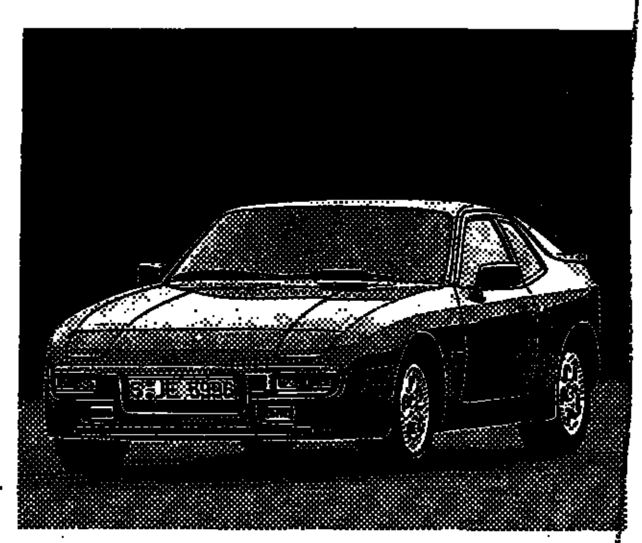
Für den Bundestrainer Walter Schumann (Uelzen) ist es bei den Titelkämpfen schon die vierte Medaille nach zweimal Gold und einmal Bronze mit dem Luftgewehr. Schumann: „So einen Wettkampf wie heute habe ich noch nicht erlebt. Fünf Leute stellen den Weltrekord ein und noch weitere 15 erzielen Ringzahlen in Bestleistungsnähe."



»Erleben Sie den Unterschied zwischen Autofahren und Porschefahren, Jahrgang '87.«



Porsche 924 S. 2 + 2sitziges Sportcoupé. 2,5 l 4-Zylinder-Motor 110 kW/150 PS. Mit und ohne Katalysator gleiche Leistung.



Der neue **Porsche 944 S.** 2 + 2sitziges Sportcoupé. 2,5 l 4-Zylinder-Motor mit 16 Ventilen. 140 kW/190 PS. ABS erhältlich. Mit und ohne Katalysator gleiche Leistung.

Porsche 944. 2 + 2sitziges Sportcoupé. 2,5 l 4-Zylinder-Motor 120 kW/163 PS. ABS erhältlich. Katalysator erhältlich (110 kW/150 PS).



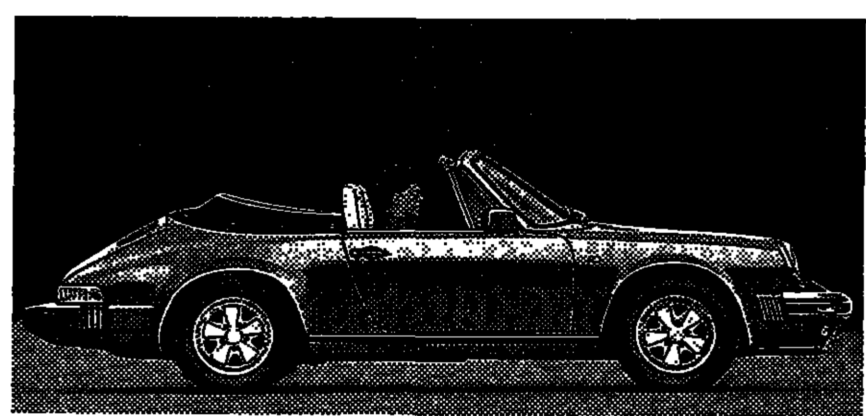
Porsche 944 Turbo. 2 + 2sitziges Sportcoupé. 2,5 l 4-Zylinder-Motor mit Turbolader und Ladeluftkühler. 162 kW/220 PS. ABS erhältlich. Mit und ohne Katalysator gleiche Leistung.



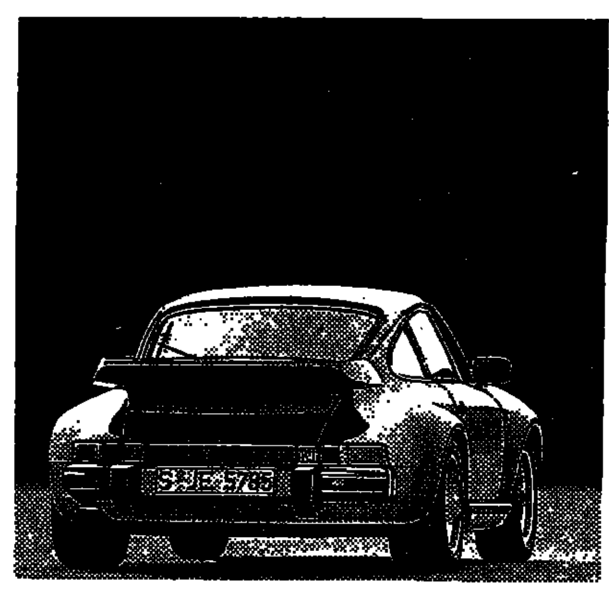
Porsche 911 Carrera Targa. 2 + 2sitziges Sportcoupé mit abnehmbarem Faltdach. 3,2 l 6-Zylinder-Motor. 170 kW/231 PS. Katalysator erhältlich (160 kW/217 PS).

Porsche 911 Carrera Coupé. 2 + 2sitziges Sportcoupé. 3,2 l 6-Zylinder-Motor 170 kW/231 PS. Katalysator erhältlich (160 kW/217 PS).



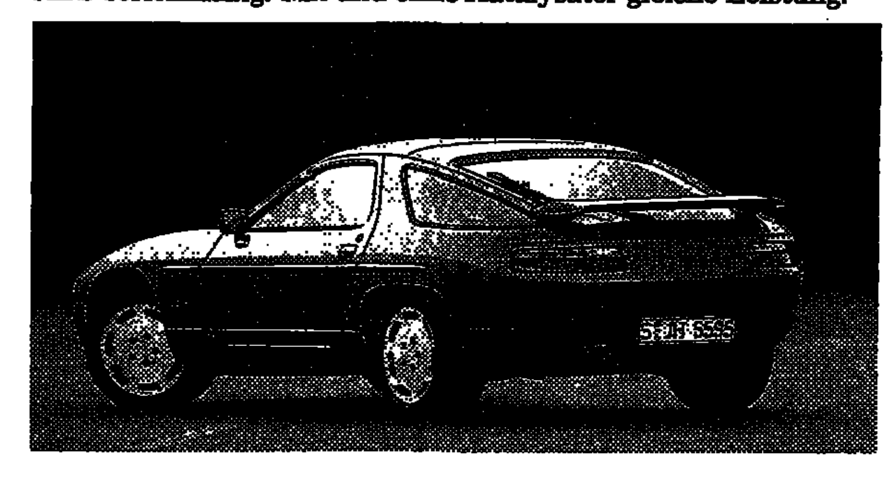


Porsche 911 Carrera Cabriolet. 2 + 2sitziges Sportcabriolet. 3,2 l 6-Zylinder-Motor. 170 kW/231 PS. Elektrisch betriebenes Verdeck erhältlich. Katalysator erhältlich (160 kW/217 PS).



Porsche 911 Turbo. 2 + 2sitziges Sportcoupé. 3,3 l 6-Zylinder-Motor mit Turbolader und Ladeluftkühler. 231 kW/300 PS.

Der neue **Porsche 928 S 4.** 2 + 2sitziges Sportcoupé mit neuer aerodynamisch und stilistisch optimierter Karosserie. 5,0 l V8-Zylinder-Motor mit 32 Ventilen. 235 kW/320 PS. ABS serienmäßig. Mit und ohne Katalysator gleiche Leistung.



Für alle Porsche-Modelle besteht seit Modelljahr '86 eine 2-Jahres-Garantie auf das gesamte Fahrzeug, eine 3-Jahres-Garantie auf die Lackierung und eine 10-Jahres-Garantie gegen das Durchrosten der Karosserie.

Rufen Sie uns bitte an oder schreiben Sie uns. Wir nennen Ihnen einen Porschehändler in Ihrer Nähe für eine Probefahrt.
Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG, Abt. VIOF, Porschestraße 15–19, 7140 Ludwigsburg, Tel.-Durchwahl 0 71 41/3 03-3 41, -2 09 oder -518.



FAHREN IN SEINER SCHÖNSTEN FORM

Porsche geht nac Indiana

GEW: 80 000 Lehrer arbeitslos

P.F.R. Bonn

Zum Schuljahresbeginn wurden nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) etwas mehr als 4000 Lehrer neu eingestellt. Die Zahl der Arbeitslosen in diesem Beruf stieg damit auf über 80 000. Bei den Sozialpädagogen und Erziehern sind insgesamt mehr als 50 000 in ihrem Wunschberuf nicht untergekommen. Der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder, der in Bonn den 10. Lehrerarbeitsmarkt-Bericht seiner Organisation vorlegte, forderte „nach zehn Jahren Lehrerarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik eine verbindliche Personalplanung auf dem Teilarbeitsmarkt Schule". Nach dem Bericht hat sich seit dem vergangenen Jahr die Zahl der arbeitslosen Lehrer um mehr als 9000 erhöht. Während nach einer Prognose der GEW in Bayern „die Gesamtzahl der Neueinstellungen eher bei 1500 als bei 1000 liegen wird", werden in NRW nur 225 Stellen geschaffen. Das bevölkerungsreichste Bundesland liegt damit am Ende der Skala.

Nach Attentat in Istanbul wächst jetzt der Verdacht gegen Diplomaten

Generalkonsulate von Syrien, Libyen und Iran verwickelt? / Trauerfeier in Synagoge

E. ANTONAROS, Athen

Etwa zweitausend Menschen haben gestern in der Newe-Schalom-Synagoge in Istanbul an dem Trauergottesdienst für 19 der 21 Opfer des Überfalls auf das jüdische Gotteshaus teilgenommen. Nach Schätzungen der Ermittlungsbehörden waren in der Synagoge, in der noch immer die Spuren der Bluttat vom Samstag zu sehen sind, rund 1000 Menschen versammelt. In den engen Gassen um die im Stadtteil Galata gelegene Synagoge hatten sich noch einmal rund 1000 Menschen versammelt, um an der von Polizei und Militär stark bewachten Trauerfeier teilzunehmen.

Zu der Beisetzung war auch der sephardische Großrabbiner Israels, Mordechai Eliahu, gekommen.

Bei dem Attentat waren am Samstag 21 Menschen von zwei arabischen Terroristen beim Gebet in der Synagoge getötet worden. Danach hatten sich die Attentäter selbst in die Luft gesprengt.

Die Türkei ist trotz ihrer Einbettung in die islamische Welt nicht weniger oft als andere nichtislamische Länder zum Ziel von Terrorakten geworden. Vor vier Jahren gab es ein Massaker mit zehn Toten auf dem Flughafen in Ankara, erst vor wenigen Monaten kamen die Sicherheitsbehörden dahinter, daß als Diplomaten getarnte Libyer dabei in der Terrorszene aktiv waren.

Gerade deshalb richtet sich der Verdacht der türkischen Ermittlungsbehörden jetzt gegen die Generalkonsulate Syriens, Libyens und Irans in Istanbul. Die auflagenstarke Zeitung „Hürriyet" berichtete in diesem Zusammenhang, daß der Polizei „konkrete Hinweise" über die Verwicklung einiger „Diplomaten" vorlägen.

Einige der sich weiterhin im polizeilichen Gewahrsam befindlichen Tatverdächtigen hätten enge Kontakte zu den drei Generalkonsulaten. Diese Version bekräftige eigentlich die Vermutung, daß mehr als zwei Terroristen das Blutbad in der Synagoge veranstaltet haben. Innenminister Akbulut gibt zwar weiterhin an, daß der Anschlag von zwei Extremisten verübt worden sei, die auch ums Leben gekommen seien.

In Istanbul wird vermutet, daß das Innenministerium aus taktischen Gründen absichtlich die Version verbreitet, daß es sich nur um zwei Terroristen gehandelt haben soll. Dadurch soll bei den flüchtigen Komplizen der Eindruck erweckt werden, daß sie nicht mehr gesucht werden, so daß sie unvorsichtig werden und der Polizei in die Hände fallen. „Die Jagd nach den flüchtigen Killern geht in Wirklichkeit fieberhaft weiter", sagte ein hoher Polizeioffizier. (SAD)

Fluchtversuch in Berlin gescheitert

DW. Berlin

Unter Schüssen von „DDR"-Grenzposten scheiterte in der Nacht zum Mittwoch die Flucht von zwei „DDR"-Bewohnern am Grenzkontrollpunkt in Drewitz. Sie hatten in den frühen Morgenstunden zunächst versucht, mit einem Auto das Gittertor auf einer Abfertigungsspur zu durchbrechen. Als der Wagen in der Sperre hängenblieb, versuchten die beiden Insassen, das nahezu einen Kilometer entfernte Westberliner Gebiet zu Fuß zu erreichen. Nach Angaben von Transitreisenden waren zwei bis fünf Schüsse von Grenzposten abgegeben worden. Der Transitübergang wurde von der „DDR" anschließend für 25 Minuten in beiden Richtungen gesperrt. Am Kontrollpunkt Drewitz war es nach dem Mauerbau noch nie gelungen, mit einem Auto die Sperre zu durchbrechen, weil dieser relativ weit vor der Westberliner Grenze liegt und selbst ein Durchbruch im Kontrollpunktgelände voraussetzt, noch weitere Sperren zu durchbrechen.

Ist Lafontaines Konzept für Saarstahl in Gefahr?

Arbeitsplätze gefährdet / Kohl und Chirac zu Cattenom

ULRICH REITZ, Bonn

In Frankreich gibt es erheblichen Widerstand gegen die geplante Fusionierung von Saarstahl-Völklingen und Dillinger Hütte, die im Mehrheitsbesitz des staatlichen französischen Stahlkonzerns Sacilor ist. Die sozialistische und die kommunistische Gewerkschaft, aber auch Politiker fürchten, daß nach einer Fusionierung der beiden Stahlproduzenten Arbeitsplätze in der Region Lothringen im größeren Umfang abgebaut werden. So sprach sich der von der Regierung Chirac mit einem neuen Stahlsanierungsplan beauftragte ehemalige Sacilor-Präsident Mayeux gegen dieses Projekt aus. Von französischen Regierungskreisen wurde dieses Thema gegenüber Journalisten angeschnitten, ohne – wie verlautete, aus Zeitgründen – schließlich Eingang in die Gespräche von Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Jacques Chirac zu finden.

Frankreich plant, die Stahlindustrie umzustrukturieren. Dabei dürften nach Meinung von Experten Arbeitsplätze im größeren Umfang abgebaut werden. Ein Indiz dafür ist die Zusammenlegung der beiden Staatskonzerne Usinor und Sacilor, die zu „Arbeitsplatzverlusten" im Rahmen von Rationalisierungen führen werde. Bei einer Fusion von Sacilor und Saarstahl über die Dillinger Hütte dürfte sich dieser Prozeß fortsetzen.

„Voll im Plan"

Pikant in dem Dreiecksverhältnis Lafontaine/Chirac und französische Gewerkschaften: Die den Sozialisten unter François Mitterrand nahestehenden Gewerkschaften betrachten es mit einer gewissen Sympathie, daß Lafontaine Chirac beim Thema Cattenom in Schwierigkeiten zu bringen versucht und sind von daher nicht daran interessiert, seine Position zu schwächen. Genau das wäre aber der Fall, sollte das Restrukturierungskonzept für Saarstahl, das Lafontaine auf sein Konto verbucht, scheitern.

Wie aus Saarbrücken verlautete, verlaufen die Gespräche zwischen Dillingen und Saarstahl zur Vorbereitung der Fusion bisher positiv. „Wir sind voll im Plan", hieß es im Wirtschaftsministerium. Die Verschmelzung der Unternehmen steht für Mitte nächsten Jahres an.

Dillingen hat aus betriebswirtschaftlichen Gründen großes Interesse an der Verschmelzung. „Saarstahl ist ein idealer Partner, aber auch unser größter Konkurrent", sagte der in der vergangenen Woche ausgeschiedene Präsident von Sacilor, Claude Dollé, Ende Juli in einer Aufsichtsratssitzung. Sowohl Dillingen als auch Saarstahl haben einen Schwerpunkt ihrer Produktion im Flachstahlbereich, von dem große Bereiche im Rahmen der angestrebten Restrukturierung der französischen Stahlindustrie im westlichen Nachbarland zur Disposition stehen.

Information zu Cattenom

Zu den Themen, die Kohl bei Chirac ansprach, gehörte Cattenom. Die Regierungschefs vereinbarten, daß die beiden Reaktorsicherheits-Kommissionen in Mainz die Öffentlichkeit über die Ergebnisse ihres jüngsten Gutachtens informieren wollen. Nach Mitteilung der Mainzer Staatskanzlei ist ein Termin „noch in dieser Woche" geplant. Adolf Birkhofer und François Cogné, die jeweiligen Vorsitzenden der Kommissionen, hatten keine Unterschiede in den Sicherheitsstandards zwischen Cattenom und deutschen Kernkraftwerken gefunden. Eine Feststellung, die in Saarbrücken, nicht aber in Mainz auf Unmut stößt.

Kohl und Chirac einigten sich in Paris auf eine Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit zur Terror-Bekämpfung. Darüberhinaus wollen Bonn und Paris eine Sondersitzung der EG-Innenminister zum Thema Terrorismus beantragen.

KVAE: Moskau will Kompromiß nicht zustimmen

dpa/rtr, Stockholm

Die Sowjetunion hat bei der Stockholmer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) einen Einsatz von Flugzeugen und Besatzungen neutraler Staaten bei Luftinspektionen abgelehnt. Der sowjetische Delegationsleiter Grinevskij sagte, dieser Vorschlag sei für die Sowjetunion unpraktisch und vom Sicherheitsstandpunkt her nicht geeignet. Er schloß jedoch weitere Verhandlungen zu diesem Punkt nicht aus.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte vor zwei Wochen vorgeschlagen, daß neutrale Staaten Flugzeuge und Besatzungen für Luftinspektionen zur Verfügung stellten. Damit ging man von der bisherigen Linie ab, nach der das inspizierende Land eigene Flugzeuge und Besatzungungen benutzen sollte. Die Warschauer-Pakt-Staaten bestehen auf der Benutzung von Flugzeugen des zu inspizierenden Landes.

Westliche Delegationsteilnehmer schlossen nicht aus, daß die Sowjetunion eine Übereinkunft in der Inspektionsfrage von einem Kompromiß bei der Frage nach der Meldepflicht von Manövern abhängig machen will.

Die Stockholmer Konferenz hat nach Ansicht des dänischen Chefdelegierten, Skjold Mellbin, gute Aussichten, bis zum Ende ihrer ersten Runde am 19. September ein befriedigendes Ergebnis zu erreichen. Er sagte in Stockholm, die 35 Teilnehmerstaaten hätten sich schon auf acht der vorgesehenen 15 Seiten des Schlußdokuments geeinigt.

Einheiten der „Delta Force" bald in Europa?

rtr/dpa, Washington

Die amerikanische Regierung prüft, ob Teile ihrer Anti-Terror-Truppe „Delta Force" in „Westeuropa oder anderswo" stationiert werden könnten, um die Reaktionszeiten bei Anschlägen auf amerikanische Ziele zu verkürzen. Anlaß ist die jüngste Kaperung einer PanAm-Maschine in Karatschi. Ähnlich wie bei früheren Vorfällen waren Einheiten des Sonderkommandos auf dem Weg von Fort Bragg im Bundesstaat North Carolina nach Pakistan, kamen aber nicht zum Einsatz, weil die Geiselnahme bereits vor ihrem Eintreffen beendet wurde. Wie ein Regierungsbeamter in Washington weiter mitteilte, hatte die pakistanische Regierung ihr Einverständnis für einen US-Einsatz gegeben. „Wir hätten vielleicht ein paar kostbare Stunden gewinnen können, wenn wir näher am Ort des Geschehens gewesen wären", sagte er.

Die Regierung befürchtet jedoch, daß eine Stationierung im Gastland innenpolitische Schwierigkeiten verursachen könnte. Der Beamte verwies auf den Ärger, den Premierministerin Thatcher wegen des Einsatzes in Großbritannien stationierter US-Bomber gegen Libyen hatte. Auch könnte die Sondereinheit im Ausland ein leichteres Ziel für Terroristen sein. Schließlich bestehe die Gefahr, daß die Ausbildungsmöglichkeiten nicht so gut wie in den USA sind.

Im Kongreß haben inzwischen Abgeordnete gefordert, zumindest einige der Anti-Terroreinheiten der Zuständigkeit des Pentagon zu entziehen und direkt dem Präsidenten zu unterstellen.

Die Allmacht der Ceausescus löst „Endzeitstimmung" aus

Wie Rumänien regiert wird / „Unauffällig Stellung halten"

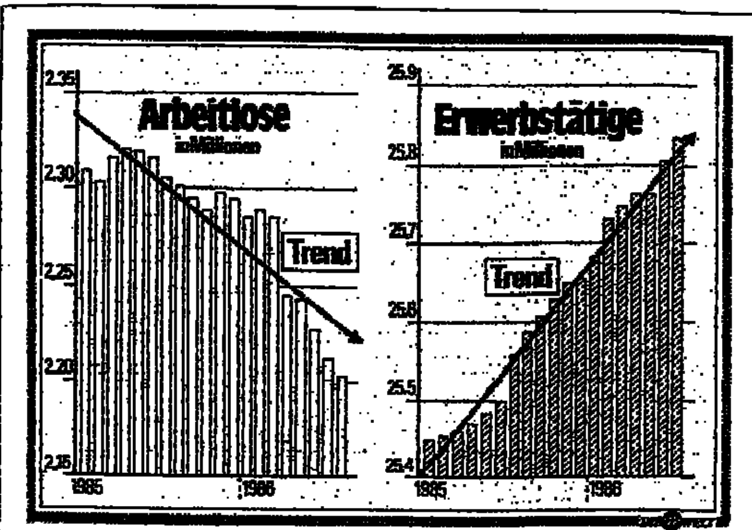
THOMAS BREY, Bukarest

Wohl kaum ein Land in Europa dürfte in so rasanter Folge seine Spitzenpolitiker auswechseln wie Rumänien: Allein im vergangenen Jahr sind der Energie-, Bergbau-, Außen- und Verteidigungsminister von Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu entlassen worden.

Westliche Diplomaten in Bukarest erklären das häufige Rücken der Ministerstühle mit dem Bestreben Ceausescus, neben sich keinen „starken Mann" hochkommen zu lassen. Besonders die Ablösung des langjährigen Außenministers Stefan Andrei, der im Ausland schon als einer der Nachfolgekandidaten des seit über zwanzig Jahren unumschränkt regierenden Ceausescu gehandelt wurde, dürfte in diesen Zusammenhang gestellt werden. Daneben versuchte der „Erste Mann in Partei und Staat" durch den ständigen Ministerwechsel Sündenböcke für die sich von Jahr zu Jahr verschärfenden Wirtschafts- und Versorgungskrise zu finden.

Als wohl mächtigste Person neben dem volkstümlich „Chef" genannten Ceausescu gilt seine Frau Elena (67): Vize-Regierungschefin und Wissenschaftsministerin mit Sitz im achtköpfigen Politbüro der Partei. Ihr werden von Beobachtern heute die größten Chancen eingeräumt, sollte ihr Mann, der entgegen allen Gerüchten seinem Alter entsprechend gesund sein soll, plötzlich abtreten. Demgegenüber werden Ceausescus Sohn Nicu (35), Jugendminister und Kandidat des Politbüros, nicht die Fähigkeiten für eine Nachfolge zugetraut. Im Gegensatz zu seiner Mutter wurde Nicu vom „Papa" auch kaum besonders herausgestellt.

Die heutige politische Atmosphäre am Ende der „Epoche Ceausescu" beschreiben zahlreiche westliche Beobachter in Bukarest als „Endzeitstimmung": Mit einer unglaublichen Kraftanstrengung werden Bauprojekte in kürzester Zeit aus dem Boden gestampft. Unter Politikern und Managern gilt die Parole: „Ohne aufzufallen die Stellung halten" für eine Neuaufteilung der Macht nach dem Abtritt des allmächtigen Staats- und Parteichefs. (dpa)



Bei der Betrachtung der saisonbereinigten Arbeitsmarktzahlen zeigt sich, daß die Arbeitslosenzahlen im Vergleich zu 1985 deutlich zurückgehen. Auffallend ist: Die Arbeitslosenzahlen der letzten fünf Monate liegen erkennbar unterhalb der Trend-Geraden. Bei den Erwerbstätigenzahlen ist eine „trendgerechte" kontinuierliche Zunahme festzustellen. QUELLE: BDA

FÜR DEN ANLEGER

Zentralbankrat: Von der heutigen Sitzung werden keine geldpolitischen Beschlüsse erwartet. In Anwesenheit des Bundesfinanzministers werden Vorgespräche für die IWF-Konferenz geführt.

Rubel: Die sowjetische Staatsbank hat den Kurs gegenüber der D-Mark auf 33,09 (33,30) Rubel für 100 Mark neu festgelegt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 282,63 (282,00); Chemie: 168,15 (167,94); Elektro: 332,63 (330,95); Auto: 756,88 (754,02); Maschinenbau: 153,09 (151,92); Versorgung: 162,25 (162,44); Banken: 417,76 (417,68); Warenhäuser: 168,52 (170,93); Bauwirtschaft: 547,21 (548,02); Konsumgüter: 186,68 (186,39); Versicherung: 1484,92 (1478,59); Stahl: 158,28 (158,54).

Kursgewinner:	DM	+ %
BAT Ind.	13,95	9,41
Norsk Data	66,00	8,20
Pernod Ricard	330,00	7,14
Banco Hispano Am.	38,00	5,56
Elkem A/S	33,60	5,00

Kursverlierer:	DM	– %
Felten & Guill.	176,00	9,74
AAC South Afr.	30,50	7,01
Mitsui	4,10	6,82
Barlow Rd.	10,00	4,76
Schwäb. Zellst.	174,10	4,76

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Fester

MÄRKTE & POLITIK

Gläubiger: Bei den internationalen Geldgebern geht der Trend immer mehr von „Petrodollar" zu „Yen-Recycling". (S. 12)

US-Luftfahrt: Delta Air Lines und Western Airlines wollen sich zusammenschließen. Der Wert der Fusion, eine der größten in der Branche, wurde mit 860 Mill. Dollar (rund 1,7 Mrd. DM) beziffert.

Kreditstopp: Die amerikanische Export-Import-Bank, ein von der US-Regierung betriebenes Institut zur Finanzierung von Außenhandelsgeschäften, will Brasilien keine Kredite mehr gewähren.

Privatisierung: Der Industriekonzern Saint-Gobain, die Finanzholdung Paribas und die Versicherungsgruppe „Assurances Générale de France" (GAF) werden im Rahmen der Privatisierung als erste staatliche Gesellschaften in den Privatsektor überführt. (S. 12)

TÜV: Mit einem umfangreichen Leistungsangebot für die deutsche und die taiwanische Wirtschaft eröffnete der TÜV Rheinland eine Filiale in Taipeh.

Österreich: Experten haben die Wachstumsrate für 1986 von drei auf zwei Prozent revidiert. (S. 12)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	9. 9. 86	8. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	200,50	203,50	165,0	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	127,50	133,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	77,50	76,50	74,50	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Sony: Der Gewinn vor Steuern wird im laufenden Geschäftsjahr um 50 Prozent auf 45 Mrd. Yen sinken. Grund ist der starke Yen.

Lufthansa: Die internationale Verkaufsorganisation wird der Bundesbahn zur Verfügung gestellt.

Merck: Der Weltumsatz ist in der ersten Jahreshälfte um 2,3 Prozent zurückgegangen. (S. 15)

Trigema: Die Marktposition wurde weiter ausgebaut. Die Umsatzrendite liegt über dem Branchendurchschnitt. (S. 14)

Opel: Die deutsche General-Motors-Tochter ist von den Entlassungsplänen in Großbritannien nicht betroffen.

Schenker: Der Spediteur hat sich vom Rollfuhrkutscher zum erfolgreichen Systemanbieter gewandelt. (S. 15)

NAMEN

Mittelstand: Die Öffnung der Grenzen in der EG biete Entfaltungsmöglichkeiten, bedeute aber auch scharfen Wettbewerb, meint Lutz Stavenhagen, Staatsminister im Auswärtigen Amt, in einem Beitrag für die WELT. (S. 14)

Gatt: Vor Beginn der neuen Runde drohen die USA mit einem Ausstieg, falls ihre fünf Forderungen für einen freien Welthandel nicht erfüllt werden. Handelsbevollmächtigter Yeutter zeigt sich, aber kompromißbereit. (S. 13)

WER SAGT'S DENN?

Jede Null sagt: „Wir, die wir Millionen bilden ..."

Gabriel Laub

Die freien Berufe fühlen sich von der CDU im Stich gelassen

Schreiben an Generalsekretär Geißler: „Wir finden im Wahlkampfkonzept nicht statt"

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Heftige Kritik an der CDU hat der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) geübt. In einem gestern bekanntgewordenen Schreiben an CDU-Generalsekretär Heiner Geißler gibt BFB-Präsident Prof. Volrad Deneke seiner bitteren Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die freien Berufe im Wahlprogrammentwurf von CDU und CSU – im Gegensatz zu den Wahlaussagen von SPD und FDP – „nicht einmal verbal stattfinden", geschweige denn, daß zu ihren Problemen etwas gesagt worden sei. Der Landwirtschaft, die mit vielen Milliarden Mark subventioniert werde, obgleich ihr Anteil am Bruttosozialprodukt den der freien Berufe längst nicht mehr erreiche, seien in diesem Programmentwurf immerhin vier Seiten gewidmet.

Für den ganzen, so eminent wichtigen Mittelstand sei demgegenüber nur eine einzige Seite bereitgestellt worden, und da sei dann auch nur noch von „mittelständischen Unternehmen" die Rede. Die Ärzte, Rechtsanwälte und Steuerberater, die Architekten und Ingenieure, Künstler und Schriftsteller verstünden sich jedoch nicht als „Unternehmer" und würden sich infolgedessen in diesem Begriff nicht wiederfinden. Der Bundesverband moniert auch, daß kein Wort zur Beseitigung der Benachteiligung der Selbständigen gegenüber den Nichtselbständigen bei der Besteuerung ihrer Vorsorgeaufwendungen für Alter, Krankheit und Existenzsicherung enthalten sei.

Schließlich vermißt der BFB jegliche Aussage zugunsten einer Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, obgleich Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung angekündigt hatte, den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurückzuführen.

Dies alles sind nach Denekes Worten Fragen, auf deren Erörterung mit der CDU-Parteizentrale der Freiberuflerverband seit Jahren warte. Die jetzt ergangene Einladung zu einem Gespräch mit dem CDU-Präsidium erst am 10. November werde zwar angenommen, wenngleich dieser Termin möglicherweise zu spät liege, um Wahlaussagen der CDU zu den Problemen der freien Berufe noch beeinflussen zu können. Nachdem sich der BFB jahrelang vergeblich um ein Gespräch mit Geißler bemüht habe, rechnet er jetzt zuverlässig mit dessen Anwesenheit am 10. November.

Hauptgeschäftsführer Dietrich Rollmann beklagte gestern gegenüber der WELT, daß CDU-Generalsekretär Geißler den selbständigen Mittelstand geflissentlich ignoriere und sich nur für Alte, Arbeitnehmer und Arme interessiere. Bisweilen habe man den Eindruck, daß Geißler den Mittelstand bereits den Freien Demokraten als Wahlklientel überlassen habe. Und die FDP mühe sich – wie unlängst erst die vom Parlamentarischen Staatssekretär Grüner vorgelegte Mittelstandsbroschüre zeige – nach Kräften um die Selbständigen in Handel, Handwerk und freien Berufen sowie um die kleineren und mittleren Unternehmen.

Der Bundesverband sehe daher mit Spannung der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl entgegen, die er am 15. September auf dem Bundeskongreß der „Freien" in Bonn halten wird. Mit dem Kanzler komme ja auch der CDU-Vorsitzende zu Wort.

Quoten für Milcherzeuger werden strenger beobachtet

EG zieht wegen Überproduktion die Notbremse

Ha. **Brüssel**

Die EG-Kommission hat wegen der überbordenden Milchproduktion die Notbremse gezogen. Sie schlug dem Ministerrat gestern vor, die staatliche Aufkaufverpflichtung für Butter und Magermilchpulver aufzulockern, die Produktionsquoten für die Milcherzeuger künftig strikter zu handhaben.

Die Intervention soll in Zukunft bei außergewöhnlichen Umständen zeitweilig ausgesetzt werden können. Statt dessen regt die EG-Behörde an, das Marktgleichgewicht durch Verkaufsförderungsmaßnahmen für Frischfutter oder durch begrenzte Ausschreibungen für den Aufkauf von Überschüssen zu verbessern.

Milchpulver soll grundsätzlich nur noch in der Zeit zwischen dem 1. April und 30. September aufgekauft werden. Zum Ausgleich sieht die Kommission unter anderem ebenfalls Beihilfen für die unmittelbare Verwendung vor. Schluß gemacht werden soll mit der Praxis, Quoten von Regionen, die weniger als erlaubt produzieren auf Gebiete mit Überschußerzeugung zu übertragen. Dadurch erhofft Agrarkommissar Frans Andriessen eine Abschreckung der Milchanlieferungen um rund eine Million Tonnen. Vermindert werden soll schließlich auch der höchstzulässige Fettgehalt der Milch.

Die meisten dieser Maßnahmen hängen freilich von einer Zustimmung des Ministerrats ab. Ob diese zu erzielen ist, gilt als fraglich. Eine erste Aussprache sollen die Agrarminister bereits am kommenden Montag haben. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bevorstehenden bayerischen Landtagswahlen dürften Beschlüsse jedoch schwierig sein.

Nach Angaben der Kommission lag die Milcherzeugung im Juni um 2,5 Prozent über den festgelegten Quoten. Diese Entwicklung läßt ein erneutes Anwachsen des „Butterberges" (gegenwärtig rund 1,5 Millionen Tonnen) befürchten.

AUF EIN WORT



„Die neue Gatt-Freihandelsrunde hat nur dann eine Chance, wenn die Regierungen den Mut aufbringen, dem Druck ihrer nationalen Interessengruppen zu widerstehen. Es gibt keine vernünftige Alternative zu einem liberalen Welthandelssystem."

Dr. Henning von Boehmer, Generalsekretär Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer. FOTO: DIE WELT

Klage des Aktionärs Kamel wurde nicht zugelassen

Heute wird im Betrugsprozeß die Aussage von Esch erwartet

adh. **Frankfurt**

Verbrechen aus Leidenschaft reizen das traditionelle Gerichtssaal-Publikum viel mehr als verschwundene Millionen. Die einen Skandal witternden Hausfrauen und Rentner, die sich mit der Teilnahme an Prozessen in wohlige Erregung versetzen, fehlten gestern bei der Eröffnung des Prozesses im Saal 128 im Gerichtsgebäude in der Karmeliterstraße in Koblenz. Dabei sitzt mit Horst Dieter Esch, dem alerten Backgammon-Spieler, der sich früher dort tummelte, wo auch der sogenannte Jet-set zu finden war, durchaus eine farbige Figur auf der Anklagebank.

Der inzwischen 43jährige Esch hat mit Intelligenz und einem wachen Blick für seine Chance in atemberaubend kurzer Zeit aus dem Nichts den drittgrößten Baumaschinenkonzern der Welt auf die Beine gestellt – ein kritisch beäugtes und hochgelobtes Wunderkind in der deutschen Unternehmenslandschaft.

Vom Wunderkind ist nichts mehr geblieben, der Sturz beim Zusammenbruch des IBH-Imperiums war tief. In Koblenz gehen Staatsanwaltschaft und Gericht ans Aufräumen der Scherben. Fast drei Jahre haben die Staatsanwälte der Koblenzer Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen ermittelt.

Gravierendste der insgesamt 22 Anklagepunkte, die die 500 Seiten starke Anklageschrift – sie wurde am ersten Verhandlungstag verlesen –, umfaßt, sind Betrug, Untreue, falsche Angaben über Kapitalerhöhungen und Steuerhinterziehung. Die Hauptakten füllen 26 Bände, dazu kommen noch Unmengen ergänzendes Material.

Zu Beginn des Mammutprozesses vor der *10.* Großen Strafkammer des Koblenzer Landgerichts unter Vorsitz des Richters Dieter Unkrich stellte die Verteidigung Eschs – die Rechtsanwälte Geis und Lorentz – den Antrag, Adhäsionsklagen von Saleh A. Kamel, einst Aktionär der IBH-Holding, und vom Konkursverwalter der Holding nicht zuzulassen.

Die Staatsanwälte schlossen sich diesem Antrag, dem stattgegeben wurde, an. Am heutigen Donnerstag wird eine Aussage des Angeklagten Horst Dieter Esch erwartet. Dagegen ist für Freitag, entgegen der ursprünglichen Planung, kein Verhandlungstermin angesetzt.

Deutsche Impulse für das Ausland

dpa/VWD, **Hamburg**

„Spürbare Impulse" auf die Konjunktur im Ausland werden in diesem und im kommenden Jahr von dem beschleunigten Wachstum der deutschen Einfuhren ausgehen. Zu diesem Schluß kommt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung. In diesem Jahr rechnet das HWWA mit einem realen Zuwachs der Importe um sieben bis acht Prozent, 1987 mit fünf bis sechs Prozent. Der Rekordüberschuß in der Handelsbilanz von rund 100 Milliarden DM 1986 wird im kommenden Jahr zwar zurückgehen, aber aufgrund der nach wie vor niedrigen Importpreise dennoch nicht viel niedriger ausfallen. Damit sieht das HWWA die These der USA widerlegt, wonach eine Belebung der Wirtschaftsentwicklung im Ausland nur über eine Forcierung des deutschen Wachstums zu erreichen sei.

Übertriebene Fürsorge

ed. – Der deutsche Börsenkurszettel wird durch immer neue Finanzinstrumente bereichert, durch Genußscheine zum Beispiel, aber auch durch andere Titel wie Optionsscheine, die für die Anleger chancenreich, aber natürlich nicht ohne Risiken sind. Einige dieser Novitäten würden auch Investmentgesellschaften gerne in ihre Anlagepalette aufnehmen. Doch da wollen die strengen Bankenaufseher nicht mitspielen. Ihnen sind einige der neuen Instrumente nicht transparent genug gestaltet oder einfach zu spekulativ. Spekulationspapiere seien im Anlagekatalog des Investmentgesetzes nicht vorgesehen, argumentieren sie.

Ganz abgesehen davon, daß diese Einwände nicht vom Gesetz gedeckt sind, sofern die den Aufsehern unerwünschten Papiere amtlich notiert sind, stellt sich die Frage, ob die Aufsichtsbeamten ihre Fürsorgepflicht für die Anleger nicht übertreiben. Warum sollte nicht auch Investmentsparern die Möglichkeit gegeben werden, sich (indirekt) an spekulativen Geschäften zu beteiligen?

Investmentsparer sind schon längst nicht mehr nur die ganz kleinen Leute, die nicht genug Vermögen haben, um selbst direkt über ihre Bank an der Börse mitzumischen. Es gibt genügend Anleger, für die das professionelle Management *der Investmentgesellschaften* das Hauptmotiv zur Kapitalanlage in Fonds ist. Und viele von ihnen sind auch Freunde der Spekulation. Es gibt keinen Grund, den Fonds zu verbieten, auch für diese Kunden aktiv zu sein, vorausgesetzt, die Produkte sind auch als spekulativ kenntlich gemacht.

Europäischer Kuhhandel

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Dramatische Szenen soll es am Brüsseler Ratstisch gegeben haben, bevor sich die EG-Regierungen zu einem Kompromiß über den Haushaltsentwurf der Gemeinschaft für 1987 durchgerungen hatten. Das ist kein Wunder, denn die Finanzpolitiker bemessen nun einmal den Nutzen der EG-Mitgliedschaft meist nach dem Saldo aus Beiträgen und Rückflüssen in die nationalen Kassen.

Die ärmeren Länder schlugen sich jedenfalls mit gleicher Härte für höhere Ausgabenansätze in der Regional-, Sozial- und Forschungspolitik wie schon im Juli. Ihr Gewicht hat seit dem Beitritt Spaniens und Portugals zugenommen, da sie bei Mehrheitsabstimmungen eine „Sperrminorität" bilden können, an der die anderen Partner nicht vorbeikommen.

Aber die Solidarität der Armen ist begrenzt. So gelang es der britischen Präsidentschaft, die Griechen und Spanier schließlich doch noch für einen Kompromiß zu gewinnen. Dieser geht – so scheint es – zu Lasten der Iren und Portugiesen, die nun wegen einer Zusage für griechische Finanzierungsprojekte auf gewisse Wünsche verzichten müssen. Die Spanier wurden mit dem Versprechen milde gestimmt, daß sie im kommenden Jahr auf keinen Fall zu „Nettozahlern" in der Gemeinschaft werden.

Das Übel der Ausgabenexplosion im EG-Haushalt wurde auch in diesem Jahr wieder nicht ausgerottet. Denn das würde eine grundlegende Reform der Agrarpolitik bedeuten, nicht nur halbherzige Schritte.

Für den Außenstehenden nimmt sich dieses Gerangel wie ein abstoßender Kuhhandel aus. Es ähnelt freilich durchaus den jährlichen Budgetverhandlungen auf nationaler Ebene. In den Mitgliedstaaten lassen sich Ressort- und Regionalwünsche jedoch leichter übergeordneten Zielen verpflichten. In der EG kämpft jeder nur für seine (vermeintlichen oder wirklichen) nationalen Interessen.

Statt das Übel der Ausgabenexplosion an der Wurzel zu kurieren – was eine grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik bedeuten würde –, beschränken sich die Befürworter einer strikteren „Haushaltsdisziplin" stets auf vordergründige oder formale Argumente. Da wird darauf hingewiesen, daß sich die Fehlentwicklungen des „grünen Europa" nicht von heute auf morgen abstellen ließen und daß die Kosten der Landwirtschaftspolitik nun einmal den Charakter obligatorischer Ausgaben hätten, hinter denen noch so wünschenswerte andere Projekte zurückstehen müßten.

Andererseits werden aber nur halbherzige Anstrengungen unternommen, wenigstens mittelfristig einen entschiedenen Kurswechsel vorzunehmen. Die Gestaltung der Agrarpolitik liegt außerhalb der Kompetenz der Finanzminister. Sie interessieren sich nur für deren budgetäre Auswirkungen.

Einem deutschen Haushaltspolitiker ist es immerhin noch lieber, Geld in die europäische Agrarpolitik zu stecken und damit zugleich die heimischen Bauern abzufinden, als Geld zugunsten eines Transfers zur Milderung des Nord-Süd-Gefälles in der Gemeinschaft zu geben. Schließlich profitiert die Bundesrepublik vom Agrarfonds mehr als von Projekten im Regional- oder Sozialbereich. Je geringer der Anteil des Agrarfonds an den Gesamtausgaben der EG wird, um so mehr gerät Bonn in die Rolle des Nettozahlers.

In Wahrheit geht diese Rechnung freilich nur dann auf, wenn die Ausgaben für die Landwirtschaft wenigstens halbwegs unter Kontrolle gehalten werden können. Eine Gewähr dafür gibt es nicht. Im Gegenteil: Alles spricht dafür, daß die Kürzungen in anderen Ausgabenbereichen nicht hinreichen werden, um die durch den niedrigen Dollarkurs und die überquellenden Kühlhäuser erzwungenen Mehrkosten abzufangen.

Kaum jemand glaubt daran, daß die vom Rat im Etatentwurf vorgesehene Reserve zur Finanzierung des mutmaßlichen Agrarbedarfs ausreichen wird, zumal den Briten eine Beitragsrückerstattung zusteht, die im Haushalt noch nicht berücksichtigt ist. Auch an den Strukturausgaben der EG kann kaum noch weiter gespart werden, da zumindest ein Teil früher eingegangener Ausgabenverpflichtungen eingelöst werden muß.

Niemand schließlich kann verantworten, daß reiche Länder wie Dänemark oder die Niederlande finanzielle Vorteile aus ihrer EG-Mitgliedschaft ziehen, weil sie eine leistungsfähige Landwirtschaft besitzen, während die ärmeren südlichen Staaten nicht einmal über andere Rückflüsse auf ihre Kosten kommen.

Wenn Bonn sich nicht entschiedener für eine Agrarreform ins Zeug legt, wird es am Ende doch noch zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Der Druck auf die Erhöhung der EG-Einnahmen steigt von Monat zu Monat. Der deutsche Finanzminister wird ihm nicht mehr lange standhalten können.

Etatsanierung ist vorrangig

OECD: Belgien braucht zukunftsträchtige Industrien

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Sanierung der Staatsfinanzen bleibt nach wie vor die wichtigste Aufgabe der belgischen Regierung. Auf Grund der Anfang 1984 ergriffenen Maßnahmen ist es ihr gelungen, den Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung, der 1981 noch 13,6 Prozent des Bruttosozialprodukts erreicht hatte, auf 10,3 Prozent 1985 zurückzubringen. Das ist aber immer noch einer der höchsten Sätze von allen westlichen Industriestaaten, stellt die OECD in ihrem Bericht zur Wirtschaftslage von Belgien/Luxemburg fest. Als oberstes Limit empfehlen die OECD-Experten sieben Prozent. Dieses Ziel hatte sich Brüssel schon für 1985 gesetzt. Es soll dank des im Mai beschlossenen zweiten Sanierungsplans nunmehr 1987 erreicht werden. Die beiden Programme werden als „eindrucksvoll" bezeichnet. Ob sie voll verwirklicht werden können, hänge aber nicht zuletzt von den Sozialpartnern ab.

Die belgische Austerity-Politik hat vor allem die Inflationsrate von noch fünf Prozent 1985 auf inzwischen ein Prozent gedrückt und wegen der Nachfrageschwäche in Folge gesunkener Realeinkommen zu einer wesentlichen Verbesserung der Handels- wie Leistungsbilanz geführt. Diese Entwicklung dürfte sich im nächsten Jahr fortsetzen. Für den Außenhandel erwartet die OECD einen „sehr substantiellen" Überschuß von 3,25 Mrd. Dollar, und der Aktivsaldo der Leistungsbilanz wird auf drei Prozent des Sozialprodukts (zweieinhalb Prozent in 1986) veranschlagt.

Aber die Kehrseite der Medaille besteht in einer erneuten Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf 1,2 (1,9) Prozent, das damit weit unter dem OECD-Durchschnitt liegen würde, und in der zunehmenden Arbeitslosigkeit auf 11,8 (11,4) Prozent der aktiven Bevölkerung.

Schwieriger wird es nach Auffassung der OECD sein, die Restrukturierung der Privatwirtschaft voranzutreiben. Das wirft in diesem von einer so überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Land besonders große soziale Probleme auf. Aber wenn Belgien seinen Rang unter den großen Industrienationen aufrechterhalten will, hat es keine andere Wahl, als neue rentable Industrien und damit dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen, heißt es in dem Bericht.

Demgegenüber glänzt das benachbarte Luxemburg mit einer besonders niedrigen Arbeitslosenquote von nur 1,4 Prozent, obwohl sich sein Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren – vor allem wegen der Stahlkrise – stark verlangsamt hat. Aber im Unterschied zu Belgien dürfte sich die Expansion 1987 wieder beschleunigen und zwar auf 2,5 (2,2) Prozent, ohne damit allerdings den OECD-Durchschnitt zu erreichen – bei einer weiteren Verlangsamung der Inflation auf 1,2 (1,5) Prozent.

Frankreich: Keine Devisenkontrollen

J. Sch. Paris

Die französische Regierung will zum Jahresende nicht nur die Preiskontrollen, sondern auch die Devisenkontrollen abschaffen. Dies kündigte Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur gestern abend in der von großer Publizität begleiteten Fernsehveranstaltung „Stunde der Wahrheit" an. Vorweg hatte er schon dem Wirtschaftsmagazin „L'Expansion" in einem noch nicht veröffentlichten Interview erklärt, daß die Franzosen in zwei Monaten erstmals nach langer Zeit wieder Devisenkonten im Ausland unterhalten dürften, nachdem der Kapital- und Devisenverkehr mit dem Ausland im Geschäftsbereich schon Mitte Mai praktisch vollständig liberalisiert worden war. Als erste der zu privatisierenden verstaatlichten Unternehmen nannte Balladur die Versicherungs AGF, die Finanzgruppe Paribas und den Industriekonzern Saint-Gobain.

Die daraus resultierenden zusätzlichen Staatseinnahmen – schätzungsweise 40 bis 50 Mrd. Franc – könnten für neue Steuererleichterungen im nächsten Jahr verwendet werden. Vor der Fernsehsendung war die Rede von Erleichterungen vor allem zugunsten der Unternehmen und der oberen Einkommensschichten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Segeberg: Meier und Schmidt Handelsges. mbH, Wahlstedt; **Gelsenkirchen:** Bernhard Röhling, Schlachthof- u. Anlagenbau der Fleischwirtschaft GmbH & Co; **Gießen:** Universal Agentur Dienst GmbH, Heidesheim; **Hamburg:** Elektro-Schoppenhauer G.m.b.H.; Dr. med. Sigurd Ewe, Facharzt für Radiologie und Nuklearmedizin; Dr. Benad Druckerei GmbH; **Hanau:** Wohnstift-Verwaltungs-GmbH; **Hannover:** Nachl. d. Hans Könnecke, Laatzen; **Heidelberg:** Robert Reinig KG, Sinsheim; **Husum:** Elektro Sterrenberg GmbH, Langenhorn; **Lörrach:** Rolladen- u. Markisenbau GmbH; **Lüneburg:** Wurch, Massiv- u. Fachwerkbau GmbH, Vögelsen; **Nürnberg:** Bayerische Reißzeugfabrik GmbH; **Oldenburg:** Nachl. d. Hermann Johann Paul Hoffmann, Ahlhorn; **Schwelm:** Klaus Volmer, Kaufmann, Castrop-Rauxel; **Soest:** Reschco Konsumgüterhanmdelsges. mbH & Co. K.G., Werl; **Syke:** Volkssport-Verlag GmbH, Bruchhausen-Vilsen. **Weilheim:** Calorway Heinz-System GmbH u. Co., Berg.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bocholt: Albert Kerkfeld Straßen- u. Tiefbau GmbH & Co. KG, Gescher-Hochmoor; **Ingolstadt:** Glashüttenwerk Phönix GmbH, Wellheim.

Vergleich eröffnet: Krefeld: Koerver und Lersch GmbH & Co. KG.

Vergleich beantragt: Aachen: Spedition Manfred Köttgen GmbH; **Berlin:** EFHA-Werke Fleischwarenfabrik GmbH; **Hamburg:** Seibt Bürotechnik GmbH; **Neustadt:** Carl Siemer KG, Wunstorf; **Stuttgart:** Sütex Textil-Verbund eG, Sindelfingen. **Würzburg:** Strahlentechnik GmbH Kurt Riedel, Strahlenmeßtechnik, Triefenstein-Trennfeld.

Vom „Petro-Dollar" zum „Yen-Recycling"

Japan ist jetzt größtes Gläubigerland vor Großbritannien – USA sind Hauptschuldner

ALFRED ZÄNKER, Zürich

Japan ist im vergangenen Jahr zur größten Gläubigernation geworden. Bereits Ende 1985 schuldete die Welt, das heißt vor allem die Vereinigten Staaten, den Japanern 130 Mrd. Dollar. Noch vor fünf Jahren hatte das Auslandsvermögen des Landes nur 12 Mrd. Dollar (netto) betragen.

Inzwischen sind die Auslandsaktiva vor allem bei den Wertpapieren privater Investoren auf 146 Mrd. Dollar emporgeschnellt. Sie übersteigen damit heute den Wert der in ausländischen Händen liegenden japanischen Papiere von 84 Mrd. bei weitem. Auch die Direktinvestitionen im Ausland haben sich mit 44 Mrd. gegenüber nur 20 Mrd. Ende 1980 mehr als verdoppelt.

Das geht aus einer Untersuchung der „Schweizerischen Creditanstalt" in Zürich hervor. „Alles deutet darauf hin, daß Japan seine Rolle als Gläubigernation noch ausbauen will", betont Alois Bischofberger, Chefökonom der SKA.

Nach seinen Schätzungen dürfte das Auslandsvermögen Japans Ende dieses Jahres bereits bei 180 bis 200 Mrd. Dollar liegen, vor allem durch die Finanzierung der amerikanischen Haushalts- und Handelsdefizite und durch den weiteren raschen Ausbau japanischer Industrieinvestitionen im Ausland. Gleichzeitig könnte Amerikas Nettoauslandsschuld von 107 Mrd. Dollar Ende 1985 auf über 200 Mrd. Ende dieses Jahres und vielleicht 300 Mrd. Ende 1987 emporschnellen.

An zweiter Stelle unter den Gläubigernationen steht Großbritannien mit einem Auslandsvermögen von 116 Mrd. Dollar Ende 1985. Hier spiegelt sich die Bedeutung des Londoner Finanzplatzes wider. Die Schweiz hält den dritten Rang mit 101 Mrd. Dollar. Die Schweiz profitiert ähnlich wie Großbritannien vor allem von ihrer Position als internationale Drehscheibe des Kapitals. Dann folgt Saudi-Arabien mit schätzungsweise 70 bis 80 Mrd., ein Betrag, der – nach Bischofberger – bei relativ niedrigen Ölpreisen bis Ende 1987 aber auf 50 Mrd. schrumpfen könnte.

Für die Bundesrepublik errechnet die SKA ein Auslandsvermögen von rund 50 Mrd. Dollar Ende 1985, verglichen mit 34 Mrd. Ende 1980. Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland liegen bei 35 Mrd. Dollar, bei ausländischen Investitionen in der Bundesrepublik in Höhe von 23 Mrd. Dollar. Beim privaten Wertpapierbesitz ergibt sich ein nur kleiner Saldo von 9 Mrd. zugunsten der Bundesrepublik. Deutsche Bankforderungen in Höhe von 116 Mrd., ohne Handelskredite, übersteigen jedoch bei weitem die Bankverpflichtungen im Ausland von 84 Mrd. Dollar.

Wenn die deutsche Gläubigerposition in der Welt sich in den letzten Jahren längst nicht im gleichen Maße verstärkt hat wie diejenige Japans, so spiegelt sich – nach Bischofberger – darin zum Teil wohl auch die Stärke der deutschen Wirtschaft und die dadurch bedingte inländische Kapitalnachfrage wider. Ähnlich wie in der Schweiz wirkt auch die starke internationale Verflechtung der deutschen Wirtschaft ausgleichend auf die Kapitalbewegungen.

Insgesamt haben die letzten Jahre einen dramatischen Szenenwechsel „vom Petro-Dollar zum Yen-Recycling" gebracht, wie es im SKA-Bericht heißt. In den siebziger Jahren und noch in den frühen achtziger Jahren dominierten die Petro-Dollars das Geschehen auf den internationalen Finanzmärkten. Arabische Investoren bauten damals aus Exportüberschüssen beträchtliche Portefeuilles an Industriewerten und Staatspapieren auf.

Die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft sind geblieben. Inzwischen haben aber die Akteure gewechselt. Nicht mehr die Opec-Staaten, sondern vor allem Japan, Großbritannien, Deutschland und die Schweiz sind die größten Geldgeber geworden. Hauptschuldner sind die USA, die noch vor wenigen Jahren auf ein respektables Nettoguthaben gegenüber dem Ausland zurückblikken konnten. Jetzt muß die chronische „Sparlücke", in den USA hauptsächlich durch „Sparüberschüsse", anderer Länder gedeckt werden.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

KWU in den USA

Erlangen (AP) – Die Kraftwerk Union AG (KWU), eine 100prozentige Tochter der Siemens AG, will auch in den amerikanischen Brennelementmarkt einsteigen. Das Unternehmen bestätigte gestern, daß zur Zeit Gespräche über eine mögliche Beteiligung an der Exxon Nuclear Company im Bundesstaat Washington stattfinden. Dabei gehe es auch um die Themen Technologieaustausch und technische Zusammenarbeit der beiden Unternehmen. Die Exxon Nuclear Company liefert Brennelemente für Druck- und Siedewasserreaktoren in den USA, Europa und Fernost.

Ölbohrlizenzen für Exxon

Buenos Aires (VWD) – Ein Konsortium unter Führung von Exxon hat mit der argentinischen Regierung Verträge über Explorations- und Produktionslizenzen in drei Offshore-Feldern unterzeichnet.

USA: Mehr Kfz

Detroit (VWD) – Aufgrund der Absatzbelebung infolge der Verkaufsprogramme wollen die Kfz-Hersteller in den USA ihre Produktion im vierten Quartal wieder ausweiten. Nach Branchenangaben sollen im vierten Quartal 2,047 Mill. Pkw produziert werden, 3,7 Prozent mehr als zur gleichen Vorjahreszeit.

Industrieproduktion steigt

Brüssel (VWD) – Die Industrieproduktion nahm in den zwölf EG-Mitgliedsländern im Juni gegenüber dem Vormonat um 2,5 Prozent und im Vorjahresvergleich um 2,3 Prozent zu, teilte Eurostat mit. Der saisonbereinigte Index der EG-Industrieproduktion (1980 = 100) erreichte im Juni einen Stand von 105,8 nach 103,2 (rev.) im Mai und nach 103,4 im Juni 1985.

Gewinnsprung bei Massa

Alzey (adh) – Einen kräftigen Anstieg des Gewinns vor Steuern auf 55 Mill. DM meldet die Massa AG, Alzey, für die ersten sechs Monate dieses Jahres. In der gleichen Vorjahreszeit hatte der Gewinn bei 26 Mill. DM gelegen. Hinter dieser Entwicklung steht eine preis- und flächenbereinigte Umsatzausweitung um 11 Prozent auf 1,5 Mrd. DM. Das größte Plus erzielte das Einzelhandelsunternehmen in den Bereichen Möbeln, Elektroartikeln, Uhren und Schmuck.

Aufschwung im Handwerk

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung des Handwerks setzte sich im Frühsommer fort. In einem saisonbereinigten Vergleich erklärte das Statistische Bundesamt, in allen großen Handwerksbereichen sei der Umsatz im 2. Quartal gestiegen. Den größten Zuwachs erlebten der Handel mit 5,3 Prozent und das verarbeitende Handwerk mit 2,8 Prozent. Während in den meisten Bereichen die Beschäftigung stabil blieb, gab es im Baugewerbe einen Zuwachs von 0,7 Prozent.

Hohes Umsatzplus

München (dpa/VWD) – Drei Monate vor Ende des Geschäftsjahres 1986 gibt es für den italienischen Skistiefelhersteller Nordica SpA, Montebellun, der sich weltweit mit 30 Prozent Anteil als Marktführer ansieht, keinen Zweifel: Der Umsatz aus dem Verkauf von rund zwei Millionen Paar Skistiefeln wird das Vorjahresergebnis von 122,7 Mrd. Lire (rund 180 Mill. DM) um etwa 30 Prozent übertreffen und weltweit 160 Mrd. Lire (235 Mill. DM) erreichen. Wie bereits in den beiden Vorjahren sollen unter dem Strich wieder etwa zehn Prozent des Umsatzes als Gewinn vor Steuern ausgewiesen werden, teilt das Unternehmen mit.

Neues Konzept

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission will nach den Worten von EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes einen nationalen Subventionswettlauf bei den Werften mit einer eigenen Beihilferegelung verhindern. Ziel sei die Spezialisierung der Werften.

Vergleich beantragt

Mainz (dpa/VWD) – Das Weinhandelsunternehmen Jakob Gerhardt GmbH und Co., Nierstein, hat beim Amtsgericht Mainz Antrag auf Eröffnung eines Vergleichs gestellt. Zum vorläufigen Vergleichsverwalter der wurde Mainzer Rechtsanwalt Wolfgang Petereit bestellt. Wie das Amtsgericht auf Anfrage mitteilte wurde der Vergleich nicht auf den ursprünglichen Namen des Unternehmens beantragt, sondern auf die Umbenennung in Dexheimer Weinkellereien GmbH und Co-Sektkellerei KG, Dexheim/Mainz-Bingen. Dieser Name wurde kurzfristig am Dienstag beim Handelsregister eingetragen. Das in Familienbesitz befindliche Unternehmen (220 Beschäftigte) hatte vor dem Glykolskandal, in den es nicht verwickelt war, einen Jahresumsatz von mehr als 63 Mill. DM.

Düstere Konjunkturprognose

Österreich: Wachstumsrate 1986 auf zwei Prozent revidiert

WOLF FREISLEBEN, Wien

Weniger optimistisch als noch vor dem Sommer geben sich jetzt die Wirtschaftsforscher in Österreich. War ursprünglich noch ein reales Wirtschaftswachstum von drei Prozent für das Jahr 1986 in Aussicht gestellt worden, so gelten jetzt nurmehr zwei bis 2,3 Prozent als erreichbar (1985: drei Prozent).

Die Ursache für diese Abschwächung des Wachstums liegt in erster Linie in der Auslandsnachfrage. Während im Vorjahr noch die Ausfuhren als wesentlicher Konjunkturmotor Impulse brachten, wird es heuer statt zweistelliger Zuwachsraten bestenfalls ein Wachstum um real ein Prozent geben.

Der Kursverfall des Dollar bringt es mit sich, daß der Anteil Westeuropas am österreichischen Export mit 73 Prozent einen neuen Rekordhöchststand erreicht. Umgekehrt profitiert Österreich vom Dollarkurs- und Ölpreisverfall derart, daß die Importpreise um sieben Prozent sinken werden und damit die Einfuhren nominell um vier Prozent zurückgehen (real: plus drei Prozent). Das Handelsbilanzpassivum verringert sich damit von 76,8 auf 66,7 Mrd. Schilling. Dennoch sind die Experten damit nicht zufrieden, weil sich wegen der genannten Gründe allein die Energierechnung von 64 auf 37 Mrd. Schilling verringern wird.

Die ebenfalls als zu gering erachtete Leistungsbilanzverbesserung wird entgegen früherer Jahre vom Tourismus kaum beeinflußt. Die Brutto-Fremdenverkehrseinnahmen werden laut Prognose bei 102 Mrd. Schilling stagnieren. Für 1987 ist eine leichte Steigerung prognostiziert.

Kaum zusätzliche Impulse werden vom privaten Konsum erwartet, der gegenüber dem Vorjahr (plus 2,4 Prozent) mit zwei bis 2,3 Prozent geringfügig weniger zunehmen dürfte. Bedeutend schwächer fällt mit rund 5,6 (10) Prozent der Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen aus.

Erfolgsmeldungen kommen lediglich von der Preisfront: Die Zunahme der Verbraucherpreise geht von 3,2 auf 1,6 Prozent zurück. Die Arbeitslosenrate dagegen wird sich von 4,8 auf 5,1 Prozent erhöhen. 1987 sind sogar 5,5 Prozent vorausgesagt.

Heftige Übernahmekämpfe

Allied Lyons arbeitet mit allen Tricks gegen Elders

WILHELM FURLER, London

Mit allen Tricks bemüht sich der Vorstand des britischen Brauerei-, Spirituosen- und Nahrungsmittelkonzerns Allied Lyons, dem neu aufgelegten Übernahmeversuch des australischen Brauerei-, Handels-, Finanz- und Landwirtschaftskonglomerats Elders IXL zu entkommen. Der Übernahmeversuch der Australier vom letzten Oktober in Höhe von 1,8 Mrd. Pfund (gut 5,5 Mrd. DM) war zur Untersuchung an die Monopolkommission weitergeleitet worden. Sie hat Elders jetzt grünes Licht erteilt.

Doch während dieser Zwangspause für Elders waren die Verantwortlichen von Allied Lyons alles andere als untätig. Sie arbeiteten an einer „Giftpille", wie es in der Londoner City so schön heißt, um den Australiern den unerwünschten Übernahmeversuch zu vergällen. So hat Allied gerade rechtzeitig eine Übereinkunft mit dem kanadischen Öl- und Getränkekonzern Gulf Canada erzielt, eine 51prozentige Mehrheit an der Gulf-Tochter Hiram Walker Spirits (Canadian Club, Courvoisier-Cognac) für 866 Mill. Pfund (2,65 Mrd. DM) zu übernehmen. Mit dieser Akquisition ist Allied Lyons zum zweitgrößten Wein- und Spirituosenkonzern der Welt aufgestiegen.

Gerade auf dem Brauerei- und Spirituosensektor toben in Großbritannien in den letzten Monaten Übernahmegefechte, die alles bisherige in den Schatten stellen. In erster Linie ist hier der noch vor wenigen Jahren vor sich hin dösende irisch-britische Brauereikonzern Guinnesszu nennen.

Nachdem Guinness im August letzten Jahres die schottische Whiskyfirma Arthur Bell and Son („Bell's") zum Preis von 364 Mill. Pfund übernommen hatte, schaltete sich Guinness nur wenige Monate später in das Gefecht um die Übernahme des größten schottischen Whiskyherstellers Distillers Company (Johnnie Walker, White Horse, Black & White, Gordon's Gin) ein.

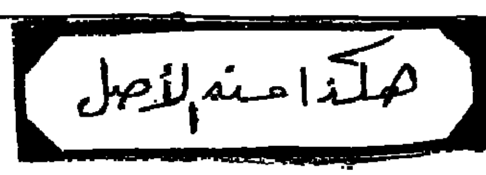
Ursprünglich hatte die britische Lebensmittelfilialgruppe Argyll Interesse an einer Distillers-Übernahme gezeigt und 1,853 Mrd. Pfund geboten. Der Distillers-Vorstand versuchte mit allen Mitteln, diesen Übernahmeversuch abzuwehren und fand schließlich in Ernest Saunders, dem Chairman der Guinness-Gruppe, den rettenden Engel.

Nach zahllosen Überbietungsversuchen und monströsen Anzeigenkampagnen gelang es Guinness, Argyll auszustechen und sich Distillers für 2,5 Mrd. Pfund einzuverleiben. Argyll kostete der mißglückte Übernahmeversuch 34 Mill. Pfund , in erster Linie durch Anzeigenkampagnen.

Schließlich hat der große britische Industrie-Mischkonzern Hanson Trust erst vor wenigen Monaten für 2,8 Mrd. Pfund und damit zum bislang höchsten Übernahmepreis die britische Brauerei-, Zigaretten- und Nahrungsmittelgruppe Imperial Group ebenfalls nach monatelangem Kräftemessen gewonnen. Abgeschlagener Mitstreiter um Imperial (Courage-Bier, John-Player-Zigaretten) war der Nahrungsmittelkonzern United Biscuits, einer der weltgrößten Hersteller von Party-Gebäck.

Geradezu bescheiden nehmen sich dagegen die 230 Mill. Dollar aus, die der britische Erfrischungsgetränke- und Süßwarenkonzern Cadbury-Schweppes im Juni für den Kauf der Erfrischungsgetränke-Marken Canada Dry und Sunkist dem US-Nahrungsmittel- und Getränkekonzern R. J. R. Nabisco hinblätterte. Postwendend hat Cadbury-Schweppes aber das kanadische Flaschenabfüllgeschäft von Canada Dry für 90 Mill. Dollar an Coca-Cola abgegeben.

Mit der Übernahme der Markennamen Canada Dry und Sunkist hat sich der Anteil von Cadbury-Schweppes am amerikanischen Softgetränkemarkt von 0,6 auf 3,7 Prozent erhöht. Am weltweiten Erfrischungsgetränkemarkt mit einem Ausstoß von rund 100 Mrd. Litern pro Jahr ist der Anteil des britischen Unternehmens von 1,6 auf 3,4 Prozent gestiegen.



Einige Hotelbetten blieben leer

Tourismus-Sommer in Frankreich „besser als befürchtet"

J. Sch./ds. **Paris/Mailand**

Die Sommersaison war „besser als befürchtet", relativierte Jean-Jacques Descamps, der französische Staatssekretär für den Tourismus, die eher deprimierte Fremdenverkehrskonjunktur. Befürchtet worden war vor allem ein noch stärkerer Ausfall an amerikanischen Gästen. Er wurde von dem Zustrom aus anderen europäischen Ländern ausgeglichen.

Die Europäer aber geben pro Kopf in Frankreich erheblich weniger aus. Im letzten Jahr stellten die amerikanischen Touristen nur sieben Prozent aller Auslandsgäste, aber ihr Anteil an den touristischen Deviseneinnahmen erreichte 25 Prozent.

Außer der Dollarschwäche kamen bei vielen Amerikanern Angst vor Terror und den Tschernobyl-Folgen hinzu. Darunter hatten vor allem die Luxushotels zu leiden, deren Belegungsquote um 30 bis 50 Prozent zurückgegangen ist. Auch sind die Franzosen selbst häufiger – wenn auch für kürzere Zeit – ins Ausland verreist. Reiseziele waren zunehmend ferne Länder (Indien, Thailand usw.). Auch das wirkte sich für die französische Touristenbilanz nachteilig aus.

Bei Devisenausgaben von 18,7 (17,0) Mrd. Franc im ersten Halbjahr schrumpfte zum ersten Mal seit Jahren der Überschuß dieser Bilanz um 28 Prozent auf 11,9 (15,5) Mrd. Franc. Die gesamte Leistungsbilanz erbrachte einen Aktivsaldo von 9,8 Mrd. Franc, nach 4,8 Mrd. Franc Defizit im ersten Halbjahr 1985. Diese Verbesserung war hauptsächlich dem reduzierten Handelsbilanzdefizit zu verdanken.

Ähnlich stellt sich die Situation in Italien dar: Trotz des Fernbleibens vieler US-Touristen ist die dortige Fremdenverkehrsindustrie noch einmal mit einen blauen Auge davongekommen. Empfindliche Rückschläge haben nur die Erste-Klasse- und Luxushotels in den Kunststädten wie Rom, Venedig und Florenz zu verzeichnen, deren Klientel bisher wiederum zur Hälfte aus US-Amerikanern bestand. In allen anderen Fällen ist die Zahl der Ausländerübernachtungen gestiegen.

Nach Schätzungen des italienischen Fremdenverkehrsministeriums dürfte sich die Zahl der Ausländerübernachtungen bis zum Jahresende bei 98,6 Millionen einpendeln. Das ist ein Prozent mehr als im vergangenen Jahr, in dem nach einer Abnahme im Jahre 1984 von 2,2 Prozent eine Rekordsteigerung von 2,6 Prozent eintrat.

Allerdings ging diese Zunahme hauptsächlich auf das Konto von Campingplätzen und privaten Zimmer- und Wohnungsvermietern, während die Übernachtungen in Hotels und Pensionen nur knapp über dem Stand des Vorjahres lagen. Nach Angaben des Verbandes des italienischen Beherbergungsgewerbes verzeichneten Hotels und Pensionen im ersten Halbjahr insgesamt 69,3 Millionen Übernachtungen, 3,4 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Davon entfiel der größte Teil auf die Inländer. Dagegen nahmen die Übernachtungen der Ausländer nur um 0,3 Prozent zu.

In dieser Entwicklung schlägt sich italienischen Touristikexperten zufolge nicht nur der durchschnittlich um 60 Prozent verminderte Zustrom von US-Touristen nieder, sondern auch die Tatsache, daß das Beherbergungsgewerbe Italiens unter der mediterranen Konkurrenz auf der Preisleiter mit am schnellsten nach oben geklettert ist. Nach einer Untersuchung des italienischen Fremdenverkehrsministeriums sind in der Zwei-Jahres-Spanne 1984/85, in der die Inflationsrate 19,4 Prozent betrug, die Durchschnittspreise in den Hotels um bis zu 47,4 Prozent gestiegen.

Im laufenden Jahr rechnet das staatliche Fremdenverkehrsamt Enit in Rom mit Einnahmen aus dem Tourismus in Höhe von insgesamt beinahe 70 000 Mrd. Lire, 17 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Dies entspricht einem realen Null-Wachstum der Deviseneinnahmen aus dem Ausländertourismus.

Besonders empfindlich macht sich in diesem Fall der Rückgang des US-Beitrags bemerkbar. Experten rechnen damit, daß sich die Einnahmen aus dem US-Tourismus, die 1985 rund 5000 Mrd. Lire betrugen, in diesem Jahr halbieren werden. Zuwachsraten werden vor allem bei den deutschsprachigen und den französischen Urlaubern erwartet.

Gatt: USA drohen schon mit Ausstieg

Vor neuer Runde Forderungen gestellt – Yeutter gibt sich aber auch kompromißbereit

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die USA haben ihre Strategie für die Ministerratssitzung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt), die Montag im uruguayischen Badeort Punta del Este beginnt, abgesteckt. Sie lassen für Kompromisse wenig Raum, und in Reden und Briefings erklären Mitglieder der Reagan-Administration schon jetzt, daß Amerika die Liberalisierungsrunde verlassen wird, wenn diese fünf Forderungen nicht erfüllt werden:

- Verzicht auf Exportsubventionen im Agrarhandel,
- größerer Schutz für Urheberrechte,
- Abschaffung der Importbarrieren für Dienstleistungen,
- freier Investitionsfluß und
- Stärkung der Gatt-Schiedsgerichtsbarkeit.

Wie der Handelsbevollmächtigte, Botschafter Clayton Yeutter, gestern vor der US-Handelskammer in Washington betonte, wird die amerikanische Delegation auch für schnellere Verhandlungen eintreten: Statt wie bisher fünf bis sieben Jahre soll die neue Runde nur zwei Jahre dauern. Hier zeigt sich, wie groß der politische Druck ist, der von der anhaltenden Absatzkrise im US-Getreidegürtel und vom protektionistisch gestimmten Kongreß ausgeht. Vermutlich wird das Defizit in der US-Handelsbilanz 1986 den Vorjahresrekord (148,5 Mrd. Dollar) noch übersteigen.

Die USA sind laut Yeutter bereit, eigene handelspolitische Verfehlungen wie Importbarrieren gegen Stahl, Autos, Motorräder, Zucker, Käse und andere Lebensmittel zur Diskussion zu stellen. Er ist davon überzeugt, daß die zuständigen Handelsminister der 92 Mitgliedsstaaten – in Deutschland der Bundeswirtschaftsminister – in der kommenden Woche eine „brauchbare" Agenda verabschieden. Als „praktisch sicheren" Termin für den Beginn der Runde nannte Yeutter den Januar.

Im Idealfall wünscht sich Washington „einen freien Transport von Gütern und Dienstleistungen über die Ländergrenzen hinweg". An dem ungestörten Transfer von Diensten sind besonders die amerikanischen Banken, Versicherungsgesellschaften und Softwarehersteller interessiert. Amerikas Dienstleistungsbilanz weist in der Regel überproportionale Überschüsse auf – ein Beweis für den Wettbewerbsvorsprung dieses Sektors. Seit den 40er Jahren sind die US-Wertzölle drastisch gesunken, und zwar auf durchschnittlich 5,5 Prozent.

Trotz des Fünf-Punkte-Programms wird die Landwirtschaft aus US-Sicht der Gatt-Runde den Stempel aufdrücken. Allein die Preisstützung und die Ausgleichszahlungen für Produktionsbeschränkungen kosten die amerikanischen Steuerzahler im laufenden Haushaltsjahr 24 bis 26 Mrd. Dollar. Von North Dakota bis Texas haben die Getreideberge inzwischen 80,5 Mill. Tonnen erreicht. Fast halbiert haben sich Amerikas früher üppige Agrarexportüberschüsse; erstmals wurde in den vergangenen zwei Monaten sogar ein Defizit im internationalen Agrarhandel registriert.

Als Reaktion auf die Krise und den Unwillen der EG, von ihrer teuren Agrarpolitik abzurücken, verabschiedete der Kongreß die Farm Bill 1985. Sie stellt zum erstenmal umfangreiche Mittel auch für die Ausfuhrförderung bereit, mit dem Ergebnis, daß zwischen den USA und Westeuropa ein regelrechter Subventionswettlauf begonnen hat. Inzwischen liefern die Vereinigten Staaten ebenfalls subventioniertes Getreide in die Sowjetunion.

Gegenüber ausländischen Journalisten bezeichneten Mitglieder des Yeutter-Stabes die enormen Kosten der Einkommenssicherung im Agrarbereich als absurd. Auf Dauer könne sich kein Land so etwas leisten, zumal da neue Technologien immer höhere Erträge schaffen würden. In den USA sind Fälle bekanntgeworden, wonach Farmen in diesem Jahr Einkommenshilfen bis zu 20 Mill. Dollar erhalten.

Folgt man dem Yeutter-Team, dann kann nur eine multilaterale Lösung Abhilfe schaffen. Nach amerikanischen Vorstellungen müßten die Exportsubventionen zunächst eingefroren und danach stufenweise abgebaut werden. Als weiterer Schritt wird die Abschaffung nichttarifärer Einfuhrbarrieren wie Quoten und Lizenzen genannt. Große Bedeutung messen die USA raschen Gatt-Entscheidungen bei Streitigkeiten zu.

In der Administration zweifelt niemand daran, daß der Kongreß Handelsschranken errichtet, wenn die Gatt-Runde scheitert. Botschafter Yeutter: „Wir haben wenig Zeit." Noch nie haben die USA Gatt-Verhandlungen so ernst genommen: Außer Yeutter, der Kabinettsrang hat, reisen auch Handelsminister Baldrige und Landwirtschaftsminister Lyng nach Uruguay, begleitet von Experten aus einem halben Dutzend anderer Behörden.

Die Größten auf dem Weltmarkt

Exporte 1985 in Milliarden Dollar (z.T. geschätzt)

Spanien 24 · DDR 24 · China 25 · Brasilien · Schweiz · Hongkong · Schweden 30 · Südkorea 30 · Taiwan 30 · Saudi-Arabien 34 · Belgien/Lux. 54 · Niederlande · Italien 78 · Sowjetunion 86 · Kanada 91 · England 101 · Frankreich 102 · Japan 177 · Bundesrepublik Deutschland 184 · USA 213

© Globus

Frankreichs neue Preisfreiheit

Expertenkommission formuliert Wettbewerbsrecht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung will das Wettbewerbsrecht von Grund auf reformieren, um es insbesondere der „unwiderruflichen" Preisfreiheit anzupassen, die zum Jahresende durch die Aufhebung des Preiskontrollgesetzes vom 30. Juni 1945 hergestellt werden soll. Dieses Gesetz ermächtigt die Behörden, jederzeit nach eigenem Ermessen Preisreglementierungen aller Art vorzunehmen. Damit verknüpft waren zwei Konkurrenzgesetze, die im Laufe der Jahre zu einem Gestrüpp von inzwischen kaum noch überschaubaren Reglementierungen ausgewuchert sind. Entsprechend verworren gestalteten sich auch die durch unzählige Absprachen durchsetzten Beziehungen zwischen den Wirtschaftspartnern.

Diesem dirigistisch-korporatistischem Zustand, unter dessen protektionistischer Komponente nicht zuletzt die nach Frankreich exportierenden und hier ansässigen deutschen Unternehmen zu leiden haben, soll jetzt durch ein modernes und klar konzipietes Wettbewerbsrecht ein Ende bereitet werden. Es geht von der für Frankreich neuen Überlegung aus, daß die Festsetzung der Preise nicht mehr „Regierungssache" sei und daß das Gleichgewicht der Preise „aus dem freien Spiel der Marktkräfte und der kommerziellen Verhandlungen" resultierte.

So jedenfalls hat die von der Regierung mit der Vorbereitung des Reformprojekts beauftragte Expertenkommission den ersten der 80 Paragraphen formuliert. Der oberste Grundsatz heißt Transparenz der Verträge und Märkte. Angestrebt wird vor allem eine bessere Preis- und Tarifpublizität zum Vorteil des Verbrauchers. Dabei soll auch die vergleichende Werbung wieder zugelassen werden.

Wesentlich verschärfen will die Kommission die Rabattbestimmungen, die in Frankreich für die Beziehungen zwischen dem Produzenten und dem Handel eine sehr große Rolle spielen. Das erklärte Ziel ist, die schriftlich fixierten Verkaufsbedingungen den effektiven näherzubringen. Gegenwärtig ist es meist so, daß außer normalen Rabatten zum Jahresende entsprechend dem Erfolg der Geschäftsbeziehungen nicht fakturierte Rückerstattungen erfolgen. Im wettbewerbsverfälschenden „Rabattkrieg" zwischen den großen Einkaufszentralen und ihren Lieferanten wurde bereits Anfang dieses Monats ein Waffenstillstand vereinbart.

Verschärft werden soll auch die Konzentrationskontrolle, was für deutsche Investoren von Bedeutung ist. Zu der bisherigen Regelung, wonach Marktanteile von mehr als 25 Prozent genehmigungsbedürftig sind, tritt als zusätzliches Kriterium ein Jahresumsatz von höchstens fünf Mrd. Franc. Auch will man den Begriff der mißbräuchlichen und damit verbotenen Ausnutzung einer Marktposition schärfer fassen. Insbesondere soll es den Produzenten untersagt werden, dem Handel die Verkaufspreise vorzuschreiben.

Nicht zuletzt werden die Kompetenzen der Konkurrenzkommission verstärkt. Sie soll nach dem Vorbild des Bundeskartellamtes mit eigenen richterlichen Befugnissen ausgestattet und von einem Rat geleitet werden, in welchem unabhängige Richter den Ton angeben. Bisher lag die letzte Entscheidungsgewalt beim Wirtschaftsministerium.

Internationale Finanzen

Insider: Die amerikanische Wertpapierbehörde hat gegen einen früheren Mitarbeiter der Finanzabteilung von General Electric (GE) Klage erhoben, weil dieser aufgrund von Insiderinformationen mit Aktienoptionen einen Gewinn von rund 8500 Dollar erzielt hatte.

Schatzwechsel: Auf 5,24 (Vorwoche: 5,12) Prozent für dreimonatige und 5,35 (5,17) Prozent für sechsmonatige Schatzwechsel sind auf der jüngsten Auktion des Treasury die durchschnittlichen Zuteilungssätze gestiegen.

Japan: Im Rahmen der Liberalisierung der Finanzmärkte werden auch am Terminmarkt Änderungen vorgenommen. Dazu zählen die Einführung des Terminhandels von Optionen und Indices sowie die Öffnung der Börse für Ausländer.

Kerr-McGee: Sonderbelastungen in Höhe von 265 Mill. Dollar, resultierend aus gesunkenen Öl- und Gaspreisen, werden im dritten Quartal dieses Jahres erwartet.

Schweden: Nobel Industries hat von der Custos AB eine Option zum Kauf von 33 Prozent der Stimmrechtsaktien von Swedish Match für 354 Mill. Kronen erworben.

Schweiz: Zum 1. Oktober werden die Warenumsatzsteuer auf den physischen Handel mit Münz- und Feingold und die Verrechnungssteuer auf Interbank-Guthaben abgeschafft sowie die Abgabebelastung der Bankkunden bei Euro-Emissionen von bisher drei auf 1,5 Promille gesenkt.

Wandelanleihe: Zu pari und mit einem Kupon von 2,375 Prozent legt Mitsui Trust + Banking Co. ihre Anleihe mit Fälligkeit 2001 über 100 Mill. Dollar auf.

Optionsanleihe: Ebenfalls 100 Mill. Dollar umfaßt die Anleihe der Fukuyama Transporting Co. mit einem Kupon von 3,75 Prozent.

Ford Motor Credit Corp.: Eine Anleihe mit Fälligkeit 1991 über 14,2 Mrd. Yen mit einem Kupon von 8,75 Prozent wird aufgelegt.

EIB: Eine Anleihe mit Fälligkeit 1998 über 200 Mill. sfr legt die Europäische Entwicklungsbank auf.

Verbraucherkredite: Hochgerechnet hat sich die Ausgabe von Verbraucherkrediten in den USA um eine Jahresrate von 11,4 Prozent oder 5,38 Mrd. Dollar im Juli ausgeweitet.

Kanada: Die Regierung hat angesichts der Krise der heimischen Öl- und Erdgasindustrie bereits zum 1. Oktober eine Sondersteuer abgeschafft, die erst 1988 auslaufen sollte. Ihr entgehen so 1,5 Mrd. Dollar in den nächsten 28 Monaten.

Australien: Deutlich rückläufig waren die Investitionen im Erdöl-Explorationsbereich im zweiten Quartal dieses Jahres: Um 44 Prozent sackten sie auf 137 Mill. Australische Dollar ab. Mit einem Ende des Abwärtstrends ist in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen.

Lohnsteuer-Richtlinien

H.Wl. **Bonn**

Nach Ansicht der Bundessteuerberaterkammer können die „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften über die Lohnsteuerrichtlinien 1984" in wesentlichen Passagen gekürzt werden. Begründung: Die Lohnsteuerrichtlinien sind in weiten Bereichen mit den Einkommensteuerrichtlinien indentisch, ein Verweis auf diese genüge.

Klärungsbedürftig seien außerdem Begriffe wie „Dienstverhältnisse" und „Allgemeine Werbungskosten". Notwendig sei auch eine Definition des „Spendenabzugs" unter Berücksichtigung der Bundesverfassungsgerichturteils zu diesem Thema.

Zur Frage der Benutzung von Wirtschaftsgütern aus dem Privatvermögen des Arbeitnehmers für seine berufliche Tätigkeit beim Arbeitgeber vertritt die Kammer in Anlehnung an das BFH-Urteil IV R 224/80 die Ansicht, daß für diese Gegenstände die Möglichkeit einer Abschreibung geschaffen werden sollte.

Die in den Richtlinien vorgesehene Regelung, wonach Aufwendungen für eine Klimakur – durchgeführt in Form eines Familienurlaubs – keine außergewöhnlichen Belastungen darstellen, lehnt die Kammer mit der Begründung ab, daß die Anwesenheit der Familie während eines Kuraufenthaltes zum besseren Erfolg dieser gesundheitlichen Maßnahme durchaus beitragen könne.

„Druck auf leitende Angestellte steigt"

Jahresbericht des IBFG beklagt Beschränkung von Gewerkschaftsrechten bei neuer Zielgruppe

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die leitenden Angestellten sind – wenngleich von ihren Mitarbeitern eher gefürchtet als bedauert – in den letzten Jahren zu einer bedeutenden Zielgruppe der internationalen Gewerkschaftsbewegung geworden. In seinem Jahresbericht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten widmet der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) ihnen diesmal sogar ein besonderes Kapitel.

Ursprünglich eine relativ kleine und privilegierte Minderheit – unterlägen die Angestellten mit Leitungsfunktionen in zunehmendem Maße denselben Problemen und demselben Druck, denen bisher traditionsgemäß andere Arbeitnehmer ausgesetzt gewesen seien, heißt es darin. Das Wachstum großer Unternehmen, der technologische Wandel und neue Methoden des Managements hätten die Macht der Unternehmer verstärkt und zugleich die Befugnisse und den Einfluß der hochqualifizierten Arbeitnehmer verringert.

Der IBFG, dem 144 Mitgliedsorganisationen mit rund 82 Mill. Mitgliedern angehören, meint, daß den „Leitenden" die gleichen Gewerkschaftsrechte zustünden wie den übrigen Arbeitnehmern. In Wirklichkeit würden ihnen in zahlreichen Fällen diese jedoch verweigert oder eingeschränkt.

Der Bericht nennt zunächst einmal eine Reihe von rechtlichen Beschränkungen „in einer erheblichen Zahl von Ländern", Gewerkschaften ihrer eigenen Wahl zu bilden, ihnen beizutreten oder Tarifverhandlungen zu führen. Eine der am meisten üblichen Beschränkungen sei das für diese Arbeitnehmer bestehende Verbot, Gewerkschaften beizutreten, die auch anderen Beschäftigten offenstünden.

So schließt nach Angaben des IBFG in der Arbeitsgesetzgebung einiger asiatischer Länder die Definition des Arbeiters oder Angestellten die Mitarbeiter aus, die eine besondere Vertrauensstellung haben oder denen besondere Leitungsbefugnisse übertragen wurden. „Das bedeutet, daß diese Kategorien von Arbeitnehmern, selbst wenn sie unter Umständen das Recht haben, eigene Verbände zu bilden, nicht den Schutz und die Garantien genießen, die den Arbeitnehmern im allgemeinen zugute kommen".

Schwerwiegende Beschränkungen sieht der IBFG auch für Führungskräfte in den USA. Nach dem Taft-Hartley-Gesetz habe zwar theoretisch jeder, der als Vorgesetzter zu bezeichnen sei, das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten. Kein Arbeitgeber könne jedoch gezwungen werden, für solche Beschäftigten Tarifverhandlungen aufzunehmen. In der Praxis bedeutet dies, daß keine Gewerkschaft Verhandlungen für leitende Angestellte führen könne.

Auch dort, wo keine gesetzlichen Einschränkungen bestünden, werde der Gewerkschaftsarbeit leitender Angestellter oft von den Arbeitgebern „entschlossener Widerstand" entgegengesetzt. „Es gibt zahlreiche Fälle, in denen die Arbeitgeber aktive Gewerkschafter verfolgt haben, die versucht haben, Angestellte in Leitungsfunktionen zu organisieren." Diese Arbeitnehmer seien besonders leicht zu treffen, da ihre Beförderungs- und Karriereaussichten mehr von willkürlichen Entscheidungen und vom guten Willen des Arbeitgebers abhängen, als die anderer Beschäftigter.

Auch in Westeuropa gibt es nach dem Bericht häufig Widerstand der Unternehmer. So hätten zum Beispiel in der Bundesrepublik und in Italien die Arbeitgeber versucht, die Definition des Topmanagements so auszuweiten, daß zahlreiche Kategorien von Angestellten in Leitungsfunktionen darunterfielen. Diese Strategie ziele darauf ab, die gewerkschaftliche Vertretung dieser Gruppe zu beschränken.

Textilhersteller Trigema profitiert von Flexibilität

nl. Burladingen

Die Trigema GmbH & Co. KG, Burladingen, nach eigenen Angaben der Bundesrepublik größter T-Shirt- und Tennisbekleidungs-Hersteller, hat diese Position nach Worten ihres geschäftsführenden Gesellschafters Wolfgang Grupp „nicht nur gehalten, sondern weiter gefestigt". Seine Unternehmensgrundsätze, auf denen der Erfolg maßgeblich basiere, lauteten auch weiterhin: überschaubare Unternehmensgröße, nicht Prestigedenken, sondern Arbeitsplatzsicherung, Flexibilität in der Produktion, kein Umsatz- sondern Renditedenken sowie Teamarbeit. Das Unternehmen, das täglich bis zu 40 000 Einzelteile produziert, verbuchte in 1985 eine Umsatzsteigerung um fünf Prozent auf gut 106 Mill. DM, und dies, obwohl von Jahresmitte an ein beträchtlicher Umsatzausfall infolge des Abspringens eines Großkunden zu kompensieren war.

Für das laufende Jahr wird ein weiterer Umsatzanstieg auf 110 Mill. DM erwartet. Zum Ergebnis des vergangenen Jahres merkte Grupp an, es sei „respektabel", die Umsatzrendite liege über dem Branchendurchschnitt. Investiert wurden im Berichtsjahr 7,9 (10,5) Mill. DM, die Investitionen im laufenden Jahr beliefen sich bis einschließlich August bisher auf 5,9 Mill. DM. Alle Investitionen seien aus Eigenmitteln finanziert worden. Langfristige Kredite nehme man auch weiterhin nicht in Anspruch.

Trigema produziert ausschließlich in eigenen Werken in der Bundesrepublik, auf Importe wird gänzlich verzichtet. Der Exportanteil des Unternehmens beläuft sich auf 5 bis 6 Prozent. Grupp: „Wir nehmen nur den Export mit, der sich problemlos machen läßt." Unter den Werbeaktivitäten sticht die Trikotwerbung bei zwei Fußball-Bundesligamannschaften heraus, nämlich bei Waldhof Mannheim und bei Schalke 04.

Was der EG-Binnenmarkt für den Mittelstand bedeutet

Öffnung der Grenzen bietet den Unternehmen mehr Entfaltungsmöglichkeiten – Der Wettbewerb verschärft sich

Von LUTZ STAVENHAGEN

Wenn über die Marktchancen für den Mittelstand in der EG gesprochen wird, bedeutet dies nicht den Versuch, Marktnischen für irgendwelche Randgruppen zu schaffen. Circa 1,8 Millionen aller deutschen Betriebe, das sind etwa 99,2 Prozent, sind nach Umsatzleistung und Beschäftigtenzahl der Kategorie „kleine und mittlere Betriebe" zuzurechnen. Sie führen nicht etwa ein wirtschaftliches Schattendasein, sondern schaffen 49 Prozent des Buttoinlandsproduktes und tätigen 44 Prozent der Bruttoinvestitionen. Welche Möglichkeiten erschließen sich dieser Gruppe von Unternehmen durch den einheitlichen europäischen Binnenmarkt?

Auf dem Europäischen Rat im Juni 1985 wurde das sogenannte Weißbuch der EG-Kommission gebilligt, das in mehr als 300 Einzelvorschlägen die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 durch sukzessiven Abbau aller materiellen, technischen und steuerlichen Schranken vorsieht. Auf dem Europäischen Rat im Dezember 1985 wurde dieser Binnenmarkt in der Einheitlichen Europäischen Akte definiert als „ein Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital ... gewährleistet ist". Was die Vollendung des europäischen Binnenmarktes auch für den Mittelstand bedeutet, sei an einem Beispiel aufgezeigt.

– Ein deutscher Unternehmer kann mit einem französischen Partner eine Unternehmenskooperation mit weitgehend angeglichenen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften eingehen,

– wobei ungehindert französisches Kapital in die Bundesrepublik transferiert werden kann,

– um die Produktion von Elektrogeräten aufzunehmen, die von Dublin bis Athen in die Steckdose passen.

Er kann dann weiter

– seine Firma bei einer englischen Gesellschaft gegen Feuerschaden versichern lassen

– und bei der Vergabe von portugiesischen Staatsaufträgen mit Erfolgsaussicht mitbieten.

Der gemeinsame Binnenmarkt ermöglicht ihm beispielsweise,

– für seine Betriebsküche einen in Spanien nach dortigen Rezepturen hergestellten Likör

– zu etwa gleichen Verbrauchsteuersätzen

– mit einem holländischen Spediteur

– ungehindert und ohne Grenzformalitäten in die Bundesrepublik Deutschland zu importieren.

EG-weite Importe und Exporte ermöglichen den Unternehmen höhere Skalenerträge durch größeres Marktpotential und eventuell wettbewerbsbedingte niedrigere Kosten für Waren und Leistungen. Andererseits birgt die Öffnung der Schlagbäume auch die Folge, für eigene Produkte und Dienstleistungen einem kräftigen internationalen Wettbewerbswind ausgesetzt zu sein. Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts zeigen aber, daß die deutschen Unternehmen – besonders die mittelständischen – trotz wiederholter DM-Aufwertung ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht eingebüßt haben.

Die Einflußmöglichkeiten des Mittelstandes auf die Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaften sind nicht unbedeutend.

– Mit dem Spanier Matutes verfügt er seit der Süderweiterung über einen eigenen EG-Kommissar.

– Im Europaparlament steht dem Mittelstand eine „interfraktionelle Arbeitsgruppe Mittelstand" zur Seite, die als sein Sachwalter fungiert.

– Die EG-Kommission läßt sich von den europäischen Mittelstandsverbänden beraten.

– Ein eigenes Büro für Unternehmenskooperation steht als „EG-Heiratsbüro" für Kontaktaufnahme über Grenzen hinweg zur Verfügung.

– Die Organisationen der mittelständischen Wirtschaft auf europäischer Ebene beliefern interessierte Firmen mit Informationen über Zusammenarbeit, Programmbewertung und Projektvorschlägen.



Staatsminister Lutz Stavenhagen FOTO: LOTHAR KUCHARZ

EG-Mittelstandspolitik sollte sich überwiegend auf den Ausgleich von Informationsdefiziten beschränken. Sie sollte nicht bei speziellen Hilfen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen oder für Existenzgründungen oder bei spezifischen Maßnahmen zur Leistungssteigerung ansetzen.

Spezifische Fördermaßnahmen zur Beseitigung von unternehmensgrößenbedingten Nachteilen wie Finanzierungshilfen, Existenzgründungs- und Innovationsförderung sollten vielmehr in erster Linie durch die Mitgliedstaaten wahrgenommen werden.

Zentrale Aufgabe in einer Mittelstandspolitik auf Gemeinschaftsebene ist es, die wirtschaftlichen, rechtlichen, sozialen und steuerlichen Rahmenbedingungen, die durch die Gemeinschaft gesetzt oder mitbestimmt werden, mittelstandsfreundlich zu gestalten. Dazu gehören insbesondere, wie in dem kürzlich von der interfraktionellen Arbeitsgruppe Mittelstand im Europäischen Parlament veröffentlichten Papier „EG-Signale für den Mittelstand" aufgeführt:

– nachdrückliche Unterstützung der im Weißbuch vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen zum Abbau der materiellen, technischen und steuerlichen Hindernisse,

– Angleichung der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze und Bemessungsgrundlagen,

– stärkere Beteiligung des Mittelstandes an der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Durchführung von Forschungsvorhaben,

– Entrümpelung der EG-Richtlinien und Verordnungen durch Überprüfung, ob sie nicht einfach abgeschafft beziehungsweise mindestens vereinfacht werden können,

– verbesserte Informationspolitik von Verbänden und Fachzeitschriften, um die neue Dimension der europäischen Zusammenarbeit dem Mittelstand näherzubringen.

Diesen vorgenannten Förderungen sollte noch die Steigerung des Wettbewerbs EG-weit hinzugefügt werden, denn Märkte gewinnen ihre Dynamik vor allem aus einer breiten Schicht wettbewerbsfähiger Unternehmen.

Auch der Subventionsabbau sollte erwähnt werden. Die mittelständische Wirtschaft ist beim Subventionsabbau natürlicher Bundesgenosse vernünftiger marktwirtschaftlicher Politik, denn der Großteil dieser öffentlichen Gelder geht erfahrungsgemäß an Großunternehmen.

Eine weitere Rahmenbedingung für mittelstandsfreundliche EG-Politik ist die Harmonisierung des Gesellschaftsrechts. Hierbei ist es nicht notwendig, gleichförmiges Recht zu schaffen. Vielmehr sollte sich die Harmonisierung auf die wesentlichen Vorschriften beschränken.

Der Autor ist Staatsminister im Auswärtigen Amt

Wie lange pflichtversichert?

Angestellte, deren Gehalt auf einen Betrag erhöht wird, der die Versicherungspflichtgrenze von zur Zeit 50 400 DM jährlich (= 4200 DM im Monatsdurchschnitt) übersteigt, sind nicht mehr verpflichtet, gesetzlich versichert zu sein. Doch scheiden sie nicht bereits mit dem Wirksamwerden der Gehaltserhöhung aus der Krankenversicherungspflicht aus. Maßgebend ist jeweils das Jahresende, wobei es darauf ankommt, ob es sich um eine „normale" oder um eine rückwirkende Gehaltsanhebung gehandelt hat.

Hat das regelmäßig gezahlte Entgelt im Lauf des Jahres eine Höhe erreicht, daß es – auf zwölf Monate umgerechnet – 50 400 DM übersteigt, so endet die Versicherungs-



pflicht am 31. Dezember 1986. Unabhängig davon also, ob das Gehalt im Mai, August oder Oktober angestiegen ist: Die Pflichtversicherung bleibt zunächst bis zum 31. Dezember 1986 bestehen. Danach ist er „versicherungsfrei".

Wird das Gehalt rückwirkend erhöht, so endet die Versicherungspflicht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch „entstanden" ist. Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst eines Angestellten wird im Februar 1987 rückwirkend zum 1. Dezember 1986 auf 52 000 DM heraufgesetzt. Der Angestellte bleibt noch bis Ende 1987 krankenversicherungspflichtig – obwohl die ab 1987 geltende Verdienstgrenze von 51 300 DM überschritten wird. Grund: Der Anspruch auf das erhöhte Gehalt ist erst im Jahre 1987 entstanden.

Angestellte, die aus der Krankenversicherungspflicht ausgeschieden sind, können ihre Mitgliedschaft bei ihrer Krankenkasse freiwillig fortsetzen. Für Mitglieder der Ersatzkassen gilt: Die freiwillige Mitgliedschaft setzt automatisch ein, wenn der Angestellte nicht innerhalb einer Woche nach dem 31. Dezember austritt.

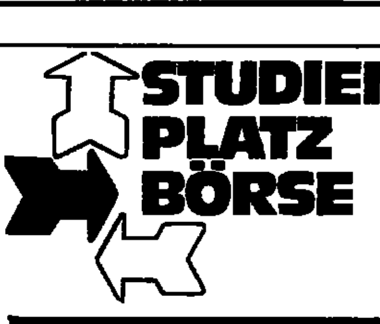
Befreiung bei Teilzeitarbeit

Privat krankenversicherte Angestellte, die nach dem 31. Juli 1986 von einer Vollbeschäftigung auf eine Teilzeitarbeit überwechseln und wegen des damit verbundenen geringeren Gehalts krankenversicherungspflichtig werden, können einen Antrag auf Befreiung stellen. Das sieht das am 1. August 1986 in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften" vor.

Die Angestellten haben allerdings nach Beginn der Versicherungspflicht nur einen Monat lang Zeit, sich „befreien" zu lassen. Der Antrag ist an die zuständige Krankenkasse zu richten. Befreien lassen können sich Angestellte, die ihre Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit herabsetzen. Bedingung ist außerdem, daß der Angestellte seit wenigstens fünf Jahren wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze voll privat krankenversichert war.

Ist die Befreiung ausgesprochen worden, dann gilt sie auch weiter, wenn der Arbeitgeber gewechselt oder die Arbeitszeit wieder auf mehr als 50 Prozent (mit entsprechender Gehaltsanhebung) steigt – das ist jedenfalls die Auffassung des Verbandes der privaten Krankenversicherung. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen der Meinung, daß bei Aufstockung der Arbeitszeit erneut Krankenversicherungspflicht eintritt. Sozialgerichtsverfahren sind damit bereits vorprogrammiert.

WOLFGANG BÜSER



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

2. Semester Zahnmedizin

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Düsseldorf
3 Aachen	Frankfurt
4 Aachen	Heidelberg
5 Aachen	Hamburg
6 Aachen	Kiel
7 Aachen	Mainz
8 Aachen	Tübingen
9 Aachen	Ulm
10 Bonn	Düsseldorf
11 Berlin	Heidelberg
12 Berlin	München
13 Berlin	Regensburg
14 Erlangen	Bonn
15 Erlangen	Freiburg
16 Erlangen	Ulm
17 Frankfurt	Heidelberg
18 Frankfurt	München
19 Frankfurt	Saarbrücken
20 Hannover	München
21 Hannover	Regensburg
22 Heidelberg	München
23 Hamburg	München
24 Köln	Aachen
25 Köln	Bonn
26 Köln	Berlin
27 Köln	Düsseldorf
28 Köln	Heidelberg
29 Köln	Hamburg
30 Köln	Kiel
31 Köln	Münster
32 Köln	München
33 Köln	Tübingen
34 Köln	Ulm
35 Kiel	Freiburg
36 Kiel	Göttingen
37 Kiel	Hannover
38 Kiel	Hamburg
39 Marburg	Hamburg
40 Münster	Freiburg
41 Münster	München
42 Regensburg	Erlangen
43 Würzburg	Frankfurt
44 Würzburg	München
45 Würzburg	Regensburg

3. Semester Zahnmedizin

von	nach
1 Aachen	Berlin
2 Aachen	Frankfurt
3 Aachen	Mainz
4 Berlin	Bonn
5 Berlin	Hannover
6 Berlin	Münster
7 Erlangen	Aachen
8 Erlangen	Bonn
9 Erlangen	Frankfurt
10 Erlangen	Heidelberg
11 Erlangen	Münster
12 Erlangen	München
13 Erlangen	Mainz
14 Frankfurt	Bonn
15 Frankfurt	Düsseldorf
16 Frankfurt	München
17 Frankfurt	Mainz
18 Freiburg	Frankfurt
19 Freiburg	Tübingen
20 Freiburg	Ulm
21 Gießen	Göttingen
22 Köln	Düsseldorf
23 Kiel	Hamburg
24 Marburg	Mainz
25 Marburg	Saarbrücken
26 Mainz	Kiel
27 Mainz	München
28 Regensburg	Aachen
29 Regensburg	Bonn
30 Regensburg	Düsseldorf
31 Regensburg	München
32 Tübingen	Düsseldorf
33 Tübingen	Hannover
34 Tübingen	Münster
35 Würzburg	Aachen
36 Würzburg	Düsseldorf
37 Würzburg	Gießen
38 Würzburg	Köln
39 Würzburg	Marburg
40 Würzburg	München
41 Würzburg	Regensburg

4. Semester Zahnmedizin

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Berlin
3 Aachen	Erlangen
4 Berlin	Frankfurt
5 Berlin	Heidelberg
6 Berlin	Saarbrücken
7 Düsseldorf	Freiburg
8 Düsseldorf	München
9 Düsseldorf	Tübingen
10 Frankfurt	Bonn
11 Frankfurt	Düsseldorf
12 Frankfurt	Köln
13 Hannover	Aachen
14 Hannover	Bonn
15 Hannover	Frankfurt
16 Hannover	Gießen
17 Hannover	Göttingen
18 Hannover	Marburg
19 Hannover	Saarbrücken
20 Köln	München
21 Marburg	Frankfurt
22 Münster	Freiburg
23 Münster	Heidelberg
24 Münster	Mainz
25 Mainz	Bonn
26 Mainz	Frankfurt
27 Mainz	Freiburg
28 Mainz	Ulm
29 Regensburg	Erlangen
30 Regensburg	München
31 Regensburg	Würzburg

5. Semester Zahnmedizin

von	nach
1 Bonn	Düsseldorf
2 Bonn	Mainz
3 Berlin	Aachen
4 Berlin	Bonn
5 Berlin	Düsseldorf
6 Berlin	Frankfurt
7 Berlin	Gießen
8 Berlin	Mainz
9 Erlangen	Bonn
10 Erlangen	Ulm
11 Frankfurt	Tübingen
12 Freiburg	Düsseldorf
13 Freiburg	Hamburg
14 Gießen	Heidelberg
15 Göttingen	München
16 Hamburg	Frankfurt
17 Hamburg	Göttingen
18 Hamburg	Kiel
19 Hamburg	Münster
20 Münster	Bonn
21 Münster	Gießen
22 Münster	Göttingen
23 Münster	Marburg
24 Münster	München
25 München	Gießen
26 München	Marburg
27 Mainz	Heidelberg
28 Mainz	München
29 Würzburg	Bonn
30 Würzburg	Marburg
31 Würzburg	Mainz

6. Semester Zahnmedizin

von	nach
1 Bonn	Frankfurt
2 Bonn	Marburg
3 Bonn	Würzburg
4 Berlin	Frankfurt
5 Berlin	Hannover
6 Berlin	Heidelberg
7 Berlin	Hamburg
8 Berlin	Münster
9 Berlin	Tübingen
10 Berlin	Ulm
11 Erlangen	Bonn
12 Erlangen	Düsseldorf
13 Erlangen	Freiburg
14 Erlangen	München
15 Göttingen	Berlin
16 Göttingen	München
17 Göttingen	Tübingen
18 Hannover	Frankfurt
19 Hannover	Gießen
20 Heidelberg	Düsseldorf
21 Hamburg	München
22 Köln	Bonn
23 Köln	Düsseldorf
24 Köln	Frankfurt
25 Köln	Heidelberg
26 Köln	Mainz
27 Kiel	Hamburg
28 Marburg	Frankfurt
29 Marburg	Hannover
30 Marburg	Heidelberg
31 Marburg	München
32 Marburg	Tübingen
33 Marburg	Ulm
34 Marburg	Würzburg
35 Ulm	Tübingen

7. Semester Zahnmedizin

von	nach
1 Bonn	Aachen
2 Bonn	Düsseldorf
3 Bonn	Köln
4 Bonn	Münster
5 Bonn	Mainz
6 Berlin	Aachen
7 Erlangen	Frankfurt
8 Erlangen	Gießen
9 Erlangen	Mainz
10 Freiburg	Frankfurt
11 Freiburg	Heidelberg
12 Freiburg	Köln
13 Freiburg	München
14 Freiburg	Mainz
15 Freiburg	Tübingen
16 Freiburg	Würzburg
17 Göttingen	Frankfurt
18 Göttingen	Hamburg
19 Heidelberg	München
20 Heidelberg	Tübingen
21 Heidelberg	Ulm
22 Hamburg	Heidelberg
23 Marburg	Gießen
24 Marburg	Göttingen
25 Marburg	Würzburg

8. Semester Zahnmedizin

von	nach
1 Frankfurt	Düsseldorf
2 Frankfurt	Köln
3 Frankfurt	Münster
4 Marburg	Aachen
5 Marburg	Frankfurt
6 Marburg	Hamburg
7 Marburg	Köln

Tauschaktion für das WS 1986/87

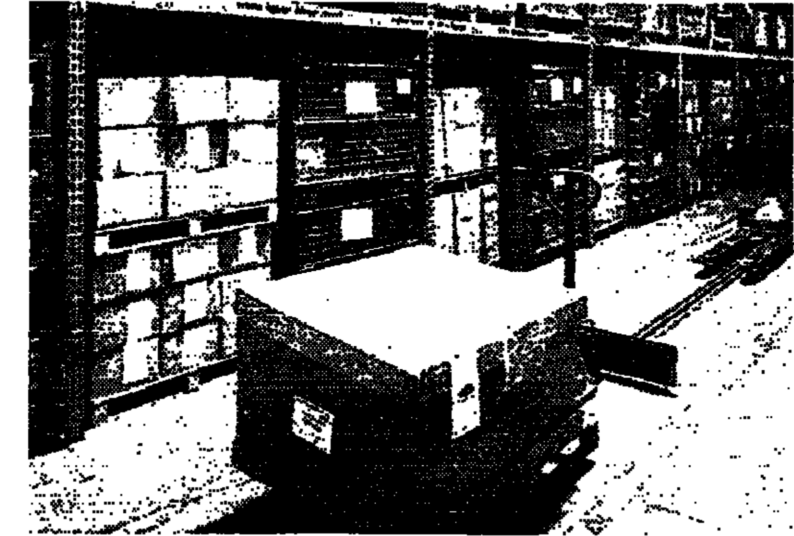
Die Semesterangabe bezieht sich auf das Sommersemester

Vom Rollfuhrkutscher zum Systemanbieter gewandelt

Logistik-Experten bei Schenker nehmen den Kunden alle mit dem Transport zusammenhängenden Probleme ab

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Wenn die Einkäufer des schwedischen Autoherstellers Volvo Kraftfahrzeugteile bei ihren zahlreichen deutschen Zulieferern geordert haben, dann können sie sich bequem zurücklehnen – für den Rest sorgt ihr deutscher Spediteur. Den Logistik-Experten der Bundesbahn-Tochter Schenker & Co. GmbH in Frankfurt werden lediglich noch die Bestelldaten (mit genauen Lieferterminen) aus dem Computer in Göteborg übermittelt, dann liegt die Arbeit bei ihnen. Sie überprüfen die Lieferfähigkeit der Teilefabriken, vereinbaren Bereitstellungstermine, sammeln – mit insgesamt 250 Lkws – die Ware ein und liefern sie pünktlich und vollständig direkt ans Produktionsband des Autowerks.



Das Warenlager – nur ein Teil der Transportkette, die der Spediteur für Fremdfirmen betreibt FOTO: M. VOLLMER

Beim BMW-Werk in Eching geht Schenker noch einen Schritt weiter. Dort werden auch das Hochregallager und die eigens konzipierte und konstruierte Kommissionierungsanlage sowie der Transport bis ans Band in eigener Regie betrieben. „Hier haben wir zum ersten Mal unsere Kompetenz voll einsetzen können", freut sich Geschäftsführer Rainer Biermann über das Vorzeige-Projekt.

Ähnliche Dienste nehmen aber auch Waren- oder Versandhäuser in Anspruch, etwa beim Textilimport aus Fernost. Die gesamte Transportkette – vom Einsammeln bei einer Vielzahl von Lieferanten bis zur Umverteilung auf die einzelnen Filialen – wird vom Spediteur bewältigt. „Logistik ist, wenn der Verkäufer den Container öffnet und weiß: Hemden blau, Größe 43, liegen hinten rechts", beschreibt Schenker-Chef Karl Übelakker das Leistungspaket.

Die Beispiele verdeutlichen einen grundlegenden Funktionswandel: „Die Zeiten des Rollfuhrkutschers sind für die Speditionen ein für allemal vorüber", zeichnet Biermann die Entwicklung in groben Strichen nach. Der Weg zum Systemanbieter war mühselig. Aufgemacht hatten sich die Frankfurter schon vor rund einem Jahrzehnt. „Da lag bei vielen Unternehmen ein riesiges Potential brach. Und wir waren fest davon überzeugt, daß wir deren Probleme besser und billiger lösen konnten als sie selbst", erinnert sich Biermann. Und Sparmöglichkeiten, dessen war man sich ebenso gewiß, würden sich gut verkaufen lassen.

Denn hier liegt der Ansatzpunkt aller logistischen Klimmzüge, die auch von der Industrie unternommen werden: Unnötig hohe Lagerbestände, Lagerdauer und Ruhezeiten in der Transportkette, allesamt Folgen unzulänglicher Nachschuborganisation, verursachen nach Schenker-Einschätzung gesamtwirtschaftliche Kosten, die „nur noch in Milliardenbeträgen zu messen sind". Und auf diesem Gebiet fühlte man sich als Spediteur kompetent.

Die Ernüchterung folgte freilich auf dem Fuße: „Wir waren ausgezogen, die Industrie zu reformieren und mußten rasch feststellen, daß wir uns erst einmal selbst zu reformieren hatten", bekennt Logistik-Chef Hasso Hölterling. „Wer Logistik als Dienst anbietet, der sollte das erst mal bei sich selbst im Griff haben." Dabei war die Grundlagenarbeit erst noch zu bewältigen, zumal industrielle Vorbilder nur teilweise anwendbar waren: „Die Industrie kann mit relativ sicheren Größen planen – wir machen jeden Tag eine neue Wundertüte auf." So war ein System nötig, das sich sehr viel flexibler verhielt als bisherige Modelle.

Die Einsicht, daß Logistik nur zu 50 Prozent in der physischen Warenbewegung, zur anderen Hälfte aber in Information und Kommunikation besteht, führte zum Aufbau eines immer umfangreicheren Datenverarbeitungssystems. Auch dabei erwies sich Vorhandenes meist als untauglich, so daß man gezwungen war, die Software größtenteils selbst zu produzieren. „Da mußten wir viel mehr investieren, als wir ursprünglich angenommen hatten", erläutert Biermann die Notwendigkeit, schließlich auch die eigenen Programmbausteine am Markt anzubieten. Heute verfügt Schenker über ein geschlossenes Netz, das die Rechenanlagen aller inländischen und vieler ausländischer Geschäftsstellen miteinander verbindet.

Aber auch der herkömmliche Speditionsapparat bedurfte der Anpassung. „Um die Distribution als Komplett-Dienst anzubieten, mußten wir das gesamte physische Angebot umkrempeln", erinnert sich Hölterlin. Auch das begann wieder im eigenen Haus. So fand man beim Blick über den Zaun in der Industrie „Umschlagskonzepte, die besser waren als unsere eigenen". Um den Umschlag zu mechanisieren, war zuerst die vollständige Umstellung auf Paletten nötig („Da mußte der letzte Sackkarren verbannt werden, auch aus den Köpfen"), anschließend die Optimierung der Umschlagsanlagen in den (allein in Deutschland 121) Betriebsstätten.

Hinzu kam eine umfassende Standardisierung des Fuhrparks. Alles zusammen verschlang Investitionen von 91 Mill. DM. Am Ende stand schließlich eine völlig neue Leistungspalette: Ein Sammelgutverkehr mit täglichen Abfahrten und festen Laufzeiten, ein Schnellverkehr mit Laufzeit-Garantie (von 24 oder 48 Stunden), ein Paketverkehr und schließlich ein Systemverkehr zur Betreuung einzelner Kunden mit regelmäßigen, festgelegten Warenmengen und dem Bedarf an vor- oder nachgelagerten Sonderleistungen wie Qualitätskontrolle, Kommissionierung, Verpackung oder gar Aufstell- und Installationsarbeiten.

Die neue Konzeption hat das ganze Unternehmen verändert. Hunderte von Menschen mußten lernen, mit der Datenverarbeitung umzugehen, wurden (und werden immer wieder) durch interne und externe Logistik-Seminare geschleust. Auch die Geschäftsleitung kommt nicht ungeschoren davon. Biermann: „Wir müssen uns an völlig andere Dimensionen gewöhnen – bei den Investitionen, beim Personal und bei der Verantwortung, die wir tragen."

Mehr Gewinn bei E. Merck

dpa/VWD, **Darmstadt**

Das weltweite Geschäft der Merck-Gruppe hat sich nach Angaben der Firma E. Merck, Darmstadt, im 1. Halbjahr 1986 „befriedigend" entwickelt. Zwar sei der konsolidierte Weltumsatz um 2,3 Prozent zurückgegangen, doch nur als Folge der starken Veränderungen der Wechselkurse. Bereinigt sei der Umsatz um etwa fünf Prozent gestiegen, berichtete der Vorsitzende der Geschäftsleitung, Hans Joachim Langmann. Insgesamt haben die Warenerlöse mit Kunden im Inland um 5,7 Prozent auf 467 Mill. DM zugenommen und mit Kunden im Ausland um 5,6 Prozent auf 1,15 Mrd. DM abgenommen. Dabei sind die Umsätze der US-Gesellschaften trotz eines Mengenzuwachses wegen der Wechselkursveränderungen deutlich gefallen.

Die Umsätze der einzelnen Unternehmensbereiche haben sich unterschiedlich entwickelt: Pharma 617 Mill. DM (minus 2,4 Prozent), Chemie 875 Mill. DM (minus 3,8 Prozent), Pflanzenschutz 121 Mill. DM (plus 6,7 Prozent), Sonstige 34 Mill. DM (plus zehn Prozent) und Gesamt 1,65 Mrd. DM (minus 2,3 Prozent). Der Konzernumsatz stieg um 4,2 Prozent auf 733 Mill. DM. Der Gewinn der Gruppe nach Steuern ist den weiteren Angaben zufolge besser als im entsprechenden Vorjahreszeitraum ausgefallen. Die Zahl der Mitarbeiter soll sich in der Bundesrepublik um etwa 270 auf 7700 Personen erhöhen.

Oberland Glas übernimmt Futronic

VWD, **Bad Wurzach**

Die Oberland Glas AG, Bad Wurzach, hat mit Wirkung vom 1. Juli 1986 eine Mehrheitsbeteiligung von 91,5 Prozent am Stammkapital von 0,5 Mill. DM der Futronic GmbH, Tettnang, übernommen. Dieses Unternehmen ist, wie Oberland Glas mitteilte, weltweit auf dem Gebiet der Entwicklung und Fertigung von elektronischen Steuerungsanlagen mit Schwerpunkt Glasindustrie tätig. Die Futronic habe ihren Umsatz in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert und werde 1986 etwa 10 Mill. DM erreichen. Beschäftigt werden 55 Mitarbeiter.

Wie das im Mai 1986 an der Börse eingeführte Unternehmen weiter mitteilte, konnte die Ertragslage bei Oberland Glas trotz des anhaltenden Konkurrenzdrucks in den ersten sieben Monaten des laufenden Geschäftsjahres überplanmäßig verbessert werden. Aus heutiger Sicht werde dieser Trend auch in der zweiten Jahreshälfte anhalten, so daß von einer Dividendenausschüttung mindestens in Vorjahreshöhe von 7,50 DM je 50-DM-Aktie ausgegangen werden könne.

Der Gesamtumsatz wuchs bis einschließlich Juli um 5,6 Prozent auf 190 Mill. DM, wobei der Export von Eigenerzeugnissen um vier Prozent auf 26 Mill. DM zugenommen hat. Engineering und sonstige Erlöse stiegen um 25 Prozent auf 10 Mill. DM.

Berlin kürzt die Subventionen stark

ot, **Berlin**

Bis einschließlich 1990 will der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth 17 Millionen DM Subventionen in seinem Etat streichen. In einer Pressemitteilung wertet Pieroth dies als ersten Schritt in einer Politik, die an die Vergabe von Subventionen in Zukunft strengere Maßstäbe anlegen und sie einer Erfolgskontrolle unterziehen will. „Die staatlichen Hilfen dürfen keinen Gewöhnungseffekt mit sich bringen", heißt es in der Erklärung weiter.

Nicht zur Debatte steht für Pieroth allerdings die Berlin-Förderung. „Die Berliner Unternehmen brauchen auch in Zukunft staatliche Hilfen zum Ausgleich von Standortnachteilen, die die geopolitische Lage der Stadt mit sich bringt." In diesem Bereich müsse die Wirtschaft weiter auf sichere Rahmenbedingungen bauen können.

Konkret nennt Pieroth fünf Punkte, bei denen die Subventionen aktuell gekürzt oder abgebaut werden sollen. Die Existenzgründungsprämie soll bis Ende 1986 auslaufen, denn sie habe ihren Zweck erfüllt. Die Betriebsberatung soll gestrafft werden, die Zinszuschüsse für Wohnungsgründungsdarlehen wegfallen. Schließlich sollen die Auslagen zur Information westdeutscher Fachkräfte gekappt sowie der Weihnachtsmarkt in der City weniger stark gefördert werden.

Feldschlößchen muß nachbessern

dos. **Hannover**

Erheblich nachbessern muß die Brauerei Feldschlößchen AG, Braunschweig, für außenstehende Aktionäre die Konditionen, die Anfang 1982 im Rahmen des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags mit der Holsten-Brauerei AG, Hamburg, festgelegt und von einer Gruppe von Kleinaktionären angefochten worden waren. Nach einem Beschluß des Landgerichts Hannover erhöht sich die Ausgleichszahlung pro 500-DM-Feldschlößchen-Aktie von 66 DM auf 77 DM. Bei Inanspruchnahme des Umtauschangebots erhalten die Feldschlößchen-Aktionäre ferner für die 500-DM-Aktie 16 Holsten-Aktien im Nominalwert von 50 DM; ursprünglich lag das Umtauschverhältnis bei 10:11.

Die Entscheidung des Gerichts (seit 25. Juli rechtskräftig) sieht vor, daß die Aktionäre, die das 1982er Angebot angenommen hatten, zusätzlich fünf Holsten-Aktien mit Gewinnanteilsberechtigung am 1. Oktober 1985 erhalten. Hinzu kommt eine nachträgliche Ausgleichszahlung von 203,20 DM für die entgangene Holsten-Dividende der Geschäftsjahre 1981/82 bis 1984/85 (30. 9.).

Denjenigen Feldschlößchen-Aktionären, die von dem Abfindungsangebot bislang keinen Gebrauch gemacht haben, wird bis zum 3. November 1986 Gelegenheit geboten, dies nachzuholen. Sie erhalten dann 16 Holsten-Aktien und eine Nachzahlung von 22 DM für die Geschäftsjahre 1981/82 und 1983/84 der Brauerei Feldschlößchen AG

Gute Konjunktur für Kfz-Zubehör

Autobesitzer wollen ihre Pkw mit technisch sinnvollen Extras „besser" ausstatten

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Von einem ungewöhnlich großen Interesse gerade in den Bereichen, die sich mit der Ausstattung der Werkstatt für das Kfz-Handwerk beschäftigen, ist auf der Frankfurter automechanika zu hören. Die alle zwei Jahre stattfindende Messe für alles, was mit Wartung, Pflege, Reparatur und Ausstattung des Autos zu tun hat, stößt diesmal in eine Phase recht guter Konjunktur für die Werkstätten. Hinzu kommt der deutlich spürbare Trend der Kunden, ihre Autos „besser" auszustatten, was, solange es sich um technisch sinnvolles Zubehör handelt, auch den Wert eines Gebrauchtwagens steigert, beobachtet das Gewerbe. Bis zum Ende der Messe am Sonntag werden etwa 120 000 Fachbesucher erwartet.

Der Marktführer für Schiebedächer in Pkw und Standheizungen in Omnibussen, die **Webasto Werk W. Baier GmbH & Co., Stockdorf**, ist im vergangenen Jahr ein gutes Stück vorangekommen: Das Unternehmen mit Tochtergesellschaften und Joint-Venture-Partnern in 13 Ländern steigerte seinen Weltumsatz um glatte 30 Prozent auf 490 (i.V. 367) Mill. DM. Auf die Bundesrepublik, wo Webasto besonders in der Erstausrüstung stark ist, entfallen davon gut 329 Mill. DM. Als Ursache für den Erfolg nennt Ernst Clemens, Marketingleiter Schiebedächer, vor allem die intensive Entwicklungsarbeit seines Unternehmens. Allein vom deutschen Umsatz entfielen 40 Prozent auf Produkte der letzten drei Jahre.

Intensiv gepflegt wird auch eine „nahtlose Zusammenarbeit zwischen Kunde und Lieferant". Seit Beginn dieses Jahres testet Webasto mit Daimler Benz und BMW die Abstimmung der jeweiligen Produktionsplanung mit der eigenen Fertigung über Datenverarbeitung. Ein neues Werk in Schierling bei Regensburg, das in der ersten Ausbauphase für BMW Schiebedächer produziert, wird in diesem Jahr rund 200 Neueinstellungen ermöglichen. Investiert werden sollen insgesamt 25 (15) Mill. DM.

Dem eigenen Motto folgend („produzieren, wo Autos hergestellt werden"), ist Webasto nicht nur in den klassischen Autoländern präsent, sondern auch in Korea, Japan und Brasilien. Als besonders Herausforderung wertet Webasto auch den US-Markt, wo nur zwei Prozent der Neufahrzeuge mit Schiebedach bestellt werden, in Europa seien es 30 Prozent.

Eine Umweltschutzberatung mit vollständiger Entsorgung, die alle Bereiche des Umweltschutzes im Kfz-Betrieb umfaßt, bietet der **Dekra** Deutscher Kraftfahrzeug-Überwachungs-Verein, Stuttgart, an. Als weitere neue Dienstleistung bietet die Sachverständigen-Organisation mit inzwischen rund 12 000 Kfz-Werkstätten als Partner ein Werkstatt-Abrechnungs-Programm an.

Mit einem neuen Produkt- und Service-Konzept („Spidan") will die **Uni-Cardan-Service-Organisation** dem freien Kfz-Teilehandel auf die Sprünge helfen. Der freie Teilehandel gerate zunehmend unter Druck bei einem Marktvolumen von rund 15 Mrd. DM in der Bundesrepublik, von dem aber 55 bis 65 Prozent über „gebundene" Vertriebswege der Kfz-Hersteller liefen. Überdies nehme der Markt seit 1980 kontinuierlich um jährlich drei bis vier Prozent ab.

In der europäischen Uni-Cardan-Gruppe (Umsatz 1,6 Mrd. DM) sind die führenden Gelenkwellen-Hersteller zusammengeschlossen, etwa eine Mrd. des Umsatzes entfiel im vergangenen Jahr auf den deutschen Markt, an dem wesentlich die vier deutschen Unternehmen des Zusammenschlusses beteiligt sind. Rund 17 Prozent wurden von der Service-Organisation erzielt.

Von der Schraube bis zum kompletten Lager- und Entnahme-System für das Kfz-Handwerk reicht das Angebot der Würth-Gruppe unter der Dachgesellschaft **Adolf Würth GmbH & Co. KG**, Künzelsau. Der Großsortimenter im Bereich Montagetechnik erreichte im vergangenen Jahr weltweit einen Umsatz von 1,027 Mrd. DM, knapp 11 Prozent mehr als im Jahr zuvor, die Mitarbeiterzahl stieg um 223 auf 4712 Beschäftigte. Das verfügbare Sortiment wird über den eigenen Außendienst und 24 Verkaufsniederlassung in der Bundesrepublik sowie 20 selbständigen Verkaufsgesellschaften in aller Welt an den Kunden gebracht. Für dieses Jahr meldet die Gruppe bisher einen weiter um gut 12 Prozent gestiegenen Umsatz.

Aktienkurse wieder leicht erholt

Rückkäufe auf breiter Front – Sonderbewegung bei Spezialwerten

DW. – Auf dem deutschen Aktienmarkt setzten in Teilbereichen Rückkäufe ein. Es gab aber auch Sonderbewegungen, die wesentlich zur zuversichtlicheren Stimmung beitrugen. Stabilisierend hat ferner gewirkt, daß am US-Bondsmarkt der Zinsanstieg zunächst einmal zum Stillstand gekommen ist, und daß sich der Dollar auf seinen jetzt erreichten Stand einzupendeln scheint. Nach wie vor blieben die aus dem Ausland kommenden Kauforder jedoch begrenzt. Sie erstreckten sich auf einige wenige Spezialwerte.

Nach der wegen der großen Diskrepanz an den drei Börsenplätzen als mißglückt zu bezeichnenden Börseneinführung der Aktien von Felten & Guill. pendelte sich ihr Kurs, der noch am Dienstag zwischen Düsseldorf und Hamburg einerseits und Frankfurt andererseits um 30 DM differiert hatte, bei 175 DM ein. Am Bankenmarkt gab es vorsichtige Rückkäufe bei leicht anziehenden Notierungen. Unter Druck aber immer noch die BHF-Bank. Zu den wenigen Aktien, die von gezielten Käufen profitierten, gehörten neben PKI auch Linde. Nixdorf zogen ebenfalls kräftig an. Aus der Ankündigung, eine höhere Dividende zahlen zu wollen, vermochten die Aktien der teilprivatisierten Viag keinen Nutzen mehr zu ziehen. Einzelhandelswerte litten immer noch unter Gewinnrealisationen. Lediglich Hussel blieben stabil. Hier hatten die kursdrükkenden Glattstellungen bereits in den letzten Wochen stattgefunden.

Frankfurt: Agiv zogen um 6,50 DM, Kali Chemie um 7,50 DM und Leifheit um 25 DM an. Rheinmetall verbesserten sich um 11,50 DM und SEL um 12 DM. Didier verminderten sich um 10 DM und Asko um 70 DM.

Düsseldorf: DAB erhöhten um 1,50 DM und Heinrich um 10 DM. Nino stockten um 6 DM und Sinn um 5 DM auf. Nachgegeben haben AVA um 20 DM, Hagen Batterie um 2,50 DM und Leffers um 10 DM.

Hamburg: Phoenix Gumi vrbesserten sich um 8 DM. HEW erhöhten um 1 DM und Bremer Vulkan stocken um 2,20 DM auf. Reichelt verloren 5 DM. Holsten Braurei gaben um 6 DM nach.

Berlin: Berliner Elektro und Rheinmetall Stämme zogen um je 10 DM an. Herlitz Vorzüge verbesserten sich um 3 DM und Springer um 1 DM. Kempinski lagen um 14 DM und Berliner Kindl um 6 DM niedriger.

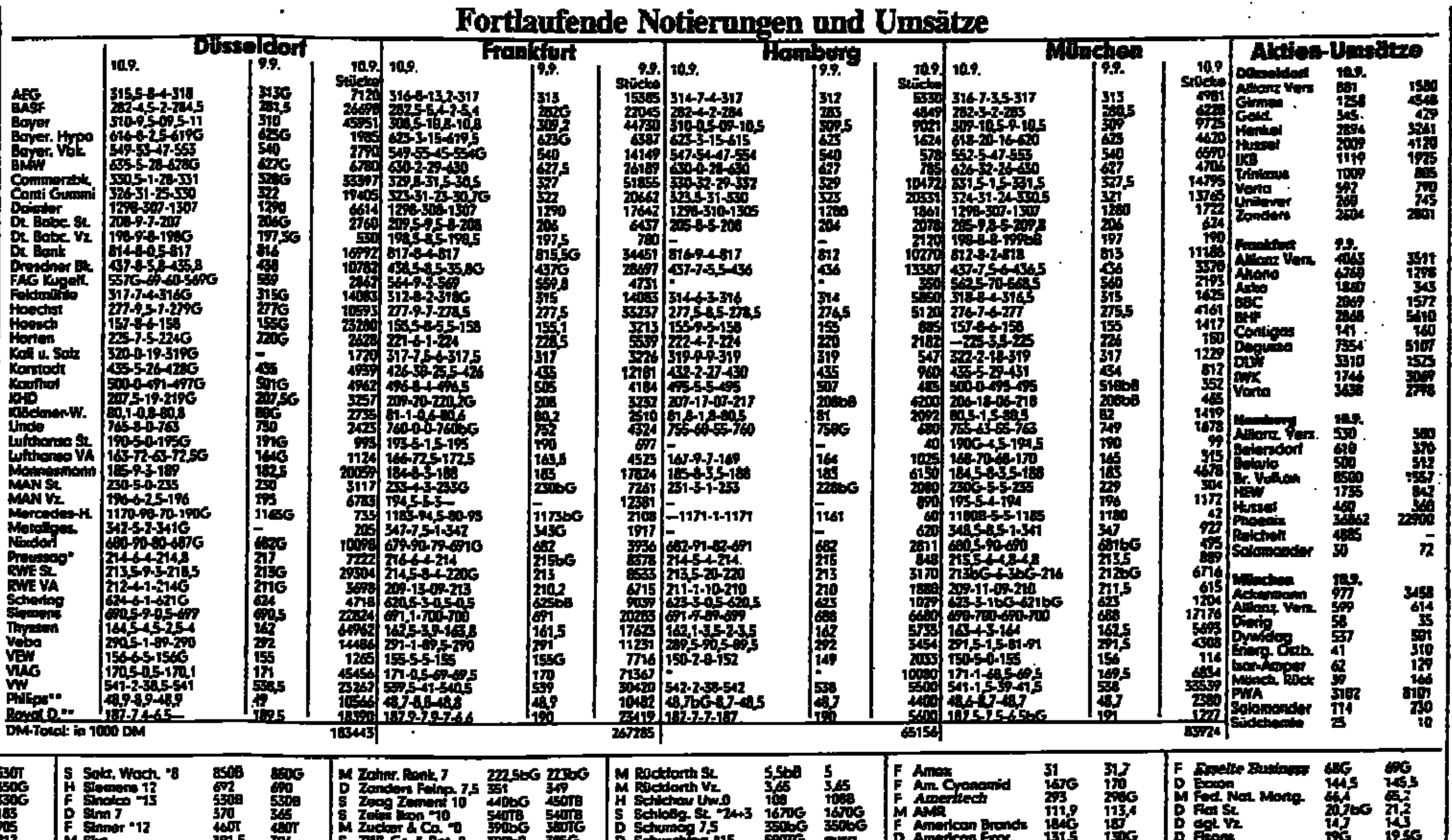
München: Agrob St. gaben um 9 DM, Escada um 4 DM und Sixt um 4,50 DM nach. Bay. Lloyd lagen um 5 DM, Flachglas um 3,50 DM und Hutschenreuther um 20 DM fester. Krones stockten um 10 DM auf.

Stuttgart: Daimler konnten 4,50 DM zulegen. SEL lagen um 7 DM fester und IWKA verloren 3 DM. WCM wurden um 15 DM höher umgesetzt. Metall und Lack konnten um 5 DM zulegen.

Nachbörse: fester

WELT-Aktienindex: 282,63 (282,00)
WELT-Umsatzindex: 4136 (3100)
Advance-decline-Zahl: 110 (75)
38-Tage-Linie: 271,12 (270,25)
200-Tage-Linie: 277,18 (276,97)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



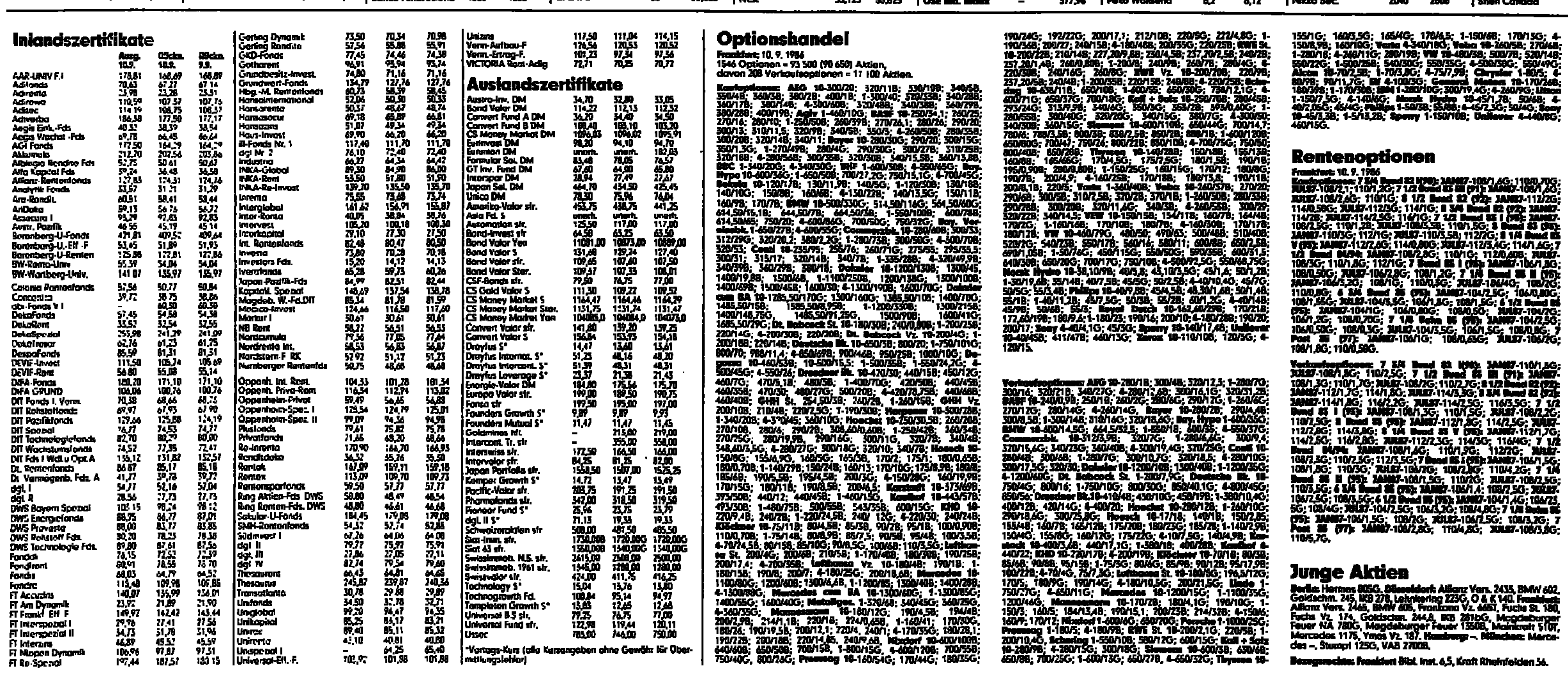
Inland

		10.9.	9.9.
H	Aach M Betl. 12,5	2512	2504
H	Aach M. Vers. 7	2000	1950
D	Aach. Rück. 9	2550T	2600
D	Asaag *4	375T	365T
M	Ack-Gögg. 8	167,8	166
H	Adca 3	190	191
D	Adler 12+16	295G	292G
F	AEG 0	315,5	313,5
D	AEG KABEL 9	430G	430
S	Aesculap 9	425G	425
F	AGAB 5	170	171
D	Agrippina *0	3800	3900bG

Ausland

Zürich

	10.9.	9.9.
Alusuisse	650	650
dgl. NA	217	215
Bank Leu	4000	3975
Brown Boveri	1670	1675
Ciba Geigy Inh.	3700	3650
Ciba Geigy Part.	2710	2885
Elektr. Watt	3460	3450
Georg Fischer Inh.	1870	1850
Mag.z.Globus Part.	1700	1700
H. La Roche 1/10	11425	11625
Holderbank	4390	4475
Italo-Suisse	328	315
Jacobs Suchard Inh.	7990	8050
Jelmoli	3900	3925
Landis Gyr	1870	1860
Mövenpick Inh.	6550	6700
Motor Columbus	1940	1900
Nestlé Inh.	8925	8850
Oerlikon-Bührle	1690	1720
Sandoz NA	4300	4300
Sandoz Inh.	11300	11250
Sandoz Part.	1750	1750
Art. A. Saurer	196	193
Saurer Nam.	–	–
Schw. Bankges.	5830	5840
Schw. Bankverein	565	568
Schw. Kredit. A. Inh.	3840	3840
Schw. Rückv. Inh.	17700	17700
Schw. Volksb. Inh.	2670	2680
Sika -B-	3750	3850
Gebr. Sulzer Part.	570	568
Swissair	1430	1440
dgl. NA	1220	1270
Winterthur Inh.	6950	7125
Winterthur Part.	1190	1180
Zür. Vers. Inh.	7900	7900
Index: Schw. Bankv.	654,80	654,70



Inlandszertifikate

Optionshandel

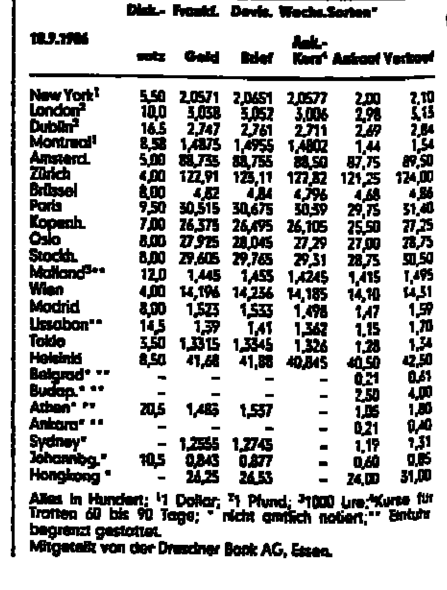
Auslandszertifikate

Rentenoptionen

Devisenmärkte

Die Nervosität war am 10. September stärker als während der letzten Tage. Zuletzt hatte der Dollar unter dem Eindruck des New Yorker Schlußkurses von 2,065 einen guten Start. Er wurde nochmals 20 Punkte höher bezahlt. In den Mittelpunkt rückte die morgige Zentralbankratssitzung, wenngleich die Mehrheit am Markt keine Zinsentscheidung erwartet. Belastend für die Leitwährung wirkte sich die Stärke des Yen aus. Gegen DM war immerhin eine Erholung um 6 Promille auf 1,333 vorhanden. Der Dollar gab daraufhin nach. So wurde am Nachmittag als niedrigster Tagespunkt 2,055 erreicht. Der Kurs des Britischen Pfundes fiel um 0,85 % auf 3,045 zurück. Der Schweizer Franken wurde amtlich mit 123,01 notiert und kletterte nachbörslich auf 123,50. US-Dollar in: Amsterdam 2,3235; Brüssel 42,66; Paris 6,7395; Mailand 1421,40, Wien 14,498; Zürich 1,6755; Ir. Pfund/DM 2,754; Pfund/Dollar 1,4773; Pfund/DM 3,045.

Devisen und Sorten



10.9.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	2,0571	2,0651	2,0577	2,00	2,10
London[2]	10,0	3,038	3,052	3,006	2,98	3,13
Dublin[2]	16,5	2,747	2,761	2,711	2,69	2,84
Montreal[1]	8,58	1,4875	1,4955	1,4802	1,44	1,54
Amsterd.	5,00	88,735	88,755	88,50	87,75	89,50
Zürich	4,00	122,91	123,11	122,82	121,25	124,00
Brüssel	8,00	4,82	4,84	4,796	4,68	4,86
Paris	9,50	30,515	30,675	30,39	29,75	31,40
Kopenh.	7,00	26,375	26,495	26,105	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,925	28,045	27,29	27,00	28,75
Stockh.	8,00	29,605	29,765	29,31	28,75	30,50
Mailand[3]**	12,0	1,445	1,455	1,4245	1,415	1,495
Wien	4,00	14,196	14,236	14,185	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,523	1,533	1,498	1,47	1,59
Lissabon**	14,5	1,39	1,41	1,362	1,15	1,70
Tokio	3,50	1,3315	1,3345	1,326	1,28	1,34
Helsinki	8,50	41,68	41,88	40,845	40,50	42,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,21	0,61
Budap.* **	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen* **	20,5	1,485	1,537	–	1,05	1,80
Ankara* **	–	–	–	–	0,21	0,40
Sydney*	–	1,2555	1,2745	–	1,19	1,31
Johannbg.*	10,5	0,843	0,877	–	0,60	0,85
Hongkong *	–	26,25	26,53	–	24,00	31,00

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Junge Aktien



Eine Anschaffung fürs Leben.

Seit wir Automobile bauen, bemühen wir uns darum, sie immer sicherer zu machen.

Mit dem Erfolg, daß viele der von uns erfundenen und zur Serienreife entwickelten Sicherheitselemente heute auch in anderen Automobilen zu finden sind.

Eine der mit 13 Jahren langwierigsten und kostspieligsten Entwicklungen war zweifellos der Airbag, ein Luftsack-Sicherheitssystem zur Ergänzung des Sicherheitsgurts.

Seit 1982 ist der Airbag für alle Mercedes-Benz Personenwagen als Sonderausstattung erhältlich. Inzwischen wurde er in nahezu 200.000 Fahrzeuge eingebaut.

In der Mitte des Lenkrads untergebracht, wird der Airbag bei einem schweren Frontalaufprall durch ein elektronisches Auslösesystem aktiviert. Dabei wird innerhalb von nur 30 Millisekunden das schützende Luftkissen vor dem Fahrer aufgeblasen. 150 Millisekunden später ist der Luftsack schon wieder leer.

Das geht alles so schnell, daß Sie kaum merken, was passiert ist.

Zusammen mit dem Gurtstraffer ist dieses elektronisch gesteuerte Sicherheitssystem, das vielleicht Ihr Leben retten kann, nur ein Beispiel für den sinnvollen Einsatz der Mikroelektronik im Automobil.

Ein weiteres ist das Anti-Blockier-System (ABS), mit dem alle unsere PKW mit 6- und 8-Zylinder-Benzinmotoren serienmäßig ausgerüstet sind.

Die Mikroelektronik hilft aber nicht nur, die Sicherheit zu erhöhen, sondern auch Kraftstoff zu sparen und die Umwelt zu schonen. Der serienmäßige Einbau des Drei-Wege-Katalysators in alle Mercedes-Benziner verdeutlicht dies.

Schon immer haben unsere Ingenieure ihr Ziel darin gesehen, mit neuen Ideen und technologischen Innovationen die Entwicklung des Automobils voranzutreiben und intelligente Lösungen für die Zukunft zu finden.

Wir werden unsere Automobile in Qualität und Technik weiter verbessern und sie damit noch attraktiver machen.

So gesehen, ist der Kauf eines Mercedes nicht nur eine sichere Sache, sondern auch eine Investition in die Zukunft.



Renten weiterhin abwartend

Der vorangegangene leichte Renditerückgang am US-Bondsmarkt wurde von den deutschen Rentenhändlern zwar mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, führte aber nicht zu entsprechenden Kaufreaktionen bei den deutschen öffentlichen Anleihen. Daher blieb die Tendenz uneinheitlich. Die letzte, über zehn Jahre laufende Bundesanleihe, wurde sogar noch um 0,30 Prozentpunkte zurückgenommen. Am Pfandbriefmarkt hat sich die Stimmung zwar gebessert, doch veränderten sich die Renditen kaum.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

		10.9.	9.9.
F	5¾ dgl. 85 o. O.	97,25T	97
F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	360G	360G
F	4½ dgl. 78 o. O. S	98,5G	98,5
F	6¼ dgl. 83 m. O.	288	284,5G
F	6¼ dgl. 83 o. O.	97,5	97
F	3¾ dgl. 85 m. O.	245G	245G
F	3¾ dgl. 85 o. O.	95,5	95,75
F	6¼ dgl. 86 m. O.	138	138,25
F	6¼ dgl. 86 o. O.	99,95	99,85
F	3¾ Didier 85 m. O	137	137
F	3¾ Didier 85 o. O.	81,5	81,25
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	199G	199G
F	4 dgl. o. O.	96,5	96,1
	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	10.9.	9.9.
8 Afr. Entwicklbk. 79/87	101bG	100,75
10 dgl. 82/89	109,75G	109,75G
8 dgl. 84/91	105,75	105,6G
9 Air Canada 82/92	111	110,5
7¼ dgl. 85/95	107,5T	107
9½ Akzo 82/89	104,75	105,25T
7½ Allied Chem. 84/94	103,9	103,75G
[illegible]	[illegible]	[illegible]
8¾ E.D.F. 82/92	107G	107
8¾ dgl. 85/95	109,75bG	109,75G
7 Electrobras 77/87	101,25T	101G
7 dgl. 79/87	100bG	100,25T
5¾ ELF Aquit. 78/88	100,25G	100,25
6¾ Enhart Corp. 85/95	102,25G	102,4
6¾ Ericsson LM 72/87	100,55T	100,65G
6¼ Escom 72/87	101,25G	101,25bG
7 dgl. 75/88	98,6	98,6
9¼ dgl. 80/87	101,5bG	101,5
9¾ dgl. 82/90	100bG	100,75
8¼ dgl. 83/90	98,8	98,75
8 dgl. 84/92	93,75	93,75bB
[illegible]	92,5	92,25
[illegible]	[illegible]	[illegible]
7¾ dgl. 83/93	104,9	105
7¾ dgl. 83/93	105,5G	105,25G
8 dgl. 83/90	108,75T	108,75T
7 dgl. 84/92	103,35	103,35G
7 dgl. 85/95	104,4G	104,25G
6¾ dgl. 85/97	103	103
7 Montreal 69/89	103,25T	102,95T
6 dgl. 72/92	101,35bG	101,35T
6¾ dgl. 73/95	102,75	102,4
7 dgl. 77/87	101,5T	101,5T
7¾ Mount Isa 83/90	103,25	103,5G
7¾ dgl. 84/92	103,75	103,5G
11 Nac.Financ. 82/90	107	106,6
8 Nederl. Gas 79/86	100G	100
7¾ dgl. 85/95	108,5G	108,5G
8 Sperry Corp 84/94	106,5G	106,5
6¾ Stand.Chart.78/88	101,5	101,5G
6 Statoil 78/88	101T	101G
6½ dgl. 79/89	102,25T	102,25
7¾ Sterling Dr.84/94	104,1G	104,1G
7¾ Südafrika 71/86	99,5G	99,5G
7 dgl. 72/87	98,75	98,5bG
9 dgl. 80/87	100,25	100
8½ dgl. 83/91	96,75	96,35
7¾ dgl. 84/92	90,75	90,5
8 Sumitomo 83/91	108T	108T
6¾ Svertginvbk. 72/87	102G	102G
7 dgl. 75/88	100T	100T

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]	[illegible]	[illegible]
10½ Svenska Ex 81/91	109,5G	109,5bG
9¾ dgl 82/87	154,75	154,75G
5½ Tauernaut. 78/93	93G	93G
9½ dgl 82/94	115,75G	115,75bG
6 TVO-Kraftw. 78/88	100,75G	100,75G

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei. Pf = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

---

Wir trauern um Herrn Landwirt

Heinrich Sperling

der am 5. September 1986 im 73. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Sperling war Mitglied des Aufsichtsrates der Central-Tierversicherung in Hildesheim und nach Übernahme dieser Gesellschaft durch uns Mitglied unseres zentralen Beirates.

Mit seinem von uns sehr geschätzten, auf reichen Erfahrungen als hervorragender Pferdezüchter beruhenden klugen Rat hat er unsere Arbeit besonders in Niedersachsen maßgeblich unterstützt.

Wir werden dem hochgeachteten Freund ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Beirat und Vorstand
der
VEREINIGTE TIERVERSICHERUNG
Gesellschaft a. G.
Wiesbaden

Dr. jur. Wolfgang Gercken

Träger des Bundesverdienstkreuzes

* 8. 4. 1909 † 7. 9. 1986

ist nach langer, tapfer ertragener Krankheit sanft entschlafen.

In stiller Trauer
Hella Gercken geb. Castringius
Ina Gercken
Achim Gercken und Liana Khakshouri

5800 Hagen 1, Wittekindstraße 50
Dortmund und Los Angeles

Auf Wunsch des Verstorbenen hat die Trauerfeier im engsten Familienkreis stattgefunden.

Anstelle von evtl. zugedachten Kränzen oder Blumen wird um eine Spende für das Kinderdorf Weißenstein (Konto-Nr. 100 008 151 Sparkasse Hagen, BLZ 450 500 01) gebeten.



01-035

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 [illegible]

[illegible]

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Kupfer und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. In einigen Sichten bis um das Limit niedriger notierte Kaffee. Fester ging Silber aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	9.9.	8.9.
Sept.	256,50-256,00	258,00
Dez.	260,75-260,50	262,50-262,75
März	257,00-257,25	260,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	200,13	200,43
Am. Durum	197,91	198,21

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	99,00	98,70
Dez	97,00	96,80
März	99,00	99,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	79,80	80,00
Dez.	76,50	76,60

HAFER Chicago (c/bush)

Sept.	116,00	118,75
Dez.	123,25-123,50	127,00
März	125,00	128,00

MAIS Chicago (c/bush)

Sept.	154,50	154,00
Dez.	165,00-165,50	165,50-165,25
März	176,50-176,75	176,50-176,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	83,90	83,00
Dez.	81,20	81,00
März	82,70	82,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	9.9.	8.9.
Sept.	196,75-197,00	199,00-199,25
Dez.	197,00-197,90	200,50-201,00
März	193,22	197,05-197,25

KAKAO New York ($/t)

	9.9.	8.9.
Sept.	2030-2051	2045-2062
Dez.	2100-2103	2111-2116
März	2150-2153	2158-2160
Umsatz	2810	–

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Okt.	5,08-5,09	4,87-4,89
Jan	5,55-5,65	5,50
März	6,10	5,98-5,96
Mai	6,31-6,32	6,24-6,25
Juni	6,52	6,42-6,43
Umsatz	11208	8909

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	4,39	4,39

KAFFEE London (£/t) Robusta

	9.9.	8.9.
Sept.	2340-2345	2350-2355
Nov.	2345-2350	2372-2375
Jan.	2305-2310	2330-2335
Umsatz	3093	5981

KAKAO London (£/t)

Sept.	1493-1497	1500-1510
Dez	1538-1539	1551-1552
März	1584-1585	1594-1595
Umsatz	3784	2645

ZUCKER London ($/t) Nr 6 (fob)

	9.9.	8.9.
Okt.	112,20-112,40	109,60-109,80
Dez	123,00—	118,00-119,40
Jan.	—	—
Umsatz	2123	2052

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

	10.9.	9.9.
schw.		
Sarcw spez.	877,00	870,00
weiß.Saraw.	1322,50	1307,50
weiß.Munt.	1337,50	1322,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	9.9.	8.9.
Sept.	101,75-102,00	101,00
Nov	103,15	103,20
Jan.	104,55	104,75
März	104,75	105,75-106,00
Mai	106,06	107,10-107,20
Umsatz	250	280

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

	9.9.	8.9.
	28,50	28,50

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

	16,75	17,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Sept.	13,54-13,55	13,48-13,50
Okt.	13,58-13,55	13,47-13,48
Dez.	14,16-14,15	14,06
Jan.	14,25-14,28	14,18-14,20
März	14,55	14,48-14,50
Mai	14,70-14,75	14,65-14,70
Juli	14,80-14,85	14,80-14,85

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk

	12,50	12,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	12,00	12,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,00	9,00

TALG New York (c/lb)

top white	10,50	10,25
fancy	10,00	10,00
bleichf.	9,75	9,75
yellow max. 10% fr.F	8,25	8,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Okt.	57,85-57,75	57,95-58,05
Dez.	56,85-56,75	56,60-56,70
Febr.	55,40-55,30	55,00-55,10

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	79,10-78,90	78,80-78,65
März	77,90-78,00	78,05-77,80
Mai	77,25-76,95	77,00-76,70

HÄUTE Chicago (c/lb)

	9.9.	8.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,00	64,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	56,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Sept.	480,0	478,5
Nov.	478,0-479,0	476,8-477,3
Jan.	487,0-488,0	485,0-484,8
März	495,25-496,0	494,5
Mai	503,0	500,5
Juli	504,0	503,5
Aug.	502,0	501,0

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Sept.	153,7-153,5	155,2
Okt.	151,3	151,4
Dez.	151,5-151,7	151,7-151,5
Jan.	152,2	152,5
März	154,0	154,0
Mai	155,0-155,5	154,8-155,0
Juli	155,5-155,0	155,5-156,0

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	9.9.	8.9.
Okt.	234,6	233,0
Dez.	236,8-237,0	237,1
März	244,9	245,3

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	9.9.	8.9.
	9,50	9,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	10.9.	9.9.
jegl. Herk. cif	535,00	540,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk. ex Tank	350,00	360,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	200,00	200,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)

roh Niederl. fob Werk	61,50	62,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	230,00	230,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	185,00	182,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	9.9.	8.9.
Okt.	38,33	40,33
Dez.	39,17	41,17
März	40,28	42,28
Mai	41,00	43,00
Juli	41,59	43,59
Okt.	42,68	44,68

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

	44,625	43,75

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	10.9.	9.9.
Okt.	559-565	560-564
Dez.	546-554	541-544
Jan.	546-550	540-544
Umsatz	2490	2462

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	10.9.	9.9.
Okt.	34,00-41,50	34,00-41,50
Dez.	–	–
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	10.9.	9.9.
Okt.	630,00-690,00	650,00-690,00
Dez.	–	624,00-700,00
Mai	–	–
Umsatz	0	4

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	10.9.	9.9.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	10.9.	9.9.
Sept.	12021	12351
Okt.	12112	12262

KAUTSCHUK London (p/kg)

	9.9.	8.9.
spot	61,75-63,75	61,00-64,00
RSS 1 Okt.	61,25-62,25	61,50-62,50
RSS 2 Okt.	60,25-61,25	59,50-60,50
RRS 3 Okt.	59,25-60,25	59,50-60,50

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	10.9.	9.9.
Okt.	220,50-222,50	220,00-222,50
Nov.	221,50-223,50	221,50-223,50
Nr. 2 Okt.	216,50-217,50	216,50-217,50
Nr. 3 Okt.	212,50-213,50	212,50-213,50
Nr. 4 Okt.	208,50-209,50	208,50-209,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	10.9.	9.9.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

ALUMINIUM: Basis London

	10.9.	9.9.
lfd. Mon.	247,82-248,13	249,93-250,24
dritt. M.	240,50-240,80	242,08-242,24

BLEI: Basis London

lfd. Mon.	85,53-85,61	83,41-83,57
dritt. M.	85,91-86,97	84,34-84,49

NICKEL: Basis London

lfd. Mon.	766,05-769,10	774,12-777,20
dritt. M.	781,31-781,62	789,20-789,51

ZINK: Basis London

lfd. Mon.	168,31-170,91	169,29-170,83
Prod.-Pr.	181,73	182,05

REINZINN

99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

	10.9.	9.9.
	14,12	14,12

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	10.9.	9.9.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	283,53-285,67	285,33-287,49
BLEI in Kabeln	93,25-94,25	91,00-92,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	10.9.	9.9.
MS 58, 1.VS	275-274	274
MS 58, 2.VS	320-323	320-324
MS 63	296-300	297-300

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	10.9.	9.9.
Leg. 225	275-290	275-292
Leg. 226	277-292	277-294
Leg. 231	312-322	312-324
Leg. 233	322-332	322-334

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	10.9.	9.9.
PLATIN (DM/g)	43,708	44,95
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	31806	31806
Rückn.-Pr.	27100	27100
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28070	28030
Rückn.-Pr.	27320	27280
verarbeitet	29450B	29400B
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27420	27430
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	393,40	386,50
Rückn.-Pr.	381,30	374,70
verarbeitet	410,60B	403,50B

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)

London	10.9.	9.9.
10.30	414,50	412,50
15.00	418,50	409,20
Zürich mitt.	413,00-414,00	411,50-412,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	88900	89100

SILBER (p/Feinunze) London

Kasse	391,05	380,90
3 Mon.	400,65	390,10
6 Mon.	410,10	399,15
12 Mon.	428,10	416,55

PLATIN (£/Feinunze)

London	9.9.	8.9.
fr. Markt	418,35	445,90

PALLADIUM (£/Feinunze)

London	9.9.	8.9.
f. Händl.-Pr.	92,05	99,45

New Yorker Metallbörse

	9.9.	8.9.
GOLD H & H Ankauf	409,25	418,60
SILBER H & H Ankauf	569,00	562,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	651,00-655,00	672,00-680,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	145,00-147,00	145,00-147,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Sept.	409,10	411,00
Okt.	410,20-411,00	412,20-412,80
Dez.	412,50	414,50
Febr.	414,20-414,70	416,20-416,70
Apr.	418,80	420,50
Umsatz	35000	48000
SILBER (c/Feinunze)		
Sept.	570,00	566,40
Okt.	571,80	569,00
Dez.	576,50-578,00	573,00-576,00
Jan.	580,00	577,20
März	586,00	583,00-585,00
Mai	591,40	588,00
Juli	597,40	594,60
Umsatz	25000	29000

KUPFER (c/lb)

	9.9.	8.9.
Sept.	60,00	60,40
Okt.	60,00	60,55
Dez.	60,50-60,65	60,95-61,00
Jan.	60,70	61,15
März	61,00-61,10	61,55
Mai	61,50	61,85
Juli	61,70	62,15
Umsatz	3300	4300

Londoner Metallbörse

	10.9.	9.9.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	812,00-815,00	816,00-818,00
3 Mon.	788,00-789,00	788,00-789,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	280,00-280,50	271,00-272,00
3 Mon.	281,50-282,00	274,50-275,00
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	910,00-911,00	908,50-909,00
3 Monate	928,50-929,00	926,00-927,00
ab. Kasse	–	907,50-908,00
3 Monate	–	927,00-927,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	885,00-885,50	883,00-884,00
3 Monate	906,00-907,00	904,00-906,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	585,50-586,50	576,00-577,00
3 Monate	590,00-591,00	581,00-582,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	120-140
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	40-45

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	9.9.	8.9.
Okt.	41,60-41,90	43,20-43,40
Nov.	43,00-43,20	44,72
Dez.	44,20-44,45	45,96
Jan.	44,80-45,10	46,50

GASÖL – London ($/t)

	9.9.	8.9.
Sept.	124,50-125,00	130,50-131,00
Okt.	133,25-133,50	137,50-137,75
Nov.	137,00-137,50	141,00-141,25
Dez.	141,25-141,50	144,50-145,00
Jan.	143,00-143,50	147,00-147,50
Febr.	138,00-145,00	140,00-148,00
März	133,00-136,00	140,00-140,50

BENZIN (verbleit) – New York (c/Gallone)

	9.9.	8.9.
Okt.	43,80-43,95	–
Nov.	43,50	–

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	9.9.	8.9.
Okt.	15,26-15,50	15,59-15,63
Nov.	15,30-15,39	15,60-15,65
Dez.	15,25-15,30	15,55-15,58
Jan.	15,10-15,12	15,43
Febr.	15,95	15,35-15,40

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel)
mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	9.9.	8.9.
Arabian Lg.	12,83	12,94
Arabian Hv.	12,54	12,59
Iran Lg.	9,20N	9,20N
Forties	14,50	14,70
North Brent	14,55	14,80
Bonny Light	14,65N	14,75N

Kartoffeln

London (£/t)

	9.9.	8.9.
Nov.	113,50	110,00
Febr.	127,50	123,00
April	161,20	154,80
Mai	178,00	171,00

New York (c/lb)

	9.9.	8.9.
Nov.	3,92-3,94	3,92-3,97
März	4,29-4,33	4,31-4,40
Mai	5,32-5,35	5,30-5,38
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	9.9.	8.9.
Sept.	195,00	197,50
Nov.	177,70-177,40	182,40-182,30
Jan.	173,00-172,80	176,20-176,90
März	172,00	174,10-174,80

Devisenterminmarkt

Am Euromarkt gaben die Dollar-Zinsen am 10. 9. nochmals um ⅛ Prozent nach.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,33-0,23	0,81-0,71	1,60-1,40
Pfund/Dollar	0,54-0,52	1,45-1,42	2,70-2,65
Pfund/DM	2,20-0,80	4,90-3,50	8,60-7,20
FF/DM	-15-1	30-14	52-36

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10.9.: Tagesgeld 4,35-4,45 Prozent; Monatsgeld 4,35-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,35-4,45 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,45 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.
Privatdiskontsätze am 10.9.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 10.9.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10.9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅝-4¾	4-4⅛
3 Monate	5¾-6	4¼-4½	4½-4⅝
6 Monate	5⅝-5⅞	4¼-4½	4½-4⅝
12 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 10.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 10.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM).

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	203,00	259,92	36,26
20 ffr. Napoleon	5,8070	156,00	206,34	35,53
20 sfr Vreneli	5,8070	169,00	221,16	38,09
½ Sovereign (E.II)	3,6610	100,00	136,80	37,37
1 Sovereign Neu	7,3220	189,00	243,96	33,32
1 Sovereign Alt	7,3220	198,00	254,22	34,72
100 Kronen Öster.	30,4880	785,00	965,30	31,60
20 Kronen Öster.	6,0980	154,00	198,36	32,53
10 Kronen Öster.	3,0480	81,00	108,30	35,53
4 Dukaten Öster.	13,7700	371,00	457,14	33,20
1 Dukaten Öster.	3,4420	77,00	110,58	32,13
10 Rubel Tscherw.	7,7423	195,00	250,80	32,39
Krügerrand 1 Uz	31,1035	833,00	989,52	31,81
Krügerrand ½ Uz	15,5517	439,00	523,26	33,65
2 Rand Südafrika	7,3220	184,00	238,26	32,54
1 Rand Südafrika	3,6610	87,00	121,98	33,32
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	863,00	1023,72	32,91
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	88,00	111,72	35,92
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1025,00	1316,70	43,75
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1320,00	1561,80	50,21
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1105	135,00	171,00	54,98

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent). 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent). Zins 5,25, Kurs 99,60, Rendite 5,34.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 10.9.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,619	6,25
Commerzbank	100,00	22.5.95	59,50	6,15
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,25	6,58
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	141,00	8,86
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,14	5,15
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,58	5,15
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	58,09	6,30
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	54,50	6,30
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,15	6,20
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,55	6,61
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,67	6,30
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,22	6,76
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,10	6,66
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,69	6,78
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,36	6,54
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,46	6,32
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,75	6,35
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,90	6,81
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,35	6,94
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,50	4,31
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,30	4,90
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,10	5,33
WestLB 505	143,24	1.9.92	104,60	5,41
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	117,50	6,29
Österreich	294,12	24.5.00	118,50	6,85
Atl. Richfield	5 100	4.2.92	129,90	8,39
Campbell Soup	5 100	21.4.92	151,10	7,87
Prud Realty	5 100	15.1.99	71,80	8,61
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	77,875	7,56
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	66,00	7,98
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	60	9,87
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	65,25	8,18
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	64,00	8,32
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,25	7,76
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	55,00	8,92
Penney (A+)	100,00	17.2.94	54,00	8,63
Sears (AA)	100,00	27.5.94	55,625	8,40
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	53,50	8,40
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	51,50	8,13

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,60 (4,60)	100,4	101,3	102,2	103,2	104 1	105
2	4,75 (4,75)	100,5	102,2	104,0	105,9	107,8	109
3	5,00 (5,00)	100,0	102,5	105,2	107,9	110 6	113
4	5,35 (5,40)	98,40	102,0	105,5	109,0	112,5	116
5	5,63 (5,65)	96,90	101,2	105,4	109,7	113,9	118
6	5,80 (5,82)	95,55	101,0	105,5	110,4	115,3	120
7	6,10 (6,17)	93,35	99,45	104,5	110,0	115,5	121
8	6,40 (6,40)	90,85	96,95	103,1	109,2	115,2	121
9	6,61 (6,63)	88,70	95,30	101,9	108,5	115,1	121
10	6,65 (6,68)	87,55	94,65	101,8	108,9	116,0	123
15	7,00 (7,00)	81,00	90,05	100,0	108,7	117,2	126

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,389 (113,329)
Performance-Rentenindex: 247,767 (247,658)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	9. Sept.	5,688-5,81
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,7
	60-270 Tage	5,1
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,7
	60 Tage	5,67
	90 Tage	5,6
Certificates of Deposit	1 Monat	5,4
	2 Monate	5,6
	3 Monate	5,5
	6 Monate	5,5
	12 Monate	5,7
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,1
	26 Wochen	5,3
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,3
	30 Jahre	7,4
US-Diskontsatz		5,5
US-Primerate		7,5
Geldmenge M1	25. Aug	688,6 Mrd (+0,6 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Sept.	142,75	145,6
Dez.	143,50	144,5

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	9.9.	8.9.
9¾ EEC 90	105,875	106,625
11¼ dgl. 90	111,25	112,25
10¾ EIB 93	110,25	111
11 dgl. 91	114,75	114,75
11½ dgl. 90	114,75	115,75
11¾ dgl. 95	122	122,875
12 dgl. 95	124	125,375
12¼ dgl. 90	116,125	117,25
12¾ dgl. 93	129,375	130,625
15 dgl. 96	120,625	121,625
10¾ Wld Bk 95	113,5	115,125
10⅜ dgl. 88	105,25	105,75
10⅝ dgl. 90	110,625	111,5
10⅞ dgl. 95	115,75	117,375
11 dgl. 92	114,625	115,625
11¼ dgl. 88	108,25	108,75
11⅜ dgl. 90	113,625	114,75
11⅝ dgl. 89	109,375	110,125
11⅞ dgl. 90	114	115,125
12 dgl. 93	122,25	123,5
12¼ dgl. 94	127,25	128,25
12⅝ dgl. 94	130,125	131,375
6⅞ Sears 91	104,125	104,5
6¾ Swed.Ex.91	102,375	102,5
7 TRW 94	101,75	102,25
6¾ Un.Tech.92	102,5	102,375
6⅞ W.Disn.96	103,5	103,25
6⅞ World Bk96	104,625	104,375
6⅞ dgl. 90	103,625	103,25
6¾ dgl. 94	105,375	105,5
7 dgl. 94	107,125	106,875

Euro-Yen

	9.9.	8.9.
6⅜ Al.Corp 91	102,5	102,125
6⅜ All.Sign95	102,125	102
7⅛ ADB 94	108,75	109
7 Austria 95	107,5	107,125
7 BP 92	105,875	106,25
6⅞ Denmark 92	104,125	104
7 Denm.Bk. 92	104,625	104,625
7 Dow Chem.94	103	102,625
6⅞ EDF 95	106,25	106,375
6⅞ Eurofima95	103,5	103,25
6⅜ dgl. 92	102,625	102,5
6⅜ dgl. 93	102,625	102,375
7⅜ dgl. 94	104	104
6⅞ Faenale 92	104,75	104,375
6⅞ Finl.Rep90	104,25	103,75
6⅜ GMAC 90	102	101,375
7⅛ Goodyear95	103,125	103
6⅜ dgl. 94	102	101,875
6⅞ ITT 92	103,375	103,5
6⅜ McDonal.92	102	101,875
6⅞ Montreal95	103,875	104,375
6⅜ NordLB 93	102,875	102,625
6 NIB 91	101,375	101
7 dgl. 92	106	105,75
7 Pac.Gas 94	104,125	104,125
6⅞ Penney 92	102	101,875
6⅞ Procter 92	103,25	103,125
6⅞ Sallie 92	103,375	103,25

Lux. Franc Bonds

	9.9.	8.9.
9¼ Alza 87	100	100
9¾ Asea 89	101	101
6¾ Asian Dv87	99,25	99,25
10⅜ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	105	105
9 dgl. 93	107	107
10¼ Caca 94	106,5	106,5
11 dgl. 92	103,25	103,25
13 dgl. 91	101,25	101,25
8⅞ Conseil 95	105	105
12¾ dgl. 92	106,75	106,75
8 Copsel 88	100,25	100,25
8¼ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	105	105
7⅞ Den.Mtg 88	99,75	99,75
8⅞ EEC 95	105,5	105,5
8⅞ Euratom 89	103	103
10¼ dgl. 96	113,25	113,25
11 dgl. 95	101,25	101,25
9 Eurofima 95	106,5	106,5
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	106,5	106,5
11¼ dgl. 89	–	–
8 EIB 91	100	100
8¾ dgl. 93	105	105
9½ dgl. 95	108	108
9¾ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 93	106	106
10½ dgl. 94	110,5	110,5
11⅛ dgl. 88	102	102
12¼ dgl. 90	109,25	109,25
8⅞ Goodyear93	103,25	103,25
9¼ Ind.B.F.95	105,75	105,75
9¾ Hypo Bk.88	102,25	102,25
11 Kredlet.93	104	104
7⅞ dgl. 87	99,75	99,75
10 dgl. 90	105	105
11⅜ dgl. 89	103,5	103,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	99,75	99,75
8¾ Met.Chim92	103,5	103,5
9 dgl. 95	105	105
10⅜ N.Lx.A97	–	–
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8½ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	105	105
10⅛ Paribas89	104	104
8 Philips 89	100,5	100,5
7⅜ Renault 88	99,75	99,75
7½ Sogenal 91	100	100
9¼ dgl. 92	106	106
10⅜ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sveriges 88	100,25	100,25
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	104	104
9¼ dgl. 90	104,25	104,25
10¼ dgl. 89	104,25	104,25

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	9.9.	8.9.
8¾ Cap City91	99,75	99,75
12¾ dgl. 92	103	103
8¾ CCA 91	99,75	99,75
11⅜ Ned. G.88	100,5	100,5
9¼ Queb. P.94	99,75	99,75
8⅛ SDR 94	99,75	99,75

ECU

	9.9.	8.9.
9⅛ ABN 92	106,875	107
All Nippon 95	108,75	108,875
9¾ ANZ 92	108,625	108,625
10⅜ Austria95	113,25	113,25
10 BNDA 92	107,25	107,25
8⅜ B.d.Roma93	101,75	101,75
9 M.+Hope 92	105,5	105,5
9 Bk.Helv.96	105,5	105,5
7¼ BNP 95	99,75	99,875
8⅞ dgl. 95	107,5	107,5
8⅜ Bay.Vbk.88	102,125	102,125
8¾ BFCE 93	102,875	102,75
9¾ dgl. 92	109,5	109,5
9⅜ dgl. 95	109,5	109,5
9⅛ Bull 92	105,5	105,5
9⅞ CNT 92	109,5	109,5
9⅜ dgl. 95	109,5	109,5
8⅞ Cargill 95	106	106,125
10¾ Caca 89	108,5	108,125
9 Chrysl. 92	102,125	102,125
9¼ dgl. 94	103,125	103,125
9 ClubMed 88	102,625	102,625
9 Colgate 91	102,875	103
9 Cap City 95	104,75	104,75
9¼ CCF 95	108	108
9¾ CrdNord 91	108,5	108,5
11⅜ CrdFonc90	108,375	108,375
11¼ dgl. 90	108,875	108,875
6⅞ CrdLyon 92	94,75	94,75
8⅜ CrdNat 96	109,25	109,25
10⅞ dgl. 94	115,875	113,875
8⅞ Cdonst.94	106	106,5
9⅞ Credito 92	106,75	106,75
7⅜ Denmark 96	100	100,125
9 EDF 97	108,375	108,75
8⅞ EEC 93	107,25	107,25
8⅜ ELFAqu. 88	101,625	101,625
9 Enso Gut 91	103,875	103,875
9⅛ dgl. 95	103,875	104
10 Euratom 97	110,5	110,5
9⅛ Eurofima93	105	105
8⅜ EIB 90	104,75	104,75
8⅜ dgl. 95	107,625	107,625
8⅜ dgl. 92	105,375	105,375
9⅞ dgl. 95	113,75	113,75
10⅜ dgl. 94	114	114
10⅜ dgl. 94	112,375	112,375
10⅛ dgl. 90	110,875	110,875
11¼ dgl. 92	111,25	111,25
9 Eutelsat 93	104,5	104,5
6⅞ EDC 96	94,875	94,875
8¾ Fiat 90	103,625	103,625
9 IBKFinnl 95	104,375	104,625
8⅞ Ford C.93	105,5	105,5
7 Giroz. 93	97	97
10⅜ dgl. 93	112,25	112,25
10 IADB 93	112,25	112,375
8¼ IBM 90	106,125	106,25
6⅞ Iceland 96	91,375	91,375
8⅜ IKB 95	103,125	103,125
9 Imatron 96	105,125	105,25
9⅞ Italia 89	104,375	104,375
10⅛ dgl. 92	110,5	110,75
9⅛ Konsell 92	107,25	107,25
9¼ Kbifina 92	106,375	106,5
6⅜ KB/Ibl 95	92,625	92,75
10⅜ Megal 95	107,5	107,625
8⅞ Mits.Tr.95	106	106
9 MoetHen.91	106,25	106,25
9⅛ Mol 90	102,875	103
8⅞ Morgan 90	104,625	104,625
8¾ Motorola92	106,25	106,25
9 Neste 95	105	105,125
8⅜ N.S.Wal.93	106,375	106,5
9¼ N.Zeal. 90	105,875	105,875
9⅜ N.Zeal.92	107,5	107,625
9 OstLbk. 89	103,875	104
8¾ Olivetti93	104,625	104,625
8⅜ Parbel 89	102	102
10 Pechin.90	106,5	106,5
9 Petroc.95	101,5	101,5
9¼ Peugeot 90	105,25	105,5
8½ Pbbro 96	103,125	103
9 Philips 95	104,375	104,375
9⅜ Plba 92	108	108
10 Prvbk. 92	107	107,125
10⅛ RATP 92	–	–
7½ Rabobk. 96	101	101,125
9⅛ dgl. 95	–	–
8⅞ Reynolds91	104,375	104,625
9 SAS 95	105,875	106
9 Sanwa 95	106,875	106,875
8¾ Secpac 90	103,875	104
9 SNCI 95	104,125	104,25
8⅞ Sumitomo92	106,375	106,375
9⅛ dgl. 93	108,375	108,375
9 dgl. 93	107,25	107,125
6⅞ Schweden96	95,75	95,75
9 Unbk.Nor.95	106	106,125
8⅞ Vict. 90	104,75	104,75
8¾ WakD 94	104,875	105
9⅜ dgl. 95	107,75	107,625
8⅞ Washgt.96	106	106
9¾ Westpac92	108,5	108,5
8½ Worldbk.95	107,625	107,625
8⅜ dgl. 93	106,625	106,75
9⅜ dgl. 92	110	110,125
10⅛ dgl. 89	108,375	108,5
10⅜ dgl. 94	111,625	111,625
11 dgl. 93	110,25	110,25
8½ Xerox 90	103	103,125

ECU-Tageswerte

	9.9.	8.9.
Dollar	1,01942	1,01917
Bfr	43,5829	43,5721
DM	2,1046	2,10408
Hfl	2,37413	2,37375
£	0,685326	0,685156
Dkr	7,96679	7,96226
FF	6,87805	6,88449
Lira	1451,66	1451,81
I-£	0,763613	1,763137
Sfr	1,71467	1,71679
ÖS	14,8122	14,8289
Peseta	137,724	137,486
Skr	7,0804	7,07813
Nkr	7,49958	7,49752
Kan-$	1,40986	1,41175
Esc	150,161	150,073
Fmk	5,05187	5,04091
Yen	158,826	158,685
Drachme	138,743	138,583

SZR-Wert

	9.9.	8.9.
Dollar	1,20566	1,2059
DM	2,48953	2,58898

W. A. Boelcke über die „Kosten von Hitlers Krieg"

Zweimal 700 Milliarden

Willi A. Boelcke ist für denjenigen, der sich mit der deutschen Rüstungswirtschaft von 1939 bis 1945 beschäftigt, kein Unbekannter. Er hat sich auf diesem Gebiet durch mehrere Publikationen einen Namen gemacht. Sein jüngstes Buch, die „Kosten von Hitlers Krieg", stellt wohl die Krönung seiner bisherigen Forschungsarbeit dar. Das Werk ist sowohl vom erschlossenen Quellenmaterial als auch vom Ergebnis her geeignet, bisher offene Fragen über Wirtschaft und Rüstung von 1933 bis 1945 schlüssig zu beantworten und der Forschung auf diesem Gebiet neue Impulse zu geben.

Seine Thesen wirken um so überzeugender, als Boelcke auch diesmal



seiner Auffassung treu geblieben ist, daß moralisierendes Eifterertum und Ideologisierung wenig dazu beitragen können, die Wahrheit über das Dritte Reich zutage zu fördern. Der Verfasser glaubt vielmehr, daß es in erster Linie darauf ankomme, Daten und Fakten zu präsentieren und behutsam zu analysieren. Nicht alle Zeithistoriker beherzigen diese einleuchtende Regel.

Wer allerdings glaubt, daß Boelckes Methode dazu führe, daß die notwendige Wertung auf der Strecke bleibe, der irrt. Nichts wirkt überzeugender als der in diesem Buch anhand unanfechtbaren Quellenmaterials geführte Nachweis, wie skrupellos die NS-Führung, um ihre Ziele durchzusetzen, mit dem Volksvermögen umging. Dem Autor gelingt der Nachweis, daß wir noch heute unter den Folgen des dadurch hervorgerufenen Staatsbankrotts unglaublichen Ausmaßes zu leiden haben. Der angerichtete Schaden war übrigens so groß, daß er auch dann in den Ruin geführt hätte, wenn der Zweite Weltkrieg für die Deutschen ein glimpfliches Ende genommen hätte.

Was kostete Hitlers Krieg? Boelcke beziffert die Ausgaben für die Zeit vom 1. 9. 1939 bis zum 8. 5. 1945 auf rund 700 Mrd. RM. Die Kriegsfolgekosten dürften noch einmal die gleiche, schwindelerregende Summe erreicht haben. Daß das mit den klassischen Staatseinnahmen, etwa mit Steuern und Zöllen, nicht zu finanzieren war, liegt auf der Hand.

Seite für Seite weist der Autor nach, wie Hitler die Staatsverschuldung von 1936 an für militärische Zwecke immer höher trieb, wie das ganze Arsenal dirigistischer Maßnahmen zum Aufbau einer immer monströser werdenden staatlichen Planwirtschaft genutzt wurde, bis sie sich schließlich im Kompetenzwirrwarr der zuständigen Ämter selbst ad absurdum führte. Da der zivile Konsum gedrosselt werden mußte, entstand ein Kaufkraftüberhang riesigen Ausmaßes. Dieses Geld floß auf die Sparkonten – und von dort in die Staatsanleihen zur Kriegsfinanzierung. Hitler, so Boelcke, könne das fragwürdige Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die erste „zurückgestaute Papiergeldinflation der Weltgeschichte" ausgelöst zu haben.

Diese Aussage ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Sie erklärt zunächst einmal, weshalb der Verfasser seine Untersuchung nicht mit dem Jahre 1945, sondern mit dem Jahre 1948 abschließt. Was die Deutschen in den ersten Nachkriegsjahren erleiden mußten, war nicht nur auf die Absicht der Alliierten zurückzuführen, sie für ihre Freveltaten büßen zu lassen.

Und ein Zweites: Boelcke vermag die These, daß Hitler 1939 den Krieg habe führen müssen, um den voraussehbaren Staatsbankrott durch Beutezüge zu vermeiden, zu widerlegen. Ohne Krieg hätte sich, da die Staatsnachfrage die Hausse und die Vollbeschäftigung garantiert hätte, die Inflation wohl vermeiden lassen.

Offensichtlich, so Boelckes Fazit, zahlen sich Kriege ökonomisch nicht aus, auch nicht für den Sieger. Boelcke ist es jedenfalls gelungen, den Zusammenhang zwischen der monetären und der allgemeinwirtschaftlichen Entwicklung von 1933 bis 1948, ja bis zur Gegenwart, und Hitlers bedenkenlosem Raubbau an der deutschen Volkswirtschaft klar herauszuarbeiten.

PHILIPP W. FABRY

Willi A. Boelcke: Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933–1948. Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart, Schöningh Verlag, Paderborn. 220 S., 48 DM.



Mehr städtebauliche Installation als Plastik: „Wildgewordene Fußgängerüberwege" von Ueli Berger aus der Skulpturenausstellung in Biel FOTO: JEANNE CHEVALIER

Postenlauf durch die Innenstadt: Achte Schweizer Plastikausstellung in Biel

Wenn Kanus über das Wasser fliegen

Bildhauerei sei „l'art social par excellence", sagte 1954 Marcel Joray, der Begründer der Schweizerischen Plastikaustellung (SPA) in Biel. Dreidimensionale Kunst in ihrem sozialen Umfeld will denn auch der Architekt Niklaus Morgenthaler zeigen, der als künstlerischer Leiter die achte Auflage dieser Ausstellung geprägt hat.

Als Standort hat er bewußt nicht mehr die grüne Wiese am Bieler Seeufer gewählt und auch nicht die idyllische Altstadt, sondern das belebte Geschäftszentrum mit seinem Gemisch alter und neuer Architektur. Darin sollen sich die Kunstwerke behaupten, ins Alltagsleben der Bewohner integrieren, Denkanstöße geben.

Ausgewählt wurden denn auch selten Skulpturen im eigentlichen Sinn, öfter städtebauliche Installationen. Und zwar von einer ungewöhnlich strengen Jury, die von den anfänglich 600 Interessenten in der dritten Runde nur noch 34 zurückbehielt. Die meisten prominenten Schweizer Plastiker haben sich gar nicht beworben, vielleicht abgeschreckt durch das (inzwischen mehr oder weniger vergessene) Ausstellungsthema „Arbeit". Dafür kommt viel Nachwuchs erstmals zum Zug – wenn auch fast nur aus der deutschen Schweiz.

Nur entspricht das Resultat leider nicht den Erwartungen: Die auf einem viel zu großen Areal ohne Orientierungshilfe verstreuten Wege prägen das Stadtbild kaum, sondern gehen zwischen Kommerz und Verkehr oft einfach unter. Oder schlummern abseits auf einem Schulhof.

So wird denn der Ausstellungsrundgang zu einer Art Postenlauf (nach einem im „Volkshaus" erhältlichen Übersichtskärtchen). Dabei findet man neben Unausgegorenem, Antiquiertem und Dümmlichem immer wieder eindrückliche, poetische und witzige Werke. Dazu gehören die „Baustelle" (Ludwig Stocker) und die wildgewordenen Fußgängerstreifen (Ueli Berger) am Zentralplatz. Oder die asphaltsprengende Bodenspirale (Franz Pösinger) und der von Metallkanten begrenzte „Luftkubus" (Matias Spescha) beim Dufour-Schulhaus.

Neue Raumerfahrungen vermitteln umfangreiche Werke wie die durchgangslose „Einsiedelei" (Kurt Sigrist), eine monumentale Holzplastik aus acht Kegeln (Jürg Altherr) oder eine Straßeninstallation aus zwei Bretterwänden (Burkhalter/Haerle/Schaedler/Sumi). Ansprechend auch die „Tierbehausungen" (Peter Tschan) und die „Münchhausenleiter" (Peter Wenger), die über dem Schüss-Kanal schwebenden Kanus (Roman Signer) oder die ausufernden Gartenbänke (Jean Scheurer).

Ein paar der sensibelsten Beiträge muß man vorher kennen, um sie überhaupt wahrzunehmen: Linienzeichnungen im Asphalt (Corsin Fontana), Rostspuren auf einer Fassade (Spallo Kolb) oder die spiegelnden Metallstreifen an rund sechzig Häuserfassaden (Gunter Frentzel). Obwohl vom Künstler nicht dafür gedacht, dienen sie doch als Wegweiser bei der Bieler Kunstsuche.

Im (für die Dauer der Ausstellung wieder in Betrieb genommenen) „Volkshaus" läßt sich an Hand der ausgestellten Künstlerprojekte der schwierige Weg von der Idee zur Realisation nachvollziehen (bis 13. Oktober, kein Katalog).

MARIE-LOUISE ZIMMERMANN

Reiches literarisches Leben im Samisdat der ČSSR

Ein Hymnus mit Perlen

Trotz aller Bemühungen tschechoslowakischer Behörden, die Herausgabe von Samisdat-Literatur zu verhindern, wird die Vielfalt der inoffiziell erscheinenden Schriften in Prag, Brünn und Preßburg immer bunter. Sie umfaßt mittlerweile sämtliche literarischen Genres, vom Gedicht bis zur wissenschaftlichen Dissertation.

Einer der meistgelesenen Autoren der Samisdat-Literatur ist der heute 45 Jahre alte Dichter Petr Kabeš. Mitte der sechziger Jahre leitete er die Zeitschrift für moderne Literatur „Sešity" (Hefte), die nur wenige Wochen nach der Machtübernahme Gustáv Husáks im April 1969 verboten wurde. Als Samisdat erschienen dann unter dem Titel „Pěši věc" seine Gedichte aus den Jahren 1979 bis 1985; Jarolav Seifert, der Nobelpreisträger, hat sie noch gelesen und bewundert.

Ein weiterer Samisdat-Poet mit großem Leserzuspruch ist Albert Kaufmann (Pseudonym), von dem bereits eine zweite Samisdat-Sammlung unter dem Titel „Záznamy" (Anmerkungen) erschien. Sensation machte auch der Samisdatband „Verblichene Fotografien" eines unbekannten Autors. Das über zweihundert Seiten starke Typoskript beschreibt die Atmosphäre der Gefängnisse und Lager so eindrucksvoll, daß man vermuten darf, der Verfasser sei ein ehemaliger politischer Häftling.

Vier Samisdat-Essays des führenden tschechischen Philosophen Zdeněk Neubauer haben den Titel „Das Sein und die Subjektivität". „Das Festmahl" ist ein philosophischer Sammelband, der bereits als der 209. Titel der Samisdat-Edition „Expedice" (Expedition) erschienen ist. Er wurde von Václav Havel redigiert und ist dem verstorbenen Philosophen und einem der ersten Sprecher der Bürgerrechtsbewegung Charta 77, Professor Jan Patočka, gewidmet. Bemerkenswert ist, daß darin neben in der ČSSR lebenden Philosophen auch führende Exilwissenschaftler vertreten sind, u. a. Radim und Mojmir Palouš, Miroslav Petříček, Ladislav Hejdánek, Ivan Sviták.

Um die Lücken im offiziellen Angebot westlicher Werke wenigstens einiermaßen schließen zu können, bringt der Samisdat (im „Raubdruck", doch wohl mit Billigung der betroffenen Autoren) auch viele wichtige Werke aus dem westlichen Ausland heraus. So erschien der „Hymnus über die Perle" von Czeslaw Milosz, dem in den Vereinigten Staaten lebenden polnischen Literaturnobelpreisträger. Des weiteren etwa C. G. Jungs „Analytische Psychologie und Weltanschauung" und die „Übersicht über die jüdische Literatur" von Günter Stemberger.

Zahlreich sind die wissenschaftlichen *Zeitschriften*, die in Samisdat-Ausgaben vertrieben werden. Mittlerweile ist schon die vierte Nummer der Revue „Mitteleuropa" zu haben, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Symbiose der tschechischen und westeuropäischen Kultur und Wissenschaft, die durch den Eingriff der kommunistischen Kulturideologen unterbrochen wurde, fortzusetzen. In der letzten Nummer findet man eine Studie des katholischen Philosophen Václav Benda über „Christentum und Politik", die Übersetzung eines Artikels des französischen Philosophen André Glucksmann, ein Interview mit Golo Mann und ein Kapitel aus dem Buch des österreichischen Historikers Adam Wandruszka über die Habsburger.

Die Zeitschrift „Komentáře" (Kommentare) trägt den Untertitel „Zeitschrift für internationale Politik". Ständiger Mitarbeiter ist hier der ehemalige Außenminister der Dubček-Ära Jiří Hájek und die Journalisten Jiří Dienstbier und Luboš Dobrovsky. Auch „Komentáře" bringen in jeder Nummer einige Übersetzungen. So in der letzten Ausgabe einen Beitrag des polnischen Bürgerrechtlers Jacek Kuron.

„Pražské komunikace" (Prager Kommunikationen) ist der Titel einer literarischen Revue, die Beiträge christlich orientierter Autoren veröffentlicht. Seit 1984, als der erste Band erschien, bringt sie Arbeiten vor allem jüngerer, nonkonformistischer Schriftsteller, z. B. Gedichte von Petr Kreibich, Josef Mlejnek oder Jiří Cerven. In den letzten Ausgaben überwiegen literaturkritische und literaturhistorische Beiträge, wie die Studie des mährischen Literaturhistorikers Jiří Olič über den katholischen Dichter Jakub Deml, der aus der offiziellen Literaturgeschichte verbannt wurde. Philosophische und kunsthistorische Beiträge – darunter Übersetzungen französischer und polnischer Autoren – sowie Nachdrucke aus literarischen Zeitschriften der Zeit vor der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 runden das Bild ab.

RUDOLF STRÖBINGER

Teilzeitarbeit in Deutschland selten gefragt – Flexibilität wird gefordert, nicht Illegalität gefördert

Jobs für Lebenskünstler, Freiheit statt Sicherheit

In Kanada und in den USA sind es etwa fünfzehn, in England schon mehr als achtzehn Prozent aller Berufstätigen, die Teilzeitbeschäftigungen ausüben. Nach Ermittlungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf (IAA) weisen die Statistiken der Niederlande inzwischen jeden fünften, in Schweden gar jeden vierten Erwerbsbürger als Teilzeitarbeiter aus, während die Bundesrepublik mit weniger als zehn Prozent an der Gesamtzahl aller Beschäftigten weit hinten liegt.

Teilzeitarbeit, eine Tätigkeit, die sich nicht am normalen Achtstundenrhythmus orientiert, widerspricht deutschem Ordnungssinn. Darüber hinaus werden aber auch vitale Interessen der Gewerkschaften tangiert: Nur schwer lassen sich Beschäftigte auf Zeit in Tarifverträge zwängen. Sie zeigen durchweg wenig Spartenbewußtsein und selten Solidarität mit dem Gros der anderen, handeln ihre Arbeitsbedingungen frei für sich selber aus – oder müssen sich aus einer Position der Schwäche ungünstigeren Konditionen der Vermittlerfirmen für menschliche Arbeitskraft unterwerfen.

„Ein wesentlicher Umstand, der die illegale Beschäftigung und organisierte Schwarzarbeit fördert, besteht ja gerade darin, daß die Gewerkschaften des DGB die erlaubte Zeitarbeit diskriminieren und bekämpfen", äußerte kürzlich Werner Then, Geschäftsführer der deutschen Niederlassung des internationalen Zeitarbeits-Multis Randstad, der ein Kartellverfahren gegen die IG Handel, Banken und Versicherungen angestrengt hat: Unverhohlen fordert die Gewerkschaftsspitze ihre Betriebsräte auf, den Einsatz von Zeitarbeitspersonal zu verhindern und begünstigt – nach Ansicht führender Vertreter der Branche – damit den Abschluß von Scheinverträgen und ein weiteres Vordringen von Illegalen auf dem Arbeitsmarkt.

Verliehen und verkauft – ARD, 20.15 Uhr

Was wunder, daß sich ein gewisser Enthüllungsjournalismus unserer Tage der brisanten Thematik gern annimmt – und nicht erst seit Wallraff. Immer wieder umkreisen Reportagen die sinistren Praktiken sinistrer Agenturen bei der Vermarktung der Not Abgewrackter, der Naivität allzu Leichtgläubiger. Menschenvermieter, die auf die schnelle Mark aus sind und in aller Regel gerade noch rechtzeitig vor einem Zugriff der Gewerbeaufsichtsämter untertauchen.

Zwar sind nur 70 der insgesamt 2000 Zeitarbeit-Unternehmen im „Bundesverband Zeitarbeit" organisiert, doch verfährt die weitaus größere Mehrzahl kleiner oder winziger Firmen auch ohne dieses Gütesiegel korrekt und meldet ihre Arbeitnehmer ordnungsgemäß an, versichert und versteuert sie. Bei deutlich zunehmendem Interesse an Teilzeittätigkeiten führen diese seriösen Unternehmen schon etwa siebzigtausend Beschäftigte aus Dutzenden Berufen in ihren Vermittlungslisten. Nach Abzug der Vermittlungsprovision der Agentur arbeiten Teilzeitkräfte zwar für einen niedrigeren Lohn als das Stammpersonal, dafür aber im Bewußtsein, immer neue berufliche Erfahrungen machen zu können und nicht bis an die Pensionsgrenze bei einem einzigen Betrieb an einen Schreibtisch gebunden zu sein.

Jobs für Lebenskünstler – zumindest aber für Flexible, denen persönliche Freiräume mehr bedeuten als die Einbindung in perfekte Sicherungssysteme. Oder wer könnte es sich sonst noch leisten, wie die Berliner Sekretärin Gisela W. zu reagieren: „Ich hab auch schon zu zwei, drei Stellen gesagt: Da möchte ich nicht hingehen." Erfahrungen der Gisela W., die sich inzwischen mehr als fünf Jahre als Teilzeit-Bürokraft vermitteln läßt: „Ich war auch mal in einem großen Kaufhauskonzern, in der Personalabteilung. Meine Arbeit hat mir Freude gemacht, aber der Ton, der da herschte ... Es war so schlimm, daß ich zu den Kolleginnen gesagt habe: Für mich – *die* Chefin nicht! Und habe mir was anderes zuweisen lassen ..."

HANS NERTH

KRITIK

Empörung und Gleichgültigkeit

Die bedrückenden Bilder der ZDF-Reportage **Viva Chile, caramba!** (ZDF) kennt in Chile nur, wer den Protest und die Repression selber erlebt hat. Daß da die Witwen der „degollados" jeden Freitag vor dem Präsidentenpalast demonstrieren, wird vom chilenischen Fernsehen verschwiegen.

Für das im März 1985 begangene Verbrechen an José Manuel Parada, Santiago Natino und Manuel Guerrero, die entführt und mit einem Schnitt durch die Kehle ermordet wurden, ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der inzwischen aufgelöste Geheimdienst der Carabineros, „Dicomcar", verantwortlich. Die Empörung über die Bluttat hatte im vergangenen Jahr den Rücktritt von General César Mendoza, dem Junta-Vertreter der Carabineros, zur Folge. Seine Abdankung kann als Geständnis gewertet werden.

Die unter riskanten Umständen gedrehte Fernsehreportage aus dem winterlichen Santiago vermittelt auch einen Eindruck von der Kluft, die zwischen den unbetroffenen und gleichgültigen Chilenen und jenen besteht, die sich über die Brutalität empören. Denn trotz der von Uniformierten ausgehenden Gewalt, ist die tägliche Verletzung der Menschenrechte für überraschend viele Chilenen immer noch kein Thema. Bis heute glauben vielen Chilenen den hunderten von der Kirche minutiös recherchierten Berichten über Folter und Mißhandlung nicht. Und das, obwohl im Dezember 1985 auch die langjährige Justizministerin des Regimes und Cousine Pinochets, Mónica Madariaga, in einem Interview der heute verbotenen Zeitschrift „Análisis" erklärte, alle Menschenrechtsverletzungen, die sie bis dahin als „Erfindung des Marxismus" abtat, nun als Tatsache erkannt zu haben.

Sie sei, so Frau Madariaga, vom Geheimdienst hinters Licht geführt worden. Ihr patetischer Ausruf „Hier bin ich, richtet mich!" machte bei Regimeanhängern jedoch wenig Eindruck. Die bis dahin als Scharfmacherin bekannte Frau wurde vielmehr als „unausgeglichener Charakter" abgetan.

Die Bilder vom Schicksal der unerschrockenen Witwen, die uns in unserem Fernsehen gezeigt wurden, würden vielen Duldern des Regimes in Chile etwas von ihrem tiefen Mißtrauen gegen die Opposition nehmen. Die seit dem Wahlkampf von 1970 andauernde erbitterte Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern hat jedoch das Gefühl für Recht und Unrecht abgestumpft.

Die Furcht vor gewalttätigen Protesttagen und der Terrororganisation „Frente Patriotico Manuel Rodriguez", die sich die Kommunistische Partei nach ihrer Entscheidung für den „gewaltsamen Weg" als „bewaffneten Arm" schuf, erfüllt auch die gemäßigte Opposition. Sie bringt nicht die Kraft auf, sich sowohl gegen den Terror von Links als auch gegen den Diktator durchzusetzen. Deshalb dürfte nach dem Attentat auf General Pinochet die politische Polarisierung noch zunehmen.

FLORIAN NEHM

Wie Freiburg die Welt bestimmt

Hat eine Sendung den anspruchsvollen Titel **Wie Denken die Welt bestimmt** (ZDF), reibt man sich nach einer halben Stunde doch ein bißchen die Augen, wenn die zu Wort gekommenen Wissenschaftler folgende waren: zwei vom alternativen Freiburger Öko-Institut (das der „Spiegel" mit einer „Hippie-Wohngemeinschaft" vergleicht), der einschlägig bekannte Professor Klaus Traube, eine Dame vom bisher wenig beachteteten Wiener „Europäischen Zentrum für soziale Wohlfahrt" und der Hamburger Wissenschafts-Senator Meyer-Abich. Sonst niemand – also keiner von den „etablierten" Wissenschaftlern, denen dann auch laufend Kapitalhörigkeit vorgeworfen wurde. Es ging darum, „wie die Wissenschaft unser Umweltbewußtsein bestimmt" (Moderator Ingo Hermann), und war kaum mehr als ein Loblied auf die Streiter vom Freiburger Öko-Institut, das „Argumente an die betroffene Bevölkerung liefert".

Und sich dabei auch den „sozialen Schutzinteressen" verpflichtet fühlt, wie zu hören war. Und die sind offenbar in großer Gefahr – bedroht von der bösen Politik, die maskenhaft dargestellt wurde, den Atomkraftwerken natürlich („Kathedralen") und der Polizei, der, wie es hieß, „Ratlosigkeit und Angst ... den Gummiknüppel in die Hand gedrückt haben".

Der Film war ein Paradebeispiel auch dafür, wie man mit Schnitten, unterlegter Musik und Bilderauswahl im Fernsehen arbeiten kann. Untergangsschwanger die Töne bei der Kamerafahrt vorbei an der „Kathedrale": die Polizei, die Sitzblockierer wegträgt, ein wenig schneller als in Wirklichkeit – dann herrliche Landschaftsbilder, wenn von der guten, der alternativen Wissenschaft die Rede war. Denn sie ist „frei und unabhängig". Oder, wie Meyer-Abich sagte (seine Hamburger Unis werden verdutzt sein): Man könne die Probleme der Technik nicht mit derselben Wissenschaft lösen, die sie verursacht hätten. Wie doch manchmal Einseitigkeit das Denken bestimmt.

da

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Die Michael Schanze Show
10.50 Dot und das Känguruh
12.00 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

9.00 Haushaltsrede und Debatte
Aus dem Bundestag
17.10 Es war einmal ein Bumerang
Zeichentrickfilm
17.20 So sind Kinder
Die Baustelle
17.25 Anna, Ciro und Co.
Sklave für einen Tag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Verliehen und verkauft
Zeitarbeit in Deutschland
Film von Volker Hertel und Hans-Carl Schultze
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Scheibenwischer
Kabarettsendung von und mit Dieter Hildebrandt
Regie: Catherine Miville
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
22.30 Tagesthemen
23.00 Rückfälle
Von Daniel Christoff.
Regie: Peter Beauvais
In diesem Film erzählt Daniel Christoff die Geschichte eines Alkoholikers, der nach einer Entziehungskur ein „normales" Leben führen möchte. Für seine schauspielerische Leistung erhielt Günter Lamprecht 1978 die „Goldene Kamera".
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken

ZDF

15.05 Moritz und die Diener
15.35 Der Waschbär Rascal
16.00 heute
16.04 Auf Stippvisite bei Mitmenschen
Entwicklungshelfer in Ruanda
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Kingstontown am Schotterteich
Süsi fällt in Ohnmacht
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Königlich Bayerisches Amtsgericht
Der Erbonkel
19.00 heute
19.30 Dalli Dalli
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Unerwünschte Nachbarschaft
21.45 heute-journal
22.05 Journalisten fragen – Politiker antworten
Mit dem FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
23.20 Um zwei Erfahrungen reicher
Von Robert Wolfgang Schnell
Mit Robert Wolfgang Schnell, Lotti Krekel, Dirk Dautzenberg, Ingrid van Bergen, Karl Friedrich Liebau
Regie: Wolfgang Staudte
0.50 heute

III.

WEST

18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221 / 23 64 33
19.45 Fensterprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht wird Majora
Deutscher Spielfilm (1949)
Mit Lotte Koch, Hermann Speelmans, Camilla Horn, Willy Millowitsch, Heinz Erhardt
Regie: Hermann Pfeiffer
21.45 Gespräch zum Film
Mit Willy Millowitsch
22.00 Wir hatten die Freiheit
Drei Maler – Gustav Deppe, Hans Trier und Georg Meistermann – erinnern sich an die Zeit nach 1945.
22.30 lyrics
23.45 Zwischen Bebop und Beethoven
Wynton-Marsalis-Porträt
0.30 Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Journal: Kirche
19.15 Tödliches Gift
Mit Kobras auf Du und Du
20.00 Tagesschau
20.15 Und morgen werde ich weinen
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Susan Hayward
Regie: Daniel Mann
Ein Film über die Lebensgeschichte der Sängerin Lillian Roth nach ihrer Autobiographie. Bereits als Jugendliche trat sie am Broadway auf
22.10 Gefangene des Paradieses
Als Paul Gauguin 1891 nach Tahiti übersiedelte, war die Südsee noch ein Naturparadies. Aber er fand nicht die Freiheit, die er suchte.
22.55 Sie – Er – Es
23.40 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.32 Fame
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schwarzes Theater
18.32 Mad Movies
18.55 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Regional
19.26 Sandmännchen
19.30 Rote Lippen – blaue Bohnen
Französischer Spielfilm (1955)
Mit Eddie Constantine
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Landtag/Transparent
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 40 Jahre Fischer-Chöre
23.30 Schach-WM '86
0.00 Nachrichten

BAYERN

18.15 Eltern-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Eine abenteuerliche Frau
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Ann Sheridan, Philip Reed
20.20 Flash Gordon
20.40 Z. E. N.
Der Tamasudare-Pilgerweg
20.45 Die Fischer von Kerala
21.15 „Er hat seinen Engeln befohlen"
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau
23.20 King Kobra

SAT 1

15.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Kobra, übernehmen Sie
Anschließend: Zaubergarten
18.00 Jennifers abenteuerliche Reise
Anschließend: Dialektsongs
18.30 APF blick
18.45 Rick Springfield Special
Live in Concert
19.45 Ein unmögliches Mädchen
Österreich. Spielfilm (1951)
Mit Hannelore Schroth, Hans Holt
21.30 APF blick
22.15 Lektüre ist angesagt
Ursula Lingen liest Christa Wolf
22.45 Tennisschläger und Kanonen
23.35 APF blick

1 PLUS

19.00 Die Schloßküche
19.45 Internationales Kochbuch
Portugal: Die Küche von Porto
20.00 Tagesschau
20.15 Café Wernicke (5)
Verordnete Not
21.05 Mögliche Begegnung
Komödie von Paul Barz
Regie: Boleslav Barlog
Aufzeichnung aus dem Kurtheater Bad Homburg
22.25 Der Marshal
Amerikanischer Spielfilm (1968)
Mit John Wayne
Für diese Rolle erhielt John Wayne den „Oscar".
0.30 Nachrichten

3sat

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Die Stunde der Mörder
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Die wunderbaren Männer mit der Kurbel
Tschechoslow. Spielfilm (1978)
Regie: Jiří Menzel
23.10 Kennwort: Kino
23.20 Nachrichten

RTL plus

18.15 Starmix/Regional 7
18.35 Rösti-Pizza
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Bergerac
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Ein Mann wie Maximilian
Deutscher Spielfilm (1944)
Mit Fritz Odemar, Karin Hardt, Wolf Albach-Retty, Paul Dahlke, Lizzi Waldmüller
Regie: Hans Deppe
21.15 Zeichentrick
21.20 Ein Mann wie Maximilian
Teil 2
22.00 RTL-Spiel
22.05 Popeye
22.10 Neu im Kino
22.47 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Wasser für Khadhafi

H. B. – Für Diplomaten, die das Pech haben, im Land des stolzäugigen Libyers beglaubigt zu sein, war der Durst schon immer eine zusätzliche Strafe. Alkohol in jeder Form fällt hier unter das totale Verbot des islamischen Puritanismus, der im Fall Libyens, wenigstens theoretisch, nicht einmal die diplomatischen Vorrechte achtet. Die Botschafter fremder Mächte haben ihre Schwierigkeiten, es zu arrangieren, daß ihnen Whisky, Cognac und Champagner nicht ausgehen.

Es muß ein dringender Notstand gewesen sein, der den Vertreter eines großen europäischen Landes auf den Einfall brachte, religiöse Motive gegen die trockenen Gesetze des unerbittlichen Muammar al Khadhafi ins Feld zu führen. „Also", erzählt der in Bedrängnis geratene Botschafter, „sagte ich zum libyschen Protokollchef: ‚Khadhafi ist doch ein strenggläubiger Moslem. Da müßte er doch einsehen, daß mir als Katholik die Religion nicht nur erlaubt, Wein zu trinken. Sie verpflichtet mich sogar auf das Dogma, daß während der Sonntagsmesse Wein in das Blut Christi verwandelt wird.'"

Das Dogma, auch wenn es das von Ungläubigen ist, scheint nicht ganz ohne Eindruck auf den Revolutionshelden geblieben zu sein, der sich für berufen hält, den Islam zu reformieren und ein arabisches Großreich zu schaffen. Er mag ein Narr, ein Fanatiker und Träumer sein, aber es fehlt ihm nicht ganz an schlagfertiger und aggressiver Intelligenz. Von seinem Protokollchef wegen des Botschafter-Argumentes konsultiert, ließ er diesem Bescheid wissen, *er erlaube ihm eine Flasche* Wein, aber bitte nur am Sonntag zur Messe. Das nimmt sich neben dem Khadhafi-Terror, der so viel unschuldiges Blut vergießt, fast menschlich aus. Aber schöner noch wäre es, dürften die Andersgläubigen nicht nur am Sonntag ihre „Messe" feiern.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Communio

Feigheit der Professoren

Die in der Renaissance einsetzende Verdiesseitigung und die wissenschaftliche und technische Wendung nach außen haben zu einem religiösen Vakuum geführt. Soweit das Christentum (auch theologisch) mit der allgemeinen Säkularisierung Schritt zu halten versucht, vermag es die innere Leere, die der Mensch von heute zu spüren beginnt, nicht zu füllen.

„Der moderne Mensch ist also auf der Suche nach seiner verlorenen Seele, und da scheinen ihm die Mystiker des Ostens, ohne ihm einen belastenden Gott aufzuerlegen, diese seelische Ergänzung zu bieten, deren es nach Ansicht von Bergson bedarf, um den Gefahren einer allzu ausschließlich technischen Zivilisation zu entrinnen." Der belgische Dominikaner Jan Hendrik Walgrave, der diese Feststellungen in der „Internationalen katholischen Zeitschrift" (Sürther Straße 107, 5000 Köln 50) trifft, glaubt, daß die christliche Mystik enthalte, was der moderne Mensch in den Mystiken des Osten sucht: die innere Reinheit (Yoga) und Fülle (Zen) der Person.

Auch der Jesuit Riesenhuber meint, daß ein „ungesättigtes spirituelles und gesamtmenschliches Bedürfnis" im Westen zur Aufnahme östlicher Meditationswege geführt habe. Doch der Christ fände in seiner Tradition die geistigen Mittel, um sich diese Meditationswege zu eigen zu machen. „Wie zur Zeit der Kirchenväter christlicher Glaube griechischen Logos und lateinische Ratio in sich aufnahm, so mag ihm heute ähnliches hinsichtlich fernöstlicher Weisheit und ihrer Quelle, der Meditation, aufgegeben sein."

„Der weltweite Baum der Kirche", von dem Walgrave spricht, ist in der „Internationalen katholischen Zeitschrift" gegenwärtig. In Posen und Zagreb, in Mailand, Madrid und Paris, in Santiago de Chile und Rio de Janeiro erscheinen meist unter dem Namen „Communio" Schwesterzeitschriften. Der Präsident der katholischen Universität Eichstätt, Nikolaus Lobkowicz, ist Vorsitzender eines deutschen Fördervereins „Communio". Zur Juli-Nummer steuert er einen interessanten Erinnerungsbeitrag, „Elf Jahre Präsident einer deutschen Universität", bei. 1971 war Lobkowicz zum Rektor der größten deutschen Universität in München gewählt worden, wie er meint, weil während der Studentenrevolte nur ein Spezialist für Jugendpsychiatrie oder Marxismus (sein Spezialgebiet) in Frage gekommen sei.

Als letzter Rektor und erster Präsident der Universität München erlebte er den Übergang von der Ordinarien- zur Fachbereich-Universität und die Entstehung der Hochschulgesetze, die er auf die „Feigheit der Professoren" zurückführt: „Anstatt zu erkennen, daß die Studentenrevolution die verzweifelte Suche verwirrter Jugendlicher nach väterlicher Autorität war, verhielten sie sich wie eine Schar aufgeregter Hühner. Sie bekamen es mit der Angst und wandten sich um Hilfe an den Staat, der der traditionelle Gegner der Universität ist."

Das Universitätsgesetz war ein juristisches Meisterwerk, das den Einfluß der Verwaltungsjuristen enorm steigerte und die Herrschaft der Bürokratie begründete. Doch „die Umwandlung praktisch aller akademischen Probleme in juristische Probleme lähmte die Kreativität". War die Grundlage der alten deutschen Universität Tradition und Vertrauen gewesen, so befindet sich die neue Universität in einer Situation, „wo Traditionen nur noch schmückendes Beiwerk bei Festen sind und wo juristische Querelen an die Stelle des Vertrauens getreten sind".

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Bonn: Künstlerbund

Mit Malerei die Welt bewältigen

Der Deutsche Künstlerbund ist schon eine bemerkenswerte Institution: ein Zusammenschluß von Individualisten, 82 Jahre alt und kein bißchen weise. Die diesjährige Jahresausstellung findet in Bonn und Bad Godesberg statt: im Rheinischen Landesmuseum und im Wissenschaftszentrum in Bad Godesberg.

Der historische Teil der Ausstellung, „Verbotene Bilder", entspricht gleichsam einer Wiederholung der Hamburger Künstlerbundausstellung von 1936, die von den Nazis geschlossen wurde (wegen „Entartung" der Kunst), obwohl eine Reihe von PG-Malern dabei waren.

Es geht hierbei weniger um die Werke als um die Galerie der Namen, die künstlerisch zusammenkam: eine Litanei all jener Heiligen der bildenden Kunst, die den Ruf der deutschen Malerei des 20. Jahrhunderts begründet haben. Da ist Ernst Barlach, da sind Otto Dix, Lyonel Feininger und Erich Heckel ebenso wie Ernst Wilhelm Nay, und auch Edvard Munch, der Norweger, war Mitglied im Deutschen Künstlerbund.

Der Spaziergang der Augen ist erholsam und erfreulich, bringt aber keine neuen Erkenntnisse. Dafür aber bestätigt sich anschaulich die geschichtlich gewordene Scheidung der großen und kleinen Meister: Barlach und Dix sind wahrlich große Künstler, Charles Crodel und Max Kaus die kleineren.

Den verbotenen Bildern von 1936 stehen die „Vielfältigen Bilder" von 1986 gegenüber (obwohl einige Arbeiten gezeigt werden, die schon ein paar Jahre alt sind). Da diesmal keine Jury Kompromisse und Rücksichten machen mußte, sondern der Vorstand ausgewählt hatte, ist ein merkliches Niveau gehalten worden – ein wenig Autorität tut da offenbar gut.

Verbotenes Bild von 1936: Ernst Ludwig Kirchners „Eishockeyspieler" FOTO: LANDESMUSEUM

Gottfried Wiegand gehört zu den auffälligen Künstlern, weil er vor wirklichen Bildideen übersprudelt. Bedenkenswert auch die neuen Arbeiten von Alfonso Hüppi, der weniger konzeptuell, dafür aber kräftiger geworden ist, und die Bilder von G. L. Gabriel, die überzeugende Form und einfühlsame Malerei verbinden. Daß Malerei immer noch ein taugliches Mittel der künstlerischen „Weltbewältigung" darstellt, zeigen auch die Bilder von Barbara Heinisch und Johann Georg Geyer.

Bei den Bildhauern bietet sich ein anderes Bild. Erstens sind – mal wieder – zu wenige mit dabei. Zweitens ist man von den „alten" Modernen hier noch stärker enttäuscht, als das in der Malereiabteilung der Fall ist. Immerhin setzt sich Franz Bernhard mit seinen ebenso eigenwilligen wie eindrucksvollen Arbeiten durch.

Nicht alle „Alten" enttäuschen: Emil Schumacher zum Beispiel, einer der Urväter des deutschen „Informel", zeigt mit seinem Bild „Serubal" aus dem Jahre 1982, daß er über ungebrochene künstlerische Kraft verfügt, die sich mit jener Sicherheit der Beherrschung der künstlerischen Mittel verbindet, die man nur in einem vital gebliebenen Alterswerk finden kann. (Bis 5. Oktober; Katalog 30 Mark.)

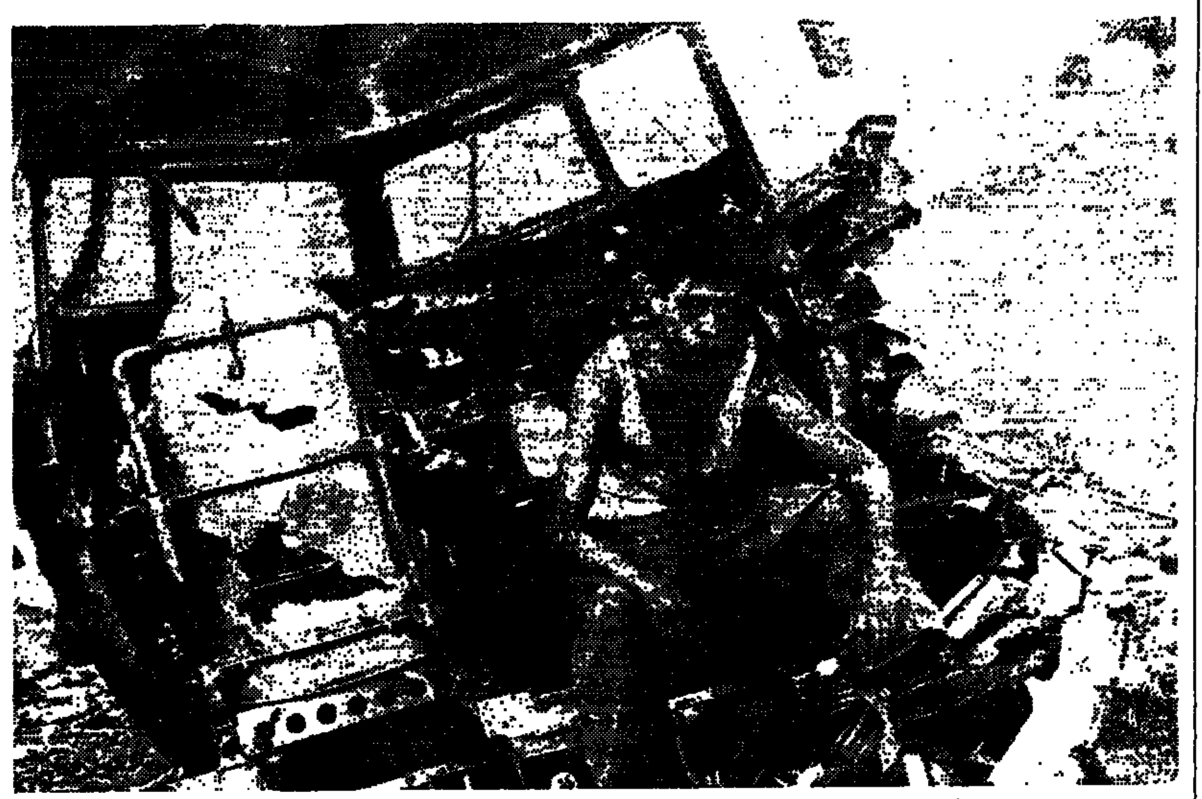
GERHARD CHARLES RUMP

Abschluß der Filmfestspiele Venedig: Der „Goldene Löwe" geht an Eric Rohmers „Grünen Strahl"

Wilde Taube aus der Ära Gorbatschow

Die Würfel sind gefallen auf der 43. *Mostra Internazione del Cinema* in Venedig: Der „Goldene Löwe" ging an Eric Rohmers „Grünen Strahl", jenes kapriziöse kleine Meisterwerk aus der Reihe „Komödien und Sprichwörter", dem wir schon nach dem ersten Sehen einen hohen Preis zugetraut hatten (vergl. die WELT vom 4. September). Beste Darstellerin wurde Valeria Golino, bester Darsteller der italienische Komiker Carlo della Piane.

Das bittere daran ist, daß Theo Angelopoulos' „Bienenzüchter", in dem *ein furioser Marcello Mastroianni* den Titelhelden gibt, unberücksichtigt blieb. Die Jury stand wohl vor der Entscheidung: „Rohmer oder Angelopoulos", und Rohmer machte eben das Rennen. Aber hätte Mastroianni nicht zumindest den Schauspielerpreis verdient, trotz des umwerfenden Carlo della Piane? Nun, das Leben ist meistens ungerecht.



Sittengemälde aus dem sowjetischen Kasachstan: Slawa Iljutschenko als Taubenfreund Iwan in dem russischen Festspielbeitrag „Wilde Taube" von Sergej Solowjow FOTO: DIE WELT

Die „Highlights" fielen übrigens wieder einmal in die erste Hälfte des Festivals. Die zweite Hälfte verläpperte demgegenüber in Unwesentlichkeit. Am bemerkenswertesten vielleicht noch Bertrand Taverniers „Round Midnight", der wegen seiner rasanten Machart Cineasten jeden Alters in seinen Bann schlug. Tavernier, der 44jährige „Literat" des französischen Kinos, hat erst vor kurzem mit seinem von Auguste Renoir inspirierten Opus „Sonntags auf dem Lande" Furore gemacht. In „Round Midnight" huldigt er einer klassischen Epoche des Jazz. Der neue Film erinnert ein wenig an Coppolas „Cotton Club" vom vorigen Jahr.

New York 1959. Die Ära des Bebop geht zu Ende, und der alte Dale Turner, einst König des Saxophons, spielt jetzt in schmutzigen Spelunken auf der Bowery. Aus dem Gleichgewicht geraten, tief in der Krise und meistens betrunken, geht er noch einmal nach Paris, wo er ehemals triumphiert hatte. Er wohnt im Hotel „Louisiane", Rue de Seine, der Herberge der schwarzen Musiker, und tritt allabendlich in der Blue-Note-Bar auf. Hier lernt er Francis kennen, einen schüchternen jungen Pariser Designer, der ihn und seine Musik von Kindheit an verehrt und der jetzt sein Freund und Leibwächter wird.

Francis, der allein mit seiner kleinen Tochter lebt, nimmt Dale in seine Wohnung auf, hält ihn vom Alkohol fern, wacht über seine Verträge. Und wie ein verlorenes Kind klammert sich der alte Musiker an den selbstlosen Beschützer. Er spielt nun wieder – sagen die Pariser Fans – „wie ein Gott". Aber sein Versuch, auch in Amerika noch einmal groß herauszukommen, schlägt fehl. Er stirbt in einem schäbigen New Yorker Hotel. Der 62jährige Saxophonist Dexter Gordon als Dale gibt hier ein eindrucksvolles Leinwand-Debüt: ein Zwei-Meter-Mann mit rauher, trauriger Stimme und aristokratischer Allüre, auch er ein „Verspäteter".

Was fiel dem Besucher noch auf in der zweiten Hälfte? Vielleicht Francesco Masellis „Storia D'Amore", die gleich zwei Preise ergatterte, einen Sonderpreis und den Darstellerinnenpreis. Maselli erzählt da eine Liebesgeschichte aus den römischen „Borgate". Die 18jährige Bruna (Valeria Golino) ist Putzfrau in einer Reinigungsfirma, die sich auf Geschäftshäuser spezialisiert hat. Um 3 Uhr nachts geht ihr Wecker, sie arbeitet in den frühen Morgenstunden und nach Büroschluß. Dazwischen versorgt sie den Vater und zwei Brüder und verbringt folglich einen großen Teil ihres Lebens im Autobus.

Das Mädchen verliebt sich fast gleichzeitig in zwei junge Burschen, Gelegenheitsarbeiter beide, und will keinen von ihnen aufgeben. Sie zieht mit den Freunden in ein baufälliges altes Haus, das die drei auf Hochglanz bringen: „Jules und Jim" in den Slums von Rom. Ein neorealistisches Thema fraglos. Doch Maselli geht es nicht so sehr um das soziale Tableau als vielmehr um das feingestrichelte Porträt einer vitalen, intelligenten jungen Römerin aus untersten Schichten, die den Umständen zum Trotz sich ein eigenes, unabhängiges Leben schafft. Warum sie sich dann am Ende doch noch vom Dach stürzt, bleibt unklar. Der Film insgesamt wurde von der Jury überbewertet, und daran ändert auch die Leistung von Valeria Golino nichts.

Als „Künstler der Ära Gorbatschow" wurden die Russen Balajan und Solowjow, beide Anfang 40, in Venedig begrüßt. Roman Balajan stellt die – stark an Godard orientierte – Puschkin-Parodie „Beschütze mich, mein Talisman" vor, die jedoch keinen vom Stuhl riß. Besser dagegen Sergej Solowjows „Wilde Taube". Dieser Film spielt im Herbst des Jahres 1946, am ärmlichen Rand einer Kleinstadt in Kasachstan. Im Mittelpunkt steht Iwan, ein 12jähriger Junge, dessen Vater im Krieg zum Krüppel wurde und dessen Mutter an Typhus starb. Seine Lieblingsgefährten sind ein paar Tauben, die er in einem Schuppen hält.

Er ist freilich nicht der einzige Taubenfreund. Die ganze Stadt verehrt die Tiere als Symbole des wiedergekehrten Friedens. Es gibt einen Markt, ja einen Schwarzmarkt für Tauben, die hoch gehandelt und oft gestohlen werden. Auch Iwans Liebling, eine weiße Taube, die er unter Einsatz seines Lebens von einem Fabrikdach holte, wird ihm von einer Bande jugendlicher Gauner abgejagt. Soll er sich in sein Dilemma fügen? Der Junge revoltiert. Er riskiert Kopf und Kragen. Er holt das Tier zurück und – schenkt ihm die Freiheit. Das war alles in allem gut gemacht und reichte für den zweiten Sonderpreis. Was störte, war – altes Übel der Russenfilme – die zu dick aufgetragene Symbolik.

Einige Aufmerksamkeit fand noch James Ivorys Film „Ein Zimmer mit Ausblick", für Großbritannien im Wettbewerb. Ivory, der in Indien und in das alte Europa verliebte Amerikaner, drehte ihn nach einem frühen Roman von E. M. Forster, der ja nach wie vor einen hohen Unterhaltungswert garantiert und dessen „Reise nach Indien" David Lean erst unlängst so treffend auf die Leinwand brachte.

Ivory bleibt Forster ebenfalls dicht auf der Spur, wenngleich er soziologische Implikationen und psychologische Feinheiten des Buches weitgehend außer acht läßt und vor allem auf den Burlesken und komödiantischen Elementen herumreitet. Ein ganzes Arsenal urkomischer, urbritischer Typen tritt auf den Plan in diesem Film, der im Florenz des Jahres 1907 anhebt.

Die junge Engländerin Lucy und ihre Gouvernante sind enttäuscht, in ihrer Pension am Arno kein Zimmer mit Ausblick zu haben. Zwei Landsleute, Vater und Sohn, tauschen bereitwillig mit den Damen. Es kommt, was kommen muß: Lucy verliebt sich in den jungen Mann, der ihr sein Zimmer abtrat und der genau wie sie in Italien eine Lehrzeit des Gefühls durchmacht. Bis zum Happy-End vergeht freilich noch eine geraume Weile, die Ivory nutzt, um in Szenen aus dem englischen Landleben zu schwelgen.

Sehr englisch kommt auch Ken Harrisons Erstling „Es geschah am Valentinstag" daher, ein amerikanischer Film, der im ländlichen Texas angesiedelt ist und vor allem durch das von Horton Foote verfaßte glänzende Drehbuch beeindruckt. Schauplatz ist ein Zimmer, in dem sich anno 1917 das erste Jahr eines jungen Ehepaares abspielt, das gegen den Willen der Eltern geheiratet hat. Ein Häuflein verschrobener Nachbarn ersetzt den beiden lange Zeit die Familie: ein liebenswerter Trunkenbold, eine romantische alte Jungfer, ein vorlauter Backfisch. Ein sympathisches Genrebild aus Texas, zu wenig für einen Preis, zu wenig im Grunde für ein Festival mit Ambitionen.

DORIS BLUM

Brauchen die Opernhäuser private Sponsoren? – Eine WELT-Umfrage bei deutschen Intendanten

Auch für „Hunger und Durst" gibt es einen Mäzen

Über eine Million Mark will die Bayerische Staatsoper an privaten Spenden aufbringen, um ihre Neuinszenierung von Wagners „Ring des Nibelungen" in der kommenden Spielzeit zu stemmen (vgl. WELT v. 4. Sept.). Die privaten Sponsoren spielen also eine immer größere Rolle bei unseren sich primär aus wohlgefüllten Subventionstöpfen nährenden Opernhäusern. Der mäzenatische Segen ergießt sich aber sehr ungleich über die Theaterlandschaft – und überall scheint er auch nicht willkommen zu sein, wie eine Umfrage der WELT bei einigen Opernhäusern ergibt. Wir fragten: Haben Sie für Ihr Theater schon Spenden aus der freien Wirtschaft erhalten? Und: Halten Sie private Sponsorship für wünschenswert?

Wolfgang Gönnenwein, Staatstheater Stuttgart: Bei den Staatstheatern Stuttgart ist die Inszenierung „Martha" von Friedrich von Flotow in der Regie von Loriot durch die Firma Philips finanziell unterstützt worden. Ohne diese Unterstützung wäre es der Staatsoper nicht möglich gewesen, sechs statt bisher fünf Neuinszenierungen in einer Saison herauszubringen. Wir halten diese Entwicklung für begrüßenswert, solange sichergestellt ist, daß der Sponsor seine Zuwendung nicht mit künstlerischen oder wirtschaftlichen Auflagen verbindet. Sponsorship darf nicht an das Happy-End des aufgeführten Stückes gebunden sein. Hierüber herrschte von Anfang an zwischen Philips und den Staatstheatern Stuttgart Einigkeit. Für die Zukunft glaube ich in der Tat, daß die für jedes Theater notwendigen Sonderprojekte nur mit Hilfe privater Sponsoren zu ermöglichen sind.

*

Ulrich Brecht, Freiburger Theater: Tatsächlich bemüht sich auch das Freiburger Theater seit einiger Zeit verstärkt um finanzielle Unterstützung durch private Sponsoren. So wurden in der letzten Spielzeit die Produktionen „Parsifal" durch den Freundeskreis des Freiburger Theaters (ein privater Förderverein) und „Hunger und Durst" (Uraufführung der Oper von Violeta Dinescu) durch die Siemens AG, München, mit großzügigen Spenden gefördert. Diese Spenden kamen jeweils dem Ausstattungsetat der Produktion zugute.

*

Helge Thoma, Augsburg: Bis heute ist kein Projekt der Städtischen Bühnen Augsburg von der Industrie unterstützt worden; eine entsprechende Unterstützung – allerdings ohne künstlerische Einflußnahme der Sponsoren – hielten wir für sehr wünschenswert.

*

Horst Statkus, Basel: Wir bemühen uns seit längerem, und dies mit gewissem Erfolg, ortsansässige Firmen für die Unterstützung von Produktionen und Projekten, vor allem im Bereich Oper/Ballett, zu gewinnen. Die beiden jüngsten Beispiele sind Beiträge von zwei Banken für die Produktion „Lucia di Lammermoor" und für unser erstes Ballettgastspiel in China, das von drei auch dort vertretenen Schweizer Firmen gesponsert wurde. Die Entwicklung ist insofern begrüßenswert, als sie dem Theater hilft, Leistungssteigerungen über den Subventionsrahmen hinaus zu erbringen. Es ist also zusätzliche Qualität (Ausstattung, Künstlerengagements, spezielle Projekte), die durch Sponsorenbeiträge möglich wird. Die öffentliche Hand darf dadurch nicht aus ihrer Subventionsverpflichtung entlassen werden.

*

Günter Könemann, Karlsruhe: Am Badischen Staatstheater werden Projekte von Industrieunternehmen finanziell nicht unterstützt. Eine finanzielle Förderung einzelner Projekte durch Industriesponsoren halte ich dann für machbar und auch wünschenswert, wenn keine Bedingungen an die finanzielle Unterstützung gebunden sind, kein Einfluß auf die Produktion genommen wird und hierdurch keine Schmälerung des Etats seitens der Theaterträger vorgenommen wird.

*

Rolf Liebermann, Hamburgische Staatsoper, seit Jahren lautstarker Rufer nach privatem Mäzenatentum für die Opernhäuser: Ich könnte mich wirklich nur wiederholen, denn ich habe zu dem Thema alles gesagt, was ich zu sagen habe.

*

Claus Leininger, bisher Chef des Musiktheaters im Revier in Gelsenkirchen, das von der Stadt akut mit der Schließung mangels Finanzierbarkeit bedroht wird: In unseren neun Spielzeiten in Gelsenkirchen haben wir niemals die finanzielle Hilfe von Sponsoren in Anspruch genommen und glauben auch nicht, daß wir dies in Zukunft tun werden.



Diskretion Ehrensache: „Ring"-Spendensammler Wolfgang Sawallisch FOTO: DPA

*

Claus Helmut Drese, der neue Direktor der Wiener Staatsoper, antwortet aus seiner Zürcher Erfahrung: Das Opernhaus Zürich ist seit Jahren um die Unterstützung durch Sponsoren aus der Geschäftswelt der Schweiz bemüht. Wir haben bei mehreren Anlässen große Beträge zur Mitfinanzierung einzelner Produktionen erhalten. Dabei wurde festgestellt, daß niemals ein Einfluß auf Details der Gestaltung oder der Besetzung ausgeübt wurde. Selbstverständlich suchen sich die Firmen die Werke aus, für die sie Geld geben; dies ist ja wohl auch ihr gutes Recht. Ohne private Unterstützung werden die großen Opernhäuser in nächster Zeit die ständig steigenden Ausstattungskosten nicht bewältigen können. Es war deshalb selbstverständlich, daß wir die Kontakte zu Industrie und Gewerbe gepflegt haben. Darüber hinaus gibt es in Zürich eine „Gesellschaft zur Förderung der Zürcher Oper", die seit 25 Jahren namhafte Beiträge an einzelne Produktionen geleistet hat und auch das Internationale Opernstudio, das der Förderung des Nachwuchses dient, tatkräftig unterstützt.

*

Wolfgang Sawallisch, Bayerische Staatsoper: Seien Sie mir bitte nicht böse, wenn ich als Leiter eines großen Opernhauses mit Beantwortungen vorsichtig bin, wie Sie sie erbitten. Im ersten Moment schauen Fragen so harmlos aus. Eine eingehende Beantwortung aber erfordert auch ein Bekanntgeben von Einzelheiten, die nicht immer in vollem Umfang der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden müssen und die andererseits auch dem Wunsch vieler Sponsoren widersprechen, ungenannt bleiben zu dürfen – nicht nur was die Person selbst, sondern auch die Tatsache als solche betrifft ...

STEPHAN HOFFMANN

JOURNAL

PEN-Club fordert Freilassung Bieleckis

AFP, **Paris**

Der französische PEN-Club hat die polnischen Behörden zur Freilassung des unabhängigen Verlegers und Architekten Czeslaw Bielecki aufgefordert. Bielecki, der von der polnischen Justiz beschuldigt wird, einen Staatsstreich geplant zu haben, befindet sich im Warschauer Rakowiecka-Gefängnis im Hungerstreik und wird zwangsernährt. In einem Telegramm appelliert der französische PEN-Club-Vorsitzende und stellvertretende Leiter des internationalen PEN-Clubs, René Tavernier, im Namen der 500 Mitglieder des französischen PEN-Clubs an den polnischen Justizminister Lech Domeracki, Bielecki zu begnadigen und freizulassen.

„Codex Coburgensis" ausgestellt

dpa, **Coburg**

Der „Codex Coburgensis", nach Meinung von Wissenschaftlern das erste systematische Archäologiebuch, ist bis zum 2. November im Kupferstichkabinett der Kunstsammlungen in Coburg ausgestellt. Die 228 Handzeichnungen antiker Denkmäler umfassende Sammlung enthält in der Mehrzahl Sarkophag-Reliefs, die bereits um 1550 entstanden sind. Der „Codex Coburgensis" war 1870 als Geschenk des Frankfurter Kaufmanns Jacob Gerson an Herzog Ernst II. nach Coburg gekommen.

Kulturaustausch zwischen Frankreich und Italien

AFP, **Rom**

Die Intensivierung des Kulturaustauschs zwischen Frankreich und Italien haben die Fachminister François Leotard und Nicola Capria in Rom erörtert. Beide Minister unterstrichen ihren Willen zur Entwicklung der kulturellen Beziehungen und kündigten als ersten Schritt neue gemeinsame Aktionen auf dem Filmsektor an. Leotard schlug vor, die Zusammenarbeit auch auf die Gebiete Theater, Musik und Literatur auszuweiten.

Kunstausstellungen im herbstlichen Italien

MvZ. **Mailand**

Die Ausstellung „Le Corbusier als Maler und Bildhauer" (bis 9. 11. im Museo Correr, Venedig) leitet mit 65 Bildern, 18 Skulpturen, 95 Zeichnungen sowie Bildteppichen und Emaillearbeiten die Feiern zum 100. Geburtstag des Architekten im kommenden Jahr ein. Die National-Galerie und die Kunstakademie von Bologna stellen bis zum 10. 11. emilianische Künstler des 16. und 17. Jahrhunderts unter dem Titel „Im Zeitalter Corregios und der Carraci" vor; die Ausstellung geht dann weiter nach New York und Washington.

Roman Polanskis „Piraten"-Film

Blu. **Bonn**

Nach acht Jahren Abstinenz hat er sich spektakulär beim Kino zurückgemeldet: Roman Polanski, Regisseur so legendärer Filme wie „Tanz der Vampire" und „Rosemaries Baby". Auf den letzten Filmfestspielen von Cannes stellte er sein glanzvolles Seestück „Piraten" vor, in dem eine leibhaftige Galone aus dem 17. Jhd. den Solopart spielt. Der Film fand viel Beifall (s. WELT vom 10. Mai). Ab heute ist er auch in unseren Lichtspielhäusern zu sehen.

Israel Philharmonic: Tournee mit Bernstein

dpa, **New York**

Anläßlich seines 50jährigen Bestehens startet das Israel Philharmonic Orchestra am kommenden Sonnabend in New York unter der musikalischen Leitung von Leonhard Bernstein eine Konzerttournee, die über Europa nach Israel führen wird. Bernstein, seit fast 40 Jahren dem Orchester eng verbunden ist, hat extra die Komposition „Jubilee Games" geschaffen, die auf der Konzertreise ur- beziehungsweise erstaufgeführt wird. Die Tourneestationen: London (16.), München (18.), Pompeji (20.), Paris (22./23.), Zürich (25.), Tel Aviv (27.) und Jerusalem (28.).

Magda Tagliaferro †

AFP, **Paris**

Die Pianistin Magda Tagliaferro ist in Rio de Janeiro im Alter von 93 Jahren gestorben. Die 1893 in Petropolis (Brasilien) geborene Tochter französischer Eltern war ein Wunderkind: Mit fünf Jahren begann sie Klavier zu spielen, mit 13 erhielt sie einen Preis des Pariser Konservatoriums. Dessen damaliger Leiter Gabriel Fauré nahm sie auf eine Frankreichtournee mit. 1937 wurde Magda Tagliaferro zur Klavierprofessorin am Pariser Konservatorium ernannt. Nach dem Krieg spielte die Pianistin unter den bedeutensten Dirigenten und erlangte besonders als Interpretin von Fauré, Debussy und Poulenc Weltruhm. 1957 wurde der nach ihr benannte Pianistenwettbewerb eingerichtet.

Geschäftsgrundlage ist: Drohung, Gewalt, Mord

In Manhattan stehen drei Mafia-Bosse vor dem Richter

WOLFGANG WILL, New York

In einer kurzen Verhandlungspause wanderten zwei der Angeklagten hinüber zur Bank des dritten und erkundigten sich teilnahmsvoll, wie es ihm denn gehe. Er, Carmine Persico (53), war vor einer Woche am Grauen Star operiert worden. „Es geht", lautete seine Antwort, woraufhin die beiden älteren wieder zu ihren Anklagebänken zurückgingen: Anthony Salerno (75) und Anthony Corallo (73). Diese drei sind New Yorks höchstrangige Mafia-„Paten". Ihr Prozeß, der voraussichtlich mehrere Monate lang dauern wird, hat mit der Auswahl der Jurymitglieder begonnen.

New York hat fünf große Mafia-„Familien":

– Die Colombo-Familie mit 115 Mitgliedern und 500 „Anhängern", eine Art Mitarbeiterring. Chef ist der angeklagte Carmine Persico, seiner „Jugend" wegen auch „Junior" genannt.
– Unter dem Spitznamen „Ducks" ist der Chef der Lucchese-Familie, der angeklagte Anthony Corallo bekannt. Seiner Organisation gehören 110 „Familien-Mitglieder" an, für die etwa 200 „Zuträger" tätig sind.
– Die Genovese-Familie ist mit knapp über 200 Mitgliedern die größte Verbrecherorganisation, die über etwa eintausend „Mitarbeiter" verfügt. Ihr „Pate" ist der angeklagte Anthony Salerno, seiner Leibesfülle wegen „Fat Tony" genannt.
– Philip Rastelli – er hat den Spitznamen „Rusty" – führt die 195 Mitglieder der Bonanno-Familie und
– John Gotti (41), stets elegant gekleidet, fühlt sich als Chef der Gambino-Familie, deren Boß Paul Castellano kurz vor Weihnachten 1985 beim Verlassen eines Restaurants in Manhattan erschossen wurde.

Gegen Gotti und Rastelli wird gesondert verhandelt. Sie stehen in Brooklyn vor Gericht, ihre drei „Kollegen" dagegen in Manhattan. Gotti hat allen Grund, besonders verunsichert zu sein: Einer seiner „Soldaten", der zudem sein enger Vertrauter war, betätigte sich mehrere Jahre lang als Polizeiinformant, der bei Begegnungen mit Gotti unter dem Hemd ein Mini-Tonband laufen ließ – Stunden über Stunden sowohl Gotti als auch Rastelli belastende Aufzeichnungen liegen damit vor. Obwohl Einzelheiten erst im Verlauf des weiteren Prozeßverlaufs zu erwarten sind, sickerte durch, daß sogar einige Mordaufträge, die Gotti mündlich vergab, auf einem Tonband festgehalten worden sind.

Die drei vor einem Bundesgericht in Manhattan stehenden Mafia-Bosse Salerno, Persico und Corallo bildeten die „Kommission": So wurde das Triumvirat innerhalb der Mafia genannt, weil diese drei nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiteten und ihre Familien durch die „Kommission" führten. Die „Kommission" beschloß, wann bestimmte Familienmitglieder beseitigt werden sollten, die „Kommission" teilte Einflußsphären zu und Regionen – Persico beispielsweise hatte seine „Heimatfront" in den Stadtteilen Staten Island und Brooklyn, wo er den gesamten Zementhandel kontrollierte. Er bestach städtische Beamte, so daß Bauaufträge nur an ihn gingen, und er forderte und erhielt überhöhte Preise. Salerno, „der Fette", war der „Hafenkönig": Spediteure mußten an ihn „Steuern" abführen, sonst – so ließ er ausrichten – würden ihre Büros und Lagerschuppen in Flammen aufgehen.



Sie gehören zum Triumvirat der New Yorker Mafia-Bosse: „Fat Tony" Salerno (l.) und „Ducks" Corallo FOTOS: AP

Corallo soll einen großen Teil des New Yorker Nachtclub-Lebens kontrolliert haben, er zog „Steuern" von Barbesitzern ein und hatte zudem hohe Einnahmen aus illegalen Spielgeschäften. Die drei werden laut Anklage auch beschuldigt, Rauschgift – Heroin und „Crack" vor allem – eingeführt und vertrieben zu haben.

Gemeinsam mit diesen drei Mafia-Führern stehen fünf ihrer Untergebenen oder „Capos" in Manhattan vor Gericht. Einem von ihnen, dem „Bruno" genannten Anthony Indelikato, wird der wenig delikate Vorwurf gemacht, im Jahr 1979 bei der Ermordung seines eigenen „Paten", Carmine Galante, und zwei von dessen „Soldaten" beteiligt gewesen zu sein.

Mit „Drohungen, Gewalt und Mord", so heißt es in der Anklage, regierte die „Kommission" die gesamte New Yorker Mafia. Wenn sie verurteilt werden, drohen den „Paten" hohe Zuchthausstrafen. (SAD)

„Schock und Schöpfung" – eine Ausstellung zur Jugendästhetik im 20. Jahrhundert





Provozierend unangepaßt, in Erscheinungsbild und Verhalten: Halbstarke der 50er Jahre (links) und Punk-Mädchen der 80er Jahre FOTOS: SÜDDEUTSCHER VERLAG (2) / DIE WELT

Fluchtbewegungen aus der Erwachsenenwelt

„Schock und Schöpfung" nennt sich eine Ausstellung, die im Zusammenwirken mit dem Deutschen Werkbund inszeniert und gegenwärtig als Gemeinschaftsveranstaltung im Kunstverein und im Kunsthaus in Hamburg gezeigt wird. Mit Bildtafeln, Schautexten, Figurinen, Videofilmen, Dias und Objekten verschiedenster Art versucht sie, die wandlungsreichen Formen einer „Jugendästhetik im 20. Jahrhundert" zu veranschaulichen, das heißt, die vielfältigen Ausprägungen einer Jugendkultur, die sich bewußt von der Welt der Erwachsenen unterscheidet. Von der Wandervogelbewegung um die Jahrhundertwende bis zu den Punkern unserer Tage erstreckt sich das Panorama, das im Rückwärtsgang von der Gegenwart in die Vergangenheit geführt wird.

Auf den ersten Blick mag es überraschend erscheinen, daß der als Anwalt der „guten Form" renommierte Deutsche Werkbund sich zum Initiator einer derartigen Ausstellung jugendkultureller Phänomene macht, deren vielfältige Ausprägungen keineswegs mit seinen ästhetischen Idealen übereinstimmen können. Wie die Veranstalter betonen, geht es ihnen jedoch nicht um Kunst, sondern um die Veranschaulichung authentischer kultureller Äußerungen, von denen jeweils starke Impulse ausgingen und immer wieder von neuem ausgehen.

Gerade der etwas stiefmütterlich behandelte historische Teil der Vorweltkriegszeit, der im Kunsthaus untergebracht ist, erscheint besonders fesselnd, weil er manche Ursprünge einer besonderen Jugendkultur bloßlegt und verständlich macht. Wandervogel und Freikörperkultur, Volkslied, Klampfe, Ausdruckstanz, Reformkleid und rustikales Strohlager zählen zu ihren in der Ausstellung gezeigten Requisiten.

Die positiven Impulse, die damals als Revolte gegen bürgerliche Konventionen begannen, wurden später während der Nazizeit in den Dienst einer autoritären Jugend-Ästhetik gestellt, die sich in der Hitler-Jugend auf Massenbasis in einer heute noch in den Diktaturen und kommunistischen Ländern fortgeführten Form entfalteten.

Daß es damals aber auch oppositionelle Jugendliche gab, zeigen die Swing-Fans der Jahre 1938 bis 1943, die besonders in Hamburg starke, doch nicht ungefährdete Cliquen bildeten und vereinzelt sogar von spielerischem Nonkonformismus zu entschiedenem Widerstand fanden.



Organisierte und disziplinierte Gemeinschaft: BDM-Mädchen beim Sportfest

Teenager, Halbstarke und jugendliche Existentialisten prägten die fünfziger, Rock-'n'-Roll-Fans, Beatniks und Hippies die sechziger Jahre. „Alles ist politisch", lautete der Slogan der 68er Revolte, mit der brutale Aggressivität die Szene zu beherrschen begann. All diese und die folgenden Phasen sind in der Ausstellung in Bild, Text und zahlreichen Objekten präsent. Gebleichte Jeans hängen über einer Badewanne, in der ein Jeansboy im Wasser sitzt, der Star-Club in Hamburg von 1962 mit seinen Flash-Lights wird in einem verdunkelten Kabinett angedeutet, Teenager jubeln den Beatles zu, die Turnschuh-Generation tritt auf den Plan, und die zu Beginn der achtziger Jahre aus England importierte Punk-Bewegung bildet den derzeitigen Schlußpunkt.

Auch ihre retrospektiv gesonnenen Kontrahenten, die Teds, werden repräsentiert, nicht zuletzt die unheimlichen Skinheads, die nicht minder exotisch anmuten als die Punker, beide mit ausgeprägtem Hang zum Fetisch. Doch wird in der Ausstellung auch nicht verschwiegen, wie schnell heute alle diese Bewegungen und ihre Attribute vermarktet werden. „Das Kaufhaus macht den Punk zum Prunk" steht über einer Auslage veritabler Lederkleidung und Punk-Requisiten.

Das Fazit: Alle dargestellten Jugendphänomene haben eines gemeinsam – die antibürgerliche Haltung und das Sich-Absetzen-Wollen von der Welt der Erwachsenen. Was die Gegenwart von allen voraufgegangenen Tendenzen unterscheidet, ist neben der Vermarktung die gleichzeitige Vielfalt und Gegensätzlichkeit der Bewegungen. Sicher haben auch die Medien dazu beigetragen, daß die Haltung von kleinen Minderheiten zum Modell für breite Kreise von Jugendlichen wurde.

HANNS THEODOR FLEMMING

„Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert", bis 5. Oktober im Kunstverein/Kunsthaus Hamburg. 1987 in München und Oberhausen. Das Buch zur Ausstellung erschien bei Luchterhand, 436 S., 48 Mark)

Breiterer Streifen zwischen Autos und Radfahrern

dpa, Düsseldorf

25 Zentimeter trennen künftig Radfahrer und Autofahrer: So breit sollen nämlich nach einem neuen Erlaß des nordrhein-westfälischen Verkehrsministeriums die Markierungen von Radfahrerspuren an Kreuzungen sein. Verkehrsminister Christoph Zöpel erhofft sich dadurch besseren Schutz für die im Verkehr besonders gefährdeten Radfahrer. Bisher sind die Markierungen nur 15 Zentimeter breit. Die Folge: Abbiegende Autofahrer übersehen leicht die schwächeren Verkehrsteilnehmer auf zwei Rädern. Immerhin passieren die Hälfte aller Verkehrsunfälle mit Fahrrädern an Kreuzungen oder Straßeneinmündungen. Wie das Radfahren sicherer werden kann, zeigt eine vom Verkehrsministerium herausgegebene Broschüre: „Radfahren, aber sicher!" (kostenlos zu beziehen beim Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Breite Straße 31, 4000 Düsseldorf).

Zwangssterilisation?

AP, Berlin

Wegen des Verdachts der „gefährlichen Körperverletzung im Zusammenhang mit Sterilisationen an psychisch Kranken" in der Berliner Universitätsklinik Steglitz hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren „gegen Unbekannt" eingeleitet. Wie Justizsprecher Walter Neuhaus gestern mitteilte, besteht der Verdacht, daß an geistig Behinderten und entmündigten Patienten Zwangssterilisationen vorgenommen worden seien, ohne daß vorher die für diesen Eingriff erforderlichen Genehmigungen eingeholt worden seien. Mehr als 100 Patientenakten seien beschlagnahmt worden.

Unwetter in Rom

dpa, Rom

Nach mehr als 50tägiger Trockenheit ist gestern ein heftiges Unwetter über Rom niedergegangen. In den Straßen stand das Wasser bis zu 50 Zentimeter hoch. Es kam zu zahlreichen Verkehrsunfällen.

Lehre hinter Gittern

dpa, Düsseldorf

In den nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten haben im vergangenen Jahr 1138 Gefangene erfolgreich eine Lehre absolviert und ihre Abschlußprüfung abgelegt. Ihre Zeugnisse enthalten keinerlei Hinweise darauf, daß sie die Prüfung hinter Gittern abgelegt haben. 1985 haben insgesamt 2592 Inhaftierte das Aus- und Weiterbildungsangebot in der Strafhaft genutzt.

Heroin unter Wäsche

dpa, Essen

Der Essener Polizei gelang es, 2,6 Kilogramm Heroin im Schwarzmarktwert von zwei Millionen Mark sicherzustellen. 100 Gramm fanden die Beamten bei einem Italiener und zwei Libanesen, als sie das Trio beim Verkauf im Essener Hauptbahnhof überraschten. Die weiteren 2,5 Kilogramm entdeckten sie bei der Durchsuchung der Wohnung unter einem Berg schmutziger Wäsche.

„Bubi" weiter in Haft

sid, Berlin

Der frühere Berufsbox-Europameister Gustav „Bubi" Scholz hat wenig Chancen, vorzeitig aus der Haft entlassen zu werden. Die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Berlin, die gestern den Inhaftierten Scholz anhörte, vertagte ihre Entscheidung, den 56jährigen wegen guter Führung vorzeitig aus der Haft zu entlassen. Scholz war als Freigänger vor zweieinhalb Wochen betrunken in die Anstalt zurückgekehrt.

Mehr als 100 Taifun-Tote

dpa, Bangkok

Mehr als 100 Tote und 1000 Verletzte hat der Taifun „Wayne" gefordert, der in der Nacht zum Sonntag mit 120 Stundenkilometern Geschwindigkeit über Nordvietnam gerast ist. Das berichtete gestern Radio Hanoi. Regenfälle überfluteten viele Reisfelder, so daß die Haupternte gefährdet ist.

Hupka-Sohn wieder frei

dpa, Bonn

Thomas Hupka (26), Sohn des CDU-Politikers Herbert Hupka, ist gestern auf Beschluß eines Haftrichters beim Bonner Amtsgericht unter Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Dem Geschichtsstudenten werden außer Betrug fortgesetzte Urkundenfälschung und die Veruntreuung von mindestens 120 000 Mark an Parteigeldern der CDU vorgeworfen. Zu den Gerüchten, daß der Richter eine Kaution von 50 000 Mark festgesetzt hat, wollte Oberstaatsanwalt Peter Iwand keine Angaben machen. Der Haftbefehl war wegen Fluchtgefahr ausgestellt worden. Ein CDU-Sprecher erklärte: „Für die CDU ist der Fall erledigt."

WETTER: Kühl

Lage: Hinter der ostwärts abziehenden Kaltfront eines Tiefs über Südschweden fließt kühle Meeresluft nach Deutschland. Sie gelangt unter den Einfluß eines vom Nordostatlantik nach Mitteleuropa gerichteten Keiles.

Vorhersage für Donnerstag: Nur im Norden vereinzelt Schauer, sonst niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen im Norden um 14, sonst 14 bis 18 Grad. Tiefstwerte nachts 7 bis 2 Grad. Im Norden mäßiger Wind aus Südwest, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten: Im Süden zunehmend unbeständig und leichter Temperaturanstieg, sonst nochmals freundlich bei wenig geänderten Temperaturen.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.51 Uhr*, Untergang: 19.44 Uhr; **Mondaufgang:** 17.19 Uhr, Untergang: 23.56 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 11. Sept., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	16	he
Bielefeld	15	bw
Braunlage	10	bw
Bremen	12	bw
Dortmund	14	he
Dresden	14	he
Düsseldorf	15	he
Erfurt	14	bw
Essen	15	bd
Feldberg/S.	7	bw
Flensburg	13	he
Frankfurt/M.	16	he
Freiburg	14	he
Garmisch	10	bd
Greifswald	13	bw
Hamburg	12	bd
Hannover	14	he
Kahler Asten	9	bw
Kassel	14	bw
Kempten	12	bd
Kiel	14	bw
Koblenz	14	bw
Köln-Bonn	14	he
Konstanz	16	bd
Leipzig	15	he
List/Sylt	13	bw
Lübeck	13	bw
Mannheim	17	he
München	10	Sp
Münster	15	he
Norderney	12	he
Nürnberg	15	he
Oberstdorf	12	bw
Passau	11	R
Saarbrücken	15	he
Stuttgart	13	he
Trier	14	he
Zugspitze	-2	Ne

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	29	he
Amsterdam	15	bw
Athen	28	he
Barcelona	28	he
Belgrad	30	he
Bordeaux	20	he
Bozen	23	he
Brüssel	15	he
Budapest	21	he
Bukarest	26	he
Casablanca	26	bw
Dublin	13	bw
Dubrovnik	25	he
Edinburgh	11	he
Faro	26	bw
Florenz	24	he
Genf	16	bd
Helsinki	13	bw
Hongkong	30	bw
Innsbruck	13	bd
Istanbul	26	bw
Kairo	29	bw
Klagenfurt	12	R
Konstanza	28	he
Kopenhagen	14	he
Korfu	26	he
Las Palmas	26	he
Leningrad	13	bw
Lissabon	25	bw
Locarno	22	he
London	16	he
Los Angeles	18	he
Luxemburg	13	he
Madrid	23	bw
Mailand	21	he
Malaga	29	he
Mallorca	27	he
Moskau	15	he
Neapel	27	he
New York	17	wl
Nizza	23	he
Oslo	9	he
Ostende	11	bw
Palermo	28	bw
Paris	17	he
Peking	29	bw
Prag	14	he
Rhodos	27	he
Rom	19	bw
Salzburg	11	bd
Singapur	27	bd
Split	28	bw
Stockholm	10	bd
Straßburg	16	he
Tel Aviv	30	he
Tokio	28	bw
Tunis	27	bw
Valencia	28	he
Varna	26	he
Venedig	17	bw
Warschau	14	bw
Wien	11	R
Zürich	15	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Studie belegt: Gefährdung durch Spielhallen gering

DW. Hamburg

Die Erregung über Spielhallen in den Stadtzentren ist nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin, zum großen Teil unbegründet. „Eine auffällige Gefährdung der Jugend durch Spielbetriebe wurde von den Jugendamtexperten der Untersuchungsstädte nicht gesehen", heißt es in der Studie „Innerstädtische Strukturen durch Vergnügungsstätten". Sie beruht auf Angaben von 190 Stadtplanungsämtern im gesamten Bundesgebiet. Bei behördlichen Alterskontrollen wurden nur in geringem Umfang Jugendliche unter 18 Jahren angetroffen. Relativiert wurde von den Forschern auch der Vorwurf, Einkaufsstraßen und -zentren erlitten durch Spielhallen einen Qualitätsverlust. Eine Händlerbefragung habe ergeben, daß die Nachbarschaft einer einzelnen Spielhalle keine negativen Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Einzelhändler hatte.

Vaters Rasierapparat ist auch Sache des Sprößlings

Studie über Einfluß der Kinder bei Familien-Anschaffungen

dpa, Hamburg

Bei der Entscheidung, welche Stereoanlage künftig im Wohnzimmer steht oder welches Auto die Familie fährt, haben die Kinder heute ein entscheidendes Wörtchen mitzureden. Haben sich Sohn oder Tochter beispielsweise ein rotes Automobil in den Kopf gesetzt, während der Vater schon immer von einem soliden königsblauen Gefährt geträumt hatte, so schaffen sie es meist mit „bemerkenswertem" Erfolg, ihren Willen durchzusetzen. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Jugendforschung in einer von einer Jugendzeitschrift in Auftrag gegebenen Umfrage zum Thema „Jugend, die kaufbeeinflussende Kraft in der Familie". Befragt wurden 500 Jugendliche im Alter zwischen zwölf und 21 Jahren sowie deren Mütter.

Haben die Sprößlinge die Eltern erst einmal davon überzeugt, daß ein Videorecorder inzwischen zur „Grundausstattung" jeder fortschrittlichen Familie gehört und Papa außerdem nun nicht länger versäumten Sportübertragungen nachtrauern müsse, dann erreichen sie zumeist, was sie wollen. In jedem zweiten Fall, so gaben die Befragten an, sei dies sogar die Regel.

Ob überhaupt ein neues Gerät angeschafft und welches Modell dann gekauft wird, geht zu zwei Dritteln auf den Wunsch der Kinder zurück. Immerhin ist ihr Einfluß bei der Anschaffung von Fernsehgeräten und Autos immer noch 56 beziehungsweise 50 Prozent „stark".

Egal scheint es den Kindern zu sein, welche Waschmaschine im Haus steht oder auf welchem Herd das Mittagessen gekocht wird. Beim Kauf elektrischer Hausgeräte sackt ihr Einfluß auf unter 20 Prozent ab. Mit einer Ausnahme: Welchen Rasierapparat der Vater benutzt, bestimmen sie zu 40 Prozent mit.

Ärzte wegen Rezeptschwindels unter Verdacht

hrk. Berlin

An der Spree stehen der Chefarzt eines Krankenhauses, acht praktizierende Ärzte und drei Apotheker im Verdacht, durch gefälschte Rezepte und betrügerische Abrechnungen die Krankenkassen um mindestens 200 000 Mark geschädigt zu haben.

Eine Sonderkommission der Kripo aus vier Beamten beschuldigt die Verdächtigen, angebliche Hausbesuche abgerechnet und statt verabreichter einfacher Behandlungsmethoden teurere Therapien notiert zu haben. Die Polizei durchsuchte Praxen und Wohnungen.

Bislang stellten die Spezialisten 100 „merkwürdige" Rezepte sicher. Der Trick der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Apotheken soll so geklappt haben: Falsche Rezepte, die den Apothekern höhere Abrechnungen mit den Krankenkassen ermöglichten, seien von diesen durch kosmetische Artikel für Ärzte, aber auch Patienten „honoriert" worden.

Nur ein Scharlatan weiß alles

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Der Mann sieht aus wie ein Kenner, wie einer, den sich das Fernsehen für einen Werbefilm für Wein holen könnte. Stattlich, weltgewandt und doch mit einem unübersehbaren Zug genießerischen Witzes um die Mundwinkel. In Wirklichkeit sind solche Männer manchmal das genaue Gegenteil dessen, was alle Welt von ihnen erwartet. Hans Jürgen Podzun, der aussieht wie der Prototyp des Weinkenners, ist tatsächlich einer.

Der 37jährige, im Hauptberuf Pressesprecher des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall in Frankfurt, führt das deutsche Team in die am Samstag beginnende „1. Internationale Weinkenner-Olympiade", zu der zehn Mannschaften (außer den Deutschen die USA, Kanada, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Holland und Japan) in Mainz anreisen. Podzun ist Chef des deutschen Teams und zugleich dessen unbestrittenes As, Einzelsieger in einer vom Deutschen Weininstitut zuvor ausgerichteten deutschen Qualifikation mit insgesamt 50 Teams.

Die durch acht der elf deutschen Anbaugebiete reisenden „Wein-Olympioniken" beschäftigen sich ausschließlich mit deutschem Wein. In drei sogenannten Blindproben (im Kloster Eberbach, auf dem Weingut Bürklin-Wolf in Wachenheim und beim Fürsten Castell) und einem Abschlußtest nebst schriftlicher Prüfung in Würzburg müssen die Mannschaften ihr Wissen und ihr Geschmacks- und Unterscheidungsvermögen an verschiedenen deutschen Weinen beweisen. Bei den Tests werden nur Weine präsentiert, die die Teilnehmer irgendwo auf ihrer Rundreise schon einmal getrunken haben.

Manche Leute stellen sich unter einem Weinkenner jemanden vor, der einen Wein beschnüffelt, einen Schluck nimmt, schlürft und kaut und dann mit nachtwandlerischer Sicherheit Lage, Jahrgang, Rebsorte und vielleicht sogar noch das Weingut hersagt. „Scharlatanerie", sagt Hans Jürgen Podzun. „Das ist vielleicht mit einem Wein möglich, den man schon fünf- oder zehnmal getrunken und selbst im Keller liegen hat. Aber ohne jede Vorgabe niemals – ausgenommen die Rebsorte.

Zum Weinkenner wird man nicht geboren, schon gar nicht, wenn der Geburtsort wie bei Team-Chef Podzun Naumburg an der Saale heißt. Aber schon als Kind kam er nach Mainz, sein Vater war Weinfreund. Und als der Junior vor zehn Jahren im Rheingau-Kloster Eberbach zum erstenmal ein Weinseminar besuchte, war der weitere Weg vorbestimmt. Inzwischen hat Podzun sämtliche erreichbaren Weinseminare und die Fachberaterprüfung am Deutschen Weininstitut hinter sich gebracht.

Im Keller hat er an die 600 Flaschen, überwiegend deutsche Gewächse, aus allen Gebieten: „Wer immer nur ganz bestimmte Weine trinkt, ist für mich kein Kenner. Man sollte immer den Wein der Region trinken, in der man gerade ist."

Bei den Weinskandalen war er nie unter den „Opfern". Wer sich wirklich informiere, sagt er, könne kaum hereinfallen. Von den 50 führenden deutschen Weingütern kennt er gut zwei Drittel persönlich.



Das „As" unter Deutschlands Weinkennern: Hans Jürgen Podzun (37) FOTO: HEINE

Was Hans Jürgen Podzun sich von einem neuen deutschen Weingesetz erhoffen würde, wird in manchen Ohren ketzerisch klingen: mehr Angaben auf dem Etikett, nicht nur Alkohol, Restzucker und Säure, auch die schweflige Säure. „Wenigstens sollten diese Angaben nicht mehr verboten sein ..."

ZU GUTER LETZT

„Die laterale Diversifikation als leistungsprogrammpolitischer Aktionsparameter bei Banken unter Berücksichtigung der Ideengenerierung und der Bewertung potentieller lateraler Leistungsarten" – Thema einer Dissertation der Universität Köln.